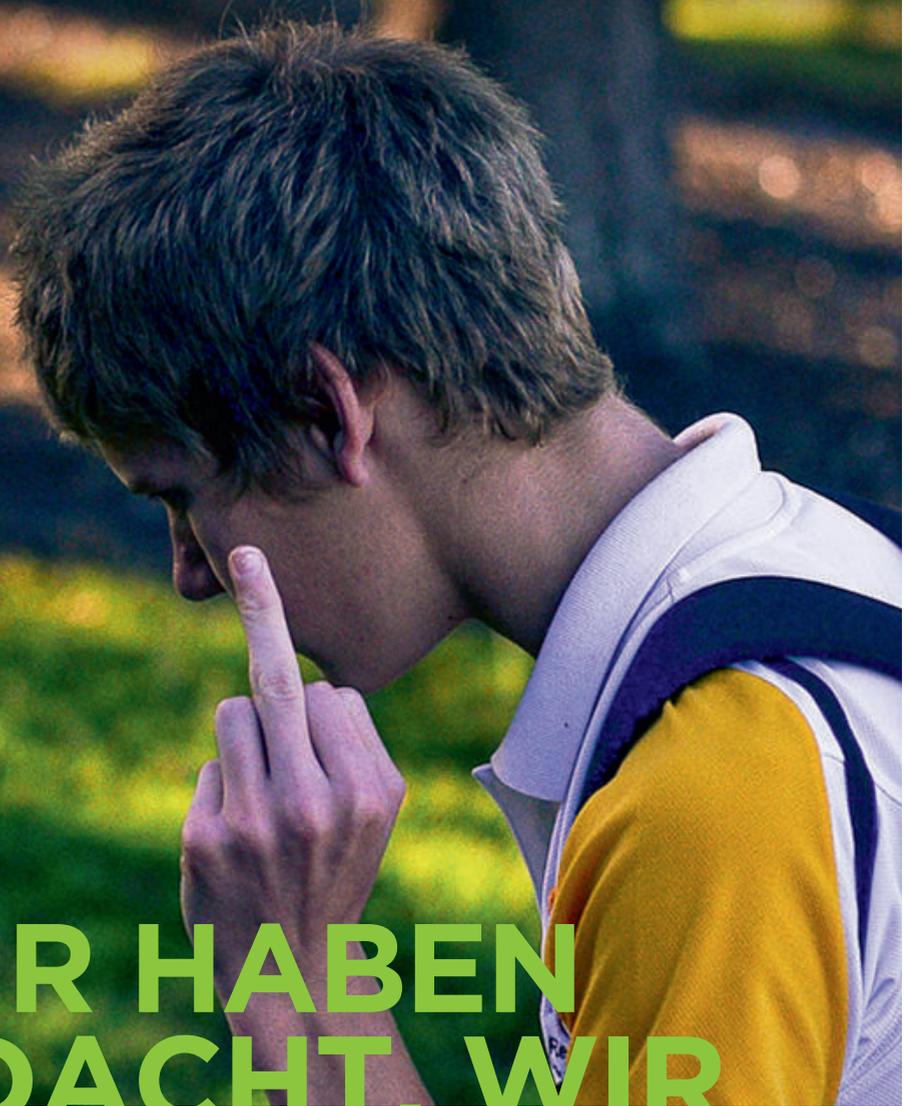


Regional und Mobil für Demokratie

www.mja-sachsen.de



Landesarbeitskreis
Mobile Jugendarbeit
Sachsen e.V.



„WIR HABEN GEDACHT, WIR MÜSSTEN DIE WELT RETTEN“

Jugendarbeit mit „rechtsorientierten Jugendlichen“ –
(k)ein Blick auf die 1990er Jahre.



IMPRESSUM

ReMoDe - Regional und Mobil für Demokratie

Antje Schneider & Sascha Rusch

Telefon: 0371 24 00 53 41

E-Mail: remode@mja-sachsen.de

Website: www.mja-sachsen.de

Dezember 2022



Autor*innen

Lisa Bendiek, Kai Dietrich, Enrico Glaser, Ricardo Glaser, Kai Nolde, Sascha Rusch, Antje Schneider, Nils Schuhmacher, Danilo Starosta, Gillian Zimmermann

Lektorat

Sarah Köhler, Simone Stüber

Layout und Satz

Mathias Engert

Entstanden im Rahmen eines Forschungsprojektes des durch das Bundesprogramm Demokratie leben! und das Landesprogramm Weltoffenes Sachsen geförderten Modellprojektes ReMoDe - Regional und Mobil für Demokratie durchgeführt vom Forschungsinstitut SOFUB - Sozialwissenschaftliche Forschung und Beratung.

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.



Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*

Diese Maßnahme wird mitfinanziert mit Steuermitteln auf Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.

Gefördert durch



STAATSMINISTERIUM FÜR SOZIALES
UND GESELLSCHAFTLICHEN
ZUSAMMENHALT



INHALT

- 6 Vorwort**
- 10 1 Einleitung**
- 13 2 Von Parallelen und Differenzen - Praxisforschung ReMoDe**
 - 13 Das Forschungsinteresse und die grundlegenden Überlegungen
 - 13 Das Forschungsdesign
- 17 3 Nimm zwei - Doppelte Transformation in Ostdeutschland am Beginn der 1990er Jahre**
- 25 4 Jugendarbeit zwischen den Welten - Zum Stand der Profession in den frühen 1990er Jahren**
 - 25 Weiterentwicklung einer lebensweltorientierten Jugendhilfe
 - 34 Übersicht zu den Standorten und Strukturelementen der Programme im Untersuchungszeitraum
- 36 5 Empirische Befunde: „Vergebliche Liebesmüh“ - Erfahrungen aus der Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen im Chemnitzer Fritz-Heckert-Gebiet**
 - 37 Jugendarbeit im „Heckert“
 - 45 Fazit
- 47 6 Empirische Befunde: Zu programmatischen Aufträgen und jugendarbeiterischen Praxen**
 - 48 Beauftragungen
 - 56 Situations- und Adressat*innenanalyse
 - 64 Praxisumsetzung: Konzeptionelle Leitplanken und Verlaufslinien
 - 79 Resultate und Wirkungseinschätzungen
 - 89 Zwischenfazit

95 7 Befunde im Forschungsprojekt: Versuch einer Bilanzierung

- 95 Beauftragung und Umgang damit
- 97 Situations- und Adressat*innenanalyse
- 99 Praxisumsetzung
- 100 Resultate und Wirkungseinschätzungen
- 102 Drei Markierungen

104 8 Handlungsempfehlungen für die Mobile Jugendarbeit im Kontext Rechtsextremismus

- 106 A) (fach-)politische Wirksamkeit vor Ort
- 107 B) Professionalität und Qualitäten
- 108 C) strategische Planung und Entwicklung
- 109 D) Methoden und Interventionen
- 111 Fazit

114 9 Quellen

120 Anhang 1: Fokussierte Gemeinwesenerkundung im Kontext Rechtsextremismus

- 120 Zielstellung
- 120 Reflexionsraum eröffnen
- 121 Professionelle Haltung als Rahmen der Praxis
- 114 Gemeinwesenerkundung

127 Anhang 2: Projekte mit engeren Bezügen zu rechts(extrem) orientierten Jugendlichen in den 1990er Jahren in Sachsen

VORWORT

Der Landesarbeitskreis Mobile Jugendarbeit Sachsen e.V. (LAK MJA) ist der Dach- und Fachverband für die Arbeitsfelder Mobile Jugendarbeit/Streetwork in Sachsen. Für Mitgliedsorganisationen und Projekte aus der Praxis sind wir Ansprechpartner*innen für Beratung, Fort- und Weiterbildung sowie Vernetzung innerhalb der Arbeitsfelder. Mit Politik und Verwaltung auf Ebene der Kommunen, Landkreise und des Landes sind wir im stetigen Austausch, um Interessen junger Menschen zu transportieren sowie Rahmenbedingungen für die Arbeitsfelder zu verbessern und zu stärken. Als überörtlicher Träger wird die Fachstelle des LAK MJA mit zwei Bildungsreferent*innen durch den Freistaat Sachsen gefördert.

Der LAK MJA und seine Vereinsmitglieder stehen für einen Gleichbehandlungsanspruch aller Menschen in der Gesellschaft und vor dem Gesetz ein. Die Menschenrechte bilden die ethische Grundlage Mobiler Jugendarbeit/Streetwork.

Rassistische Mobilisierungen und rechts-populistische Agitationen haben in den vergangenen Jahren eine neue Quantität, aber auch Qualität erfahren. Die erlebten und zu erwartenden gesamtgesellschaftlichen Krisen werden gezielt von rechten Akteur*innen aufgegriffen, emotional aufgeladen und strategisch mit Mobilisierungen und Argumentationslogiken von Ungleichwertigkeitsvorstellungen besetzt. Die Reproduktion und Anschlussfähigkeit rassistischer und (Demokratie) ablehnender Haltungen hat bis in weite Teile der Bevölkerung eine gewisse Normalisierung erfahren und demokratische Aushandlungsprozesse haben sich erschwert. Diese öffentliche Präsenz und eine erlebte Akzeptanz sowie Normalität derartiger Haltungen, wirkt deutlich auf die politische Sozialisation junger Menschen, deren Wahrnehmung von „Sagbarkeiten“, „Dominanzbegründungen“ und Aushandlungsprozessen. Ebenso haben sich rechte Szenen ausdifferenziert, subkulturell geöffnet und in ihren Erscheinungsformen modernisiert. Es hat eine Anpassung an jugendkulturelle Entwicklungen, Lebensrealitäten und Bedürfnisse nach Konsum- und Handlungsoptionen stattgefunden. Akteur*innen vermitteln Teil einer reaktionären, aktivistischen Gegenkultur – gegen „das System“ – zu sein. Mit einer Bandbreite an Teilhabe- und Identifikationsmöglichkeiten, über multimediale Ansprache, ein breites Repertoire an jugendgerechten Events, Musik, Kleidung und alltags- und freizeiteingelagerten Angeboten, sind rechte Szenen bzw. rechte Erlebniswelten präsent in den Lebenswelten junger Menschen.

All dies hat Auswirkungen auf die Mobile Jugendarbeit/Streetwork und angrenzende Arbeitsfelder: Die sächsischen Fachkräfte treffen in ihrer Praxis und Arbeitsrealität auf junge Menschen, die sich rechtspopulistisch, menschenfeindlich und in verschiedenen Ausprägungen „rechtsorientiert“ äußern, inszenieren und verhalten. Hier sind die Fachkräfte immer von Neuem herausgefordert, ihre Adressat*innen, Umgangsweisen und pädagogischen Räume zu reflektieren und anzupassen.

In diesem Kontext wurden bereits zwischen 2017 und 2019 im Modellprojekt „TraRa – Modellprojekt zur Implementierung von Transferstrategien als Radikalisierungsprävention“ Handlungsempfehlungen für Fachkräfte Mobiler Jugendarbeit/Streetwork, die mit Pauschalisierenden Ablehnungskonstruktionen¹ konfrontiert sind, erarbeitet. Daran anknüpfend startete mit dem 1.1.2020 das Modellprojekt „ReMoDe – Regional und Mobil für Demokratie“ (ReMoDe) in Trägerschaft des LAK Mobile Jugendarbeit Sachsen e. V., gefördert durch das Bundesprogramm Demokratie Leben!² und das Landesprogramm Weltoffenes Sachsen³.

ReMoDe hat den Auftrag, sich der Erarbeitung von pädagogischen Konzepten und Interventionen sowie der Beschreibung von Grenzen im Umgang mit den beschriebenen Adressat*innen zu widmen. Eine wesentliche Frage hierbei ist die nach pädagogischen Möglichkeiten und Ansatzpunkten, um demokratische Haltungen zu stärken und Haltungsänderungen bei jungen Menschen anzuregen.

Insbesondere seit den rassistischen und geflüchtetenfeindlichen Mobilisierun-

„Der Landesarbeitskreis steht für Menschenfreundlichkeit und gegen Menschenverachtung, steht für Respekt und gegen Hass ein, steht für ein Miteinander und gegen Ausgrenzung. Antidemokratische oder diskriminierende Strömungen, Vereine und Parteien sowie die Agitation für solche Gruppen, die insbesondere die Merkmale der pauschalisierenden Ablehnungskonstruktionen zeigen, sind unvereinbar mit Menschenrechten und unvereinbar mit den Werten und Zielen des Arbeitsfeldes sowie sozialer Arbeit und somit des Landesarbeitskreises Mobile Jugendarbeit.“ (Präambel der Satzung des LAK MJA).



Leipzig-Reudnitz 1990 (Foto: Harald Kirschner)

gen der Jahre 2015 und folgende wurden verstärkt fachliche Auseinandersetzungen zu gesellschaftlichen Realitäten und lebensweltlichen Entwicklungen in den vergangenen Jahren geführt. Im Jahr 2017 wandten sich zudem landesweite Dach- und Fachorganisationen der Jugendarbeit in Sachsen mit einem Policy Paper an die Öffentlichkeit. An der Beschreibung hat sich bis heute nichts verändert:

*Die aktuelle Situation der Jugendarbeit in einigen Regionen Sachsens bietet Anlass zu Sorge. Aktuelle Unterwanderungsversuche in Einrichtungen erinnern an Strategien der neonazistischen Szene der 90er und Anfang der 2000er Jahre. Hinzu kommen Bestrebungen an Standorten öffentlich geförderte Projekte „nationaler Jugendarbeit“ aufzubauen. Damit einher geht ein offensiveres, angreifendes Verhalten gegenüber nicht-rechten Nutzer*innen von Jugendclubs und gegenüber Fachkräften. (Download unter www.mja-sachsen.de/positionspapier)*

Die Fachdiskurse thematisierten erneut und verstärkt scheinbare und tatsächliche Kontinuitäten der Jugendarbeit mit menschenfeindlichen und „rechtsorientierten“ Gruppen beginnend in den 1990er Jahren. Ausgehend hiervon wurde die Aufgabenstellung für die Praxisforschung durch das Projekt ReMoDe formuliert und in den Jahren 2020–2022 umgesetzt.

Grundlage für die Formulierung und Strukturierung des Forschungsprojektes war die Fragestellung, inwiefern sich, entlang der aktuellen gesellschaftlichen Diskurse und lebensweltlichen Verhältnisse, Lernchancen aus den 1990er Jahren, insbesondere auch den damaligen

Arbeitsrealitäten und Herausforderungen von Fachkräften und anderweitigen Akteur*innen ableiten lassen. Das Ziel des Forschungsprojektes bestand darin, die vorzufindende Expertise der Praxis der Jugendarbeit mit „rechts(extrem) orientierten Jugendlichen“ in den 1990er Jahren für heutige Arbeitsrealitäten, in denen erneut rechte Straßenmobilisierungen und Hegemoniebestrebungen in das Arbeitsfeld wirken, nutzbar zu machen. Diese Schlaglichter auf die aktuelle Situation in Sachsen und speziell der Jugendarbeit können nur mosaikartig bleiben, eine konkrete Untersuchung war nicht Gegenstand des Forschungsprojektes. Im Wesentlichen wird sich auf Erfahrungen von Fachkräften und Teams der Mobilien Jugendarbeit sowie auf Einschätzungen zivilgesellschaftlicher Organisationen⁴ gestützt. Dennoch soll damit ein Ausgangspunkt gesetzt werden, der einerseits die Motivation für die Studie lieferte und andererseits die Realität für Ableitungen der Ergebnisse darstellt. Die Forschung bleibt begrenzt und kann nicht die gesamte Komplexität sowohl der Situation in den 1990er abbilden noch auf alle Facetten der heutigen Situation eingehen.

Wir möchten unsere hohe Anerkennung für die Praktiker*innen von damals zum Ausdruck bringen, die in einer Zeit wirkten, die problematisch und unsicher war.

Die heutige gesellschaftliche Situation ist geprägt von einer weiter entwickelten Professionalität, einer anderen Sensibilität und zivilgesellschaftlichen Rahmung. Kolleg*innen erfahren Unterstützung vor Ort und Vielfaltsperspektiven sind anerkannt.

Der Prozess der Forschung war für uns ausgesprochen bereichernd. Herausstel-

len möchten wir an dieser Stelle, dass die Befassung mit der jugendarbeiterischen Praxis der 1990er die Identität der Jugendarbeit in Sachsen zeigt: Wie begann die Entwicklung nach der Wende? Was wirkt bis heute nach? Welche Kontinuitäten und Brüche begleiten und kennzeichnen die Professionsgeschichte mit dem spezifisch sächsischen Blick? In welche gesellschaftlichen Umfelder ist Jugendarbeit eingebettet, damals wie heute?

Diese Broschüre liefert fundierte Anregungen zur Auseinandersetzung mit der jeweils eigenen Praxis und den Sozialräumen. Die Kolleg*innen des LAK MJA, speziell des Projektes ReMoDe, stehen hier als Ansprechpersonen zur Verfügung und entwickeln mit Praktiker*innen vor Ort auf die jeweilige Situation zugeschnittene Konzepte.

Wir bedanken uns bei allen Beteiligten, ganz besonders bei den Kolleg*innen des Forschungsinstitutes SOFUB.

Antje Schneider, Sascha Rusch & Sarah Köhler Projekt REMODE des LAK Mobile Jugendarbeit Sachsen e. V.

- 1 <https://www.mja-sachsen.de/wp-content/uploads/2020/07/TraRa-Handlungsempfehlung-für-Veröffentlichung.pdf>
- 2 <https://www.demokratie-leben.de>
- 3 <https://www.weltoffenes.sachsen.de>
- 4 Zur aktuellen Situation in Sachsen siehe insbesondere die Broschüre „Sachsen rechts unten“ des Kulturbüro Sachsen (2022). Diese konstatieren: „Im Frühjahr 2022 (...) ist es schwer, den Überblick sowohl über Teilnehmerszahlen als auch Orte zu behalten, an denen rechte Demonstrationen in Sachsen stattfinden. (...) Rechter Protest (...) gehört zur Normalität in Sachsen.“ (Kulturbüro Sachsen 2022, 26). Für detaillierte Einblicke bezüglich des Lokalfokus Chemnitz lohnt eine Sicht des EFBI Policy Paper (2021-2) zur „Situationsanalyse extrem rechter Strukturen und Dynamiken in Chemnitz“, welche Kontinuitäten insbesondere in der neonazistischen Musik- und Hooliganszene sowie den „Kampf um den öffentlichen Raum“ in den letzten Jahren nachzeichnet. Online: <https://efbi.de/details/extrem-rechte-strukturen-und-dynamiken-in-chemnitz-efbi-legt-situationsanalyse-vor.html> (01.11.22).



1 EINLEITUNG

In der vorliegenden Broschüre bieten wir einen zusammenfassenden Ergebnisbericht für die Praxisforschung des Modellprojekts ReMoDe in den Jahren 2020–2022 mit Ableitungen und Handlungsempfehlungen für die sozialpädagogische Praxis. Wir, das Institut SOFUB – Sozialwissenschaftliche Forschung und Beratung, haben das Forschungsprojekt im Verbund mit Partner*innen umgesetzt. In die Erstellung der vorliegenden Broschüre sind mehrere ebenfalls veröffentlichte Forschungsberichte sowie die Ergebnisse aus Praxiswerkstätten mit Fachkräften der Mobilien Jugendarbeit eingeflossen. Als Untersuchungs- und Reflexionsraum haben uns vor allem Erfahrungen und Einschätzungen aus dem Handlungsfeld der (Mobilien) Jugendarbeit gedient. Wir setzen in dieser Broschüre und in den Einzelberichten wiederholt das Wort „Mobil“ in Klammern, da sowohl die beforschten Praxen als auch die Analyseergebnisse und Reflexionen über das heutige spezifische Feld der Mobilien Jugendarbeit hinausweisen und Erfahrungen wie Anregungen für die Jugendarbeit generell zur Verfügung stellen.

Ziel war es, sozialpädagogische Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Kontext des Bundesprogramms „Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt“ (AgAG) sowie begleitender Maßnahmen in Sachen in den 1990er Jahren aufzuarbeiten, Wirksamkeiten und Begrenzungen zu verstehen und mögliche Potenziale für die aktuelle Praxis der Jugendarbeit aufzuzeigen. Das Wirken im Rahmen des AgAG-Programms und insbesondere der dabei benannte und angewandte

akzeptierende Ansatz wurde in der Vergangenheit mit fachlicher, politischer, oft auch zugespitzter polemischer Kritik überzogen (→ siehe Box S.11). Diese oft emotionalen Polarisierungen sind uns heute noch in der Annäherung und in Diskussionen mit Fachkräften begegnet. Während unserer Forschung erhielten wir Zugänge zu beteiligten Fachkräften sowie unterschiedlichem Material und stellten fest, dass Erlebtes besprechbar geworden ist.

Das Ziel des Forschungsprojektes einen Teil sächsischer Professionsgeschichte aufzuarbeiten wurde in mehrere Handlungsstränge aufgeteilt (zur Methode siehe Kapitel 2 und zu Zusammenfassung der Berichte siehe Kapitel 5 und 6) und in partizipativen Prozessen diskutiert und bilanziert (siehe Kapitel 7). Letztlich verdichteten sich Spuren und Hinweise zu fachlichen Achtungszeichen, die wir in Kapitel 8 als Handlungsempfehlungen zusammentragen. Einführend möchten wir in den Kapiteln 3 bis 4 jedoch einen – in gewisser Weise unseren spezifischen – Zugang zu einem Verständnis der Zeit sowie der Ausgangssituation im Handlungsfeld Jugendarbeit und damit für die hier involvierten Fachkräfte ermöglichen.

In den Texten sowie in den Diskussionen innerhalb der Forschungsgruppe, mit Fachkräften und letztlich im Handlungsfeld Jugendarbeit nutzen wir keinen einheitlichen oder feststehenden Begriff für die Arbeit mit den Adressat*innen, um die es hier im Kern geht. Vielmehr kreisen wir um den Gegenstand herum und wählen Bezeichnungen in einem Kontinuum von „rechte

„Pädagogisierung der Problemlage“ (Bremen 1995), „Täterentlastung“ (Rommelspacher 1991), „täterbezogener „Opferdiskurs““ (Dierbach 2010, 130ff.) – dies sind Schlagworte einer Kritik, die sich auf den gesellschaftlichen Umgang mit Rechtsextremismus und die Konzeption und Praxis einer sozialpädagogischen Arbeit mit rechts(extrem) orientierten jungen Menschen in den 1990er Jahren bezieht. Aufhänger dieser Kritiken sind programmgebundene Aktivitäten, die in jenem Zeitabschnitt (ausschließlich) in Ostdeutschland umgesetzt wurden. Die Kritik bezieht sich jedoch nicht allein auf das AgAG und ähnliche Programme. Vielmehr stehen diese stellvertretend und symbolisch für das gesamte Feld von Aktivitäten, die – zurecht oder nicht – mit dem Etikett „akzeptierender Ansatz“ markiert wurden und werden. In der spezifischeren Kritik insbesondere am AgAG rückten neben fehlender „Professionalität“ des eingesetzten Personals verschiedene andere Aspekte in den Mittelpunkt. Dazu gehörten die Zentrierung des Programms auf physische Gewalt, die gleichzeitige Vernachlässigung politischer Orientierungen sowie

die Verengung der gesamten Debatte auf angeblich jugendspezifische Anpassungsproblematiken. Solche Verengungen, so die Kritik, verhinderten, dass ein Verständnis für Täter*innen/Opfer-Konstellationen herausgearbeitet wurde. Sie trugen auch dazu bei, die Verbindungen zwischen den neonazistischen und rassistischen Mobilisierungen und ihren gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen dem Blick zu entziehen. Letztlich sei mit Unterstützung der Jugendarbeit so eine Begünstigungsstruktur für die Etablierung extrem rechter Alltagswelten entstanden. Pointiert ist heute etwa die Rede von einer „Generation Hoyerswerda“ (Kleffner/Spangenberg 2016), die in den 1990er Jahren politisiert und bezüglich in ihren Haltungen geprägt wurde. Gefragt wird außerdem danach, inwiefern sich aktuelle Protestmobilisierungen in Ostdeutschland – angefangen bei Pegida über Proteste gegen Geflüchtete, Proteste im Kontext der Corona-Pandemie bis hin zu jetzt aufkommenden Protesten im Zuge der „Energiekrise“ – inhaltlich aus diesen Prägungen der 1990er Jahre erklären.

Jugendliche“ bis „rechtsextreme Jugendliche“, wobei die Zwischenskalierungen dann als „-offene“, „-affine“, „-orientierte“ oder „-radikale“ gewählt oder aufgrund spezifischer Perspektiven gänzlich andere Kategorien („völkisch-nationalistisch“, „neonazistisch“, ...) genutzt werden. Wir haben uns dezidiert gegen eine Harmonisierung der Begrifflichkeit entschieden, um damit einerseits den fachlichen Einschätzungen von Akteur*innen der Jugendarbeit und damit letztlich der Realität im Handlungsfeld Raum zu geben. Andererseits

spiegeln sich in diesen Begrifflichkeiten die jeweils vorfindlichen, lebensweltlichen und subkulturellen Realitäten junger Menschen in ihrer spezifischen, in Ungleichwertigkeitskonstruktionen verlaufenden Form der Vergesellschaftung und politischen Performance vor Ort. Darüber hinaus zeigen sich in den Zuschreibungen, welche die Praxis jeweils wählt, auch fachliche Positionierungen zu aktuellen und weiterwirkenden Fach- und Programmdebatten sowie gesellschaftlichen Dynamiken im Allgemeinen.

Mit der vorliegenden Broschüre können wir eine verdichtete Essenz der Diskussionen und Erkenntnisse vorlegen, die in den drei Forschungsberichten ausgebaut werden und ein tieferes Verständnis für die Programmatik, deren Operationalisierung in sozialpädagogischen Perspektiven und Konkretisierung in Beziehungsgestaltung mit Adressat*innen ermöglichen. Wir möchten mit dieser Zusammenfassung einen unmittelbaren, gerafften Zugang anbieten sowie Reflexionen und Handlungsempfehlungen zur Verfügung stellen. Gleichzeitig bildet auch diese Publikation aufgrund der unterschiedlichen Zugänge sowie einbezogener Reflexionen lediglich eine Art „Stückwerk“ ab, auf dessen vollständige Harmonisierung und Zusammenführung nicht nur aus Ressourcengründen verzichtet wurde. Die Fülle der Perspektiven und aufgeworfenen Inhalte erschwert eine logische Erzählung und regt gleichzeitig eine weitergehende und vertiefende Auseinandersetzung mit den Themen an. Wir empfehlen wärmstens die Befassung mit den ausführlichen Berichten, die alle auf der Internetseite⁵ des LAK Mobile Jugendarbeit Sachsen e.V. veröffentlicht sind. Die Broschüre soll damit gleichfalls Anregung sein, in Diskussionen im Themenfeld Jugendarbeit und Rechtsextremismus nicht stehen zu bleiben, alte Fragen neu aufzuwerfen, Geschichte und zurückliegende Erfahrungen aufzuarbeiten und davon ausgehend auch professionell praktisch zu werden.

Zum Abschluss des Prozesses und Vorlage dieses Berichts gilt es, den zahlreichen Unterstützenden unseren herzlichen Dank auszusprechen. Hierbei sind in der ersten Forschungsphase vor allem

die Fachkräfte zu benennen, die für narrative Interviews zur Verfügung standen und einen tiefen Einblick in die eigene Praxis und deren reflexive Einordnung ermöglichten. Ebenso erhielt das Forschungsvorhaben Unterstützung von Personen, die in den 90er Jahren administrative und beratende Tätigkeiten ausübten und daher in den Gesprächen eine wertvolle Perspektive zwischen unmittelbarer Praxis und schriftlichen Quellen beisteuern konnten. Für die weitere Befassung mit den Ergebnissen danken wir drei sächsischen Teams der Mobilien Jugendarbeit, die mit uns in Praxiswerkstätten die Forschungsergebnisse vor dem Hintergrund aktueller Herausforderungen reflektierten und einordneten. Dank gebührt ebenso den Fachkräften, die sich im Rahmen des Sächsischen Streetworktreffens 2022 an der Entwicklungsarbeit für das, in der Broschüre vorgestellte, sozialräumliche Erkundungstool beteiligten.

Schließlich gilt unser ausdrücklicher Dank den Mitgliedern des Beirats, die über den gesamten Forschungszeitraum Zeit und Aufmerksamkeit für die Befassung mit unseren Fragen, Zwischenergebnissen und Planungsüberlegungen bereitstellten sowie den Forscher*innen, die akribisch ihre spezifischen Aufträge bis zur Berichtslegung verfolgten und intensiv an der Erstellung dieser Abschlussbroschüre mitwirkten. Als verantwortliches Institut möchten wir uns für die vertrauensvolle und intensive Zusammenarbeit mit und bei den Kolleg*innen des LAK Mobile Jugendarbeit Sachsen e.V. und hier insbesondere den Protagonist*innen des Modellprojekts ReMoDe, Antje Schneider und Sascha Rusch, bedanken.

5 Abzurufen unter <https://www.mja-sachsen.de/ReMoDe/praxisforschung/>

2 Von Parallelen und Differenzen - Praxisforschung ReMoDe

Das Forschungsinteresse und die grundlegenden Überlegungen

Grundlage für die Formulierung und Strukturierung des Forschungsprojektes war die Fragestellung, was sich entlang der aktuellen gesellschaftlichen Diskurse und lebensweltlichen Verhältnisse aus den 1990er Jahren, insbesondere auch den damaligen Arbeitsrealitäten und Herausforderungen von Fachkräften und anderen Akteur*innen ableiten lässt. Fachkräfte heute schildern wiederholt, dass sie in ihrer Praxis verstärkt mit jungen Menschen konfrontiert sind, die sich in lebensweltlichen, analogen wie digitalen, Realitäten bewegen, in denen sie mit ihren demokratiefeindlichen, völkischen und antisemitischen Haltungen wenig Widerspruch erzeugen, sondern sich vielmehr häufig im Einklang mit ihrer Umwelt befinden. Die Fachkräfte können diese Phänomene nicht ausklammern, sondern müssen die Auseinandersetzung mit jungen Menschen und Jugendgruppen im Rahmen sozialpädagogischer Prozesse suchen.

Die sächsische (und ostdeutsche) Professionsgeschichte verfügt hierbei über vielfältige und aufarbeitungswürdige Erfahrungen, die bis heute nachwirken. Vor allem im Kontext des Bundesprogramms AgAG sowie der begleitenden Landesprogramme, u.a. „Jugend und Gewalt“ im Freistaat Sachsen wurde in einem markanten Anteil der Projekte mit rechts(extrem)orientierten jungen Menschen gearbeitet. Dabei wurden Ansätze entwickelt, um jungen Menschen demokratische Perspektiven aufzuzeigen oder gezielt

alternative Kulturen in den Sozialräumen zu stärken. Gleichzeitig waren Fachkräfte an verschiedenen Standorten in den spezifischen (lokal) gesellschaftlichen Rahmenbedingungen nicht umfassend wirksam in der Lage, den ideologischen und gruppendynamischen Entwicklungen ihrer Adressat*innen demokratische und demokratiebildende Gegenangebote zu unterbreiten. Teilweise boten sie unbewusst und weitgehend auf sich selbst gestellt Ermöglichungsräume für ein lokales, neonazistisches Radikalisierungs- und Szenegeschehen an.

Die Praxisforschung unternimmt den Versuch, die Erfahrungen und Einschätzungen der Fachkräfte sowie begleitender Berater*innen aus diesen Programmen für professionell-methodische Bestände und die Weiterentwicklung der Fachpraxis nutzbar zu machen. Hierfür wurden die jugendpolitischen Perspektiven, professionellen Haltungen und pädagogischen Interventionen von Fachkräften in Sachsen, welche aktuell im Feld tätig sind oder in der Zeit des AgAG in der Praxis waren, in spezifischen Zugängen (siehe Forschungspakete) untersucht.

Das Forschungsdesign

Das Erkenntnisinteresse des Vorhabens bezog sich auf Deutungen, Interpretationen und Umgangsweisen von Fachkräften der Jugendarbeit. Daher wurde das Design mit dem Anspruch konzipiert, unmittelbar praxisrelevante Rückkopplungen zu formulieren und die Expertise und Analysekraft der Profession und ihrer im

Arbeitsfeld handelnden Fachkräfte breit einzubinden. In Anlehnung an die Konzepte der Aktionsforschung wurde daher anschließend an die Erhebungen zur Praxis der 1990er Jahre ein partizipativer Dialogprozess umgesetzt, dessen Fokus und Ausrichtung in einer Forschungsgruppe kollegial verantwortet wurde. Forschungsmethodisch wurde die Untersuchung in drei Phasen aufgeteilt.

- 1 die Analyse von fachlichen Perspektiven und Praxen in den 90er Jahren (2020/21)
- 2 die Reflexion sowie der Abgleich der Erkenntnislage mit Praktiker*innen entlang deren aktuellen Arbeitsrealitäten (2021/22) sowie
- 3 die partizipative Formulierung von handlungsleitenden Empfehlungen für das Arbeitsfeld (2022).

Zur Begleitung und Reflexion wurde zudem ein wissenschaftlicher Beirat berufen.

Die Forschungspakete und mitwirkende Personen

Konzeption, Koordination und Umsetzung der Forschungsarbeit verantwortet das Institut für sozialwissenschaftliche Forschung und Beratung (SOFUB). Hier wurden die Grundstrukturen des Forschungsverbunds etabliert und gemeinsam das Vorhaben im Detail operationalisiert. Es brauchte dazu:

- a die Einrichtung der Projektgruppe
 - Projekt ReMoDe: *Antje Schneider, Sascha Rusch*
 - SOFUB: *Ricardo Glaser, Kai Dietrich, Enrico Glaser*
- b sowie die Berufung eines des wissenschaftlichen Beirates.
 - *Bernd Heidenreich*, Referent im Landesjugendamt Sachsen

- *Friedemann Affolderbach*, Professur Sozialarbeitswissenschaft an der HTWK Leipzig
- *Stephan Beetz*, Professur Sozialwissenschaften und Soziologie an der HS Mittweida
- *Stefanie Lindner*, Graduiertenkolleg Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg
- *Simone Stüber*, geschäftsführende Bildungsreferentin LAK Mobile Jugendarbeit Sachsen e.V.
- *Sarah Köhler*, zu der Zeit Fanprojekt Leipzig der Outlaw gGmbH

Mit Abschluss der partizipativen Nachschärfung von Forschungszielen und Forschungsdesign konnten die zentralen wissenschaftlichen Erhebungs- und Forschungsaufträge⁶ ausgelöst werden. Hierbei wurden drei Erkenntnisebenen bearbeitet.

1 Materialanalyse

Aufarbeitung des Forschungsstands, begleitender Programmliteratur und Fachdiskussionen der Zeit.

Beschreibung und Einordnung: Das in den Bericht einfließende Material ist breit aufgefächert. Es reicht von offiziellen Dokumenten und Programmberichten über (interne) Projektdarstellungen und Presseberichten bis zu privaten Korrespondenzen, die mit einem Abstand von ca. 25 Jahren mit Personen geführt wurden, die in den 1990er Jahren Teil der Fachpraxis waren. Das Material wurde thematisch sortiert und entlang der interessierenden Themen und Aspekte inhaltsanalytisch ausgewertet. Die Breite des in die Analyse eingeflossenen Materials darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es zugleich erhebliche Lücken gibt, die die Dar-

stellung herausfordernd machen. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Ein erster Grund besteht darin, dass Programme und Projekte nicht in der gleichen Intensität wissenschaftlich und fachlich begleitet und dokumentiert wurden. So beziehen sich etwa die Materialien zum AgAG ganz überwiegend auf die Kernphase und berücksichtigen die Fortführungsphase zum Teil gar nicht oder nur am Rande. Gleichzeitig nimmt die Dokumentation meist in übergreifender Weise auf die Programmebene und das Gesamtbild Bezug und lässt die Betrachtung einzelner Projekte und Projektverläufe nicht zu. Über Einrichtungen, Angebote und Erfahrungen, die außerhalb dieser Programme standen, lässt sich gar kein Überblick gewinnen. Ein zweiter Grund besteht darin, dass Evaluation und Dokumentation oft unsystematisch durchgeführt wurden. Dies hängt zum einen mit der Unübersichtlichkeit jener Phase zusammen, die von Strukturkonsolidierungen, Umbrüchen, Überforderungen, vor allem aber einem Primat des Machens geprägt war. Zum anderen unterschied sich auch die Evaluationskultur von der heutigen Zeit und es wurden andere Schwerpunkte gesetzt (das heißt ausdrücklich nicht, dass die Fülle des existierenden Materials heutiger Projekte per se qualitativ hochwertiger und aussagekräftiger wäre – hier kommen andere Probleme ins Spiel). Ein dritter Grund ist schlicht, dass Aktenbestände zum Teil bereits vernichtet worden sind. Zu diesen eher quantitativen Aspekten gesellen sich qualitative Aspekte. In Bezug auf die schriftlichen Erzeugnisse muss in jedem Fall berücksichtigt werden, dass sie immer Momente des Arbeitsnachweises und der Selbstlegitimierung in sich tragen. Sie spiegeln also das wieder, was als Wahrheit gesetzt werden soll.

Forschungsbericht: Gillian Zimmermann, Nils Schuhmacher (2021): „Großversuch“ im Schatten der Gewalt. Erfahrungen im „Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt“ sowie in weiteren Ansätzen der Arbeit mit rechts(extrem) orientierten Jugendlichen in Sachsen bis Ende der 1990er Jahre.

2 Fachkräfteinterviews

Subjektive Praxisrekonstruktionen zu Ansätzen, Haltungen und Perspektiven der Jugendarbeit mit rechts(extrem) orientierten Jugendlichen in den 1990er Jahren.

Beschreibung und Einordnung: Die qualitative Untersuchung rückte die Erfahrungen von Praktiker*innen, die mit extrem rechten Jugendlichen gearbeitet hatten, ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Durchgeführt wurden acht leitfadengestützte und mit narrativen Sequenzen versehene Interviews mit Fachkräften, die an unterschiedlichen Standorten vor allem in der mobilen, aber auch in der offenen Jugendarbeit tätig waren und zwar sowohl mit wie auch ohne Anbindung an das Landes- bzw. Bundesprogramm. Ausgehend von Einzelfallanalysen wurden sechs dieser Fälle (3w/3m) in einer Querauswertung gebündelt. Dies erfolgte inhaltsanalytisch entlang von Kategorien, die bereits in die Strukturierung des Interviewleitfadens eingeflossen waren. Dies wurde mit Anleihen aus der Grounded Theory kombiniert, um Offenheit zu schaffen und diejenigen Rekonstruktionen angemessen erfassen zu können, die nicht in das vorher festgelegte Raster passten. Auf diese Weise wurde schlaglichtartig und systematisch zugleich herausgearbeitet, wie die Interviewten die damalige Zeit (von heute aus betrachtet) erlebten, wie sich die Zu-

sammenhänge aus ihrer Sicht darstellten und was ihnen dabei als besonders bedeutsam erschien.

Forschungsbericht: *Kai Nolde (2021):* Die Anfänge der (mobilen) Jugendarbeit mit rechten Cliques in Sachsen. Praxiserfahrungen aus einem hereinbrechenden Jahrzehnt.

3 Sozialräumliche Verdichtung

Lokalräumlich angelegte Einzelstudie und Rückbindung an konkrete Erlebniswelten.

Beschreibung und Einordnung: Nach der Selbstenttarnung des sogenannten „Nationalsozialistischen Untergrundes“ (NSU) hat die Fachstelle Jugendhilfe des Kulturbüro Sachsen e.V. 2014 zusammen mit lokalen Partner*innen in Chemnitz und Zwickau sogenannte „Geschichtenwerkstätten“ zur lokalen Aufarbeitung des NSU-Komplexes ins Leben gerufen und begleitet. Im Rahmen der Geschichtenwerkstatt „JuaTrafo“ („Jugendarbeit in der Transformationsgesellschaft“), die in Kooperation mit mobilen Jugendarbeiter*innen des AJZ Chemnitz e.V. sowie der MOJA Jugendberufshilfe Chemnitz gGmbH organisiert wurde, beschäftigten sich junge Menschen aus Chemnitz intensiv mit den Ereignisorten des NSU-Komplexes, mit (politischen) Jugendsubkulturen und mit der Praxis von Jugendarbeit zwischen 1993 und 2002 im Chemnitzer Fritz-Heckert-Gebiet, einem der größten Neubaugebiete Ostdeutschlands. Sie entwickelten einen Interview-Leitfaden und führten Gespräche mit insgesamt elf Fachkräften und meist jugendlichen Zeitzeug*innen. Die-

ser Beitrag basiert auf einer qualitativen (an Grounded Theory orientierten) Auswertung der Interviews. Zwei Protokolle von Befragungen des sächsischen NSU-Untersuchungsausschuss ergänzen die Quellen.

Forschungsbericht: *Lisa Bendiek, Danilo Starosta (2021):* „Im Jugendclub gab es nur Glatzen“. Rechte Subkulturen, Jugendarbeit und Gewalt im Chemnitzer Fritz-Heckert-Gebiet von 1993 bis 2000.

Mit Vorlage der Teilberichte wurden die zentralen Erhebungs- und Forschungsergebnisse systematisiert und bis Sommer 2021 mit der Projektgruppe, den beteiligten Forscher*innen sowie mit dem Beirat reflektiert.

Schließlich stellten Praxiswerkstätten mit Teams der Mobilen Jugendarbeit den zentralen Reflexionsraum für die Beteiligung der sächsischen Fachkräfte und die Einbindung ihrer professionellen Perspektiven dar. Methodisch wurden die Forschungsergebnisse und damit die (komprimierte und zugespitzte) Arbeitsrealität aus den 90er Jahren neben die wahrgenommene Situation und aktuelle Praxis der Fachkräfte gestellt, Parallelen und Differenzen reflektiert sowie die Ableitung von Aspekten für die Entwicklung von Handlungsempfehlungen vorbereitet. Im Kontext der Praxiswerkstätten ist zudem ein Workshop im Rahmen des Sächsischen Streetworktreffens 2022 zu benennen, zu dem praxisnah ein methodisch-strukturiertes Vorgehen für die systematische Erschließung von Sozialräumen und deren jugendlichen Protagonist*innen entwickelt wurde.

6 Alle Teilberichte sind auf der Webseite des Landesarbeitskreis Mobile Jugendarbeit Sachsen e.V. (www.mja-sachsen.de/ReMoDe/praxisforschung) veröffentlicht und frei verfügbar.

3 Nimm zwei - Doppelte Transformation in Ostdeutschland am Beginn der 1990er Jahre

Jugendarbeit wie auch die Soziale Arbeit im Allgemeinen ist nie losgelöst von den gesellschaftlichen Verhältnissen zu fassen und umzusetzen. Darin ergeben sich spezifische Konstellationen der Adressat*innen, besondere strukturelle Rahmenbedingungen, soziale Interessenlagen, thematische Trends sowie konkrete Erfahrungen und Haltungen der Professionellen. Darüber hinaus sind aus diesen Verhältnissen gesellschaftliche wie politische Themen ableitbar, zu denen sich Jugendarbeit als Arbeitsfeld der „sozialpädagogischen Bildung“ (Thole/Pothmann/Lindner 2022) in Bezug bringen muss. Um ein Bild davon zu bekommen, in welcher gesellschaftlichen Situation Jugendarbeit nach 1990 stattfand, lohnt ein Blick auf die gesellschaftliche Formation bis 1989 in der DDR und nach dem Zusammenbruch. Um in die Situation Ostdeutschlands nach 1989 einzuführen, folgen wir für einen soziologischen Überblick den Schilderungen zur Ostdeutschen Transformationsgesellschaft von Mau und einigen weiteren Autor*innen. Dies soll eine zugängliche Perspektive auf jene Bedingungen und Dynamiken bieten, auf welche die Aktionsprogramme versuchten zu reagieren. Für ein vollständiges Bild der gesellschaftlichen Situation müssten eine Vielzahl weiterer unterschiedlicher, sich ergänzender und sich auch widersprechender Zugänge, Perspektiven und Erfahrungen auf diesen dynamischen Transformationsprozess einbezogen werden, was hier aber nicht leistbar ist.⁷

Transformation der Transformation

Die gesellschaftliche Situation der 1990er Jahre in Ostdeutschland kann als Phase der Transformation (vgl. Bertram/Kollmorgen 2011; Kollmorgen 2005) gefasst werden und dies in doppeltem Sinn. Mit dem „gesellschaftlichen Zusammenbruch“ (Leistner/Wohlrab-Sahr 2022) der DDR 1989 und dem folgenden Beitritt zur BRD fand eine grundlegende, krisenhafte Umwälzung der sozialen Verhältnisse in Ostdeutschland statt, welche maßgeblich zur Auflösung bestehender Lebenswelten beigetragen hat (vgl. Leistner 2022, S. 12). Dies hatte massive Auswirkungen auf die lebensweltlichen Erfahrungen junger Menschen und deren sozialer Umfeld. Die Einheit zeigte sich als „ökonomischer sowie sozialer Schock und strapazierte die Bewältigungskapazitäten der Menschen bis aufs Äußerste“ (Mau 2021, S. 15). Die Gesellschaft und damit alltägliche Gewissheiten veränderten sich nahezu über Nacht. Die Transformation brachte Hoffnung auf Demokratie, Freiheit und Konsum auf der einen, Entsicherung und Verlust alltäglicher Bezugssysteme und Gewissheiten auf der anderen Seite⁸. Im Ergebnis traten Erfahrungen von Deklassierung und Entmündigung just zu einem Zeitpunkt ein, „an dem man gerade zum ersten Mal die beglückende Erfahrung kollektiver Handlungsfähigkeit gemacht hatte“ (ebd.).

Zu dieser Situation kommt hinzu, dass parallel zur ostdeutschen Transformation in der Bundesrepublik, wie auch in anderen westlichen Ländern, bereits seit einigen Jahren eine übergreifende Veränderung von Lebens- und Arbeitsverhältnissen stattfand, welche teilweise als „Risikogesellschaft“ (Beck 1986)⁹ in die sozialwissenschaftliche Betrachtung einging. Deren Merkmale waren unter anderem internationalisierte Mobilität und damit stetige Arbeitsmigration, zunehmende Globalisierung der Produktion, Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse und damit Konflikte im sozialpartnerschaftlich-sozialdemokratischen Kompromiss der Nachkriegsära. Die politischen und gesellschaftlichen Umbrüche im ehemaligen Ostblock ergänzten dieses internationale Krisenszenario. Auf nationaler Ebene zeigte sich, dass die „lange Phase kollektiver Wohlstandsgewinne, anhaltender Prosperität und offener Aufstiegskanäle“ (Mau 2021, S. 15) zu Ende ging. Damit einher ging eine allgemeine „Erosion wohlfahrtsstaatlicher Standards“ (Bittner 1998, S. 79), ausgedrückt im Rückbau sozialer Infrastruktur und Ausgaben sowie in der Deregulierung kollektiver Verhandlungs- und Sicherungssysteme. Der Wegfall der Ost-West-Systemkonkurrenz verstärkte diese Entwicklung zusätzlich (vgl. ebd.). Im Osten der Republik wurde damit einerseits die westdeutsche Wirtschafts- und Sozialordnung übernommen, andererseits befand sich diese selbst gerade in einem tiefgreifenden Wandel. Beide Prozesse halten weiter an.

Transformation des Konsum- und Arbeitslebens

Während die Proteste im Jahr 1989 das soziale Miteinander in Bewegung gebracht hatten, schien es bei vielen

Menschen auch das Interesse und die Notwendigkeit zu geben, weiter ihrem gewohnten Alltag nachzugehen. Sie gingen wie üblich zur Arbeit und versorgten Kinder und Familie. Gleichzeitig waren viele aktiviert durch die neuen Möglichkeiten wie (erzwungenen) Arbeitsplatzwechsel, Neuorientierung, Abwanderung oder in politische Debatten eingebunden (vgl. Mau 2021, S. 126).

Die fundamentale Umwälzung des Arbeitsmarktes führte dazu, dass Belegschaften, welche in weiten Teilen in Kombinat und Großbetrieben zusammengefasst waren, um ein Vielfaches schrumpften. Die Arbeitslosigkeit stieg teilweise auf über 20 % und bescherte 40 % der Menschen, welche aus einer Gesellschaft ohne offizielle Arbeitslosigkeit kamen, bis 1996 die Erfahrung mindestens einmal arbeitslos gewesen zu sein. Bedingt durch den spezifischen Strukturwandel waren die Zahlen der Erwerbslosigkeit bei Frauen noch höher als bei Männern. Ostdeutsche Männlichkeit geriet in die Krise: Sozialisationsmodelle in der ostdeutschen Arbeitsgesellschaft „brachen binnen zweier Jahre – zwischen 1990 und 1992 – zusammen“ (Begrich 2019). Hinzu kamen alimentierte Austritte aus dem Arbeitsleben durch Vorruhestand, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Umschulungen, Kurzarbeit usw. (vgl. Mau, S. 153). Mit Blick auf die subjektiven Identitäten von Arbeiter*innen und die Idealisierung der Arbeit und ihrer Protagonist*innen in der DDR als einer zentralen Säule der gesellschaftlichen Identifikation und Vergemeinschaftung, muss die tiefgreifende Wirkung dieser Einschnitte in den Biographien und im sozialen Miteinander hervorgehoben werden (vgl. ebd., S. 156). Zu nennen sind ebenfalls Transferbewegungen in Verwaltung, Wissenschaft

usw., welche die ansässige Bevölkerung wahrnahm und durch welche unzählige (Leitungs-)Positionen mit Personal aus Westdeutschland besetzt wurden (für die Kontroverse in der Wissenschaft vgl. bspw. Leistner 2022, S. 21).

Transformation des Gemeinwesens

Allgemein lässt sich die ostdeutsche Gesellschaft als „weitgehend homogene Werktätigengesellschaft“ beschreiben, „in der eine bescheidene Lebensweise kultiviert wurde und in der weder vertikale Ungleichheit noch horizontale Diversifizierung zu einem Flickenteppich an Lebensstilen und Sozialmilieus führte“ (Mau, S. 63). In diesem Zusammenhang sind neben der Arbeitswelt die entsprechenden Wohnformen der Menschen in den Blick zu nehmen. Vor allem neue Wohngebiete – Neubausied-

lungen, welche auch in den späteren rassistischen Pogromen und hier wirkenden Aktionsprogrammen eine Rolle spielen – waren so geplant, dass das gesamte alltägliche Leben hier stattfinden konnte. Die Basis sozialer und kultureller Infrastruktur wie Kindergärten, Schulen, Einkaufsmöglichkeiten, Restaurants und Kulturhäuser befanden sich vor Ort (vgl. ebd., S. 32). Die Ansiedlungspolitik der DDR führte gleichzeitig zu einer sozialen Durchmischung der Wohngebiete, so dass Familien höherer Bediensteter mit Familien der Arbeiterklasse und anderen lebten und verkehrten (vgl. ebd., S. 37.). So führt Mau aus: „Die Vergesellschaftung über das Wohnen führte [...] zu einem – in den Augen der Bewohner – zufriedenstellenden Leben mit umfassender öffentlicher Versorgung, organisierten sozialen Verkehrsformen und gelebter Nachbarschaft.



(Foto: Harald Kirschner)

Das gesellschaftspolitische Modell der Plattenbausiedlung zielte auf die sozio-kulturelle Integration der Werktätigen, ihr sozialer Ertrag bestand in der Schaffung respektabler und selbstbewusster Milieus, in denen soziale und auch kulturelle Unterschiede weitgehend abgemildert waren“ (ebd., S. 42).

Die nun eintretenden Veränderungen trafen auf Erfahrungen und Lebenswelten, welche bis 1989 vor allem als autoritär und durchorganisiert galten. So waren es nicht allein staatliche Stellen selbst, welche im Wohnumfeld eine Kultur der Unterordnung unter rigide Verhaltensnormen und dichte Sozialkontrolle durchsetzten und Rückzüge ins Private der Wohnung und des Kleingartens forcierten (Mau 2021, S. 66 f.). Die Formen der Sozialkontrolle und Disziplinierung durchzogen den Alltag sowie die Lebensbereiche Schule und Jugendhilfe.

Jugendarbeit fand in den 1990er Jahren häufig in eben jenen sich verändernden Gemeinwesen statt. In dieser Zeit verdichteten sich hier nach dem Umbruch jedoch, durch Schließungen in Einrichtungen, Arbeitslosigkeit, veränderte Tagesrhythmen und teilweisen Wegzug der Wohnbevölkerung, wie auch durch ein verändertes Miteinander, die sozialen Probleme. Die Gebiete gingen nicht zuletzt mit dem Pogrom von Rostock Lichtenhagen 1992 als Chiffre für den rassistischen, ostdeutschen „Nazi-Mob“ in die bundesdeutschen Erinnerungs- und Repräsentationsbestände ein. Eine proaktive Auseinandersetzung mit diesen Vorfällen vor Ort, bspw. im Sinne einer lebendigen antifaschistischen Erinnerungskultur zu solchen Gedenkorten, fand kaum statt (Lühmann 2021).

Transformation von Identität und Öffentlichkeit

Diese Veränderungen in Arbeitswelten und Gemeinwesen sind ein Ausdruck für umfassende – auch habituelle – Anforderungen zur Neuorientierung und Neuanspassung der Menschen in Ostdeutschland (vgl. Rehberg 2022, S. 67) in der frühen Transformation. Sie finden sich heute in Erinnerungen der umfassenden Entwertung ostdeutscher Vorwenderfahrungen inklusive aller materiellen, symbolischen und kulturell-ästhetischen Fragmente, denen damit jegliche Anerkennungspotenziale entzogen sind (vgl. Mau 2021, S. 205).

Neben der sozialen Homogenisierung über Arbeit und Wohnen wurden bestehende Klassenunterschiede vor 1989 auch ideologisch nivelliert. So lässt sich ein Kult bzw. eine Heroisierung des Proletarischen und von körperlicher Arbeit – und damit Arbeiter*innen als Bild eines idealen, sozialistischen Lebens – auffinden (vgl. Mau, S. 48). Auf entsprechende Erzählungen verweist auch Regina Bittner im Zuge der Transformationsforschung vor Ort: „In der Rede des ‚immer-schon-gearbeitet-haben‘ konstruieren [die Befragten] ein Selbstverständnis, das vor Verunsicherung und Orientierungsnöten im Zuge des Umbaus der ostdeutschen Gesellschaft schützen soll. Darüber hinaus besitzt Arbeit im Werthorizont von ostdeutschen Arbeitern lebensweltliche Bedeutung: Identität, soziale Beziehungen und gesellschaftliche Anerkennung erfuhren sie in der ‚Lebenswelt Betrieb‘“ (Bittner 1998, S. 7). Diese Bilder und Erfahrungen implizierten das Ideal der sozialistischen Persönlichkeit. Fleiß und Können, eine optimistische Lebensauffassung und Engagement für

den Sozialismus, Kultur und Sport waren ihre Kennzeichen (vgl. Mau 2021, S. 64 f.) Andererseits kommt hinzu, dass das Verständnis der Arbeitsklasse so breit gefasst war, dass „die politischen Apparate von Staat und Partei sowie die bewaffneten Organe darunterfielen, zwischen Arbeitern und Angestellten“ nicht unterschieden wurde (ebd., S. 49). Indem deren tradierten Reproduktionsformen zur Staatskultur erhoben wurden, führte das auch zu einer sozialen und kulturellen Enteignung des Milieus der Arbeiter*innen selbst (Bittner 1998, S. 65 f.). Etablierte, auch informelle, zivilgesellschaftliche Strukturen hatten aus diesem Grund jenseits oppositioneller Kreise keine Basis in Ostdeutschland.

Die bestehenden, ostdeutschen Erfahrungs- und Identifikationsmomente wurden in der Bundesrepublik marginalisiert. Mau (2021, S. 134) führt aus: „Im Westen erzeugten der Zusammenbruch der DDR und der Beitrittswunsch der großen Mehrheit der Ostdeutschen ein Gefühl der Überlegenheit und Unverwundbarkeit. An kaum einer Stelle sah man sich veranlasst, über das Selbstverständnis und die Besitzstände der westdeutschen Gesellschaft überhaupt nur nachzudenken“.

In der Folge scheint sich bei Teilen der Bevölkerung eine spezifische, ostdeutsche Identität ausgebildet zu haben. Diese ist weniger als Nostalgie und Angst vor Neuem zu verstehen, sondern als soziale Identität ausgehend von den Erfahrungen einer alltäglichen, gelebten Transformation. Sie birgt die Gefahr einer Selbstethnisierung in sich (vgl. Bittner 1998, S. 8), aus welcher eine rigide Abgrenzung gegenüber der bundesdeutschen Gesellschaft erwachsen kann.

Der von vielen geteilte Wunsch nach nationaler Einheit, mündete mit dem Einigungsvertrag formell in eine ausnahmslose Systemintegration in die Strukturen der Bundesrepublik. Dabei fehlte die Möglichkeit, eigene Interessenverbände zu erhalten oder vorab eine eigene politische Kultur auszubilden (vgl. Mau 2021, S. 135). Diese Erfahrungen und die entsprechenden Erzählungen dazu konnten durch Akteur*innen und Debatten vor Ort für einen Teil der Bevölkerung nachhaltig mit antidemokratischen Deutungen und Haltungen verknüpft werden. Noch heute fühlen sich viele Ostdeutsche, vor allem mit Neigung zu autoritären und völkisch-nationalistischen Haltungen als Bürger*innen zweiter Klasse (vgl. Mau 2021, S. 209)¹⁰.

Transformation des Politischen

Das positive Ermächtigungsmoment der Umbruchssituation fand sich in den hoch dynamischen Prozessen kollektiver Handlungsfähigkeit, im Anschwellen und Ausgreifen der Montagsdemonstrationen. Langjährig organisierte, oppositionelle Gruppen und Netzwerke übernahmen hier eine tragende Rolle. Hinzu kam, dass der weit geteilte Unmut desto sichtbarer und breiter auf die Straße getragen und offen artikuliert wurde, je deutlicher eine offene, möglicherweise gewaltvolle, Zurückdrängung der Proteste ausblieb (vgl. Mau 2019, S. 117). Diese Erfahrungen mündeten in Gefühlen einer monatelang anhaltenden, kollektiven Erregung und Euphorie, weitgehender Einstellung des Alltags und einem besonderen Gefühl, verschworener Gemeinschaftlichkeit (vgl. ebd., S. 120 f.). Viele hegten nun Hoffnung auf Veränderung, „das Umschlagen subjektiver Ohnmacht in kollektive Handlungsmacht hatte etwas Berauschendes [...]“

War bislang alles starr und vorbestimmt, hatten die versteinerten Verhältnisse, mit Marx gesprochen, nun plötzlich zu tanzen begonnen“ (ebd., S. 120). Dabei ging es vielen Menschen keineswegs darum, direkt das westliche Gesellschaftsmodell zu übernehmen (vgl. Kötzing 2022, S. 91). Die vielfältigen Perspektiven in der Protestbewegung scheinen vor allem nach der Rede Helmut Kohls vor der Ruine der Frauenkirche in Dresden in eine nationale Vereinigungsperspektive enggeführt worden zu sein (vgl. ebd., S. 97), welche eine kritische Bezugnahme auf Nationalismus und die Aufarbeitung der Nationalsozialismus weitgehend vermissen ließ.

Die Basiserfahrung demokratischer Aneignung blieb jedoch meist auf Massenproteste beschränkt, ohne eine nachhaltige Perspektive breiter, zivilgesellschaftlicher Partizipation, Selbstorganisation und Willensbildung. Die demokratischen Ideen und Entwürfe der Runden Tische konnten kaum in die Strukturen der bürgerlichen Demokratie übersetzt werden. Jenseits der PDS, heute Die Linke, als Nachfolgepartei der SED verantworteten zunehmend westdeutsche Akteur*innen und Strukturen die weitere Debatte (vgl. Mau 2021, S. 122). Die erfolgreiche Opposition selbst, wurde als eigentliche Wegbereiterin in der Politik des wiedervereinigten Deutschland „marginalisiert“ (vgl. Hartmann 2022, S. 147).

Die Akteur*innen vor Ort wurden hierdurch in einen Zustand der Passivität versetzt, der sie aus einer möglichen Mitgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnissen hinaus drängte. Die Bürger*innen Ostdeutschlands sollten vor allem ihr passives Wahlrecht nutzen. Auch dies kann ein Grund für die Affekte

sein, welche sich vor Ort weiterhin auch in einer breiten und geteilten Institutionenkritik manifestieren (vgl. ebd., S. 145.). Ein wesentlicher Effekt dieser politischen Demobilisierung war ein Streben nach nationaler Integration. Das Primat der nationalen Einheit löste den entwicklungs-offenen Prozess der Demokratisierung frühzeitig ab. Leister verweist mit Bezug auf Pollack darauf, dass die rasche Einführung eines formellen Parlamentarismus ohne zivilgesellschaftliche Basis mitursächlich sein kann für tradierte Polarisierungen und Wir-Konstruktionen im Osten (vgl. Leister 2022, S. 29).

Transformationsbilanz

Auf die mehr oder minder eingerichtete und eigensinnige Alltagsgestaltung in den bestehenden Verhältnissen folgten mit dem Zusammenbruch 1989 für viele Menschen in der DDR tiefgreifende Krisenerfahrungen, welche Mau wie folgt charakterisiert: „Die Implosion eines Systems als kollektiver Schock, der allen Beteiligten die Endlichkeit eines Gesellschaftsgebildes vor Augen führt, sie aus den gewohnten Bahnen herausreißt und kollektive Gewissheiten als Illusionen demaskiert, so lässt sich auch die Erfahrung der allermeisten DDR-Bürger gut beschreiben“ (Mau 2019, S. 113). Er führt weiter aus: „Mit ‚Transformationsgesellschaft Ostdeutschland‘ ist kein Übergang von einem Anfangs- zu einem Endzustand gemeint, sondern eine andauernde Restrukturierung und Veränderung. [...] Wer heute das Erreichte bilanziert, sieht in der Tat grundlegende Veränderungen und viele Verbesserungen: Die Spuren der Deutschen Demokratischen Republik sind fast flächendeckend getilgt, neue soziale Arrangements haben Fuß gefasst, Menschen haben sich eingelebt. Die Freiheitsgewinne – ob beim

Reisen oder beim Recht, seine Meinung frei und ungehindert zu äußern – sind enorm“ (Mau 2021, S. 12). Gleichzeitig weist er darauf hin, dass ein relevanter Teil der Menschen in Ostdeutschland sich als, laut Umfragen, gesellschaftlich zurückgesetzt, ökonomisch und politisch marginalisiert empfindet (ebd., S. 13, vgl. auch Köpping 2018).

In Teilen konnte die sich ausbreitende Skinheadkultur an spezifische ostdeutsche Bilder und Erfahrungen anknüpfen und diese in einer eigensinnigen (Re-)Aneignung des proletarischen insbesondere männlichen Habitus – als eines Ideals im doppelten Niedergang – nationalistisch, rassistisch und antisemitisch aufladen (vgl. Begrich 2019). Als scheinbarer Ausdruck von sozialer Konsistenz, Authentizität und Männlichkeit wurde es im sozialen Umbruch gleichermaßen gegen frühere, politische Eliten wie auch gegen neue, gesellschaftliche Zumutungen inszeniert. In dieser Form stand ostdeutschen Kindern und Jugendlichen ein subalternes wie auch jugendkulturell-hegemoniales Integrationsmoment zur Verfügung, welches entsprechend genutzt wurde. Und mit diesem Kleidungs-, Haltungs- und Verhaltensstil wurden neu freiwerdende, vormals kontrollierte öffentliche oder verlassene Räume mehr oder weniger rigoros und gegen alle anderen angeeignet.

Die politische Erfahrung in der Protestbewegung selbst, brachte bei vielen Bürger*innen eine kritische Haltung gegenüber etablierter, institutioneller Staatlichkeit mit sich, die noch heute anhält (vgl. Begrich 2022, S.112). Eine Dimension, welche auch in der gelebten Praxis der Jugendarbeiter*innen selbst eine Rolle gespielt haben könnte, beim Versuch, die eigenen Adressat*innen mit



ihren scheinbar „oppositionellen“ Haltungen zu verstehen. Das Arbeitsfeld war in den 1990er Jahren sozialpädagogischer Impulsraum in einem Geflecht aus alltäglichen Deklassierungserfahrungen, sozialen und kulturellen Umdeutungen und eigensinnigen wie auch bornierten Re-Aneignungsbemühungen junger Menschen in ihrem jeweiligen Sozialkontext, welcher einen gesellschaftlichen Zusammenbruch im Gleichklang mit der postfordistischen¹¹ Transformation des Westens be- und verarbeitete.



- 7 Einen Überblick als „erkennbares Panorama“ gibt bspw. die Publikation von Kowalczuk et al. (2021). Eine wichtige Initiative der letzten Jahre zur Sichtbarmachung rechtsextremer Gewalt und der Betroffenenperspektive war die vom Journalisten Christian Bangel gestartete Dokumentationsreihe unter dem Hashtag „#Baseballschlägerjahre“.
- 8 Festzuhalten sei an dieser Stelle, dass die Ausführungen einerseits vielgestaltige Erfahrungen für die autochthone Bevölkerung in ihre unterschiedlichen Lebenslagen umfassen, dabei aber unterstrichen werden muss, dass bspw. Vertragsarbeiter*innen von einem Tag auf den anderen ohne Unterstützungsleistungen waren und plötzlich eine Situation ohne bestehenden Aufenthaltstitel bewältigen mussten.
- 9 In der sozialwissenschaftlichen Literatur auch als „Zweite Moderne“ (Beck, Giddens) oder „neue Unübersichtlichkeit“ (Habermas) skizziert und mit dem „flexiblen Menschen“ (Sennett) illustriert.
- 10 Hingegen wurde in Westdeutschland der gesellschaftliche Zusammenbruch der DDR „in die eigene Erfolgsgeschichte eingegliedert und als Beleg der Stärke des westdeutschen Modells verstanden“ (ebd., S. 134). Dies führt noch heute zu einer defizitären und einseitigen Form des kulturellen Erinnerens (vgl. Kötzing 2022, S. 91) Die Transformation Ostdeutschlands erscheint als „Nebeneinander von Einheitserfolgen und Scheitern, von Gewinnen und Verlusten, von Hoffnungen und Enttäuschungen, von Eingewöhnung und Entfremdung“, die Bilanz der Einheit sei „nicht nur durchwachsen, sondern durch und durch widersprüchlich“ (Mau, S. 13). Dies führt auch dazu, dass sich bei manchen ein Bild von Ost und West festgesetzt hat, welches zwischen dauerhaft zu Alimentierenden und stetig Anschaffenden unterscheidet (vgl. Bittner 1998, S. 8).
- 11 Postfordismus als Phase, in der nach der Epoche der Massenproduktion am Fließband neue Produktions- und Organisationsweisen (inkl. Digitalisierung, Dienstleistungsbereich) in der Wirtschaft Einzug halten, womit u.a. auch die Verlagerung von Produktionsstandorten einhergeht.

4 Jugendarbeit zwischen den Welten – Zum Stand der Profession in den frühen 1990er Jahren

Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen beeinflussen auch immer die laufenden Fachdebatten innerhalb der Sozialen Arbeit und hier im speziellen der Jugendarbeit. Die Profession findet sich stetig in der Klärung ihrer Rolle angesichts sich wandelnder Lebenslagen ihrer Adressat*innen. Die eigene Professionalität des Arbeitsfelds wird damit als fachpolitische Positionierung verstanden. Um den Stand der Fachdebatte in den 1990er Jahren – mit Fokus auf den Rahmen der beiden Programme am Beginn des Jahrzehnts – zu umreißen, werden im Folgenden zunächst die Jugendberichte jener Jahre und hier entwickelte Perspektiven eingeführt. Danach wird der Versuch unternommen, ausgewählte Fachpositionen zu neonazistischer Gewalt vorzustellen, welche durch Wissenschaftler*innen und Aktive im Feld der Jugendarbeit entwickelt wurden und die teilweise Ausgangspunkte wie Entwicklungsperspektiven der Arbeit im AgAG bildeten **(zu den Ausgangspunkten → siehe Box S.26)**.

Weiterentwicklung einer lebensweltorientierten Jugendhilfe

Der Achte Jugendbericht von 1990 nahm eine, die postfordistische Transformation der westdeutschen Gesellschaft in den 1980er Jahren (vgl. Beck 1986) reflektierende, Perspektive auf Jugend ein und leitete daraus differenzierende, lebensweltorientierte Ansprüche für die

Jugendhilfe ab. Ziel der Entwicklung musste gleichzeitig auch Integration der Belange junger Menschen in der politisch-gesellschaftlichen Breite sein:

„Den Auswirkungen gesellschaftlicher Entwicklungen auf die Lebensmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen kann nicht allein mit Maßnahmen und Angeboten der Jugendhilfe begegnet werden. Die Lebenswelt von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien wird zunehmend von Entwicklungen in anderen Bereichen, wie z. B. der sozialen Sicherung, dem Städtebau, dem Straßenverkehr, der Arbeitswelt, strukturiert, auf die Jugendhilfe bisher keinen Einfluss hat. Die Weiterentwicklung einer lebensweltorientierten Jugendhilfe, wie sie aus der Analyse der verschiedenen Jugendhilfefelder gefordert wird, ist ganz entscheidend davon abhängig, ob politische Entscheidungen getroffen und gesetzliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, auf deren Grundlage die Belange von Kindern und Jugendlichen auch in anderen Politikbereichen geltend gemacht werden können“ (Bundesministerium für Frauen und Jugend 1990, S. 198).

Gefasst wurde hier ein Bild von jungen Menschen in ihrem sozialen Nahfeld, welche stärker als bislang verschiedenen gesellschaftlichen Dynamiken in ihrem Alltag ausgesetzt waren und Unterstützung für ein gelingendes Aufwachsen benötigten. Für junge Menschen all-

Die **Ausgangslage aller Spezialprogramme jener Zeit** ließ sich mit Hilfe eines ‚Problemdreiecks‘ beschreiben:

Einen *ersten Eckpunkt* stellte die Welle rassistischer, nationalistischer oder allgemein rechter und neonazistischer Mobilisierung dar. Sie war in diesen Ausmaßen neu und drückte sich insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern in massiver Gewalt auf der Straße aus (in Übersicht Otto/Merten 1993). Dabei waren die sichtbarsten Akteur*innen auf Täterseite junge Menschen (was für die Opferseite nicht im selben Maße galt). Schon die Ausmaße des Phänomens überstiegen bisherige Erfahrungen mit jugendlichem Rechtsextremismus. Dies führte auch im Bereich der (Sozial)pädagogik und Jugendarbeit zu Diskussionen über angemessene Konzepte der Arbeit mit rechts(extrem) orientierten Jugendlichen, die bis dahin vor allem unter dem Gesichtspunkt politischer und sozialer Randständigkeit wahrgenommen wurden.

Den *zweiten Eckpunkt* bildete die gesellschaftliche Umbruchsituation in Ostdeutschland. Mit der Wende in der DDR und darauffolgend der Wiedervereinigung unter westlichen Vorzeichen kam es zu tiefgreifenden Veränderungen der ostdeutschen Gesellschaft in nahezu allen Lebensbereichen. Debatten über Jugendarbeit

im Allgemeinen und den Umgang mit Rechtsextremismus im Speziellen fielen also in eine Phase grundlegender Veränderungen, Krisen und Transformationen, die zusammengenommen ein komplexes, widersprüchliches und äußerst bewegliches Bild von Gesellschaft und Individuen ergaben. In diesem Bild fanden sich einerseits die Krisen eines großen Teils der staatlichen Instanzen sozialer Kontrolle, Orientierungsverluste, Deklassierungs- und Entmündigungserfahrungen, andererseits aber auch Erfahrungen von neuer Freiheit und kollektiver Handlungsfähigkeit, die eine widersprüchliche Einheit bildeten (Mau 2019, 12ff.).

Den *dritten Eckpunkt* bildete der Zusammenbruch eines großen Teils der staatlich und betrieblich organisierten Jugendhilfestrukturen, von dem die Offene Jugendarbeit in besonders starkem Maße betroffen war. Die Jugendarbeit der DDR wurde – abgesehen von ihrem kirchlichen Teil – nahezu vollständig und wortwörtlich von einem Tag auf den anderen abgewickelt. Es entstand ein entsprechendes Vakuum an Freizeitangeboten und Orientierungsmöglichkeiten (Müller 1990; Deininger 1993; Simon 2013b). Hinzu kam, dass kein – nach westlichen Mustern ausgebildetes – Fachpersonal für die rasch einsetzende, von hohem Improvisationsgeist geprägte Reorganisation zur Verfügung stand.

gemein wurde dabei konstatiert, dass ihnen eine lebensweltorientierte Jugendhilfe Unterstützung sein konnte und gleichzeitig eine flächendeckende Jugendbeteiligung mit Blick auf ein jugendförderliches, gesellschaftliches Umfeld notwendig war. Dies adressier-

te Gesellschaft weit über Jugendhilfe hinaus. Fachkräfte – auch der Mobilien Jugendarbeit – wiederum wurden hier zu potenziellen Partner*innen für Jugendliche im Kampf um entwicklungs-gerechte, solidarische Bedingungen des Aufwachsens.

Noch während der Programmlaufzeit des AgAG kam vier Jahre später der folgende Neunte Jugendbericht zu dem Schluss:

„Das Angebot für die Jugendlichen in den neuen Bundesländern ist defizitär. Die größte Unzufriedenheit herrscht bzgl. der Jugendzentren. Knapp zwei Drittel der Jugendlichen in den neuen Bundesländern sind mit dem Angebot unzufrieden“ (Bundesministerium für Familie, Senioren Frauen und Jugend 1994, S. 61).

Während also mit dem AgAG und weiteren Programmen zum Strukturaufbau seit Beginn der 1990er Jahre versucht wurde, jugendarbeiterische Angebote in der Breite weiter zu entwickeln und umfangreich vorzuhalten, schienen diese weiterhin nur einem Teil der jungen Menschen zur Verfügung zu stehen. Den Fokus und die Zielstellungen bzgl. einer jugendrelevanten Infrastruktur wie auch Leerstellen erläuterte die damalige Bundesjugendministerin Claudia Nolte in ihrem Vorwort zum Jugendbericht: „Nicht alles allerdings konnte und kann sofort gelöst werden, denn es braucht Zeit, die von der SED-/PDS-Regierung der DDR hinterlassenen Zerstörungen zu überwinden. Doch sind Fortschritte sichtbar – z.B. in der Umgestaltung des Bildungswesens, in der fachlichen Entwicklung der Kinder- und Jugendhilfe, in der Sicherstellung der Berufsausbildung – auch in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, der unsere größte Sorge gilt“ (Bundesministerium für Familie, Senioren Frauen und Jugend 1994, S. 2). Vor allem die abschließende Ausführung zeigte mit aller Klarheit, welcher zentrale Integrationsauftrag den entsprechend genannten Strukturen jeweils zugewiesen wurde und damit

im Angesicht der Transformation der ostdeutschen Gesellschaft die Kulisse für entsprechende Aktionsprogramme bildete.

Cliquenorientierung

Bereits im Vorfeld und auf Nebenfeldern der dezidiert politischen Deutungen und Aufträge an die Jugendhilfe entwickelte sich professionsintern eine Debatte um die Weiterentwicklung jugendarbeiterischer Angebote, auch mit Fokus auf die eskalierende, rassistische und neonazistische Gewalt in Ostdeutschland. Hier wurden cliquen- und akzeptanzorientierte Ansätze und Umgangsweisen in den professionellen Angeboten der Jugendarbeit der 1990er Jahre, vor allem ausgehend von den Vorschlägen Franz Josef Krafelds (u.a. 1992a/1992b), aufgegriffen und in den folgenden Jahren auch kritisiert. Nur einige Punkte seien an dieser Stelle im Sinne einer Zustandsbeschreibung der Fachdebatte festgehalten.

In Krafelds Ansatz der Cliquenorientierung erschien die Clique vor allem als wichtiger Gesellungsraum junger Menschen und damit als möglicher Ort, diese gelingend zu adressieren. Diese Perspektive leitete sich aus der, laut Krafeld, notwendig scheinenden Neuausrichtungen der offenen Jugendarbeit als noch jungem Angebot der Jugendhilfe ab, welche, der Beschreibung nach, in offenen Großeinrichtungen – teilweise mit sozio-kultureller Angebotspalette – diversifizierten Jugendinteressen kaum mehr nachkommen konnte. Stattdessen benötigte es engere Kontakteinheiten im Sinne kleinerer, wohnortnäherer, sozialräumlich verknüpfter Clubs und größerer Einrichtungen mit regionaler Sze-neverbindungsqualität. Dabei sparte

Krafeld nicht aus, dass es erstens nicht einfach sei, diese neue, kleinteilige und aufsuchende Struktur aufzubauen und zweitens Jugendeinrichtungen nicht per se idyllische Orte lokal gelebter und erlebter Demokratie waren, sondern hier oft rigide Aneignungs-, Ausgrenzungs- und Umgangsformen herrschten (vgl. Krafeld 1992b, S. 78 ff.).

Als zentrale konzeptionelle Grundlegendimensionen für seinen Ansatz der cliquenorientierten Jugendarbeit arbeitete Krafeld die Cliquenakzeptanz, Sozialräumlichkeit, Gegenwartszentrierung und Beziehungsorientierung aus (vgl. ebd. S. 51 ff.). Dabei ging es ihm um eine Neuorientierung aller jugendarbeiterischen Angebote, in denen Jugendcliquen häufig als störend und die eigentlichen Adressat*innen verdrängend angesehen wurden. Mit einer positiven bzw. ressourcenorientierten Perspektive auf Jugendcliquen formulierte er eine Kritik an der Auffassung des Achten Jugendberichts, welcher Cliquenorientierung mehr als Spezialmethode mobiler Jugendarbeit für delinquente Jugendliche fasste (vgl. ebd., S. 73) und damit spätere, umfassende, delinquenzfokussierende Aufträge an die Jugendarbeit vorformulierte. Der cliquenorientierte Ansatz Krafelds forderte vielmehr dazu auf, jugendarbeiterische Angebote entlang lebensweltlicher Interessen junger Menschen weiterzuentwickeln. Der bereits hier mit Fokus auf Jugendcliquen angelegte Kern der Akzeptanzorientierung der Professionellen wurde damit vor allem auf Basis sich wandelnder Bedingungen des Aufwachsens erörtert. Einen auf neonazistische Dynamiken orientierte Konzeption enthielt der Ansatz in seiner frühen Form zu Beginn der Aktionsprogramme nicht.

Atomisierung und Gewalt

Timm Kunstreich, Professor für Soziale Arbeit und zu Beginn der 1990er Jahre selbst Berater von Jugendprojekten im Rostock im Rahmen des AgAG unternahm im Sammelband „Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland“ (Otto/Merten 1993)¹² den Versuch, anhand von Beispielen aus dem Alltag von Jugendlichen in der Bundesrepublik einen umfassenden Gewaltbegriff in die Debatte um neonazistische und rassistische Gewalt einzuführen, welcher neben physischer und psychischer Gewalt auch die Ebene struktureller Gewalt – hier bezogen auf Leistungsanforderungen – umfasst und damit die gesellschaftliche Dimension von Gewaltdynamiken in den Fokus rückt. Jene Dimension, welche durch die damalige Gewaltdefinition der von der Bundesregierung eingesetzten Gewaltkommission explizit ausgeklammert wurde (vgl. Kunstreich 1993, S. 285). Als Skandalisierungsmöglichkeit diente Gewalt einem moralischen Diskurs, „der auf Konsens der wichtigsten gesellschaftlichen Gruppen ausgerichtet ist, aber nicht auf Klärung, Regelung oder gar Lösung der zugrundeliegenden konkreten Gewaltsituation“ (ebd., S. 287). So verwies Kunstreich unter anderem darauf, dass der rassistische Diskurs um die Aufnahme geflüchteter Menschen sich bei den unterschiedlichen Akteur*innen vor allem der Form nach unterschied, weniger in den Zielen, denn „wenn der Innenminister am Tag nach der Brandschatzung der zentralen Aufnahmeestelle für Asylbewerber (ZAST) in Rostock-Lichtenhagen vor die Presse tritt und als erstes die SPD auffordert, nun endlich der Veränderung des Artikels¹⁶ GG¹³ zuzustimmen, dann fühlen sich die ‚jugendlichen Gewalttäter noch einmal bestätigt‘“ (ebd., S. 288).

In dem Zusammenhang konnte festgehalten werden, dass es der hier angelegten Perspektive, auch mit Verweis auf die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der Gewalt in Ergänzung zu Integration und Akzeptanz, gelang, Rassismus klar zu benennen und die jungen Menschen als Täter*innen sichtbar zu halten. Kunstreich kritisierte, einerseits gelang es in der politischen Debatte durch die De-Thematisierung von Rassismus, die Gleichsetzung von Phänomenen im Sinne der Extremismustheorie aufrecht zu erhalten, andererseits modifizierte der Gewaltfokus, entgegen einer Kritik an gesellschaftlich produziertem Rassismus, das Problem in ein pädagogisches, im Zweifelsfall juristisches oder strafrechtliches Problem (vgl. ebd., S. 289)¹⁴. Er hielt fest: „Mit den Alltagswelten der Jugendlichen in Ostdeutschland, selbst denen der meisten rechten, hat dieser Diskurs wenig zu tun“ (vgl. ebd.).

Eine ergänzende Perspektive bot Kunstreich mit dem Begriff der Atomisierung in Ostdeutschland an, welcher beschrieb, dass die Bürger*innen der ehemaligen DDR über radikalisierte Individualisierungstendenzen mit neuen Freiheiten und der Befreiung aus einem autoritären Staat den umfangreichen Verlust existentieller Sicherheiten zu verarbeiten hatten. Mit Bezug auf Heitmeyer wies er darauf hin, dass rechte Dynamiken sich auf Modernisierungsverlierer wie auch – gewinner erstrecken konnten. Und weiter: „Die Bedrohungssymptomatik aus Ausländerhaß, aggressivem Nationalismus, Sozialdarwinismus und ‚Demokratieverdrossenheit‘, gepaart mit einer Gewaltrechtfertigungsrhetorik, wird sowohl in einem Zusammenhang mit Auflösungstendenzen traditioneller Milieus gesehen – Stichwort: Pluralisierung der Lebenswelten – als auch mit der Frei-

heit und dem Zwang zugleich, über höhere individuelle Dispositionsräume zu verfügen – Stichwort: Individualisierung“ (ebd.). Einerseits, nicht von einem pädagogischen Problem auszugehen, andererseits auch darauf hinzuweisen, dass nicht allein umfassende Prekariisierung sondern teilweise gegenläufige Tendenzen zwischen Freiheitsgewinnen und Veränderungsanforderungen gesellschaftliche Rahmenbedingungen für die beschriebenen Phänomene waren, konnte als wichtige Fachperspektive festgehalten werden, die jedoch in ihrer Differenziertheit nicht in die Regelpraxis und Fachdiskurse übernommen wurde. Mit Blick auf die rechte Skinheadkultur in gesellschaftlichen Atomisierungsdynamiken wurde festgestellt, dass diese als Form einer gruppenbezogenen Raumeignung eine wichtige Funktion für Jugendliche übernahm. Ihnen gelang es zugleich gegen die Elterngeneration und ihr System zu opponieren und die kulturellen Artefakte und Normvorstellungen des Arbeiter*innenmilieus zu konservieren, – mehr noch – diese auf eine ideologische Stufe der Identifikation zu heben (vgl. ebd.). Er kritisierte: „Die Konzentration des ‚Gewalt‘-Diskurses auf die Ausschreitungen der rechten Szenen hat zur Konsequenz, dass die gewalttätigen Auswirkungen der Atomisierungsprozesse nicht als solche thematisiert werden, sondern als individuelle Anpassungs- und Qualifikationsprobleme, als vorübergehende Begleiterscheinungen eines notwendigen Transformationsprozesses. Damit wird zugleich der undemokratische, im Kern mit administrativen Mitteln durchgesetzte Prozess des Anschlusses des Ostens an den Westen der Kritik entzogen“ (ebd., S. 291). Folglich machte für einen Teil der Jugendlichen Gewalt gerade deshalb Sinn, weil sie der einzige Weg schien, sich Gehör

zu verschaffen (vgl. ebd.) und sich im „im kollektiven Aktionismus“ eine „elementar ansetzende Kollektivität“ konstituierte (Bohnsack et al. 1995, 26).

Kunstreich führte aus: Grundlegend habe die Jugendhilfe allgemein aus den Teilhaberechten Jugendlicher – nicht aus zugeschriebenen Sozialisationsdefiziten – abgeleitet, ihre Angebote zur Verfügung zu stellen. Diese Unterstützung bei der je spezifischen Lebensbewältigung, sollte als erweiterte Wirkung auch zu weniger Gewalt führen. Jugendhilfe an sich, könne nicht an politischem Wohlverhalten festgemacht werden. Darüber hinaus wurde aber auch darauf verwiesen, dass die unterschiedlichen Adressat*innen-gruppen jeweils unterschiedliche – an ihre spezifische Lage angepasste – Angebote benötigten. In dem Zusammenhang wurden genderbedingte und regionale Faktoren hervorgehoben. Im Kern ging es um legitime Räume und eine jugendgemäße, soziale Infrastruktur (vgl. ebd., S.293). Einschränkend war aber festzuhalten, dass Jugendhilfe die „Umdefinition politisch-kultureller in pädagogische Probleme“ vermeiden musste. Was sie nicht leisten könne, sei, „den sozialen oder politisch-kulturellen Sinn von Lebensperspektiven von Jugendlichen in einer Gesellschaft selbst zu geben“. Es sei eine Illusion der Professionellen „den sozialen Sinn des eigenen Lebens, für andere produzieren“ zu können (ebd.).

Der Beitrag Kunstreichs stand beispielhaft für aus der Sozialen Arbeit selbst geleistete, kritische Analysen gesellschaftlicher Dynamiken und politischer Diskurse und machte deutlich, auf welcher Ebene grundlegende Situationsanalysen für die Praxis im Feld über allgemeine Desintegrationsannahmen hinaus ergänzt werden mussten und welcher beschränkte Hand-

lungsraum den Fachkräften im Gesamtgefüge eigentlich zur Verfügung stand.

Pädagogischer Optimismus

Um eine Perspektive auf entsprechende, sozialpädagogische Handlungsmöglichkeiten sichtbar zu machen, soll im Folgenden einer weiteren Fachposition Raum gegeben werden. Albert Scherr entwickelte im oben erwähnten Sammelband ein Szenario, in welchem die Jugendarbeit mindestens eine zentrale Rolle spielen sollte. Er plädierte entgegen strafrechtlicher oder moralisierender Umgangsweisen für einen „pädagogisch-politischen Dialog[...]“ als Möglichkeiten mit rechten Jugendlichen in eine „argumentative Auseinandersetzung über die für sie relevanten Themen“ zu kommen (Scherr 1993, S. 328). Als Ausgangspunkt diente hier eine beobachtete Distanzierung zwischen Jugendlichen und etablierter Politik, welcher öffentliche Verständigungsbereitschaft entgegengesetzt werden sollte (vgl. ebd.). Konkretisierend hielt Scherr fest: „Angestrebt ist damit nicht, Akzeptanz für Ausländerfeindlichkeit und Gewaltbereitschaft zu demonstrieren. Aber in einem ‚Dialog mit der Jugend‘ ist erfahrbar zu machen, daß Jugendliche mit ihren Interessen und Überzeugungen gesellschaftlich nicht ignoriert werden und muß ihnen die Chance geboten werden, in ihrer Widersprüchlichkeit zu Wort zu kommen, ohne daß sie deshalb als potentielle rechtsextreme Gewalttäter wahrgenommen werden“ (ebd.). Dies – so die optimistische Sicht Scherrs – konnte eine Möglichkeit für Deeskalation sein, wenn sich die pädagogischen Institutionen auf lange und aufreibende Gespräche einlassen konnten, in denen keine Moralisierungen, Vorverurteilungen oder der Wunsch nach vernichten-

den Diskussionsniederlagen eine Rolle spielen durfte (vgl. ebd., S. 329). In Anerkennung der Ambivalenz des damit vorgeschlagenen pädagogischen Umgangs schrieb Scherr: „Nun ist mir die Problematik dieses Vorschlages bewußt, die darin besteht, dass eine Atmosphäre des Dialogs, des Miteinander-darüberreden-Könnens ihrerseits zur Stärkung der Akzeptanz rechter Positionen führen kann. Aber selbst für den organisierten Rechtsextremismus scheint mir zuzutreffen, dass dessen Attraktivität durch die Zuweisung der Rolle der nicht mehr gesprächsfähigen Radikalen zumindest ebenso gestützt wird, wie durch die Bereitschaft zur nüchternen Auseinandersetzung. Für Jugendliche, die vor dem Hintergrund widersprüchlicher Meinungen und Einstellungen ihre Situation in rechten Positionen artikulieren, ist es meines Erachtens sogar geboten, ihnen das Feld der sprachlich-argumentativen Auseinandersetzung anzubieten. Damit könnte es gelingen, wenigstens ein Teil der Konflikte des Straßenkampfes und Straßenrechts wegzuverlagern“ (ebd.). Vor dem Hintergrund der Ausführungen kann heute gefragt werden, inwiefern Scherr aber auch andere zu dem Zeitpunkt ein realistisches Bild über die Verhältnisse in Ostdeutschland und von der Dimension, der Bewegungsdynamik und der Modernisierung des Neonazismus zur Verfügung stand. Setzt der hier gegebene Vorschlag doch scheinbar voraus, dass gerade Jugendliche ihre politischen Haltungen im Alltag auch als widersprüchlich erfahren, ergo ein soziales Umfeld gegeben sein musste, in dem auch noch andere, demokratisch-solidarische Haltungen sichtbar und nahbar zur Verfügung gestellt wurden. Darüber hinaus benötigte es hier professionell agierende Jugendarbeiter*innen und jugendarbeiterische Settings, die in

ihrem Zusammenwirken in der Lage waren, diesen nüchternen, argumentativen Austausch zu gewährleisten. Strukturell musste sichergestellt sein, dass hier nicht das einzige Angebot zu Austausch mit rechten Jugendlichen bestand und junge Menschen, welche gerade nicht in die Szene involviert waren, vielmehr durch sie direkt oder indirekt bedroht waren, ein mindestens ebensolches Maß an jugendarbeiterischer Zuwendung erhielten.

Über Des-/Integrationsperspektiven hinaus

Scherr verwies auf Studien von Leiprecht 1990, Held 1992 und Bommes/Scherr 1992, welche mit Bezug auf die Annahme, dass Abwertungs- und Ablehnungshaltungen im Kontext von Modernisierungs- und Individualisierungsdynamiken entstanden und inszeniert wurden, differenziertere Ergebnisse vorlegten. Bei den hier befragten Jugendlichen zeigte sich einerseits der Wunsch, ihnen bewusste und als eigene Privilegien verstandene Wohlstandsgewinne gegen wahrgenommene Konkurrent*innen zu verteidigen. Andererseits zeigte sich, dass Jugendliche gegenüber zugewanderten Menschen nicht per se ablehnend auftraten. Ihre Diskriminierungsbereitschaft stieg jedoch, wenn sie an gesamtgesellschaftlich zur Verfügung stehende Ausgrenzungsdiskurse anschließen konnten, bspw. in denen geflüchtete Menschen als auf Basis bestehender Vorurteile und alltagsmoralischer Vorgaben der leistungs- und konkurrenzfixierten Arbeitsgesellschaft, als sozial übervorteilt markiert wurden. Gerade hier stellte sich heraus, dass nicht ausschließlich sozial benachteiligte Jugendliche diesen Ablehnungen folgten, sondern gerade junge Menschen in überwiegend abgesi-

cherten Verhältnissen. In dieser komplexen Motivlage konnten sozialpolitische und jugendarbeiterische Maßnahmen lediglich eine Facette des Problemzusammenhangs bearbeiten (vgl. ebd., S. 330). Blickte man in dem Zusammenhang auf die Verhältnisse in Ostdeutschland, zeigte sich, dass die oben angeführte Integrationsperspektive in den Arbeitsmarkt allein wenig erfolversprechend war, was eine demokratische Haltungsentwicklung betraf. So kamen viele Jugendliche zwar aus entsicherten, sozialen Verhältnissen. Der Erfolg in der nationalistischen Konkurrenz um Erwerbsarbeit hatte wohl für viele zur Folge, gerade in der angezielten Besitzstandswahrung die eigenen Ablehnungshaltungen weiter aus zu buchstabieren.

Konturierung jugendarbeiterischer Fachlichkeit

Für die Bearbeitung der komplexen Problemlagen benötigte es laut Scherr eine Neujustierung jugendarbeiterischer und jugendbildnerischer Angebote auf mehreren Ebenen. Dabei sei in Frage zu stellen, dass allein eine quantitative Angebotsstärkung die gewünschten Effekte erzielte. Vielmehr benötigte es im Gleichklang dazu die Weiterentwicklung der Fachlichkeit im Feld selbst. Scherr verwies in dem Zusammenhang unter anderem auf die fachlichen Beiträge von Krafeld 1992 zum Ansatz der mobilen und aufsuchenden Jugendarbeit. Dabei ginge es zum einen um das Ernstnehmen von Jugendcliquen als Formen der Selbstorganisation und Selbstsozialisation von Jugendlichen – und damit als Räume pädagogischer Angebote. Zum anderen eröffnete sich mit einem aufsuchenden Ansatz die Möglichkeit, bislang nicht erreichte junge Menschen, erst einmal für die Angebote der Ju-

gendarbeit zu gewinnen. In Ergänzung hierzu sei es dringend notwendig, neue Formen der außerschulischen Jugendbildung zu entwickeln, welche nicht die allgemein angebotsaffinen Jugendlichen erreichen, sondern Erfahrungen damaliger Initiativen aufgriffen, sich in lokalen Zusammenhängen als niedrigschwellige Gelegenheitsstruktur zur Verfügung zu stellen (vgl. ebd., S. 331)⁵. Festzuhalten wären an dieser Stelle mindestens die zentralen Hinweise auf notwendige, sozialräumlich agierende, aufsuchende Aktivitäten der Jugendarbeit wie auch deren Verzahnung mit zivilgesellschaftlichen, lokalen und niedrigschwelligen Angeboten der außerschulischen Jugendbildung – inklusive einer professionellen Rollenausdeutung als Akteur*innen der non-formalen Bildung. Auf dieser Grundlage und vor dem Hintergrund der „Zunahme rechter Jugendszenen“ wurde auch dafür plädiert, entgegen der gewohnten Arbeit mit zugeneigten Jugendlichen, Jugendhäuser für rechte Jugendliche zu öffnen und sich hier auf Auseinandersetzungen mit ihnen einzulassen und auf der Basis hinreichend qualifizierter Fachkräfte Hilfe zur Lebensbewältigung anzubieten (vgl. ebd. S. 332). In Reaktion auf kritisierte Fälle im Rahmen des AgAG schrieb Scherr: „Die kritisierte Stabilisierung ist also ein notwendiges Element der pädagogischen Konzeption cliquenorientierter Jugendarbeit, nicht Dokument ihres Scheiterns. Stabilisierung der Person und der Clique ist nicht gleichbedeutend mit der Stabilisierung rechter Gesinnungen, sondern Teil des Versuchs, diese verzichtbar zu machen.“ (ebd.) Die Konzepte der Jugendbildungsarbeit, offenen und cliquenorientierten mobilen Arbeit seien nicht in der Lage kurzfristige, haltungsverändernde Wirkungen zu entfalten, sondern als langfristige, auseinandersetzung-intensive Prozesse zu

denken. Die Möglichkeit einer demokratischen und demokratisierenden Wirkung sei gegeben, gleichfalls nicht sicher. Vor dem Hintergrund methodischer Potenziale und jenseits einer sozialtechnischen Veränderungsauffassung seien sie letztlich alternativlos (vgl. ebd., S. 332 f.). Mit Blick auf die heutigen Debatten scheinen die letzten Hinweise deshalb zentral, weil sich in den vergangenen 30 Jahren die Auftragsformulierungen scheinbar noch stärker in eine Richtung verschoben haben, diese Probleme zielgerichtet abzubauen, sonst als demokratiepädagogische Akteur*innen aus dem Blick und damit dem Förderportfolio zu geraten. Viel deutlicher wäre auch wieder zu formulieren, was Jugendarbeit an Möglichkeitspotenzialen hat, ohne – und diese emanzipatorisch gegen sozialtechnische Anforderungen gewendet – dass sie diese aus sich allein heraus erzielen kann oder muss.

- 12 Eine Notiz am Rande mit möglicherweise fachlicher und fachöffentlicher Bedeutung: Von 47 Autor*innen in diesem Sammelband finden sich vier, bei denen ein Ort der institutionellen Anbindung in Ostdeutschland außerhalb Berlins (Magdeburg, Dresden, Halle, Leipzig) angegeben ist
- 13 Benannt ist hier der sogenannte „Asylkompromiss“ von 1992/93, im Zuge dessen das Asylrecht aus dem Artikel 16 GG in einen Artikel 16a GG überführt und im Zuge dessen deutlich verschärft bzw. eingeschränkt wurde
- 14 Heute, so könnte man ergänzen, gelingt diese verengende Modifikation selbst bei der Thematisierung von Rassismus im Rahmen der „Präventionsarbeit“.
- 15 Um die Bedeutung von Jugendcliquen und aktuelle Formen der (mittlerweile weitgehend hybriden) Gesellung junger Menschen wäre mit Blick auf heutige Kontexte eine neue Diskussion zur führen.



Übersicht zu den Standorten und Strukturelementen der Programme im Untersuchungszeitraum

Länge/Dauer	
AgAG	Landesprogramm „Jugend und Gewalt“
<p>Erste Phase: 1.1.1992–31.12.1994 Fortführungsphase: 1.1.1995–31.12.1996</p>	<p>03.1992–12.1995 Hervorgegangen aus der „Konzeption zur Eindämmung und Zurückdrängung des Rechtsextremismus sowie der Gewaltbereitschaft im Freistaat Sachsen“ sowie der „Konzeption zum Umgang mit der Gewalt akzeptanz unter Jugendlichen“. Darin eingelagert: Modellprojekt: „Straßensozialarbeit (später Mobile Jugendarbeit) in Sachsen in Trägerschaft der AGJF Sachsen</p>
Volumen	
AgAG	Landesprogramm „Jugend und Gewalt“
<p>1.1.1992–31.12.1994: 20 Mio jährlich 1.1.1995–31.12.1996: 13 Mio jährlich, davon 20 Mio aus dem Bundesjugendplan; in der Fortführungsphase wurden 50% der Kosten von den Ländern und Kommunen getragen</p>	<p>1,8 Mio jährlich, v.a. aus Mitteln des Kultusministeriums</p>
Programmstruktur	
AgAG	Landesprogramm „Jugend und Gewalt“
<p>Projekte</p> <ul style="list-style-type: none"> Die sächsischen Projekte starteten oft in kommunaler Trägerschaft (mit anschließender Übergabe an neu gegründete freie Träger) oder getragen durch die evangelische Kirche. Zum Programmende Übergabe und Verstetigung in Regelstrukturen. 	<p>Projekte</p> <ul style="list-style-type: none"> Alle sieben Projekte zu Beginn in Trägerschaft der AGJF Sachsen, zum Programmende Übergabe und Verstetigung in Regelstrukturen.
<p>Beratung und Begleitung</p> <ul style="list-style-type: none"> Insgesamt sechs Beratergruppen unterschiedlicher Träger (mit zwei Planstellen pro Bundesland) zur Begleitung der Projekte vor Ort. Sachsen: Begleitung durch das Diakonische Werk der evangelischen Kirche in Deutschland. 	<p>Beratung und Begleitung</p> <ul style="list-style-type: none"> Einführender „Crash-Kurs“ und zwei Einzelveranstaltungen in 1992 und 1993 durch LAG Baden-Württemberg. Danach keine weitere intensive Fachbegleitung.

<p>Fortbildungsangebote</p> <ul style="list-style-type: none"> • Fortbildungsangebote, punktuell auch über den Kreis der in AgAG-Projekten Beschäftigten hinausgehend • Konzeption und Durchführung durch den Informations-, Forschungs- und Fortbildungsdienst Jugendgewaltprävention (IFFJ) im Verein für Kommunalwissenschaften, Berlin 	<p>Fortbildungs- und Qualifizierungsangebote</p> <ul style="list-style-type: none"> • Fortbildungsmöglichkeiten über AGJF, innerhalb der Projekte oder durch externe Akteur*innen • Etablierung berufsbegleitender Qualifizierungsmöglichkeiten an der Fachhochschule Görlitz/Zittau und der Evangelischen Hochschule für Soziale Arbeit Dresden.
<p>Fachliche Programmkoordination und Verlaufsdocumentation</p> <ul style="list-style-type: none"> • Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS), Frankfurt a.M. 	<p>Fachliche Programmkoordination und Verlaufsdocumentation</p> <ul style="list-style-type: none"> • Zentrale Koordinierungsstelle, angegliedert an die AGJF
<p>Wissenschaftliche Begleitung und Evaluation</p> <ul style="list-style-type: none"> • TU Dresden/Institut für Sozialpädagogik und Sozialarbeit • Sachsen: Abschlussevaluation von 13 Projekten durch Diakonisches Werk 	<p>Wissenschaftliche Begleitung und Evaluation</p> <ul style="list-style-type: none"> • Wissenschaftliche Begleitung nur punktuell. • mehrteilige Abschlussdocumentation plus Zwischendokumentation, in der die einzelnen Projekte vorgestellt werden.
<p>Praxisstruktur</p>	
<p>AgAG</p> <p>144 zielgruppenorientierte Projekten in 30 ausgewählten <i>Brennpunktregionen</i> in Ostdeutschland (inkl. Ost-Berlin); Sachsen: 18 Projekte in 6 Regionen mit insg. ca. 90 Mitarbeiter*innen</p>	<p>Landesprogramm „Jugend und Gewalt“</p> <p>Sieben Projekte in sieben Kommunen</p>

16 Neben der sozialpädagogischen Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen innerhalb von Projekten in den besprochenen Programmen existierten eine Vielzahl weiterer Maßnahmen im Bundesland Sachsen, in denen mit diesem Adressatenkreis gearbeitet wurde. Hierzu auch Teilbericht von Schuhmacher/Zimmermann.

5 Empirische Befunde: „Vergebliche Liebesmüh“ – Erfahrungen aus der Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen im Chemnitzer Fritz-Heckert-Gebiet

Der Blick in den konkreten Sozialraum des Chemnitzer Fritz-Heckert-Gebiets soll eine detaillierte Perspektive auf die Situation vor Ort ermöglichen, um einen Eindruck der problematischen Gemengelage jener Zeit gleichsam unter dem Brennglas zu ermöglichen. In anderen sächsischen Gemeinden und Sozialräumen gestaltete sich der Alltag junger Menschen durchaus ähnlich, obgleich die spezifischen regionalen und mitunter personellen Dynamiken unmittelbare Gleichsetzungen verbieten und das vorliegende Lokalporträt gleichsam einen Hot Spot ins Visier nimmt.

„Schreckschuss-Gaspistolen waren Gang und Gäbe, ohne Mist“, erzählt Richard¹⁷. Er wohnte während der 90er Jahre als Jugendlicher im Chemnitzer Fritz-Heckert-Gebiet und hatte enge Kontakte in die rechte Szene. Im Gespräch mit Richard, wie in allen anderen Gesprächen, die wir mit Zeitzeug*innen geführt haben, ist die Gewalt des Alltags in der Transformationsgesellschaft allgegenwärtig. Die damals Jugendlichen berichten von Prügeleien zwischen rechten und linken Jugendgruppen; von rechten Überfällen auf linke Konzerte und antifaschistische Demonstrationen, auf kommunale Jugendclubs und Bundeswehr-Veranstaltungen; von sexualisierter Gewalt junger Männer gegen junge Frauen; von Morddrohungen durch Neonazis; von einem

Überfall mit Mordversuch durch Mitglieder des NSU-Kerntrios und von der Verfügbarkeit scharfer Waffen.

Maik lebte ebenfalls während der 90er Jahre in Chemnitz. Im Gegensatz zu Richard war er jedoch in der linken Szene aktiv. Er beschreibt die Auswirkungen, die die Normalisierung von alltäglicher Gewalt auf ihn und seine Freund*innen hatte:

„Also, dieses enorme Gewaltlevel-, also, was auch zum-, zum Einprägen von so bestimmten Verhaltensweisen halt geführt hat. [...] Wie ist das eigentlich, wenn man noch abends über die Zentralhaltestelle fahren muss, dass jemand vorgeht und guckt, welche Gruppen stehen da rum. Oder vorne weg ein bisschen an der Haltestelle abseitssteht. Also, hinter der Haltestelle unten erst mal in die Straßenbahn reinguckt, wer ist da drin. Das-, das Orientieren an den Straßen, zu gucken, [...] wo ist eine Tür offen, also, wo gibt es irgendwie einen Hintereingang, eine Fluchtmöglichkeit. Einfach das gut vorausschauende Laufen in der Stadt. Ich glaube, das konnte man sich damals auf jeden Fall aneignen. Also, das finde ich so, das ist relativ markant, was so das Klima kennzeichnet. Dass man irgendwie jetzt mal so rückblickend sagt: „Es war alles gar nicht so schlimm.“ Aber eigentlich, die Um-

gangsformen, die man sich da angeeignet hat, die verweisen eher schon, glaube ich, auf was Anderes. So, den Bus nicht verlassen, gucken, ob ein Auto dem Bus hinterherfährt. Also, solche-, solche Sachen. Und ich finde, das war jetzt gar nicht unbedingt so, dass da jetzt ganz gezielt Aktivist*innen angegriffen wurden, sondern eigentlich ging es ganz stark nach so einem-, nach einer Feindbestimmung nach Äußerem, „Ihr seid irgendwie Zecken“.“

Das hier beschriebene „Gewaltlevel“ prägte natürlich nicht nur die alltägliche Erfahrung von rechten wie linken Jugendlichen, sondern auch die Rahmenbedingungen der Jugendarbeit im Fritz-Heckert-Gebiet. Diese Rahmenbedingungen sowie ihre Auswirkungen auf die pädagogische Arbeit wollen wir im Folgenden genauer beschreiben.

Jugendarbeit im „Heckert“

In dem Zeitraum 1993 bis 2000, auf den sich unsere sozialräumliche Analyse bezieht, existierten im Fritz-Heckert-Gebiet fünf verschiedene Jugendclubs, die sich teilweise in kommunaler Trägerschaft befanden. Die meisten dieser Clubs wurden größtenteils von jungen Männern genutzt. Viele von ihnen waren gewaltbereit und politisch rechtsradikal eingestellt. Zusätzlich zu den in den Clubs beschäftigten Pädagog*innen, ABM-Kräften¹⁸, SAM-Kräften¹⁹ und Praktikant*innen waren im Fritz-Heckert-Gebiet Mobile Jugendarbeiter*innen tätig, deren Stellen im Rahmen des Bundes-Aktionsprogramms gegen Aggression und Gewalt (AgAG) gefördert wurden.

In diesem Text geben wir zunächst einen Einblick in die jugendsubkulturellen Bedingungen der Transformationsgesell-

schaft, um dann relevante Aspekte der Jugendarbeit im Heckert (u.a. Zielgruppen, Arbeitsbedingungen, pädagogische Konzepte) genauer zu beleuchten.²⁰

„Jemand kannte immer irgendjemanden, der Nazi war“: Jugendsubkulturen in der Transformationsgesellschaft

Jugendarbeit im Chemnitzer Fritz-Heckert-Gebiet war geprägt von der Konfrontation mit mehreren, v.a. rechten Jugendsubkulturen. Wir haben die Gesprächspartner*innen, die im Chemnitz der 90er Jahre aufgewachsen sind, nach ihren Erinnerungen an verschiedene Jugendsubkulturen gefragt. Von fünf befragten Personen lebten zwei als Kinder und Jugendliche im Fritz-Heckert-Gebiet. Drei waren innerhalb der linken Szene vernetzt. Einer pflegte enge Beziehungen zu rechten Aktivist*innen und begegnete dadurch auch dem NSU-Kerntrio. Ein weiterer Jugendlicher unterhielt enge Kontakte in verschiedene Szenen und beschreibt sich selbst als „neutral, liberal“. Alle Gesprächspartner*innen sind weiße Deutsche ohne Migrationserfahrung; unter ihnen befindet sich nur eine Frau.

Alle Gesprächspartner*innen schildern sowohl Auseinandersetzungen als auch Verbindungen zwischen linken und rechten Jugendszenen. Nachbarschaftliche und/oder freundschaftliche Beziehungen zwischen jungen Menschen, die sie im Laufe von Kindheit und früher Jugend knüpften, überdauerten häufig starke politische und subkulturelle Differenzen. Laura, die als Jugendliche im Fritz-Heckert-Gebiet aufwuchs, versucht, diese Situation für heutige Jugendliche nachvollziehbar zu machen:

„Wie da so das Zusammenleben funktioniert hat? Ich zum Beispiel, [...] ab

*16 bin ich mit Rastas herumgelaufen und habe quasi schon auch äußerlich gezeigt, wo man mich sozusagen einsortieren kann, wenn man das möchte. Und da sind in meiner Jugend, natürlich auch in meinem Haus und in meinem Wohnumfeld, Menschen aufgewachsen, die sich einfach in eine andere politische Richtung entwickelt haben. [...] Man hat sich einfach gegenseitig in Ruhe gelassen. Man wusste quasi voneinander, in dem Gebiet selber, in dem man gemeinsam aufgewachsen ist, nicht? Ich rede jetzt nicht von den Menschen, die als Spätaussiedler[*innen] irgendwann dazugekommen sind, die hatten es mit Sicherheit schwer. Aber die Leute, die sozusagen dort aufgewachsen sind, und die sich irgendwann mal im Laufe der Entwicklung in unterschiedliche politische Richtungen entwickelt haben, die haben sich nicht gegenseitig auf die Mappe gegeben, das mal extrem gesagt, nicht? [...] Ich habe immer dieses Wort Frieden im Kopf, aber das ist natürlich ein total beschissenes Wort für diesen Zustand.“*

Manche der linken Jugendlichen unterhielten auf individueller Basis dauerhafte Kontakte mit jungen Neonazis; sie gingen gemeinsam zur Schule, machten dieselbe Ausbildung, tauschten Platten, spielten Tischtennis oder führten heterosexuelle Liebesbeziehungen miteinander. „Jemand kannte immer irgendjemanden [...], der Nazi war“, sagt Antifaschist Robert.

Rechte und linke Jugendliche begegneten sich auf Konzerten, auch in Clubs, die als links bekannt waren. Subkulturelle Gruppen, die sich durch einen bestimmten Musikgeschmack und/oder typische Kleidung auszeichneten – z.B.

Punks, „Zecken“, Skinheads, Hip-Hopper, Grufties, Hooligans – stießen zumindest vorübergehend auf Interesse in rechten wie in linken Milieus. Es gab Orte, die für Jugendliche aus sehr unterschiedlichen Szenen wichtige Anlaufpunkte waren. So beschreibt Ronny, der in der rechten Szene vernetzt war, ein bekanntes Geschäft auf der Kanalstraße, bei dem junge Menschen zu Beginn der 90er Jahre „unter der Ladentheke alles kriegen [konnten], was auf dem Index stand. Von links bis rechts. Keine Ahnung, was der für eine Ideologie hat.“

„Am Anfang gab es in dem Jugendclub eigentlich nur Glatzen“: Zielgruppen

Jugendclubs werden – neben dem öffentlichen Raum, v.a. leerstehenden Häusern und Brachflächen – von allen Gesprächspartner*innen als zentrale Orte benannt. Die meisten Jugendclubs waren allerdings klar von Angehörigen bestimmter Jugendsubkulturen dominiert. Jugendclubleiter Paul beschreibt die Nutzer*innen des Jugendclubs „P“:

„Am Anfang, wo ich angefangen habe [...], gab es in dem Jugendclub eigentlich nur Glatzen, rechtsgerichtete Jugendliche, also ich sage mal: die Neonazis, die mit politischem Hintergrund agieren wollten. Die den Jugendclub erst mal als Freizeit-, als Treffpunkt angesehen haben und ja, höchstwahrscheinlich so im Verborgenen garantiert auch Absprachen hatten. Dann gab es die Hooligans, die zum Teil manchmal auch mit den Neonazis in absolutem Widerstreit standen. Also da gab es auch zwischendrin, ich habe das selber erlebt, Gewalttaten um die Vormachtstellung, um die Inhalte, so richtig konnten wir das eigentlich nie ermitteln. Da ging es halt manchmal so um: Na, wer hat denn hier eigentlich

das Sagen. Wer sind denn eigentlich die richtigen Nazis, und wer sind bloß die, die da Krawall machen, also die Hooligans, die ja geprägt waren auch zum Teil von einer anderen Kultur als die politisch hintergründig arbeitenden Neonazis. [...] Dann hatten wir auch eine Gruppe Normalos, ganz normale Jugendliche wie du und ich, die den Club aufgesucht haben, weil sie ihre Freizeit gestalten wollten.“

Paul beschreibt die Hooligans als mit 30 bis 40 Personen die zahlenmäßig stärkste jugendsubkulturelle Gruppe in seiner Einrichtung. In seinen Schilderungen erscheinen sie als gewaltaffine, sportbegeisterte, hypermaskulin auftretende junge Männer. Während die Hooligans erlebnis- und sportpädagogische Angebote bereitwillig annahmen, waren die organisierten Neonazis pädagogisch überhaupt nicht erreichbar. Sie nutzten zwar den Jugendclub als Treffpunkt, spielten dort Billard, rauchten und saßen als konspirative Gruppe zusammen, aber sie verweigerten sich den meisten Gesprächen und allen pädagogischen Interventionen. Vor dem NSU-Untersuchungsausschuss des sächsischen Landtags berichtet Paul über diese Gruppe:

„Zu mir haben sie mal gesagt: ‚Paul, lass uns einfach mal mit deinen Anfragen oder mit deinen Angeboten in Ruhe. Das brauchen wir eigentlich alles gar nicht. Und im Übrigen seid ihr für uns hier Sozialfuzzis. Ihr könnt euch mit den anderen beschäftigen.‘ – Also, so eindeutig war das für die.“

Zu den zehn Neonazis, über die Paul hier spricht, gehören mehrere enge Freund*innen und langjährige Unterstützer*innen des NSU-Kerntrios.²¹ Versuche der Mitarbeiter*innen, neben der kleinen Gruppe von etwa zehn jungen

„Normalos“ auch weitere nicht-rechte Jugendliche für den Besuch des Clubs zu gewinnen, scheiterten. Pauls Kollegin Kathrin sagt dem sächsischen NSU-Untersuchungsausschuss dazu:

„Unser Ziel war es immer, auch eine andere Klientel zu rekrutieren, was uns aber auch mit einem großen Aufwand nicht gelungen ist. Es haben sich einfach andere Jugendliche entweder nicht reingetraut, oder es wurde ihnen von ihren Eltern verboten, dahinzugehen, weil, ich sage mal, die doch sehr auffällige und gewaltbereite Klientel auch nach außen eine Wirkung hatte, was natürlich auch bei Eltern entsprechende Reaktionen ausgelöst hat.“

„Ich habe Donnerstag noch im Kindergarten gearbeitet und ab Freitag im Jugendclub“: Mangelnde Angebote der Aus- und Weiterbildung

Die Mitarbeiter*innen des kommunalen Jugendclubs „P“ im „Heckert“, die täglich mit gewaltbereiten rechten Jugendlichen konfrontiert waren, brachten für dieses schwierige Arbeitsgebiet zunächst weder eine angemessene Ausbildung noch praktische Erfahrung mit. Die Berufsbiographien der beiden langjährigen Angestellten Paul und Kathrin stehen exemplarisch für die Erfahrungen vieler DDR-Bürger*innen, die in Folge der politisch-wirtschaftlichen Transformation ab 1990 ihre Arbeitsplätze verloren und sich umorientieren mussten.

Paul ist studierter Sportlehrer und war in der DDR mehr als zehn Jahre lang als Trainer für Nachwuchsleistungssportler*innen tätig. Dann folgte der Bruch:

„Mit der Auflösung des deutschen Turn- und Sportbundes, mit der Wende 1990 ist ungefähr 90 % aller festangestellten Trainer und diesen leis-

tungssportorientierten Einrichtungen arbeitslos geworden. Da galt es also umzuswitchen. Sich ein neues Berufsfeld auszudenken und-, eben ja, sich dafür zu bewerben. Und meine erste Option war eigentlich, ich wollte gerne in die Schule gehen, ich wollte gerne Sportlehrer werden. Und das ging aber mit dem neuen Schulgesetz nicht, weil dort immer ein zweites Referendariat nötig war. Also ich hätte irgendwie noch mal ein Fach dazu studieren müssen. Ja, das schien mir dann doch ein bisschen aufwändig. Ich war ja schon so knapp an die 40 ran.“

Also suchte Paul nach anderen Möglichkeiten und fand beim Arbeitsamt eine Anpassungsqualifizierung für soziale Berufe. Danach absolvierte er eine ABM-Maßnahme im Bereich Jugendarbeit. Als diese auslief, wurde er Leiter des Clubs im Fritz-Heckert-Gebiet. Seine Kollegin Kathrin ist ausgebildete Kindergärtnerin (Begriff bis 1989) bzw. staatlich anerkannte Erzieherin (Begriff ab 1990). Vor dem NSU-Untersuchungsausschuss des sächsischen Landtags berichtet sie: *„Ich habe von 1990 bis 1994 als Erzieherin in einer Kindertagesstätte der Stadt Chemnitz gearbeitet, bin dann in diese Kündigungswelle gekommen, als es immer weniger Kinder gab und alle Erzieherinnen, die unter 30 waren, gekündigt wurden; habe mich dann in dieser Zeit für die Arbeit in einem Jugendclub der Stadt Chemnitz beworben und bin dann quasi von heute auf morgen von dem damaligen Fachberater angerufen worden. Also ich habe sozusagen Donnerstag noch im Kindergarten gearbeitet und ab Freitag im Jugendclub [...]. Ich habe nicht gewusst, was dort für eine Klientel verkehrt.“*

Im Vergleich zu vielen ihrer Kolleg*innen hatte Kathrin Glück, eine Stelle im Jugendclub zu finden. Ihren Angaben nach hatten sich über 100 Konkurrent*innen auf wenige Stellen in der offenen Jugendarbeit beworben. Kathrin wurde unter der Auflage eingestellt, ein Studium zur Sozialpädagogin zu absolvieren. Aufgrund ihres jungen Alters und des allgemeinen Mangels an Studienplätzen hatte sie jedoch zunächst gar keinen Zugang zu berufsbegleitenden Studiengängen.

Die Werdegänge von Kathrin und Paul in Chemnitz sind typisch für Jugendarbeiter*innen in der Transformationsgesellschaft. Aus einer Statistik über die Qualifikationen der Mitarbeiter*innen aller AgAG-Projekte geht hervor, dass 51% derjenigen, die ostdeutschlandweit aus AgAG-Mitteln bezahlt wurden, überhaupt keinen pädagogischen Abschluss besaßen. Von den verbleibenden 49% waren 40% Erzieher*innen (wie Kathrin), 19% Lehrer*innen (wie Paul), 28% Sozialarbeiter*innen und 11% Diplom-Pädagog*innen²². Zusätzlich zu den kommunal angestellten Pädagog*innen waren im besagten Jugendclub, wie auch in anderen Einrichtungen des Fritz-Heckert-Gebiets, zahlreiche Praktikant*innen, Honorarkräfte und ABM-Teilnehmer*innen mit sehr verschiedenen Hintergründen beschäftigt.

„Wir haben uns allein gelassen gefühlt“: Arbeitsbedingungen

Die Jugendclubs im Chemnitzer Fritz-Heckert-Gebiet, wie auch an vielen anderen Orten in den Neuen Bundesländern, mussten extrem lange Öffnungszeiten abdecken. Der Jugendclub „P“, in dem Kathrin und Paul tätig waren, hatte täglich von 14:00 bis 21:00 geöffnet, freitags und

samstags sogar bis 22:00. Vor dem sächsischen NSU-Untersuchungsausschuss beschreibt Kathrin die Situation:

„Wir haben uns einfach alleingelassen gefühlt. Wir haben beide, gerade im Jahr 1994, quasi sieben Tage die Woche gearbeitet. Wir hatten die Auflage, den Jugendklub täglich zu öffnen. Wir haben zu zweit dort gearbeitet. Die ABM-Kraft, die dort noch war, hat von Montagmorgen bis Donnerstagmittag gearbeitet; ansonsten war es unsere Arbeit. Wir hatten massive Überstunden. Wir haben von unseren Überstunden Urlaub gemacht.“

In den folgenden Jahren wurde die Personalsituation in diesem Jugendclub etwas besser, v.a. durch eine verstärkte Einbindung von ABM- und SAM-Kräften. Andere Jugendarbeiter*innen, die Ende der 90er Jahre im Heckert-Gebiet die Arbeit aufnahmen, beschreiben die Personalausstattung in ihren Teams durch-

gehend als ausreichend oder sogar als außergewöhnlich gut. Positiv hervorgehoben wird von vielen der – gerade im Vergleich zur Gegenwart – relativ unbürokratische Zugang zu Sachmitteln, mit denen pädagogische Materialien beschafft oder Honorare für zusätzliche Angebote bezahlt werden konnten.

Angesprochen auf die Beziehungen unter Kolleg*innen, loben alle befragten Jugendarbeiter*innen die kollegiale Atmosphäre in ihren jeweiligen Teams. Den Austausch unter Kolleg*innen, zu fachlichen wie zu persönlichen Themen, ist ihnen ausgesprochen positiv in Erinnerung geblieben. Auch die Vernetzung mit anderen Institutionen im Rahmen von Arbeitskreisen, Fachgesprächen und Kooperationsveranstaltungen hat ihren Angaben nach gut funktioniert.

Doch keine*r der befragten Jugendarbeiter*innen, die während der 90er



Leipzig-Grünau 1990 (Foto: Harald Kirschner)

Jahre mit größtenteils rechten, gewaltbereiten Jugendlichen arbeiteten, hat in diesem Zeitraum jemals eine Supervision²³ in Anspruch genommen. „Hatte ich nie“, sagt der ehemalige Clubleiter Paul. Er fährt fort:

„Ich hatte in den ganzen Jahren, ich glaube auch keiner von unseren Mitarbeitern, eine Supervision. [...] Erst mal wusste ich gar nicht richtig, was das ist, ich hatte das vielleicht im Studium mal gehört, aber ich muss auch sagen, es war wirklich – also ich persönlich würde [sagen], so Fehleinschätzungen dessen, was man auch selber verarbeiten kann, was auch nicht. Jetzt im Nachhinein würde ich paar Mal sagen, also nach den und den und den Erlebnissen wäre es höchstwahrscheinlich dringend nötig gewesen, dass ich mir mal hätte eine Supervision zu Gute kommen lassen. Ja aber, ist uns nie angeboten worden. Das muss man im Nachhinein auch als einen absoluten Missstand einschätzen für Pädagogen, die in solchen gefährdeten Settings [arbeiten].“

„Die Diskussion war schon gewünscht“: Pädagogische Konzepte

Alle befragten Jugendarbeiter*innen beschreiben die Bereitstellung von sinnvollen Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung als ihr pädagogisches Kernziel. Ein großer Schwerpunkt lag auf sport- und erlebnispädagogischen Maßnahmen sowie auf kulturellen Angeboten. So veranstaltete z.B. der Jugendclub „P“, der als Treffpunkt der rechten Szene bekannt war, regelmäßig freitags Discos für seine Adressat*innen. Darüber hinaus gab es lebenspraktische Angebote. Beliebt bei Kindern und Jugendlichen waren auch Koch- und Backaktionen, an die sich ein gemeinsames Essen oder der Verkauf

von Mahlzeiten zum Selbstkostenpreis anschloss: „Weil wir auch schon viele hungernde Kinder da hatten.“ (Annett, Mitarbeiterin eines Jugendclubs)

Einige Pädagog*innen schildern Mädchenarbeit als bedeutenden Teils ihres Arbeitsgebiets. Die Beschreibungen von Geschlechterverhältnissen innerhalb verschiedener rechter Jugendszenen durch Pädagog*innen deuten auf klare patriarchale Hierarchien hin. Einige feministisch engagierte Pädagoginnen entwickelten davon ausgehend Mädchenspezifische Austausch- und Unterstützungsangebote, die vor allem auf die Bewältigung von Gewalt- und Unterdrückungserfahrungen abzielten. Geschlechtersensible oder sexismuskritische Angebote für junge Männer werden von keiner*/m der Jugendarbeiter*innen erwähnt.

Zwischen den politischen Haltungen von Pädagog*innen und Nutzer*innen bestand eine große Diskrepanz. Alle Pädagog*innen geben an, sie hätten ihre eigene politische Einstellung – die eher bzw. entschieden links war – gegenüber den rechtsorientierten Jugendlichen offen kommuniziert. Manche von ihnen führten leidenschaftliche Diskussionen mit ihren Klient*innen, in der Hoffnung, bei ihnen eine Veränderung rechter Denkweisen anzustoßen. Im Nachhinein bewerten alle den Erfolg solcher Versuche als sehr gering.

Frederik, der im Rahmen seiner Ausbildung ein Anerkennungsjahr im rechten Jugendclub „P“ absolvierte, erzählt:

*„Wenn es um irgendwelche politischen Diskussionen ging, habe ich dann meine Meinung auch [gesagt], also nicht zurückgehalten. Und das war okay. Das war ja bei den Kolleg[*inn]en genauso. Die Diskussion*

war schon gewünscht mit denen, um dann vielleicht doch etwas zu bewegen. [...] Durch das Team war es eine schöne Arbeit. Obwohl es im Nachhinein – es war sinnlos eigentlich, vergebliche Liebesmüh. Was man da investiert hat an Geld, an persönlichem Einsatz, manchmal vielleicht auch Gesundheit oder so. Und dann ein Großteil von dem einfach, wo es nicht funkt. Das fand ich ein bisschen schade.“

„... dass wir uns eingeschlossen haben“: Gewalt auf der Straße, Gewalt im Jugendclub

Die meisten Nutzer*innen der Jugendarbeit im Fritz-Heckert-Gebiet gehörten gewaltaffinen rechten Jugendszenen an. Deren Gewaltausübung beschränkte sich nicht auf die Straße, sondern betraf auch die ortsansässigen Einrichtungen der Jugendhilfe. Jugendclubs fungierten dabei sowohl als Ausgangspunkte als auch als Ziele gewalttätiger Angriffe. Mitarbeiter*innen berichten von Prügeleien unter Nutzer*innen, von Molotow-Cocktails im Jugendclub, von Mordversuchen rechter Jugendlicher gegenüber linken Jugendlichen, von Drohungen rechter Jugendcliquen gegenüber der Polizei, von Diebstahl, exzessivem Alkoholkonsum und Brandanschlägen. Häufig nutzten rechte Jugendliche ihren angestammten Club, um – meistens im Anschluss an eine Party mit reichlich Alkohol – Überfälle auf andere, v.a. links dominierte Jugendclubs oder Treffpunkte zu planen und zu koordinieren. Annett, ab 1992 Sozialarbeiterin in einem der Heckert-Jugendclubs, erzählt:

„Und ich weiß, da kamen manchmal die Jugendgruppen aus dem [rechten Jugendclub] rüber, dass wir uns eingeschlossen haben, wo wir dachten,

wir müssen jetzt die schützen, die in [unserer] Einrichtung sind. Da hat aber ganz viel Alkohol eine Rolle gespielt. Und sie haben die Parolen durchaus gebrüllt, aber aggressiv haben wir sie erlebt eigentlich durch den Alkohol.“

Die Mitarbeiter*innen der verschiedenen Jugendclubs waren miteinander vernetzt und warnten sich gegenseitig, wenn sie mitbekamen, dass Nutzer*innen ihrer eigenen Einrichtungen einen Überfall auf eine andere Einrichtung planten. So konnten Kolleg*innen wie Annett die anwesenden Jugendlichen nach Hause schicken oder zumindest die Türen verschließen. In den Berichten über diese Gewalt-Exzesse wird von allen Jugendarbeiter*innen die enthemmende Rolle des Alkohols betont. In Folge solcher Erfahrungen gab es in späteren Jahren die Festlegung, Jugendclubs im Heckert-Gebiet immer durch mindestens zwei Mitarbeiter*innen gleichzeitig zu besetzen.

In mindestens einem Fall ist die von rechten Jugendlichen ausgehende Gewalt als Mordversuch zu werten: Rechte Jugendliche setzten gegen 22:00 einen Bauwagen in Brand, der bekanntermaßen von linken Jugendlichen nicht nur als Treffpunkt, sondern auch als Übernachtungsort genutzt wurde. In einem anderen Fall führte die dauerhafte Bedrohung und Gewalt dazu, dass ein Nutzer eines rechts dominierten Clubs einen öffentlichen Suizidversuch unternahm.

„Sozialarbeit holt keine Polizei“: Mangelnde Strafverfolgung

Die meisten der Gewalttaten, die Jugendarbeiter*innen und ehemals Jugendliche in Interviews beschreiben, waren zum Tatzeitpunkt strafbare Handlungen. Eine

Strafverfolgung rechter Gewalt fand jedoch, vor allem zu Beginn der 90er Jahre, im Fritz-Heckert-Gebiet kaum statt. Wenn die Jugendclub-Mitarbeiter*innen die Polizei riefen, z.B. weil Jugendliche in der Nähe des Jugendclubs Gewalttaten planten oder begingen, kamen die Polizist*innen in der Regel zu spät. Selbst wenn sie rechtzeitig kamen, konnten sie oft nichts ausrichten, sondern kapitulierten vor der großen Überzahl an gewaltbereiten Rechten. Jugendarbeiter*innen beschreiben das „Heckert“ der 90er Jahre als „rechtlosen Raum“ und das Arbeiten dort als permanenten „Ausnahmestand“. Viele Gewalttaten, z.B. der Wurf eines Molotow-Cocktails in einen kommunalen Jugendclub und ein Brandanschlag auf 20 Post-LKWs in unmittelbarer Nähe des Clubs, wurden von den Sozialarbeiter*innen gar nicht erst zur Anzeige gebracht. Teilweise stuften die Pädagog*innen solche Straftaten als alltäglich ein, teilweise schätzten sie die

Aussicht auf erfolgreiche Strafverfolgung als gering ein. Einige Sozialarbeiter*innen lehnten es grundsätzlich ab, aktiv die Polizei zu verständigen. „Diese heilige Regel war bei uns im Projekt, also Sozialarbeit holt keine Polizei“, berichtet die Mobile Jugendarbeiterin Silke. Zwar wurde diese Regel innerhalb ihres Teams auch in Frage gestellt, doch eine systematische Thematisierung und Aufarbeitung von Gewalttaten erfolgte weder durch die Pädagog*innen, noch durch Polizei und Gerichte.

„Die haben eigentlich das Ding beherrscht“: Schwierige Grenzziehungen

Obwohl sich viele der jugendlichen Nutzer*innen klar rechtsradikal positionierten, im Umfeld der Jugendclubs gewalttätige Straftaten begingen, im Club rechte Szene-Musik hörten, sich manche bis zur Bewusstlosigkeit betranken und viele von ihnen sich jeglichen pädagogi-



schen Angeboten und Gesprächen verweigerten, war es den Pädagog*innen in der Regel nicht möglich, sie aus der Einrichtung auszuschließen. Den Beginn seiner Arbeit im Jugendclub „P“ beschreibt Paul mit den Worten: „Es gab kein Regelwerk. Die haben eigentlich das Ding beherrscht. Die haben gemacht, was sie wollten.“ Nach und nach führten die Pädagog*innen Regeln ein. Im Jugendclub „P“ beispielsweise wurde der Konsum von Schnaps verboten und Bier erst ab 18:00 ausgeschenkt. Es gab eine Hausordnung, die rechte Musik im Club untersagte. Doch auch die Umsetzung dieser Maßnahmen half nicht dabei, organisierte Neonazis aus dem Jugendclub herauszuhalten.

Unter Mitarbeiter*innen verschiedener Einrichtungen im Fritz-Heckert-Gebiet fand ein fachlicher Austausch zu pädagogischen Konzepten statt. Daran beteiligten sich sowohl AgAG-geförderte Projekte als auch Einrichtungen in öffentlicher Trägerschaft. Die Gespräche unter Pädagog*innen drehten sich dabei nicht um „funktionierende Maßnahmen im Sinne von Best Practice“ (Paul), sondern vor allem um die Frage der Grenzziehung: Was versteht ihr unter „akzeptierender Arbeit“? Mit wem arbeitet ihr noch? Mit wem nicht?

Verkompliziert wurden solche Grenzziehungen in der Praxis auch dadurch, dass einige der ABM-Kräfte in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe selbst mit der rechten Szene sympathisierten. Manche unterhielten persönliche Beziehungen zu rechten Jugendlichen. Darüber hinaus gab es im Jugendclub „P“ Hinweise darauf, dass ABM-Kräfte mit Schlüsselgewalt den Club außerhalb der Öffnungszeiten für Jugendliche zur Verfügung stellten, ohne dies im Team ab-

zusprechen. Möglicherweise ist dieser Umgang der Grund dafür, dass die Festnetz-Telefonnummer des kommunalen Jugendclubs sich auf einer Telefonliste des NSU-Kerntrios findet.

„Jeder pädagogische Ansatz ausgehebelt“: Ordnungspolitische Instrumentalisierung

Aus den Gesprächen mit Jugendarbeiter*innen wird deutlich, dass die politisch Verantwortlichen mit der Etablierung von Offener Jugendarbeit im Heckert-Gebiet in erster Linie ordnungspolitische Interessen verfolgten. Dadurch entstand ein massiver Druck auf die Einrichtungen, lange Öffnungszeiten abzudecken. Es ging der Stadtverwaltung darum, „die Jugendlichen von der Straße zu holen“ (Mitarbeiterin Kathrin). Dieser Anspruch von politischer Seite machte es den Pädagog*innen unmöglich, innerhalb der Einrichtungen verbindliche Regeln durchzusetzen und Jugendlichen, die sich daran nicht hielten, Hausverbote zu erteilen. Vor dem sächsischen NSU-Untersuchungsausschuss bringt Kathrin das Problem auf den Punkt:

„Also, für uns war es eigentlich auch oft so, dass jeder pädagogische Ansatz einer Arbeit auch ausgehebelt wurde von den Vorgesetzten, einfach um im Wohngebiet Ruhe zu schaffen.“

Fazit

Die Arbeitsbedingungen der befragten Jugendarbeiter*innen im Fritz-Heckert-Gebiet der 90er Jahre waren von extremen zeitlichen, physischen und psychischen Belastungen geprägt. Pädagog*innen erlebten regelmäßig Gewalt gegen Dritte mit und waren teilweise selbst Zielscheibe gewalttätiger Angriffe. Fehlendes Wissen über Stan-

dards Offener oder Mobiler Jugendarbeit sowie ihre – in Folge des politischen und ökonomischen Umbruchs – unsichere Position auf dem Arbeitsmarkt hielt sie davon ab, eine Verbesserung dieser Rahmenbedingungen einzufordern. Angesichts dieser Umstände fand unter den damaligen Jugendarbeiter*innen im „Heckert“ wenig intensive Beschäftigung mit pädagogischen Konzepten statt. Den meisten von ihnen fehlten sowohl der dafür notwendige fachliche Hintergrund als auch Weiterbildungs- und Reflexionsmöglichkeiten. Darüber hinaus wurden ihre Versuche, pädagogisch durchdachte Regeln und Grenzen in der Praxis durchzusetzen, von Seiten der Verwaltung durch ordnungspolitisch motivierte Anweisungen unterlaufen. Unter diesen Rahmenbedingungen war konzeptgeleitetes sozialpädagogisches Arbeiten unmöglich.

Jugendarbeit, wie jede Art pädagogischer Arbeit, ist nicht im Alleingang dazu in der Lage, gesamtgesellschaftliche Probleme zu lösen. Rassismus, (Hetero-)Sexismus, Neonazismus und Gewalt sind gesamtgesellschaftliche Herausforderungen mit komplexen Ursachen. Ihre Bekämpfung muss auf verschiedenen politischen, sozialen und pädagogischen Ebenen gleichzeitig erfolgen (vgl. Kahane 1999; Weber 1999). Wenn Politik und Verwaltung – wie hier beschrieben – die Lösung gesellschaftlicher Probleme dieser Größenordnung an Jugend- und Sozialarbeiter*innen delegieren und sie dann mit der Umsetzung allein lassen, ist Jugendarbeit zum Scheitern verdammt.

- 17 Um die Anonymität aller Befragten so weit wie möglich zu wahren, verwenden wir Pseudonyme und verzichten auf die genaue Nennung der beschriebenen Jugendclubs.
- 18 Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (kurz ABM) wurden in der BRD zu Zeiten hoher Arbeitslosigkeit, insbesondere während der 90er Jahre, eingesetzt, um Arbeitssuchenden eine Beschäftigung auf dem zweiten Arbeitsmarkt zu ermöglichen.
- 19 Strukturanpassungsmaßnahmen (kurz SAM) waren ebenfalls Maßnahmen im Rahmen des zweiten Arbeitsmarktes.
- 20 Die Basis unserer Analyse sind Gespräche mit 11 Expert*innen und Zeitzeug*innen, die interessierte Jugendliche im Zeitraum 2014–2016 in Chemnitz geführt haben. Diese Interviews fanden im Rahmen der Geschichtenwerkstatt „Jugendarbeit in der Transformationsgesellschaft“ (JuaTrafo) statt, eines Kooperationsprojekts zwischen der Fachstelle Jugendhilfe des Kulturbüro Sachsen e.V., Mobilen Jugendarbeit*innen des AJZ Chemnitz e.V. sowie der MOJA der Jugendberufshilfe Chemnitz gGmbH. Unter den Interview-Partner*innen waren fünf Personen, die im Laufe der 90er Jahre als Jugendsozialarbeiter*innen im Fritz-Heckert-Gebiet tätig waren, sowie fünf Personen, die als Jugendliche und junge Erwachsene im Chemnitz der 90er Jahre lebten – zwei davon im „Heckert“. Ergänzend ziehen wir zwei Protokolle von Befragungen des sächsischen NSU-Untersuchungsausschuss heran. Hier im Text wird vor allem der Jugendclub P fokussiert.
- 21 Die rechtsradikalen TerroristInnen des sogenannten „Nationalsozialistischen Untergrunds“ lebten, nachdem sie Jena verlassen hatten und „untergetaucht“ waren, von 1998 bis 2000 in Chemnitz, u.a. in mehreren Wohnungen im Fritz-Heckert-Gebiet.
- 22 Siehe: Bohn/Münchmeier 1997: 27, 162
- 23 Oder andere Räume für die professionelle Bearbeitung von Belastungen.

6 Empirische Befunde: Zu programmatischen Aufträgen und jugendarbeiterischen Praxen

Das AgAG stellte ein „zielgruppenorientiertes Sonderprogramm“ (ISS/IFFJ 1994, 1) dar, dem von Seiten der Programmverantwortlichen der Charakter eines „Großversuchs“ (ebd.) beschieden wurde, den es in einer solchen Form, Ausrichtung und Größenordnung bis dahin nicht gegeben hatte. Das sächsische Programm „Jugend und Gewalt“ war eine landesspezifische Ergänzung, wie sie auch in anderen ostdeutschen Bundesländern vorgenommen wurde. Es unterschied sich allerdings von der konzeptionellen Anlage des AgAG in manchen Punkten.

Das folgende Kapitel widmet sich der Frage nach den Realitäten der beiden Programme, den jugendarbeiterischen Praktiken sowie ihrer Reflexion durch ehemals involvierte Praktiker*innen. Dabei konzentrieren wir uns auf jenen Teil der sächsischen Projekte, in denen Offene oder Mobile Jugendarbeit mit rechts(extrem) orientierten Jugendlichen angestrebt wurde. In Grundzügen zeichnen wir nach, wie die Programme ausgerichtet waren und wie sich die Praxis in jener Phase gestaltete.

Die Darstellung gliedert sich in vier Teilbereiche. Wir behandeln

- erstens die Ebene der *Beauftragung, Ziele und Erwartungen*
- zweitens beschreiben wir, wie *Situation und Adressat*innen* analysiert bzw. eingeschätzt wurden
- drittens zeichnen wir Verlaufslinien der *Umsetzung* nach
- viertens betrachten wir *Resultate und Wirkungsannahmen*.

In jedem Teilbereich folgt die Darstellung einem Dreischritt. Jeweils aufeinander aufbauend nehmen wir *Formulierungen auf der Programmebene, zeitgenössische Praxisbefunde* und *subjektive Praxisrekonstruktionen* in den Blick.²⁴

Wir wählen diesen Aufbau, da sich Problemdeutungen, Inhalte und Methoden auf der Ebene der jeweiligen Programme, vor allem aber zwischen Programmebene und praktischer Umsetzung zum Teil erheblich unterscheiden. Daraus resultiert die Notwendigkeit, die inneren Logiken der Programme und deren Interpretationen und Praxisrealitäten als Bereiche zu betrachten, die sich zwar aufeinander beziehen, aber eben nicht deckungsgleich sind. An diesen Befund schließen sich diverse Fragen an, die nicht nur historische Relevanz haben: Es lässt sich zum Beispiel fragen, wie das Verhältnis zwischen Aufträgen und ihrer Interpretation beschaffen ist, in welchem Verhältnis „Professionalität“ zu „Haltung“ und politischem Bewusstsein der Beteiligten steht und welche Aufgaben und Möglichkeiten Jugendarbeit in der Auseinandersetzung mit „Rechtsextremismus“ hat – zu Beginn der 1990er Jahre in Sachsen, aber auch

bis in die Jetztzeit hinein. Interessieren muss dabei auch die Einlagerung von Programmen und Praktiken in politische Großwetterlagen jener Zeit und in spezifische lokalräumliche Bedingungen.

Nur in Teilen lässt sich mit unserem Material der Umstand einfangen, dass auch jenseits von Programmen eine pädagogische Praxis mit rechts(extrem) orientierten Jugendlichen stattfand. Vermutlich fand sie sogar vor allem dort – und darin wenig fachlich begleitet – statt, wie das Lokalraumporträt des Chemnitzer Fritz-Heckert-Gebiets und einige Interviews exemplarisch aufzeigen. Auch wenn es also eine Differenz gibt, wird aus den Materialien zugleich deutlich, dass bestimmte Begriffe und Sichtweisen aus den Programmen und Fachdiskursen mindestens stichwortartig in der breiteren Fachpraxis aufgenommen wurden und damit über die Programme hinaus Wirkung entfalteten. Dies gilt in besonderem Maße für den Begriff des „akzeptierenden Arbeitens“ und damit verbundene Vorstellungen über den Inhalt von „Akzeptanz“. Zudem gab es an manchen Orten auch personelle Überschneidungen und Verflechtungen in der praktischen Arbeit, so dass das Bild der klaren Trennung auch an diesem Punkt nicht immer haltbar ist.

Der Hinweis auf ein Hineinwirken von Programmen ins Praxisfeld ist auch deshalb wichtig, weil er deutlich macht, dass die von uns beschriebenen Dilemmata, Irrwege, Fehler, Erfolge und Lernprozesse sich keineswegs allein auf programmgebundene Aktivitäten beziehen lassen, so wie die programmgebundenen Projekte auch nicht pauschal für bestimmte Folgen verantwortlich gemacht werden können. Und zu allerletzt ist in Rechnung zu stellen, dass sich in

der Debatte von Beginn an und bis heute zwei Ebenen kreuzen: zum einen die Ebene des politischen Diskurses, zum anderen die Ebene des fachlichen Diskurses. Beide Ebenen sind kaum voneinander zu trennen, dadurch aber noch nicht identisch. Sie stehen in einem komplexen und widerspruchsvollen Wechselverhältnis zueinander: auf der einen Ebene geht es um gesellschaftliche Kräfteverhältnisse, auf der anderen um fachliche Aufträge der Profession. Mit beidem hatte und hat es die Fachpraxis zu tun.

Beauftragungen

Formulierungen auf Programmebene

Die in Kapitel 4 genannten Aspekte des „Problemdreiecks“ bildeten den Rahmen für die initiierten Programme, wobei es zum AgAG aufgrund seiner Größe und Ausstattung erheblich mehr Material gibt als zum sächsischen Landesprogramm und erst recht zu Aktivitäten ohne Programmanbindung. Dies hat letztlich auch Konsequenzen für die Möglichkeit, die gemachten Erfahrungen darzustellen und einzuordnen.

Das AgAG war, so formulierten es die Programmverantwortlichen treffend, geleitet von einem „Zwang handeln zu müssen angesichts großer Unübersichtlichkeit und Unsicherheit“ (Bohn/Münchmeier 1997, 135). Während andere Programme jener Zeit sich allein auf den Neuaufbau des Jugendhilfesystems konzentrierten²⁵, bildeten sich in diesem – direkt auf politische Konflikte reagierenden – Programm verschiedene Zielsetzungen ab. Diese sollten durch die Förderung von regional und lokalräumlich angesiedelten Projekten erreicht werden.

- **Erstens** sollten *Befriedungseffekte* im jeweiligen Sozialraum geförderter Projekte erzielt werden; damit verbunden war die „Erprobung“ von neuen Handlungsansätzen gegen Jugendgewalt.
- **Zweitens** zielte das Programm auf den *Abbau von bestimmten Haltungen und die Förderung gesellschaftlicher Integration* von Jugendlichen. Weniger stark wurden dem problematisierten Verhalten zugrunde liegende Einstellungen thematisiert oder der Anspruch formuliert, diesbezügliche Veränderungen zu erreichen.
- **Drittens** sollte das Programm Impulse für die *Reorganisation jugendarbeiterischer Strukturen* geben und war damit Teil einer größer angelegten Strukturaufbaustrategie der Jugendarbeit Ost. Dabei sollten Lücken kompensiert bzw. neue Regelstrukturen geschaffen werden.
- Mit diesen Perspektiven verbunden war letztlich eine **vierte** Zielsetzung, nämlich die *Professionalisierung von Jugendarbeiter*innen*. Darunter fielen Angebote themen- und handlungsbezogener „Qualifizierung“ und „Professionalisierung“ bzw. „Fortbildung“ (Bundesregierung, 12.5.1993), die zudem nicht nur den in AgAG-Projekten Tätigen offenstehen sollten. Die Initiierung von (berufsbegleitenden) Ausbildungsgängen fand hingegen nicht im AgAG, sondern über Parallelprogramme statt, in Sachsen etwa über das Fachkräfteförderprogramm sowie in Verbindung mit dem Landesprogramm „Jugend und Gewalt“.

Das Landesprogramm entstand aus zwei Konzeptionen, zum einen der ressortübergreifend abgestimmten „Konzeption zur Eindämmung und Zurückdrängung des Rechtsextremismus sowie der Gewaltbereitschaft im Freistaat Sachsen“, zum anderen der etwas früher formulierten „Konzeption zum Umgang mit der Gewaltakzeptanz unter Jugendlichen“ des Kultusministeriums. Bezüglich der Ausrichtung finden sich (graduelle) Unterschiede zum AgAG in einer stärkeren Betonung politischer Herausforderungen („Rechtsextremismus“), einer stärkeren Fokussierung auf einzelne Arbeitsfelder, einer vergleichsweise weiten Bestimmung der Zielgruppen über gewaltorientierte Jugendliche hinaus sowie dem erwähnten stärkeren Bemühen, berufliche Qualifizierungsmöglichkeiten zu schaffen. Bezogen auf die Erwartung, „befriedend“ einzugreifen, ähneln sich die Programme jedoch auf der konzeptionellen Ebene.

AgAG als Mittel der Wahl

Das AgAG war keinesfalls alternativlos, sondern stellte in seiner Ausrichtung das Ergebnis politischer Debatten und Entscheidungen dar. Diese Entscheidungen betrafen die generelle inhaltliche Stoßrichtung des Programms als auch die Wahl derjenigen, die es fachlich konzeptionierten, koordinierten und seine Praxisbegleitung organisierten. Mit dem Programm setzte man sich faktisch von Positionen ab, die als drängende Herausforderungen explizit Nationalismus, Autoritarismus, Rechtsextremismus und „Ausländerfeindlichkeit“ ausmachten (siehe etwa BAG LJÄ 1990a). Zugleich konzentrierte sich das AgAG auf „Brennpunktregionen“ und stand damit eben auch für die Entscheidung, die ausgemachten Problemlagen nicht in der Fläche zu bearbeiten. Das heißt in der

Konsequenz: die Zielsetzungen des Programms waren bereits in der Konzeption unlösbar verbunden mit der spezifischen Deutung der Problemlage als „Jugendgewalt“ und mit einer selektiven Herangehensweise.

Die Beauftragung an die Jugendarbeit findet sich in den ersten beiden genannten Zielsetzungen des AgAG-Programms, während die anderen beiden Zielsetzungen mehr als angezielte Resultate und Nebeneffekte zu verstehen sind. Die Beauftragung zur „Befriedung“ und zur „Integration“ erschließt sich in ihrem inhaltlichen Kern allerdings erst, wenn man die allgemeinen theoretischen und fachlichen Prämissen betrachtet, die auf der Programmebene gesetzt wurden. Diese lassen sich sehr kurz auf drei Punkte bringen. Das erste Gebot lautete *Depolitisierung*. Dieser – so nicht verwendete – Begriff umfasst zwei Aspekte: zum einen ging es ausdrücklich darum, den politischen Charakter des Geschehens nicht an erste Stelle zu setzen. Zum anderen sollten politische Selbstzuordnungen der Klientel unterlaufen und durch andere „unpolitische“ Muster der Gruppenbildung ersetzt werden, um „Polarisierungen“ abzubauen. Das zweite Gebot lautete *Ein- und Anbindung*. Dynamiken der individuellen und gemeinschaftlichen Desintegration sollten über die Bereitstellung von sozialpädagogischen Angeboten zumindest abgebremst werden. Das dritte Gebot lautete *Verhaltensänderung*. Insbesondere sollte die Praxis darauf abzielen, mäßigend auf das Gewaltverhalten jugendlicher Gruppen einzuwirken.

Leerstellen und Unterschiede in der Auftragsbeschreibung

Der daraus abgeleitete zentrale Auftrag des AgAG an die Praxis lautete, Ju-

gendliche pädagogisch anzusprechen, die als gewalttätig oder gewaltbereit identifiziert wurden (ISS/IFFJ 1994). Gefördert werden sollten solche Projekte, die eine „präventive und reaktive Gewaltminderung unter Jugendlichen“ erreichen (BMFJ, zit. nach Kress 1997, 128). Faktisch wurde damit zugleich eine Schwerpunktsetzung auf männliche Jugendliche vorgenommen, die im Gewaltgeschehen auf der Straße den sichtbarsten Teil ausmachten. Vermieden werden sollte in dieser Anlage auch der Eindruck, dass es sich vornehmlich und ausschließlich um ein Programm ‚gegen Rechtsextremismus‘ handelte. Anlass der Entstehung war zwar rechte Gewalt, gesetzt wurde aber von Beginn an ein breiterer Fokus, in dem Begriffe wie „Gruppen-Gewalt“, „Intoleranz“ und „Extremismus“ unter Jugendlichen tragend wurden (ISS 1992).

Demgegenüber wurde im Landesprogramm Rechtsextremismus als Problem und „Bearbeitungsgegenstand“ stärker herausgehoben. Deutlicher und systematischer wurden auch Elemente des Strukturaufbaus und der beruflichen Qualifizierung betont. Fachlich zielte das Programm explizit auf die Entwicklung Mobiler Jugendarbeit ab, konzeptionell stärker betont war entsprechend auch die Perspektive sozialräumlichen Arbeitens. Auch lässt sich eine von Beginn an höhere Einbindung des Praxisfeldes erkennen. Als Träger der Projekte und Koordinationsstelle wurde die 1990 gegründete Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten (AGJF) Sachsen e.V. bestimmt. Im weiteren Programmverlauf etablierte sich als Ergebnis der intensiven Vernetzung und Selbstorganisation neben diesem Dachverband der 1994 gegründete Landesarbeitskreis (LAK) Mobile Jugendarbeit e.V. als fachliche Plattform.

Beide Programme wurden mehr oder weniger zeitgleich initiiert; in den AgAG-Berichten lassen sich zuweilen auch Bezüge zum Landesprogramm finden, die allerdings alles andere als systematisch oder tiefgreifend ausfallen. Eine konzeptionelle oder strategische Verknüpfung zwischen den beiden Programmen fand also offenkundig nicht statt. Zu beachten ist allerdings die Einbettung der Programme in einen größeren Kanon an politischen und administrativen Maßnahmen. Hier zeigt sich, dass pädagogisches oder pädagogisiertes Einwirken keinesfalls die einzige Form der Intervention in das Geschehen blieb. Vielmehr wurde sie begleitet von Repression und einer (zumindest teilweisen) Übernahme migrationspolitischer Forderungen der extremen Rechten. Für Sachsen heißt dies beispielsweise, dass hier noch vor allen anderen Bundesländern und in Vorwegnahme der Beschlüsse der Innenministerkonferenz zu Maßnahmen gegen rechtsextreme Gewalt (Klink 1992) bereits 1991 eine „Sonderkommission Rechtsextremismus“ (Soko REX) beim Polizeilichen Staatsschutz im Landeskriminalamt (LKA) eingerichtet wurde (Raisch 1994). Zugleich war es auch die damalige sächsische Landesregierung, die 1991, zeitgleich zur anschwellenden Gewalt und zur einsetzenden Diskussionen über pädagogische Maßnahmenpakete, im Bundesrat unter Verweis auf die „Überforderung“ der Bevölkerung die Forderung mittrug, die Verteilungsquoten für Asylsuchende in den neuen Bundesländern zu verringern.

Praxisbefunde aus den Programmen

Darstellungen aus der Programmbegleitung und Befunde aus wissenschaftlicher Perspektive zeigen, dass die beschriebenen programmatischen Rahmungen

praktisch nicht eins zu eins umgesetzt, sondern mehr oder weniger kreativ angepasst und verändert wurden. Dies war zumindest im Fall des AgAG bis zu einem gewissen Punkt auch ausdrücklich erwünscht, sofern die Praxis sich mit öffentlichen Politisierungen zurückhielt. Zugleich zeigen die Materialien, dass Interpretationen und Umsetzungen in hohem Maße von der lokalen Situation, aber auch von den Haltungen der Handelnden abhingen. Sie konnten also bei den Fachkräften zu einem politisch geschärften Bild der Situation führen, aber genauso zu Verwässerungen der ohnehin bereits recht offen formulierten Linien des Programms.

Arbeitsauftrag als Auslegungsfrage?

Die Beurteilung der beschriebenen Aneignungsprozesse aus dem schriftlich vorliegenden Material heraus ist schwer – nicht nur, weil die Berichte immer eine gewisse Darstellungsebene bedienen, sondern auch, weil zumindest im AgAG zwischen Programmkoordination und Praktiker*innen eine übersetzende Instanz von Fachberater*innen agierte. Oftmals brachten diese konkreten Erfahrungen mit, die sie in der Arbeit mit rechten Jugendlichen (im Westen) gemacht hatten und standen damit vor der Herausforderung, ihr Bild an der vorgefundenen Situation abzugleichen. Im Verhältnis zwischen Fachberatung und Praxis drückt sich so eine doppelte Disbalance aus: einmal zwischen Ost und West, einmal zwischen (angeblichen) „Profis“ und (angeblichen) „Amateuren“. Daraus folgend lässt sich annehmen, dass Programmneigungen in der Praxis nicht nur vor dem Hintergrund der oft erwähnten mangelnden Erfahrung und fehlenden Professionalität der vor Ort Tätigen stattfanden. Sie wurden zugleich auch von jenen beein-

flusst, die durchaus Erklärungsmodelle, Deutungsmuster und Handlungskonzepte für abweichendes Verhalten, Jugendgewalt und „Rechtsextremismus“ parat hatten, welche oft aber unter den gänzlich anderen gesellschaftlichen Bedingungen des Westens entstanden waren. Nicht zuletzt waren es auch vorwiegend westdeutsche Akteur*innen, die im weiteren Verlauf die öffentliche Deutung über Erfolge und Misserfolge des AgAG maßgeblich bestimmten. Dieses Nebeneinander, in dem es gegenseitiges Lernen, genauso aber Momente von Paternalismus und Spannungen gab, bildet sich in den schriftlichen Zeugnissen nur eingeschränkt ab. Es gibt aber Hinweise, dass sich solche Beziehungen nicht nur im Korridor der Auseinandersetzung mit rechter Jugendgewalt, sondern im Gesamtverhältnis der verschiedenen gesellschaftlichen und jugendarbeiterischen Traditionen finden. In diesem Sinne zitiert etwa Kunstreich (1993, 290) einen ostdeutschen Sozialdiakon, also eine ausgebildete Fachkraft, mit der Aussage „Ich habe das Gefühl, mit fremden Methoden für fremde Ziele zu arbeiten“.

Auftragsaneignung bleibt unscharf

Konkrete Praxispositionen zum Umgang mit Beauftragungen tauchen am ehesten noch auf in Sozialraumanalysen, die im AgAG-Kontext offenbar eine sächsische Besonderheit darstellen. Die noch erhaltenen Analysen dokumentieren in einem Fall eigensinnige Ausarbeitungen von Jugendarbeitskonzepten, in einem anderen mehr ein Zurückfallen hinter die Programmkonzeption. In ihrer Sozialraumanalyse zu Hoyerswerda entfalten Specht u.a. (1992) ein umfassendes Bild einer sozialräumlich angelegten, differenzierten und vernetzten Jugendarbeit und legen damit ein sehr tiefgreifendes

Bild von Beauftragung zugrunde. Im starken Kontrast dazu liefert die Sozialraumanalyse zu Plauen (Diakonisches Werk 1992) ein äußerst verknüpftes Bild der Lage und ein nur rudimentäres Verständnis des eigenen Auftrags. Für beide Berichte gilt allerdings gleichermaßen, dass ihre politische Bewertung der Situation zu kurz greift und oberflächlich bleibt. Bemerkenswert ist zugleich, dass solche praxisnahen Befunde in den offiziellen Programmberichten nur am Rande gewürdigt wurden.

Die spezifische Struktur des Landesprogramms „Jugend und Gewalt“ mit seiner stärkeren Verankerung in der Praxis hat demgegenüber offenbar zu einem höheren Maß an Sprechfähigkeit und Eigensinn der Praxis geführt. Zumindest sind hier Positionierungen von Projektverantwortlichen und Fachkräften zu finden, die sich – wenn auch erst im Nachhinein – ausdrücklich von den offiziellen konzeptionellen Leitlinien absetzen. Dabei wird die Darstellung langfristig angelegter sozialräumlicher Herangehensweisen verbunden mit der Kritik an einer kurzfristigen „Soziale[n] Feuerwehrfunktion“ (AGJF o.J.: 58), in die sich die Praxis durch die Programmlogik gedrängt sieht. Das professionelle Selbstverständnis, das aus dieser Auftragsaneignung spricht, mag auch mit der (wenn auch spärlichen) Thematisierung der ideologischen Ursprünge rechter Gewalt durch das Landesprogramm zusammenhängen, die kurzfristige Interventionen im Sinne einer oberflächlichen „Befriedung“ der Situation zum Scheitern verurteilt. Welche konkreten Aufträge die Fachkräfte über den Auftrag zur „Befriedung“ hinaus in ihre pädagogische Praxis mitnahmen, lässt sich anhand des noch existierenden Materials allerdings kaum rekonstruieren.

Subjektive Praxisrekonstruktionen

Die Grundausrichtung auf den bis hierhin dargestellten Ebenen bildet sich auch in der Wahrnehmung der Auftragslage seitens der interviewten Fachkräfte ab: Vor dem Hintergrund eskalierender Situationen war ihre Mandatierung zuvorderst darauf ausgerichtet, der (rechten) Jugendgewalt zu begegnen. Dabei war die Situation in den Sozialräumen in den vorliegenden Fällen vor allem durch ausgewiesene rechte Gewaltdynamiken geprägt, die wiederholt pogromartige Angriffe auf Unterkünfte für Migrant*innen umfassten. Zugleich rückten auch lokale Erwartungshaltungen oftmals die Gewaltproblematik in den Mittelpunkt, während eine inhaltliche und politische Fokussierung der Ereignisse nicht stattfand. Ungeachtet dessen fiel die Interpretation und Aneignung der Aufträge recht verschieden aus und zwar, soweit ersichtlich, weitgehend unabhängig von einer jeweiligen Programmzugehörigkeit. Drei unterschiedliche Varianten lassen sich nachzeichnen.

Auftragskonformes Handeln

Als erste Variante lassen sich Formen einer relativ gradlinigen Übernahme der wahrgenommenen Aufträge identifizieren, bei denen die Fachkräfte die Eindämmung von Gewalt als zentrales Ziel setzten.

Ein Beispiel hierfür ist Thomas.²⁶ Zunächst hätte er als Streetworker eigentlich nach Hoyerswerda gehen sollen. Doch da dort bereits „mehr Sozialarbeiter unterwegs [...], als eigentlich Jugendliche noch auf der Straße anzutreffen waren“, war noch vor seiner Arbeitsaufnahme ein Ortswechsel erfolgt. Thomas wurde auf das Cliquenspektrum in einer kleineren Mittelstadt angesetzt,

nachdem dort, unter Beteiligung der Jugendlichen, ein „Wohnblock für Mosambikaner, die als Vertragsarbeiter hier waren, angegriffen und mit Molotow-Cocktails beschmissen“ worden war. Obwohl Thomas über das Landesprogramm beschäftigt war, definierte er die eigene „Handlungsmaxime“ in der Diktion des AgAG als „Zurückdrängung von Aggression und Gewalt“. In Übereinstimmung mit der lokalen Erwartung, „dass da ganz schnell was sichtbar passiert“, sah er seine Aufgabe darin, die rechten „Jungs von der Straße zu holen und das Gewaltpotenzial einzudämmen“ und so zu einer „Befriedung des Gemeinwesens“ beizutragen. Eine ordnungspolitische Einhegung der Problemlage und eine fürsorgliche Haltung tendierten dabei zur Deckungsgleichheit. Thomas wollte die Jugendlichen aus dem „öffentlichen Fokus“ nehmen, sie „vor selbstzerstörerischen Aktionen“ schützen und zugleich mit ihnen daran arbeiten, ihr Leben in geordnete Bahnen zu lenken. Den Abbau extrem rechter Orientierungen betrachtete er dabei eher als einen willkommenen Nebeneffekt, der sich automatisch einstellen würde, wenn Letzteres gelingt.

Diese Prioritätensetzung plausibilisiert sich auch dadurch, dass Thomas in seiner Familie mit einer „wertekonservative[n] Haltung zu Ostzeiten, gepaart mit einem starken Nationalismus“, aufgewachsen war: Ihm waren die Einstellungen der Jugendlichen „nicht fremd“, er brachte für „alle Sympathien“ auf und konnte sagen, „das sind eure Lebensentwürfe. Ich akzeptiere das“. Zugleich sah er sich Humanismus und Toleranz verpflichtet. Vor diesem Hintergrund betrachtete er die Gewaltorientierung der Adressat*innen – im doppelten Sinne von Fremdschädigung und Selbst-

gefährdung aufgrund strafrechtlicher Konsequenzen – als zentral zu bearbeitende Herausforderung. Zudem legt seine betont konservative Perspektive nahe, dass Thomas durchaus persönlich etwas damit anfangen konnte, den öffentlichen Raum unter Ordnungsgesichtspunkten zu betrachten und hier für „Befriedung“ sorgen zu wollen.

Überschreitung der Vorgaben

In anderen Fällen unterliefen die Fachkräfte die Tendenz zu einer Engführung auf die Gewaltakzeptanz der rechten Cliquen, indem sie auch die Orientierungsebene sowie weitere Adressat*innenkreise fokussierten.

So konnte sich etwa Petra, die über das Landesprogramm beschäftigt war, vor dem Hintergrund allseitiger rechter „Ausschreitungen“ „zu 100 %“ mit dem wahrgenommenen Auftrag identifizieren, auf großstädtischer Stadtteilebene „mit aggressiven, gewaltbereiten und rechtsorientierten Jugendlichen“ zu arbeiten. Zugleich verwahrten sie und ihr Team sich deutlich gegen eine ordnungspolitisch gefärbte Genügsamkeit: „Das war jetzt nicht so, dass wir gesagt haben, [...] die müssen weg von der Straße, geben denen Raum, machen da Tür auf und zu und, was da drin passiert, interessiert uns nicht.“ Vielmehr entsprach es dem grundsätzlichen Anliegen der Kolleg*innen, mit den Jugendlichen in Prozesse zu gehen, die auch auf einen Einstellungswandel abzielten. Die Motivation dazu war für Petra durch ihre Herkunft aus einem „sehr künstlerisch-humanistischen Elternhaus“ gegeben, welches sie dahingehend geprägt hatte, eine „sinnvolle Sache“ nicht allein als Verhinderung, sondern auch als Veränderung zu denken.

Deutlicher noch war auch bei Stefan, der sich für die damalige Zeit als eine langhaarige „linke Socke“ beschreibt, die Auftragsaneignung mit einer linken Selbstverortung unterlegt. „Ausschreitungen von rechter Seite“ und anhaltende „Bambule“ in der Mittelstadt hatten dazu geführt, dass er trotz seines eigentlich breiter angelegten Streetworks beim Landkreis „gleich auf diese Rechten losgelassen“ wurde – ohne dass näher definiert worden wäre, wie dies auszusehen hätte. Stefan nutzte den Spielraum, indem er ein Handeln auf drei Ebenen vorsah: erstens die Konfliktlagen „entspannen“, zweitens bei den rechten Cliquen „was in den Köpfen bewegen“ und drittens „möglichst breit aufgestellt zu sein für Jugendliche“. Aufgrund persönlicher Bezüge hatte er dabei gerade auch das linksalternative Spektrum vor Augen, das sich um den einzig verbliebenen Jugendclub gruppierte, der wiederum zu den Zielscheiben der Rechten gehörte.

Neuausrichtung der Praxis

Mitunter wurde die Auftragsaneignung auch als eine teilweise Zurückweisung von Erwartungen vollzogen und ging mit einer Neuausrichtung der Praxis auf eine breiter angelegte Gemeinwesenorientierung einher.

Knut und sein Kollege waren damit beauftragt worden, sich um „rechte Gruppen“ und insbesondere eine organisierte „Kameradschaft“ zu „kümmern“. Zudem wurde „so ein bisschen versteckt“ das Anliegen transportiert: „Haltet die Stadtteile ruhig.“ Da sich die Kameradschaft aber gerade in Auflösung befand, stand für das Team schnell fest, „wir tun keine Gruppe unterstützen, die eigentlich langsam zerrinnt oder eben sich aufdröseln“, dies wäre kontraproduktiv.

Stattdessen begriffen sie die Situation als „Chance“ für eine „stadtteilorientierte“ Wende. Knut beschreibt sich dabei als ein politisch „denkender Mensch“ mit Widerspruchsgeist und dem Anspruch auf Selbstbestimmung. Zudem hatte sein Kollege bei seiner vorherigen Arbeit bereits die Erfahrung gemacht, wie problematisch es sein kann, wenn Rechte (zu sehr) unterstützt werden. Energisch und selbstbewusst behauptete sich das Duo gegenüber den sie beauftragenden städtischen Strukturen und setzte durch, bei rechten Aktivitäten eher präventiv tätig zu werden und „andere Leute zu stärken“, gerade auch „Gruppen, die unterdrückt werden, also wo die Kameradschaft auch so [...] Scharmützel gemacht hat“.

Im Fall von Jessica war der Zurückweisung von Erwartungshaltungen eine Situationsveränderung vorausgegangen. Trotz der Programmeinbettung ins AgAG nahm sie zu Beginn keine rechten Tendenzen unter den adressierten Cliquen wahr. Was ihr Team tat, war „mehr eine Art Freizeitgestaltung für die jungen Leute“. Dies änderte sich erst, als es im Stadtteil zu Ausschreitungen vor einer im Aufbau befindlichen Unterkunft für Spätaussiedler*innen kam. Über „Buschfunk“ war „ein großer Aufruf“ mobilisiert worden, an dem neben der Stadtteiljugend auch Erwachsene teilnahmen. Auch seitens der Polizei gab es eine „gewisse Sympathien“, was weiter „Öl auf das Feuer“ goss. Es wurden rassistische Parolen gerufen und



(Foto: Harald Kirschner)

es flogen Steine. Jessica erlebte dies als den Auftakt zu einer ‚Teilradikalisierung‘ bei den von ihr betreuten Cliques. Zudem musste sie fortan beobachten, wie die rechte Szene in der Stadt stetig anwuchs. In der Verwaltung und den politischen Gremien wurde daraufhin die Frage laut, warum die „Streetworker [...] sowas nicht verhindern“. Jessica und ihr Team sahen sich unter Druck gesetzt und entschieden, die Situation „offensiv zu gestalten“. Das bedeutete einerseits, sich „gegen die Forderungen natürlich zu stellen“, die Jugendarbeit könne hier alle Probleme im Alleingang lösen. Andererseits musste der eigene Auftrag neu gefasst und gut begründet in Praxis überführt werden. Daraus resultierten zwei Stränge der (Selbst-) Beauftragung: den rechten Tendenzen innerhalb der bereits betreuten Cliques entgegenwirken und zugleich eine „Gemeinwesenarbeit vor Ort“, die darauf ausgerichtet war, demokratische Entwicklungen insgesamt zu fördern.

Situations- und Adressat*innenanalyse

Formulierungen auf Programmebene

Wie erwähnt, wurde im und mit dem AgAG ein spezifisches Problemverständnis verankert, in dessen Mittelpunkt ein eher diffuses, jedenfalls nicht politisch ausgedeutetes, Bild von „Jugendgewalt“ stand. Deren Aufkommen wurde im Wesentlichen als Ausweis eines ‚Modernisierungs- und Umwälzungsschocks‘, tiefgreifender Desintegration und daraus resultierender Desorientierung gewertet (vgl. Bohn/Münchmeier 1997, 96f.). Von Seiten der offiziellen Politik kamen Hinweise auf totalitäre Prägungen der DDR-Gesellschaft hinzu (Bundesregierung 1993, 2), wobei diese Lesart auf der Programm-

ebene selbst nicht aufgenommen wurde. Überhaupt wurde politischen Orientierungen sowie gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen rechter Gewalt keine tiefergehende (analytische) Aufmerksamkeit gewidmet.

Unzureichende und entpolitisierte Situationsbeschreibung

In diesem Sinne stand das AgAG – gewollt oder nicht – recht deutlich in der Tradition einer als unpolitisch konzipierten Sozialen Arbeit. Die Situationsbeschreibung erfasste zwar gesellschaftliche Rahmenbedingungen im Allgemeinen und rechte Gewalt im Besonderen. Allerdings wurde letztere durchgehend in einem größeren, nicht näher ausgeführten Rahmen eingeordnet. Von politischer Seite war sehr allgemein von „gewalttätige[n] Ausschreitungen jugendlicher Cliques untereinander, gegenüber Ausländern oder gegenüber anderen Minderheiten in den neuen Bundesländern“ (Bundesregierung 1993, 2) die Rede. Inhaltsgleich wurde seitens der Programmkoordination von „gewalttätige[n] Ausschreitungen jugendlicher Gruppierungen untereinander und nicht zuletzt spektakuläre[n] ausländerfeindlich motivierte[n] Straftaten“ (Bohn/Münchmeier 1997, 70), aber auch allgemein von „rivalisierenden Jugendgruppen“ (Dies., 115) gesprochen. Die Auswahl der Projektstandorte erfolgte unter der Maßgabe, „Brennpunktregionen“ zu identifizieren. Dabei griffen „harte“ und „weiche“ Kriterien ineinander (Bohn/Münchmeier 1997; Buderus 1998). Ein „hartes“ Kriterium stellt hier ein massives Auftreten und Agieren von „rechtsextremen“ Jugendcliques dar. „Weiche“ Kriterien waren demgegenüber ein erhöhtes Aufkommen gewalttätiger Auseinandersetzungen zwischen Gruppen oder Cliques unabhängig von ihrem politischen

Hintergrund und ein über das „Normalmaß“ hinausgehendes Zusammenbrechen sozio-struktureller Voraussetzungen und Strukturen.²⁷

Die Auswahl der Standorte des Landesprogramms erfolgte offenbar in einem anderen Modus. Soweit sich aus dem Material erkennen lässt, war jedenfalls nicht das Ausmaß von lokalräumlichen Konflikten entscheidend. Stattdessen folgte man der (ministeriellen?) „Vorgabe“, einen „soziologische[n] und „geographische[n] Querschnitt (AGJF o.J., 3) abzubilden. Nähere Angaben zu den Auswahlkriterien finden sich nicht.

Als logische Konsequenz aus der insgesamt unzureichenden Situationsanalyse – sowohl im Allgemeinen als auch in Bezug auf die einzelnen Regionen – bleibt auch die Adressatenbeschreibung des AgAG hinter einem tiefergehenden politischen Verständnis der Lage zurück. In Bezug auf die Adressat*innen wurden zwar politische Einordnungsbegriffe genutzt. Ihre Verwendung zeigt aber Etikettierungsprobleme an, die bereits ab Mitte der 1980er Jahre aufgekommen waren. Schon der „Rechtsextremismus“-Begriff war als Verlegenheitsbegriff ins Spiel gekommen, weil bis dahin verwendete Begriffe wie Neofaschismus und Neonazismus die entstehende politische und kulturelle Vielfaltigkeit des rechten Lagers kaum noch erfassen konnten (Hafeneger 1989; Dudek 1990). Im AgAG-Kontext wurde, wie bereits im Kontext „akzeptierender“ Ansätze (vgl. Heim/Krafeld 1992), allerdings sogar der Begriff Rechtsextremismus vermieden. Entweder wurde, wie im zweiten Zwischenbericht (ISS/IFFJ 1994), allgemein von gewalttätigen und gewaltbereiten Jugendlichen gesprochen. Oder es wurden, wie im Endbericht, Begriffe wie

„rechtsorientiert“ und „linksorientiert“ genutzt, ohne genauer zu klären, was mit diesen Zuordnungen im Einzelnen gemeint ist.

Auch im Landesprogramm finden sich erst in späteren Projektberichten nähere Angaben zur Situation an den jeweiligen Standorten. Insgesamt fehlen aber auch hier genauere Informationen zur Kontur der zu erreichenden Jugendlichen und zur Lage vor Ort. Dies erklärt sich allerdings in Teilen auch aus der vergleichsweise weitgefassten Zielgruppenbestimmung und der stärker präventiven Ausrichtung des Programms.

„Deutliche politische Orientierung“, undeutliche Benennung

In den Berichten der AgAG-Programmbegleitung ist zur näheren Beschreibung der Klientel sehr allgemein die Rede von einem Konglomerat aus „deutliche[r] politische[r] Orientierung“, „entsprechende[m] Auftreten und Verhalten“ sowie kumulierenden sozialen Problemlagen unterschiedlicher Art (ISS/IFFJ 1994, 113), die für die Mehrheit der erreichten Jugendlichen typisch sei (auch Bohn 2000, 88). Nicht näher erhellt wird allerdings, was ein „entsprechendes“ Auftreten und Verhalten genau umfasste und welche „kumulierenden sozialen Problemlagen“ genau zu beobachten waren. Zudem wird im selben Bericht auch darauf hingewiesen, dass keinesfalls nur „auffällige“ Jugendliche erreicht wurden.

Im Grunde ganz ausgespart wurden die politischen Dimensionen der Gewalt sowie der gesellschaftliche Kontext, in dem sie stattfand. Mehr noch: Versuche, die Situation politisch zu bewerten und die politischen Orientierungen der Adressat*innen in den Mittelpunkt zu

rücken, wurden sogar als Störung des Programmablaufs interpretiert. So heißt es im Zwischenbericht: „Unterschätzt wurde der hohe Politisierungsgrad des Aktionsprogramms insbesondere in seiner Wirkung auf die Projekte“ (ISS/IFFJ 1994, 9). Dieser Politisierung, so weiter, hätte mit fachpolitischen Konzepten entgegengetreten werden müssen. Dies hieß im Kontext der genannten Zielsetzungen allerdings, die depolitisierende Ausrichtung des Programms noch stärker zu betonen.

Diese Perspektive durchzieht auch andere Programmmaterialien. So verzichtet der Bericht der Wissenschaftlichen Begleitung (Böhnisch 1995) sogar völlig auf tiefergehende Reflexionen zu Problemlagen und konzentriert sich allein auf den Aspekt der Bewältigung von Transformations- und Brucherfahrungen. Der Abschlussbericht von 1997 stellt abermals Jugendgewalt in den Mittelpunkt. Zum Teil wird ein größerer Kontext des Rechtsextremismus zwar erwähnt und auch festgestellt, dass es sich keinesfalls um ein bloßes Jugendproblem handle (Fuchs/Kreft/Löhr 1997). Theoretische Ableitungen resultieren daraus aber nicht. Dieses Nebeneinander unterschiedlicher und auch nicht unbedingt zueinander passender Lesarten zeigt aber zumindest, dass der unpolitische Blick zu keinem Zeitpunkt durchgehalten wurde. Charakteristisch für das Programm ist damit eine fortwährende Spannung: sie entstand zwischen der Intention, die Fachpraxis vor Politisierung zu schützen und einen Raum „reiner“ Pädagogik zu konzipieren und dem Eingeständnis, dass das Programm auf klar benennbare politische Problemlagen reagierte. Deutlich wird dieses Bewusstsein nicht zuletzt in der unmissverständlichen Gestaltung der Titelseiten der

Abschlussberichte. Hier wird die primitivistische Zeichnung eines zum Hakenkreuz geformten Skinheads mit Baseballschläger in weißem Kreis auf rotem Grund präsentiert. In aller Deutlichkeit wird damit zumindest auf der bildlichen Ebene herausgestellt, welche Herausforderungen es offenbar waren, die im Mittelpunkt des AgAG-Programms und seiner Praxis standen.

Demgegenüber lässt sich zum Landesprogramm kein ähnlich dichtes Bild zeichnen. Dies mag auch damit zu tun haben, dass es hier keine Strukturen gab, die allein für die inhaltliche Repräsentation zuständig waren, die zeitlichen Ressourcen für die Produktion von Berichten nicht im selben Maße vorhanden waren und auch keine wissenschaftliche Begleitung existierte.

Praxisbefunde aus den Programmen

Die im Programmkontext auffindbaren Darstellungen aus der Praxis bieten meist ein genaueres Bild der jeweils vor Ort herrschenden Situation und der jeweiligen Adressat*innen. So finden sich in den verschiedenen Zwischen- und Abschlussberichten durchaus unterschiedlich gewichtende Stimmen. Für den AgAG-Kontext charakteristisch ist jedoch, dass deren Darstellung in den übergeordneten Programmrahmen eingefügt wurde, so dass Diskrepanzen zur Koordinierungsebene meist nur zwischen den Zeilen erkennbar sind.

Adressatendarstellungen in der Programmlogik

Situationsbeschreibungen der Praxis oder praxisnaher Akteur*innen finden sich zu verschiedenen Zeitpunkten und in verschiedenen Materialien des AgAG-Programms. Im Vordergrund stehen da-

bei Beschreibungen der Adressat*innen. Auch wenn der Faktor „politische Einstellung“ kleingehalten wird, finden sich dazu konkretisierende Angaben. Demnach überwog (mit 40%) eine Adressierung rechtsorientierter Jugendlicher (gegenüber 10%, die sich an linksorientierte Jugendliche richteten) (ISS/IFFJ 1994, 69). Die andere Hälfte adressierte unterschiedliche Gruppen, nicht näher spezifizierte Gruppen oder sowohl rechte als auch linke Gruppen (ebd.). Aus diesen Zahlen lässt sich einerseits herauslesen, dass das AgAG über die Adressierung rechts(extrem) orientierter Jugendlicher hinauswies. Andererseits ist ihr orientierender Wert aber gering: Zuordnungen und Einordnungsschwierigkeiten können mit der vielfach erwähnten Fluidität von Selbstzuordnungen Jugendlicher zusammenhängen. Sie können aber

auch schlicht darauf zurückzuführen sein, dass solche Einordnungen innerhalb der Programmlogik keine Priorität besaßen – auch unabhängig davon, wie sich die Jugendlichen selbst verorteten. Dazu passend heißt es im Endbericht etwa, dass zwei Drittel der Projekte zwar von rechten Einstellungen der Klientel berichten, die Antwortenden aber in der Regel nicht zwischen „rechts“, „ausländerfeindlich“ und „ordnungsorientiert“ differenzieren (Bohn/Münchmeier 1997, 58). Insofern schlägt hier die entpolitisierte und „antistigmatisierende“ Perspektive der Programmebene auf die Praxisebene durch und findet von dort ihren Weg zurück in die Programmberichte. Zur Relativierung der Kategorie der politischen Einstellung trägt auch bei, dass die Zuordnungen „rechts“ und „links“ vielfach als austauschbar und nachge-



(Foto: Harald Kirschner)

rade zufällig gewählt beschrieben werden. So heißt es im Endbericht, eine unbekannte Praxisquelle zitierend, dass in Eins zu Eins-Gesprächen von rechten Jugendlichen „unbewußt [sogar] eher linke zumindest aber solidarische Einstellungen“ vertreten werden (Bohn/Münchmeier 1997, 57).

Bemerkenswert ist schließlich, dass im Abschlussbericht zwar verschiedene Cliquenformen dargestellt werden, bei sogenannten Cliquen mit „Weltsichten“ jedoch keine rechten, dafür aber verschiedene linke Etiketten angeführt werden (dies., 57). Dies kann ein Hinweis darauf sein, dass Fachkräfte, die mit linken Jugendlichen arbeiteten, eine klarere politische Haltung hatten und in der Lage waren, Porträts mit größerer Substanz zu erstellen. Allerdings lässt sich im Umkehrschluss nicht pauschal annehmen, dass Praktiker*innen, die mit rechten Jugendlichen arbeiteten, jede Analysekompetenz fehlte. Prägend für die Adressatenbeschreibungen in der offiziellen Programmdokumentation mag hier zum Teil sein, dass manche Projekte aufgrund ihrer zum Teil offen neonazistischen Klientel in den Fokus öffentlicher Kritik gerieten, und eher das Interesse hatten, diese Kritik zu entschärfen als sie zu bestätigen. Hinzu kommt, dass die Entpolitisierungs- und Entstigmatisierungssemantik des Programms nicht unbedingt dazu aufforderte, ein genaueres Bild zu entwerfen.

Die Zahl an Beiträgen, die sich spezifischer Probleme annehmen – und dabei in der Regel das offiziöse Erzählmuster von Jugendgewalt und Desintegration verlassen – ist entsprechend gering. Ein Beispiel bietet der Text von Behn (1995). Sie stellt heraus, dass im AgAG praktisch die Auseinandersetzung mit rechter Ge-

walt im Vordergrund stand und weist zugleich darauf hin, dass in dieser Auseinandersetzung aber geschlechtsspezifische Aspekte kaum berücksichtigt wurden. Das heißt faktisch auch, dass sich Adressatenbeschreibungen und Arbeitsansätze quasi ausschließlich auf männliche Jugendliche konzentrierten (ähnlich lautet das Fazit zum Landesprogramm bei Funk 1995).

So bleibt die Praxisdokumentation des AgAG auch mit Blick auf die Adressat*innen in aller Regel unscharf und konkrete Einschätzungen oder rückblickende Bewertungen der Fachkräfte sind selten. Zur Altersspanne der Adressat*innen etwa wird in den AgAG-Projekten vielerorts zu Programmbeginn ein Höchstalter von 25 Jahren umrissen, aber nicht erläutert, welche praktischen Konsequenzen damit verbunden waren. Eine der wenigen Ausnahmen stellt ein Bericht aus dem Chemnitzer Heckert-Gebiet dar, wo sich im Laufe der pädagogischen Arbeit die Feststellung einstellte, dass man die zunächst angetroffene Gruppe von 20–23-Jährigen mehr „verwalte“ als mit ihnen arbeite. Bei einer später betreuten jüngeren Gruppe, im Alter von 14 bis 15 Jahren, erhoffte man sich an diese Erfahrung anschließend mehr Möglichkeiten zur „pädagogischen Intervention“ (Scheu/Autrata 1996, 50).

Eine gewisse Differenz zum AgAG und dessen Ausdeutung auf Praxisebene kann in der Problembeschreibung und der „Zielgruppen“-Definition von Fachkräften im Landesprogramm ausgemacht werden. So erfolgt zumindest im Nebensatz die Einordnung, dass „viele Jugendliche – teilweise sogar mit hohem Bildungsstand – [...] in ihren politischen Anschauungen nach rechts [neigen]“ (AGJF o.J., 5). Entsprechend bezieht

auch die Formulierung des Adressatenkreises durch die Koordinationsstelle des Programms politische Orientierungen ausdrücklich mit ein. Im Rahmen eines langfristigen und flexiblen „Beratungs- und Sozialkonzept[es]“ (dies., 4) soll hier Kontakt zu „gewaltbereiten, zum Rechtsradikalismus neigenden bzw. gefährdeten Jugendlichen“ (ebd.) aufgebaut werden. In den Praxisberichten wird zugleich aber auch deutlich, dass diese Klientel vielfach nicht erreicht werden konnte.

Subjektive Praxisrekonstruktionen

Die Beschreibungen der Adressat*innen durch die interviewten Fachkräfte fallen demgegenüber detaillierter aus und auch die sozialräumlichen Situationsanalysen verhelfen zu einer genaueren Kontextualisierung der Phänomene. Zugleich bleiben die entwickelten Einschätzungen und ihre gesellschaftlichen Einordnungen vielfach den bereits auf der Programmebene deutlich gewordenen Wahrnehmungs- und Deutungskorridoren verbunden und schreiben die dort angelegten Probleme fort.

Gewaltbereite Cliques, fluide Haltungen

Bei den zentralen Adressat*innen handelte es sich überwiegend um relativ große, im öffentlichen Raum präsent und männlich dominierte Cliques, die dem „Bereich Subkultur Skinhead“ (Thomas) zuzuordnen waren. Neonazistische Orientierungsmomente, subkulturelle Selbstinszenierungen, massiver Alkoholkonsum und eine hohe Gewaltakzeptanz sowie teils weitere delinquente Verhaltensmuster präsentieren sich dabei als eng miteinander verzahnt.

Das Erscheinungsbild der Jugendlichen drückte sich dabei „ganz klassisch“ in

„Bomberjacke, Springerstiefel, weiße Schnürsenkel, Frisuren“ (Petra) aus. Derart ausgestattet, so Stefan, zogen die Cliques los, wollten „Leuten auf die Fresse hauen und haben Scheiß-Parolen gegrölt“. Wiederkehrend kam es zu gezielten Attacken gegen Menschen und Einrichtungen, die als links oder migrantisch gelesen wurden. Genauso wurden aber auch „wahllos Leute angegriffen“ (Thomas). Besonders eindrucksvoll ist hier die Schilderung von Petra: Auch sie beobachtete bei ihren „bis zu den Zähnen bewaffnet[en]“ Großstadtcliques – „die hatten den Rucksack voller Waffen und die hatten in ihrem Hosenbund eine Knarre“ – ein scheinbar selbstzweckhaftes Gewaltverhalten, wenn etwa „die Jungs ihren Mädels gesagt haben, sie mögen bitte irgendeinen anderen Typen anmachen, damit man einen Grund hat, sich zu prügeln. [...] Das war unfassbar, wie die teilweise jede Gelegenheit genutzt haben.“ Zugleich betont sie, dass es sich um Jugendliche mit „klarer politischer Ausrichtung“ handelte und eine „Grundgesinnung“ vorlag, die „ausländerfeindlich und rechtsextremistisch geprägt“ war. Unter diesen Vorzeichen gehörten regelmäßige, gewalttätige Konflikte mit der Antifa ebenfalls zur Tagesordnung.

Petra weist aber ebenfalls darauf hin, dass es pro Großclique lediglich „vier oder fünf“ gab, die „sehr strukturiert und teilweise organisiert waren“. In anderen Fällen wurde die Beobachtung gemacht, wie sich die Cliques in Gänze einer politischen Verbindlichkeit entzogen. Thomas bspw. erinnert, wie es nach dem Besuch neonazistischer Demonstrationen hieß: „So eine Scheiße, da fahre ich nie wieder hin. Solche Idioten da von der NPD, alle in Reih und Glied marschieren und kein Alkohol!“ Ausgehend von der Wahrnehmung eines eher desinteressierten bis

ablehnenden Verhältnisses gegenüber (partei)politischer Programmatik und Organisation schätzten die Fachkräfte die rechten Haltungen innerhalb der Cliques überwiegend als etwas Oberflächliches und Fluides ein. Demnach hatten die Jugendlichen zwar „rechte politische Einstellungen oder Sichtweisen oder haben zumindestens so nach außen getragen“, aber das, was sich da politisch-subkulturell präsentierte, war „überhaupt nicht verfestigt“, sondern diene vor allem „als rechtfertigende[r] Grund für ihre Gewalt und ihren Alkoholkonsum“ (Thomas); „letztendlich“ handelte es sich um eine „Sauf-Gröl-Gemeinschaft“, die sich „zeigen“ und „provizieren“ wollte und dabei weder „verhärtet“ noch „so fest im Kopf“ (Stefan) war.

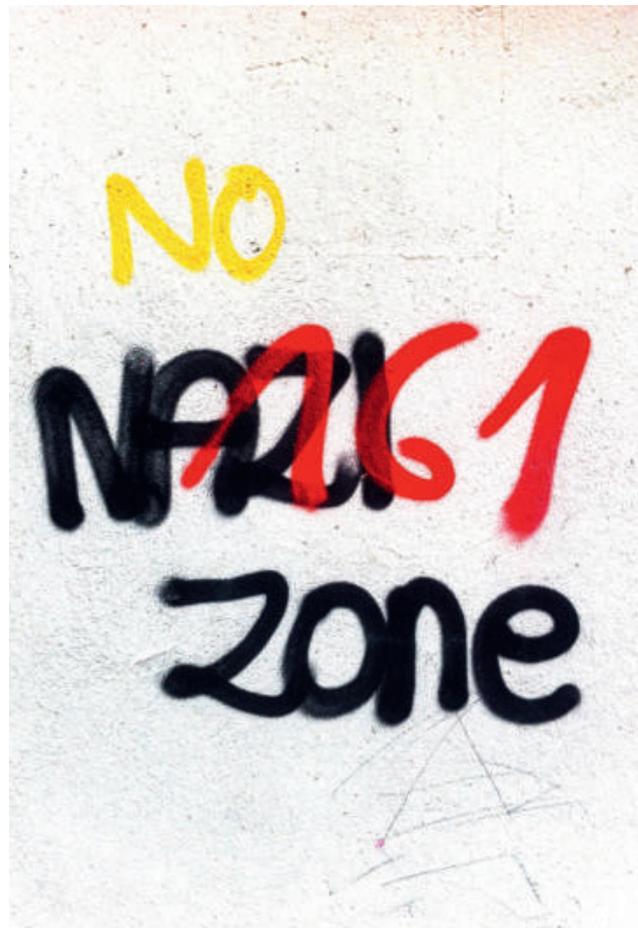
Gesellschaftliche Einordnung

Weitergehend waren diese Einschätzungen zu den Adressat*innen in einen sozialräumlichen und einen zeithistorischen Beobachtungskontext eingebunden. Sie verdichten sich zu einem Bild von „Wendejugendlichen“ (Jessica), die in Folge der gesellschaftlichen Umbrüche weitgehend orientierungs- und perspektivlos in den öffentlichen Raum gespült worden waren und hier in einer unwirtlichen, durch rechtsoffene Stimmungen und politische Apathie gekennzeichneten Umgebung „Ersatzhandlungen“ (ebd.) vollzogen.

Sofern sich die Zuständigkeit der Jugendarbeit auf großstädtische Quartiere konzentrierte, war eine Kombination aus Plattenbauweise und Trostlosigkeit in den Erzählungen markant. Petra etwa spricht von einem riesigen „Moloch“: gedrängte „Häuserfluchten, Elfgeschosser mit hundert Meter Länge“, „überhaupt nicht lebenswert [...] sehr eng, sehr dicht, sehr laut“. Die erwachsene Bevölkerung

nahm sie als desinteressiert und lethargisch wahr, Frustration und politische Gleichgültigkeit prägten die Gemengelage. Ebenso war „typisch“, Hakenkreuzschmierereien mit einem Schulterzucken und rassistische Parolen als „Kavaliersdelikt“ (Jessica) abzutun. Unter diesen Bedingungen konnte sich eine extrem rechte Straßenpräsenz teils ungestört normalisieren, mitunter gab es auch Zustimmung. Die jugendarbeiterisch betreuten Cliques waren hier Teil einer größeren und vielgestaltigen rechten Szene, die sich dynamisch entwickelte.

Die kleineren Städte hingegen präsentierten sich den Fachkräften eher als „überschaubares Gemeinwesen“ (Tho-



mas), in dem „sich sowieso alle [kann-ten]. Also links wie rechts, ne? Waren zusammen in der Schule“ (Stefan). Eine vergleichbare Anonymität wie in der Großstadt war nicht gegeben und teils wurden die rechten Cliques aus der Bevölkerung heraus als Problem wahrgenommen, wobei vor allem das lautstark-exzessive Verhalten der Jugendlichen als störend galt: „Ich möchte hier spazieren gehen und ich will Ruhe und ich möchte keine Glatzen mit Bierflaschen in der Hand durch die Gegend rennen sehen, die vielleicht noch laut Musik hören und grölen“ (Thomas). Der Wunsch nach Ruhe und Ordnung dominierte die Szenarien und die einzelnen Cliques standen deutlicher im Fokus, denn eine sichtbare Szene gab es vor Ort ansonsten kaum.

Sozialraumübergreifend war die „gesellschaftliche Situation“ dadurch bestimmt, dass in Folge der Wende „große Teile der Bevölkerung, der Menschen, der Familien [...] aus ihren Ankern gerissen worden sind“ (Petra). Entsprechend stellte sich auch die Lage der Jugend als äußerst prekär dar. (Sub-)Proletarische Verhältnisse und ambivalente DDR-Hintergründe zu Hause, zerrüttete Familienverhältnisse und soziale Haltlosigkeit insgesamt sowie fragile Bildungsbiographien und düstere Zukunftsaussichten prägten die Lebensrealitäten der meisten Jugendlichen. Die daraus resultierende Orientierungslosigkeit war das Merkmal (fast) einer ganzen Generation: „die Kids, die zu der Zeit jugendlich waren, hatten ja alle dieselben, oder viele dieselben Themen“ (Petra), sie waren „nicht Fisch und nicht Fleisch“ (Jessica) und wussten nicht, „wo man hingehört“ und „was passiert denn jetzt“ (Knut).

Unter diesen Bedingungen war das „Konstrukt rechter Skinhead“ (Thomas)

den Fachkräften zufolge für Jugendliche attraktiv, weil es eine (vermeintliche) Antwort auf die erlebte Misere bot. Politisch-subkulturelle Zugehörigkeit und Selbstinszenierung dienten in erster Linie dazu, „Biografieunsicherheiten [zu] kompensieren“ (ebd.). Es handelte sich um „so eine Form“ (Stefan), durch die Aufmerksamkeit generiert, sich Respekt verschafft und auf intensive Weise Selbstwirksamkeit erlebt werden konnte. Oder, wie Thomas einen damaligen Jugendlichen zitiert: „Ich habe hier nie irgendwo Anerkennung bekommen. Und in dem Augenblick, wo ich mit der Bomberjacke und den Springerstiefeln die Straße langgelaufen bin, sind mir die Leute aus dem Weg gegangen.“

Zugriff mit Lücke?

Diese Adressat*innen- und Situationsanalyse verhalf den Fachkräften dazu, die Phänomene einzuordnen und Ansatzpunkte für sozialpädagogische Interventionen freizulegen: Die Haltung der Jugendlichen als etwas *Fluides* oder als eine *oberflächliche Form* ohne tiefergehende Verankerung zu fassen, begründete deren Veränderbarkeit und damit auch die Aussicht, wirksam eingreifen zu können. Und eine Spur zur Ausrichtung des Handelns war ebenfalls bereits gelegt: *soziale* Ursachen bedürfen sozialer Lösungen. Die schwierigen Lebenslagen der Jugendlichen rückten so ins Zentrum auch der praktischen Aufmerksamkeit.

Im Ergebnis leisteten die Fachkräfte also eine Analyse, die eng am Erleben ihrer Adressat*innen dran und zugleich weit davon entfernt war, die Problemlagen auf sie abzuwälzen, und stattdessen die gesellschaftlichen Verwerfungen der Wendejahre als ursächlichen Zusammenhang herausstellte. Spätestens jedoch, wenn manche der Einschätzungen

darauf hinausliefen, es habe sich weniger um neonazistische, sondern im Kern um „eher gewaltbereite Jugendliche“ (Stefan) gehandelt, deren rechten Haltungen „keine politischen Ursachen“ (Thomas) hatten, schrieb sich hier die bereits auf Programmebene ersichtlich gewordene und sich auch in der sozialräumlichen Stimmung abbildende Tendenz zur Entpolitisierung und oberflächlichen „Befriedung“ fort.

Praxisumsetzung: Konzeptionelle Leitplanken und Verlaufslinien

Formulierungen auf Programmebene

Im AgAG wurde eine Leitkonzeption formuliert, die als eine Grobrahmung der Praxis zu verstehen ist. Allerdings ergibt sich aus der Gesamtbetrachtung kein widerspruchsfreies Bild. Stattdessen weisen die konzeptionellen Bezüge in verschiedene Richtungen und beziehen sich auch auf unterschiedliche Traditionen des Arbeitsfeldes. So finden sich Elemente einer „akzeptierenden“ Praxis, deren Kernidee auf die sog. „Randgruppenarbeit“ der 1970er Jahre zurückgeht. Es wird sich bezogen auf die im 8. Kinder- und Jugendbericht prominent vertretenen lebensweltorientierten Ansätze. Zugleich finden sich Verweise auf Ansätze der Gewaltprävention und nicht zuletzt fließt auch ein extremismustheoretisches Deutungsmuster ein, das bis dahin in der sozialpädagogischen Arbeit keine Rolle gespielt hatte. Diese konzeptionelle Mixtur traf zudem auf eine gesellschaftspolitische Situation, die in erhöhtem Maße die grundsätzliche Frage nach der Passgenauigkeit bestehender Konzepte aufwarf. Die damit verbundenen Spannungen, die insbesondere das AgAG charakterisieren, lassen sich an verschiedenen Punkten skizzieren.

Inkonsistente Zielsetzung

Widersprüchlichkeit zeigt sich als erstes in Bezug auf den Aspekt der Einstellungsveränderung. Einerseits konnte das Ziel der Einstellungsveränderung schon deshalb keine herausgehobene Bedeutung haben, weil politische Einstellungen gar nicht als besonders relevanter Faktor des Geschehens bewertet wurden. Andererseits wurde sich auf der Ebene der Programmpolitik an genau diesem Punkt aber explizit auch von „akzeptierenden“ Ansätzen abgegrenzt, indem Veränderungsabsichten als Ziel ausgegeben werden (ISS 1992; Merkel 1992). Auf der konzeptionellen Ebene führte dies zu einem zentralen Dilemma, denn für die Arbeit an Orientierungen lagen innerhalb des Programms gar keine Konzepte vor. Dieses Dilemma wurde letztlich noch größer durch den Umstand, dass in der Auswahl der Standorte das Auftreten rechtsextremer Szenen ein wichtiger Faktor war, genau dadurch also inhaltliche Konzepte nötig gewesen wären.

Nachjustierung notwendig

Im Beginn des AgAG wurden durch die Programmverantwortlichen drei pädagogische Leitlinien festgelegt (Bohn 2000, 89). *Erstens* wurde herausgestellt, dass Normabweichungen mehr oder weniger typische Erscheinungen der Jugendphase als Experimentierphase seien. Die Angebote dürften aus diesem Grunde nicht ausgrenzen, sondern müssten Grenzen markieren und „Rückwege“ in die Gesellschaft ermöglichen. *Zweitens* sollten die Projekte lebenswelt- und lebenslageadäquat arbeiten. Gegenüber Handlungsvorgaben von oben (das heißt hier: seitens der Programmverantwortlichen) sollten sozialräumliche Handlungsoptionen und Bedarfslagen leitend sein. *Drittens* sollte durch die Projekte Stigmatisierung vermieden

und Entstigmatisierung erreicht werden. Die Jugendlichen sollten auch nicht „auf der Basis auffälliger sozialer Merkmale“ (ebd.) zusammengefasst und auf dieser Grundlage betreut werden, was in einem doch deutlichen Widerspruch zu Auftrag, Anlass und Zielgruppenbestimmung stand. In diesem Sinne verband sich in der AgAG-Konzeption eine akzeptierende mit einer sozial-integrativen und einer ausdrücklich auf soziale Kontrolle abzielenden Perspektive.

Allerdings mussten diese Linien bereits früh modifiziert werden. Grund dafür waren Fälle, in denen Neonazis im Rahmen von AgAG-Projekten frei agierten, als Honorarkräfte oder sogar als „Sozialarbeiter“ eingestellt worden waren (vgl. Bundesregierung 1993; Buderus 1998). In einer ersten Reaktion wurden im Herbst 1992 sechs „Leitplanken“ formuliert, die allerdings eher als Präzisierungen bereits bestehender Leitlinien zu verstehen sind. Sie lauteten: 1. Keine Gewalt aus Projekten heraus, 2. Projekte müssen gewalt-eindämmend wirken, 3. Es darf keine Ideologisierung bzw. Politisierung in den Projekten erfolgen, 4. Die Kooperationen zwischen den Projektmitarbeiter*innen für unterschiedliche Szenen müssen gesichert sein, 5. Die Projekte dürfen keine „geschlossenen Veranstaltungen“ sein, sich also nicht an hermetische Gruppen richten bzw. solche Abschlüssen fördern, 6. Die Kriminalisierung von Jugendlichen muss verhindert werden (siehe Bohn/Münchmeier 1997, 105). Vor allem die anhaltende öffentliche Berichterstattung und Kritik dürften dazu geführt haben, dass weitere Modifizierungen folgten. Dabei wurde die Förderung der sozialräumlichen Aneignung (analog zum 8. Jugendbericht) als Ziel betont sowie gleichzeitig die Notwendigkeit der Definition der Adressat*innen gegen-

über einer Arbeit nach dem „Zufallsprinzip“ (ISS/IFFJ 1994) herausgestellt. Im selben Zeitabschnitt wurden mit besonderem Blick auf Erfahrungen mit neonazistischen Raumnahmen für alle Projekte fünf verbindliche Regeln aufgestellt: „1. Von den Projekten darf keine Gewalt ausgehen, 2. Projekte dürfen sich nicht als Rekrutierungsfeld rechtsextremer Organisationen missbrauchen lassen, 3. Im Rahmen der Projekte darf keine rechtsextremistische Propaganda betrieben werden, 4. In den Projekten dürfen keine Waffen mitgeführt werden, 5. In den Projekten dürfen keine Musik und Auftritte von Bands mit Titeln, die von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften indiziert wurden, zugelassen werden“ (vgl. Bohn/Münchmeier 1997, 107). Deutlich wird hier das Eingeständnis, dass zumindest in den mit Rechten arbeitenden Projekten offenbar keine ausreichende Selbstregulation stattfinden konnte. Betont wurde in diesem Zusammenhang auch, dass es aus pädagogischer (und legitimatorischer) Perspektive wichtig ist, in Projekten mit Rechten Mitarbeitende einzusetzen, die „in zweifelsfreier und demonstrativer Distanz zur Klientel“ stehen (Koch 1994, unveröff., zit. nach Bohn/Münchmeier 1997, 107f.).

Praxisbefunde aus den Programmen

In welcher Weise und ab wann die beschriebenen Vorgaben umgesetzt wurden, lässt sich aus den vorliegenden Dokumenten nicht rekonstruieren. Und es ist auch fraglich, ob es an der Basis überhaupt zu einer tiefgreifenden Umsteuerung kam. Zumindest ist im AgAG-Zwischenbericht von 1994 auch mehr von einer anhaltenden Balancierung die Rede. Einerseits, so heißt es dort, erweise es sich als „unmöglich, mit Ju-

gendlichen, die fest in rechtsextremen Organisationen verhaftet sind, sozialpädagogisch zu arbeiten“ (ISS/IFFJ 1994, 91). Andererseits sollte ein Ausschluss aber erst erfolgen, wenn eine Beeinflussung über die Gruppe und über Gruppenprozesse nicht mehr möglich erscheint. Zugleich sei es Aufgabe der Projekte, die sich rechts definierenden Jugendlichen „mit der gesellschaftlichen Realität und dem gesellschaftlichen Normensystem ständig zu konfrontieren“ (ebd.). Bohn (2000, 88) hält in einer Nachbetrachtung fest, dass sich im Laufe der Zeit drei Gruppen herauskristallisierten, mit denen nicht mehr gearbeitet werden konnte oder sollte: Erwachsene, die bereits in rechten Milieus der DDR sozialisiert worden waren; organisierte Neonazis (dies aber v.a. aufgrund des Schutzes der Mitarbeitenden und Projekte von öffentlichen Angriffen, nicht wegen fehlender Ansprechbarkeit), Jugendliche, die gegenüber Mitarbeitenden gewalttätig auftraten. Al-

lerdings fehlen Informationen darüber, inwieweit diese Befunde tatsächlich in der Praxis auch umgesetzt wurden.

Praktische Umsetzungsschwierigkeiten

Im engeren Bezug auf die Praxis bieten die Materialien zunächst ein anderes Bild. Hier steht im Vordergrund, dass die Interpretation der konzeptionellen Leitlinien oft dazu führte, sich besonders stark an vorgetragenen Bedürfnissen der Jugendlichen auszurichten. Zumindest zeigt das Material, dass die ersten fünf Jahre von Vorgehensweisen geprägt waren, die weniger konzeptgeleitet waren als unmittelbaren Erfordernissen folgten. Aus dem Mangel an formaler Qualifikation, Professionalität, aber auch Bewusstsein, Übersicht und Rückendeckung erklärt sich, dass in den Projekten vielfach die Gestaltung der Beziehungsebene zu den Adressat*innen im Vordergrund stand. Offenbar führte dies mitunter auch zu dem Problem, „professionelle Distanz“ aufzubauen



Straße der Jugend (Mannheimer Straße) 1981 (Foto: Harald Kirschner)

(Scheu/Autrata 1997, 28). Dies wurde von den Mitarbeitenden als Problem eingestuft und mehrheitlich der Bedarf an Weiterbildung formuliert (dies.). Formale konzeptionelle Nachjustierungen oder Neuschreibungen fanden meist erst mit dem Auslaufen des Programms und dem Übergang in die Regelförderung statt. Durch die hohe Zahl von beruflichen Quereinsteiger*innen, die ihre fachliche Ausbildung zeitgleich mit der Etablierung des Projektes realisieren mussten, sind Fragen nach Methodenanwendung zum Teil auch auf Fragen nach Methodenkompetenzen zurückzuführen.

Das weitgehende Fehlen tiefergehender Auswertungen des Praxisgeschehens resultiert nicht zuletzt aus der Kombination von a) der schablonenhaften „Zielgruppen“-Definition im Programmrahmen, die b) nicht immer auf die lokalen Realitäten übertragbar war und sich c) zum Teil in ungenauen Beschreibungen der Fachkräfte wiederfindet. Vereinzelt kommt es dabei zur absoluten Weitung der Kategorie der „gewaltbereiten Jugendlichen“, etwa, wenn im AgAG-Informationsdienst berichtet wird, der „Bereich Rechtsextremismus und Jugendgewalt“ (IFFJ 1996b, 72) sei seit 1994 in den Hintergrund gerückt, die „Aggressionsdynamik“ zwischen „links- und rechtsorientierten Jugendlichen“ (dies.) aber geblieben. Als Ergebnis werden nicht mehr in erster Linie rechtsorientierte Jugendliche, sondern die mit ihnen (zwangsläufig) interagierenden Personen (zum Beispiel Punks) in den Fokus gerückt und die Problemdefinition ohne weitere Analyse auf sie ausgeweitet.

Diese Tendenz kann mit einem anderen Aspekt der „Zielgruppen“-Kategorie in Verbindung gebracht werden, der die

Vorstellung der „Wende-Jugendlichen“ umfasst. In verschiedenen Fragmenten tauchen Auffassungen zum Misstrauen und der Skepsis der Jugendlichen „gegenüber allen Erwachsenen“ (ders., 73) auf. Überhaupt einen Zugang zu ihnen zu erlangen, stellte für viele Mitarbeitende eine Herausforderung dar, hinter der die Frage nach der definierten „Zielgruppe“ und der konzeptionellen Praxis in den Hintergrund trat. Das Bild desintegrierter „Wende-Jugendlicher“ führt dabei allerdings nicht nur zur Unterschlagung der politischen Motivation und der Hintergründe von Gewalt (vor allem gegenüber spezifischen Gruppen), sondern auch zu einer verallgemeinernden Entpolitisierung.

Mit Blick auf die pädagogische Arbeit zeichnen die Befunde aus dem AgAG in erster Linie die Vielfalt sozialpädagogischer Handlungsfelder nach. Der weitgehende Kahlschlag der ostdeutschen Jugendhilfestrukturen sowie die offene Anlage des Programms führten zu einem breiten Angebot von Offener Jugendarbeit über Streetwork bis hin zu Betreutem Wohnen oder Berufshilfe, in denen Gruppenarbeit, Erlebnis pädagogik, Projekte für „auffällige“ Jugendliche oder Straftäter*innen, Gemeinwesenarbeit und weitere durchgeführt wurden. Dabei zeigte sich eine methodische Schwerpunktsetzung auf gruppenbezogene Maßnahmen zur systemischen oder gesellschaftlichen „Integration“, während individuelle Angebote erst im Laufe des Programms an Gewicht gewannen. Dies war allerdings weniger Ergebnis von Umsteuerungen auf der Programmebene, sondern resultierte aus den durch die Praxis vor Ort registrierten Unterstützungsbedarfen sowie aus dem zunehmenden Verfall von „auffälligen“ Cliques.

Eine Zuordnung von einzelnen Projekten zu einzelnen Arbeitsfeldern ist in der Regel nicht möglich. Dort, wo pädagogische Arbeit im Mittelpunkt steht, werden oft Angebote aufgeführt, aber zumeist keine Konzepte. Schilderungen, wie die des Teams der Sozialdiakonischen Offenen Jugendarbeit in Görlitz, das die eigene Arbeit im Rahmen eines „erlebnisorientierten, konsumkritischen Ansatz[es]“ (Scheu/Autrata 1996, 46) verortet und dabei auch traditionelle Rollenbilder hinterfragt, sind nur in Ausnahmefällen dokumentiert.

Fokussierungen von Beziehungsaufbau

Zwischen den Zeilen – und ohne die konkrete Benennung von Konzepten – schwingt eine erlebnisorientierte Herangehensweise, die Förderung selbstbestimmten Handelns und der Entwicklung von Selbstwirksamkeit durch langfristige Beziehungsarbeit als Ziel der pädagogischen Arbeit auch bei anderen Projekten mit. So formulieren Fachkräfte in Dresden die Auffassung, dass ihre Angebote „als Möglichkeit verstanden werden, individuellen Bedürfnissen und Ansprüchen Ausdruck zu verleihen und diese Bedürfnisse nicht nur einzuklagen, sondern auch selbst für deren Befriedigung aktiv zu werden“ (IFFJ 1996b, 77). Darüber hinaus entsteht in der Lektüre der projektbezogenen Befunde in manchen Fällen der Eindruck eines reaktiven Mitschwingens der pädagogischen Praxis mit ihrer Klientel. So resümiert Glaß (2002, 260): „Praktisch – und damit methodisch – wird einem Verlaufs-Verfahrens-Modell der Vorrang gegeben, nachdem je nach Bedarf durch die Jugendlichen oder in Konfliktfällen argumentiert wird bzw. eingegriffen, die Vermeidung direkter Konfrontationen stets vorrangig mitbedenkend“.

Der offiziellen Zielsetzung, weltanschauliche Alternativen aufzuzeigen, die Entwicklung von Toleranz und Akzeptanz zu fördern, bei der Identitätsentwicklung zu unterstützen und damit zur Verhaltensänderung beizutragen, wird dabei nach Glaß nicht mit gesellschaftspolitischem Aufklärungsanspruch oder pädagogischer Intervention nachgegangen. Stattdessen entstehe durch das Ausbleiben der Auseinandersetzung und unter bloßem Sanktionsdruck im Gegenteil sogar eine Stabilisierung des Bestehenden, statt eine im positiv-gestaltenden Sinne „milieubildende Jugendarbeit“ (ders., 255), wie sie vom Aktionsprogramm als Ziel formuliert wurde (ders., 254ff.; vgl. auch Buderus 1998; Wowtscherk 2014).

So zeichnet sich für einen Großteil der Projekte mehr ein Bild von ‚learning by doing‘ und organischem Wachstum der Aufgabenbereiche, als eine gezielt konzeptgeleitete Arbeit ab. Dabei kommt es in manchen Fällen auch zu Umsetzungen, die im besten Fall als Überinterpretation des akzeptierenden Ansatzes verstanden werden kann, wenn beispielsweise versucht wird, Jugendliche mit erhöhtem Organisationsgrad und einschlägiger Szenevernetzung über finanzielle Zuwendungen und das zur Verfügung stellen von Räumlichkeiten zu binden und damit „von der Straße zu holen“ (Scheu/Autrata 1996, 43f., 70) oder politische Orientierungen der Klientel kleingeredet werden (Buderus 1998; Glaß 2002).

In diesen und weiteren Darstellungen gerät ein ums andere Mal auch der Akzeptanzbegriff in den Blick. Wie erwähnt ist er in den offiziellen Programmmaterialien nicht enthalten, die Programmverantwortliche setzten sich sogar explizit von Prämissen akzeptierender Ansätze

ab. Zugleich taucht der Akzeptanzbegriff als Schlagwort und vage Idee aber immer wieder in den Praxisdarstellungen auf. Fachkräften vor Ort bot die Chiffre „Akzeptanz“ zum Beispiel die Möglichkeit, die schwierigen politischen Rahmenbedingungen auszublenden und sich im Sinne des Professionsparadigmas der Adressatenorientierung auf „Machbares“ zu konzentrieren. Oft war „Akzeptanz“ aber offenbar auch nicht viel mehr als das Eingeständnis, dass Grenzen, also „Nicht-Akzeptanz“, zumindest in der ersten Programmphase kaum durchsetzbar waren.

Fachkräfte im AgAG zwischen Praxisdruck und Qualifizierungsbedarf
Die dargestellte hohe Konzeptoffenheit

bei gleichzeitiger Anlage als Modellprojekt führte die Fachkräfte in unterschiedliche fachliche und professionelle Druckfelder. Das betraf zum einen die Notwendigkeit fachlicher Qualifizierung parallel zum bestehenden „Praxisdruck“ (Scheu/Autrata 1996, 77), der nicht nur die pädagogische Arbeit, sondern auch das Wissen um den Bedarf nach weiteren Angeboten bzw. nach einer Ausweitung des eigenen Angebots umfasste. In Verbindung mit den Qualifizierungsfragen werden zum anderen immer wieder teaminterne Aushandlungsprozesse, Personalfluktuaton und (Job)Unsicherheiten im Hinblick auf die Aufnahme in die Regelförderung beschrieben. Letztere führten der offiziellen Programmevaluation zu Folge etwa bei Mitarbeitenden



(Foto: Harald Kirschner)

in Zittau zu „Reaktionen [...] zwischen Resignation und Aggressivität“ (dies., 43). Auf der anderen Seite werden der zunehmende Organisationsgrad der Mitarbeitenden und die wachsenden lokalen Strukturen als positiv bewertet.

Nicht zuletzt zeichnet sich eine weitere Druckrichtung innerhalb der pädagogischen Arbeit mit den Jugendlichen ab. So sind Berichte von Fachkräften aus Görlitz dokumentiert, die beschreiben, wie eigene Grundorientierungen in die pädagogische Praxis einfließen und fortlaufende Reflexionsprozesse ihr eigenes Lernen bestimmen (dies., 71, 76, 82). Andere Berichte stellen diesen Darstellungen die Machtlosigkeit der Fachkräfte angesichts rechter Dominanzkulturen gegenüber, wie sie von Glaß (2002) zur Mobilien Jugendarbeit in Hoyerswerda festgehalten wird. Dieser beschreibt in der pädagogischen Arbeit Momente „bescheidenster ‚Erlebnispädagogik‘ mit Ablenkungscharakter“ (ders., 256). Das Manövrieren zwischen pädagogischem Anspruch und situativen (Un-)Möglichkeiten geht im Subtext aus einer Vielzahl der Befunde als Druckfeld hervor, das politisch erzeugt wurde und in der Praxis nur unzureichend bearbeitet werden konnte.

Reflexionen im Landesprogramm mit mehr Substanz

Auch im Landesprogramm musste die - in sich bereits spannungsreiche - Programmperspektive in die Praxis übertragen werden. Konkret war für die Fachkräfte zu klären, wie sich Veränderungsperspektive, Integrationsauftrag und Subjektorientierung ins Verhältnis setzen lassen. Dabei zeigen sich zum Teil auch andere Herausforderungen als im AgAG, etwa, weil die vom Programm vorgegebene „Zielgruppe“ am Einsatz-

ort nicht angetroffen wurde oder sie sich als deutlich diverser entpuppte als angenommen. In mehreren Projekten wurde darüber hinaus (zeitgleich) mit verschiedenen Cliquen unterschiedlicher Jugendkulturen gearbeitet.

Die Dokumentation dieser Aushandlungsprozesse fällt für das Landesprogramm dichter aus als für sein Pendant aus dem Bundesministerium: der ausführliche Zwischenbericht (AGJF o.J.) und eine mehrteilige Abschlussdokumentation (AGJF 1995) bilden hier eine mehrperspektivische, in Teilen selbstkritische Programmreflexion ab.

Die praktische Umsetzung des Programms wird hier von den Fachkräften selbst als „Spannungsfeld ‚Enthusiasmus - Anforderungen - Richtlinien‘“ (Böhme et al. 1995, 7) benannt. Als konzeptionelle Herausforderung wird die Übertragbarkeit von Strukturen der alten auf die neuen Bundesländer hervorgehoben und anhand der Erfahrungen der Mitarbeitenden während des Quereinstiegs illustriert:

„Dann [nach der Hospitation] ging es zurück nach Sachsen. Wir, das Dresdener Team (drei Mitarbeiter), plumpsten nun erstmal ins kalte Wasser. Wir hatten uns während der Hospitationszeit in gefestigten, schon jahrelang arbeitenden ‚Nestern‘ befunden, kamen voller Euphorie nach Hause und standen vor dem Nichts. Kein Club, kein Cliquentreff, kein Büro, kein klar benanntes Arbeitsfeld und Dresden ist groß!“ (dies., 6).

Die dargestellte Orientierungslosigkeit wird schließlich auch mit den Differenzen zwischen Programminteressen und den Interessen und Vorbehalten kommunaler Strukturen in Verbindung gesetzt



und zum Gegenstand reflektierender Betrachtungen gemacht.²⁶ Die unterschiedlichen lokalen Voraussetzungen sowie Bedarfe vor Ort führten dazu, dass sich die Projekte innerhalb der Programmlaufzeit stark ausdifferenzierten. Da „konzeptionell [...] keine über die Grundkonzeption hinausgehenden Vorgaben durch den Träger“ (dies., 13) bestanden, wurde diese Entwicklung nicht vom Programmrahmen eingefangen und vielmehr als „Raum für Experimente und das Ausprobieren verschiedener Projektideen“ (dies.) interpretiert.

Lothar Böhnisch (1995) beschreibt die Entwicklung der Arbeitsformen in den Projekten dahingehend in drei Phasen von ersten Kontakten im Rahmen von Streetwork, über „raum- und angebotsstrukturierte[n] Formen Mobiler Jugendarbeit“

(ders., 9) hin zu einer Ausweitung im Sinne einer Gemeinwesenarbeit, wobei er die Balance zwischen den verschiedenen Anteilen als Charakteristikum der ostdeutschen Arbeitsverständnisse betrachtet. Eine weitere Entwicklung identifiziert Böhnisch auch in der Gruppe der Adressat*innen und ihrem Gewaltverhalten bzw. den Potenzialen der Gewaltreduktion durch die (sozial) pädagogische Arbeit: Die Ausweitung sozialräumlicher Ansätze beschreibt er dabei auch als Reaktion auf eine wachsende Diversität und Uneindeutigkeit in den jugendlichen Gruppenzusammenhängen. Gewalt entwickle sich dabei „[v]on der politisch motivierten (exemplarisch ausländerfeindlichen) Gewalt hin zu Jugendkulturellem Gewalthandeln“ (in dem es vor allem um Selbstdarstellung, Cliquenstatus etc. geht)“ (ders., 12). Als zusätzlicher Faktor in der praktischen Ausrichtung der Projekte wird nicht zuletzt der öffentliche und politische Erwartungsdruck gegenüber dem Programm beschrieben. Dieser „drängte die Projekte in eine bestimmte Handlungsrichtung“ und „suggerierte [...] eine Orientierung hin zu jugendlichen Skinheads bzw. rechtsorientierten gewaltbereiten Jugendlichen“ (Böhme et al. 1995, 7), ohne diese tatsächlich als Zielgruppe zu benennen. Die Diskrepanz zwischen diffusem Erwartungsdruck und der Lage vor Ort, wo die beschriebenen Jugendlichen teils nicht anzutreffen oder zu erreichen waren, verstärkte bestehende Verunsicherungen:

„Somit erwachsen Unsicherheiten in den Teams, welchen Weg sie gehen sollten. Eine fehlende fachliche Begleitung zwang uns dazu, ein eigenes Rollenverständnis zu entwickeln und unsere Projekte ausgehend von einem Grundgerüst doch sehr individuell am Standort auszurichten. Stark geprägt

war diese Entwicklung durch die einzelnen Persönlichkeiten in den Teams und somit durch jeweilige persönliche Rollenverständnisse“ (dies.).²⁹

Die unbearbeiteten Fragen nach dem eigenen Rollenverständnis prägten auch den Kontakt mit den Jugendlichen. Während der Kontaktaufbau zu Beginn gemeinhin als zögerlich wahrgenommen wurde, kommt es im Verlauf der Projekte vereinzelt zur Überidentifikation: So stellt das Projekt für einige Mitarbeitenden den „Hauptlebensinhalt“ (dies., 8) dar oder Streetworker*innen werden als Teil der Clique beschrieben, deren „Regulativ“ (dies., 7) sie darzustellen versuchen (dies., 6–13). Böhnisch (1995) stellt diesbezüglich eine „Lernerfahrung“ innerhalb der Projektlaufzeit fest, die das eigene Berufsbild einer aktivierenden und vermittelnden ostdeutschen Jugendarbeit formt. Daraus resultiere ein gemeinsam gewachsenes ostdeutsches

Profil der „offenen Jugendhilfe“ (ders., 14), das über bekannte Formate hinaus mit Einzelfallhilfen oder Gruppenarbeit auf die Bedürfnisse vor Ort eingehe und den Projekten teils sogar eine Rolle als „jugendpolitische Aushängeschilder“ (ders., 13) beschere. Empfohlen wird davon ausgehend eine umfassendere Evaluation der Projekte, die jedoch offenbar nicht stattgefunden hat.

Neben der übergreifenden Bewertung durch Böhnisch bestehen zu einzelnen Projekten detailliertere Befunde. So greift Klose (1995) Aspekte der Projekte in Zwickau und Leipzig auf, die er zur Endphase des Programms begleitete. Zum Projekt in Weißwasser sind engmaschigere Befunde im Rahmen einer Projektbiographie durch die FH Zittau/Görlitz entstanden (vgl. Thiele 1995). Diese greift nicht nur auf Sozialraumdaten zurück, sondern bildet über ethnographische Elemente, Expert*inneninterviews



und standardisierte Interviews mit den Jugendlichen zum Beispiel Informationen zur Adressierung der Klientel oder zur Entwicklung des Angebotes ab. Die Projektziele definiert Thiele in Sozialisationsstufen, in denen die Jugendlichen zunächst über Streetwork in den Club geholt werden, dort in dessen Auf- und Ausbau eingebunden werden und Verantwortung lernen (zum Teil über die Vergabe von ABM-Stellen im Club), um nicht zuletzt über diese Erfahrungen ihre Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt zu erhöhen (dies., 45, 50). Bezogen auf diese Ziele beurteilt Thiele die „hohe Identifikation mit dem Jugendclub, die Länge der Verbleibdauer, die Homogenität der Jugendlichen und auch das durchschnittliche Alter (...)“ (dies., 49) als großen Erfolg des Projektes.

Neben der Dokumentation durch den Träger deckt auch der AgAG-Informationsdienst in einer Ausgabe Informationen zu den Landesprogrammen ab, wählt aber für die exemplarische Darstellung eines Modellprojektes ein solches aus, das mit „linken“ Jugendlichen arbeitet. Dafür zeichnet die Ausgabe für das Gesamtbild der Projekte die Planungen zum Übergang in die Regelförderung nach, die im Landesprogramm – auch aufgrund der gemeinsamen Koordination durch die AGJF Sachsen – deutlich geordneter ablief: Zum Ende der Programmlaufzeit war der Fortbestand aller Projekte gesichert (IFFJ 1996a).

Subjektive Praxisrekonstruktionen

Leerstellen und Möglichkeitsbedingungen

Deutlicher noch als die Materialien stellen die Interviews heraus, dass die konzeptionellen Bestimmungen auf Programm- und Steuerungsebenen die

Praktiker*innen zunächst kaum erreichten. So hatte etwa Petra „keinen konzeptionellen Rahmen in dem Sinne“ mit auf den Weg bekommen, der über die Formel „gegen Aggression und Gewalt“ hinausging. Ähnlich hatte auch Stefan „so richtig eigentlich damals nicht“ über ein greifbares Konzept verfügt, nachdem das Jugendamt die Ausgestaltung der Arbeit mit den Cliques komplett an ihn übertragen hatte. Und selbst dort, wo relativ frühzeitig verschriftlichte Konzepte vorlagen, besaßen diese häufig wenig pädagogische Substanz, eher kamen sie einer Tätigkeitsbeschreibung gleich. Rückblickend bezeichnet Thomas das damals Festgehaltene als „niedlich“: „Also, wo eben drinne stand, wir machen Streetwork, wir machen Einzelfallförderung und dann mal so eine Begriffserklärung zu Streetwork. Und dann eher so beschrieben, mit welchem Ziel eigentlich dieser Cliques-Treff gemacht wurde und und und.“ Auch für Birgits Einrichtung war lediglich festgehalten worden, „genau nur diesen kontrollierten Raum zu geben“. Instruktives etwa zur Bearbeitung rechter Haltungen oder für demokratische Bildungsprozesse war nicht enthalten. Auch von etwaigen Veränderungen im Verlauf der Programme ist nicht die Rede.

Zugleich ähnelten sich die Ausgangslagen stark. Manche Fachkräfte verfügten zwar über eine pädagogische Ausbildung, eine explizite Qualifikation als Sozialpädagog*in besaß aber so gut wie keine*r. Viele kamen auch aus völlig anderen Berufsfeldern. Entsprechend waren in den meist gerade erst gegründeten Teams die fachlichen „Kenntnisse [...] vom kleinen Mitarbeiter bis hin in die obersten Ebenen [...] wenig ausgeprägt“ (Jessica) und praktische Erfahrungen quasi nicht vorhanden. Auf die Heraus-

forderungen vorbereitet war eigentlich niemand: „wir sind ja wirklich da reingeschubst worden, also ohne viel zu wissen, was uns da erwartet. Oder was auch von uns erwartet wird“ (Petra), „völlig blauäugig“ und mit „keine[r] Ahnung, wie man Sozialarbeit macht“ (Stefan).

Die tatsächlichen Gestaltungsspielräume ergaben sich dabei weniger aus vorgegebenen Konzepten, sondern aus der allgemeinen Umbruchssituation und der Neukonstituierung des Arbeitsfeldes. Dies betraf zum einen die finanzielle Ausstattung, die „unglaublich“ (Thomas) war. Zum anderen war von Programm- bzw. Trägerseite autonomes Handeln explizit erwünscht und wurde gefördert. Petra etwa bilanziert, dass ihr Team sich unter AgAG selbstbestimmt „entwickeln [konnte], hatten aber auch die Möglichkeit, uns eben dieser Struktur zu bedienen“. Ebenso war auf kommunaler Ebene an entscheidenden Stellen oftmals Unterstützungswille vorhanden, teils aus einer fundierten Problemwahrnehmung heraus, teils aus Überforderung und nicht selten von dem Wunsch getragen, dass endlich wieder Ruhe einkehren möge.

Experimenteller Aufbruch und fachliche Fundierung

Dergestalt fanden die Fachkräfte ein „riesen Experimentierfeld“ (Jessica) vor. Und hinzukam: Sie waren hochmotiviert. Trotz eigener Unsicherheiten wurde mit „viel Herzblut“ (Stefan), „Bock drauf“ (Jessica) und „einem enormen Enthusiasmus“ (Thomas) ins Handlungsfeld getreten, teils beflügelt von dem Gedanken „zu dem Zeitpunkt noch, wir müssen die Welt retten“ (Petra). Auf dieser Grundlage betrieben die Fachkräfte einen experimentellen Aufbruch, der sich durch ein hohes Maß an Freiheit, wenig Regulierung, viel Engagement und eine (zu-

nächst) starke Entgrenzung der Tätigkeiten auszeichnete. Gerade zu Beginn wurde „unfassbar viel aus dem Bauch raus gemacht“, improvisiert und sich nach dem Prinzip von „Versuch und Irrtum [...] vorgetastet“ (Petra). Als ein umfassendes „Learning by doing“ waren Ausprobieren, Erfahrungsverarbeitung und Wissenserwerb eng aufeinander bezogen. In diesem Sinne spricht bspw. Jessica von einem Prozess sukzessiver Aneignung, der ungeheuer dicht war und in direkter Praxis erfolgte: „Zeitrafferlernen. Lernen am Objekt.“

Zugleich fanden diese Bildungsprozesse nicht im luftleeren Raum statt, sondern waren fachlich eingebettet. Gerade die Rahmung durch das Landes- bzw. Bundesprogramm konnte hier Tragkraft entwickeln. In der Erinnerung der Fachkräfte bilden sich die Unterschiede zwischen den Programmen kaum ab. Vier Leistungen werden wiederkehrend erwähnt: Erstens wird von „monatlich Fortbildung“ (Thomas) berichtet, bei der „in ziemlich großer Menge Wissen und Konzeptionelles eingetrichtert“ (Petra) wurde. Zweitens ist die Rede von standortübergreifenden Foren, die einen Erfahrungsaustausch mit Kolleg*innen „in ähnlichen Situationen“ (Jessica) ermöglichten. Drittens wird ein Wissens- und Erfahrungstransfer durch Ost-West-Kooperationen – „wir waren dort, die waren hier“ (Petra) – benannt. Und viertens werden wissenschaftliche „Begleitung von der Fachhochschule“ (Thomas) und externe „Praxisberatungen“ (Petra) im Lokalraum angeführt.

Während außerhalb der Programme die fachliche Weiterentwicklung mancherorts stagnierte (Birgit) oder lediglich autodidaktisch erfolgte (Knut), beförderte innerhalb gerade die Verbindung aus

praktischem Experiment und fachlicher Rahmung eine allmähliche „Professionalisierung“ (Petra). Jessica beschreibt dies als einen gelenkten Findungsprozess, der sich auf „AgAG und diese Beratung“ stützte und sich an den „Strukturen, die halt aus Westdeutschland bekannt gewesen sind“, orientierte. Hatte für sie die Arbeit mit den Jugendlichen zunächst „zumindest gefühlt“ in einem „rechtsfreie[n] Raum“ stattgefunden, wurde das eigene Handeln allmählich „strukturiert[er]“ und „planmäßig [...]“. Dass man sich mal überlegt, was will ich denn überhaupt erreichen mit den Sachen, die ich mache?“. Bald ging das Team dazu über, dezidierte Konzepte für seine Projekte und auch übergreifende Strategien zu entwickeln, deren Elemente aufeinander abgestimmt waren: „Gruppenarbeit, Gemeinwesenarbeit, Einzelfallhilfe [...]: Was macht wo konkret Sinn? Wir haben Feldanalysen gemacht, regelmäßig, um zu gucken: Wie entwickelt sich was in welchem Stadtteil [...]?“

Wird nun nach den konkreten Wegmarken und Entwicklungspfaden bei der Ausgestaltung der Jugendarbeit gefragt, treten in fallübergreifender Perspektive besonders zwei Punkte hervor, die im zeithistorischen Fachkontext relevant waren und den Fachkräften als wichtige, in gewisser Weise selbstproduzierte konzeptionelle Leitplanken dienten. Zum einen war dies eine frühzeitige Verräumlichung der Arbeit mit den Adressat*innen und zum anderen die kontinuierliche Bezugnahme auf und Auseinandersetzung mit „akzeptierender Jugendarbeit“ als eigener Ansatz.

Jugendclubs und Cliquentreffs als Zugriffspunkte

Die Bereitstellung und Schaffung eigener Räumlichkeiten für die rechten Cliquen

war vielerorts einer der ersten Schritte, den die Fachkräfte vollzogen, womit sie den Erwartungen der Programmebene folgten, wie sie zumindest im AgAG existierten. In der Folge avancierten die so entstandenen Jugendclubs und Cliquentreffs oftmals zu einem Dreh- und Angelpunkt sowohl für die Jugendlichen wie auch für die sie begleitende Praxis.

Die Vorgehensweise griff zum einen ein unter jungen Menschen und damit auch in den Cliquen weit verbreitetes Bedürfnis auf: In Folge der gesellschaftlichen Umbrüche gab es nicht mehr „so viel Punkte, wo sie Freizeit [...] hätten verbringen können“ (Thomas), und der „Ruf nach einem Raum“ (Stefan) war allgegenwärtig. Zum anderen war es der fachliche Gesamttrend, an dem die Praktiker*innen sich orientierten: „Machen wir jetzt einen Jugendtreff für rechte Jugendliche, ne? [...] Okay, wir versuchen es. Ist ja überall so gewesen, ne? Dass da solche Wege gegangen sind.“ (Stefan) Mitunter erschien der Schritt, die Cliquen so aus dem öffentlichen Raum zu nehmen, auch attraktiv, um kommunalen Erwartungshaltungen nach „Befriedung“ zu entsprechen. Vor allem aber wurde die Verräumlichung als sinnvoll, wenn nicht gar notwendig erachtet, um in der „Beziehungsarbeit weiterzukommen. Also mit denen gut in Kontakt, ins Gespräch zu kommen, dort auch dann tatsächlich Projekte machen zu können“ (Petra).

In diesem Sinne waren die Cliquentreffs vor allem eins: ein „Mittel zum Zweck“ (Petra) für Weitergehendes. Tatsächlich entspannen sich über die Räumlichkeiten besonders dichte Interaktionsverhältnisse. Die Interviews dokumentieren aber auch, wie ressourcenintensiv dies war und die Fachkräfte nahezu vollstän-

dig in Beschlag nahm. Stefan bspw. war „die ersten zwei, drei Jahre“ nahezu ausschließlich mit der Clubarbeit beschäftigt. Andere (angedachte) Schwerpunkte, etwa die Arbeit auch mit weiteren Adressat*innen, mussten hintengestellt werden: „Also, wir waren zu zweit und waren eigentlich ja schon mit der einen Zielgruppe überfordert. Wir hätten schlicht auch gar nichts anderes machen können.“

Ebenso zeigt sich eindrucksvoll, wie belastend gerade auch das raumgebundene Arbeiten mit den Cliques war und oftmals in mehrfacher Hinsicht zu einer anhaltenden Gratwanderung geriet: Wie mit der neonazistischen und rassistischen Performance der Jugendlichen umgehen, sofern sie innerhalb der eigenen Räumlichkeiten zur Schau gestellt wurde? Wie der Gewaltakzeptanz der Adressat*innen begegnen, etwa wenn der Treff als Ausgangspunkt für „Streifzüge“ genutzt wurde oder sich Drohungen gegen die Fachkräfte selbst richteten? Wo und wie ließ sich überhaupt sinnvoll weitermachen – gab es (noch) Differenzierungsmöglichkeiten oder müsste (eigentlich) ein Schlussstrich gezogen werden? Die von Seiten des AgAG zeitlich nachgelagert aufgestellten Regelungen (vgl. 6.1) werden dabei in keinem der Interviews explizit erwähnt. Gleichwohl werden aufreibende Lernprozesse beschrieben, die auf die Entwicklung ähnlicher Kriterien hinausliefen.

Akzeptanz als kontroverse Chiffre

Das eigene Handeln unter dem Gesichtspunkt einer akzeptierenden Arbeitsweise zu betrachten, war für Interviewten quasi von Beginn an weitgehend selbstverständlich. Dem Team von Jessica hatte sich der Ansatz über

die AgAG-Beratung vermittelt, was noch einmal deutlich macht, welche Bedeutung die Fachberater*innen in der Vermittlung von Ansätzen und Perspektiven besaßen. Aber auch Stefan, der lediglich an der Qualifizierungsreihe des AgAG teilnahm, galt der akzeptierende Ansatz schon bald als „das Konzept darüber“. Ähnliches zeigt sich auf für die Beteiligung am Landesprogramm, obwohl dieses sich nicht explizit auf Ansätze akzeptierenden Arbeitens berief. Für Petra war die Programmzugehörigkeit gleichbedeutend damit, dass ihre Arbeit „unter dem Label“ lief, und auch Thomas erinnert hier eine Art „Schnellbesohlung“. Zugleich verweist er darauf, dass Akzeptanz ja sowieso „in aller Munde“ gewesen sei. Entsprechend waren Bezugnahmen auch gänzlich außerhalb der Programme gegeben. So lässt etwa Knut mit Entschiedenheit verlautbaren: „Ja, auf jeden Fall. [...] „Da war dieser berühmte Professor aus Bremen, Frag-mich-nicht.“ In der Gesamtschau entsteht dabei der Eindruck, dass die Selbstbefassung und -verortung als „akzeptierende Jugendarbeit“ zunächst vor allem als Chiffre diente, um die auftragsgemäße Arbeit mit rechten Jugendlichen kenntlich zu machen und ihr eine ungefähre Richtung zu geben. Im weiteren Verlauf war dies aber in keinem der vorliegenden Fälle mit einer systematischen Adaption des Ansatzes verbunden. Gleichwohl wird ersichtlich, wie sich das, was „Akzeptanz“ bedeuten konnte oder sollte, vielerorts allmählich präziserte. Ausschlaggebend hierfür waren die fachlichen und politischen Auseinandersetzungen, die die Etablierung der Jugendarbeit begleitet hatten.

Wichtige Foren für die *Fachdebatte* waren vor allem die großen „Streetwor-

ker-Treffen hier im Osten“ (Knut) und die praxisbegleitenden Qualifizierungsmaßnahmen. Unterschiedliche Positionen trafen hier durchaus kontrovers aufeinander, gleichzeitig fanden aber auch instruktive Verständigungsprozesse darüber statt, wie eine falsch verstandene Akzeptanz aus dem Ruder laufen konnte. Gegenstand der Betrachtung waren bspw. Szenarien, in denen im Ergebnis extrem rechte Erlebniswelten gefördert worden waren oder es zu einer kompletten Übernahme von Jugendclubs durch rechte Klientel gekommen war. Anlässe gab es offenkundig mehr als genug und konnten von den Interviewten in ihren erweiterten Umfeldern auch selbst beobachtet werden.

Ebenso war eine vor allem von links vorgetragene *politische Kritik* allseitig präsent. Sofern die Fachkräfte teils auch persönlich adressiert worden waren, nahmen sie die Vorhaltungen häufig als stark emotional aufgeladen und unsachlich wahr, offenkundig auch, weil die Kritik grundsätzlich ausfiel und sich einer sozialpädagogischen Perspektive verschloss. Nicht selten erlebten sie dies als zermürend und sahen sich in die Defensive gedrängt. Wiederkehrend werden aber auch produktive Prozesse erkennbar, die daraus resultierten, sich der Herausforderung „aktiv“ anzunehmen und den Druck in eine eigene Entwicklungsperspektive „umzumünzen“ (Jessica). So weiß etwa Petra davon zu berichten, wie der massive „Zorn der



Antifa“ zumindest teamintern „die Diskussionen [...] „sehr befeuert“ hatte und dadurch zu einem regelrechten „Motor“ geworden war, „uns eben tatsächlich auch konzeptionell gut weiterzuentwickeln“ in Richtung auf „mögliche pädagogische Ansätze, die man auch wirklich vertreten kann mit einem guten Gewissen“.

Grenzen kritischer Zugewandtheit

Die Gleichzeitigkeit und das Überlappen von fachlichem Austausch, tatsächlich fehllaufender Praxis und politischer Kritik verhalfen den Fachkräften dazu, ihr Verständnis davon weiterzuentwickeln, wie und unter welchen Bedingungen mit rechten Jugendlichen gearbeitet werden kann. Im Ergebnis übersetzten sie das, was sie unter Akzeptanz verstanden, in eine Reihe handlungsleitender Prinzipien.

Zunächst einmal bedurfte es einer genaueren Vorstellung, wie sich den Adressat*innen anzunähern und sich ihrer anzunehmen sei. Die breit geteilte Grundüberlegung bestand darin zu sagen: „Akzeptierende Jugendarbeit heißt ja, ich akzeptiere den Menschen so, wie er ist und auch so mit seinen Fehlern. Aber ich akzeptiere gewisse Haltungen nicht.“ (Knut) Ausgehend von der Unterscheidung zwischen Mensch und Haltung und Mittels der Verschnittstellung von Wertschätzung und Ablehnung brachten die Fachkräfte damit einen Modus kritischer Zugewandtheit in Stellung, in dem sie die Beziehungen zu den Jugendlichen ausgestalteten.

Hinzu kamen Kriterien, die abstecken sollten, was innerhalb der „Akzeptanzbereiche“ lag und wo die „Notbremse“ gezogen werden musste. So war etwa



für Jessica immer dann Schluss, „wenn es die Grenzen der Verletzbarkeit von Recht, Gesetz, Menschenwürde, aber auch Gesundheit überschritten hat“. Allseitig bestand zudem Einvernehmen, dass das „Ende der Fahnenstange“ (Jessica) immer dann erreicht war, wenn „wirklich Ideologie und Überzeugung“ (Petra) oder „eine organisierte Sache dahinter“ stand – „dann steigen wir aus“ (Stefan), denn dann hat Soziale Arbeit „keine Chance“ (Thomas) mehr.

Das bedeutete im Umkehrschluss auf jene Jugendlichen zu fokussieren, die sich „aus sozialen Situationen heraus“ den Cliques „angeschlossen“ hatten und „praktisch mitgelaufen“ (Petra) waren. Dies erschien gut vertretbar und nicht zuletzt galt eine erfolgreiche Intervention als wahrscheinlicher: „wo man schon das Gefühl hat, wenn die wieder Boden unter die Füße bekommen und soziale Stabilität und so bekommen, dass die tatsächlich auch wieder sozusagen in die Mitte der Gesellschaft zurückfinden.“ (ebd.) – Die Konsequenz war erneute Unschärfe, denn ausgehend von der Adressat*innenanalyse der Fachkräfte galt dies für fast alle Cliquesangehörigen.

Resultate und Wirkungseinschätzungen

Formulierungen auf Programmebene

In den offiziellen Programmresümees werden Schwierigkeiten der Programmumsetzung, daneben vor allem aber die positiven Wirkungen dargestellt. Dies gilt vor allem für das AgAG, in dessen Rahmen wie erwähnt auch eine größere Zahl an Berichten entstanden ist. Die Konzentration auf Erfolge kann auch nicht erstaunen, denn die Verantwortlichen standen durchweg unter einem erheblichen Legitimationsdruck. Zumal sind of-

fizielle Berichte grundsätzlich nicht darauf ausgelegt, eigenes Scheitern in den Vordergrund zu stellen (soweit es sich nicht als „produktiv“ darstellen lässt).

Hervorgehoben werden zuallererst **strukturbildende Effekte**, wenngleich das Urteil hier gemischt ausfällt: Die Befunde reichen von der Einschätzung gelungener Strukturbildungseffekte in den Programmregionen (BMFSFJ 1994, ISS/IFFJ 1994, 4) bis hin zu der Einschätzung, dass im Wesentlichen an westlichen Vorbildern orientierte Strukturen aufgebaut worden seien, in denen die spezifischen Rahmenbedingungen eher ausgeblendet wurden (Böhnisch/Löhr 1994, 14). Einstimmigkeit besteht darüber, dass eine erfolgreiche Verzahnung der verschiedenen Ebenen vor allem davon abhängig war, ob vor Ort hinreichend differenzierte Jugendhilfeangebote vorhanden waren und ob zwischen ihnen ein hoher Grad an Vernetzung und Akzeptanz erreicht wurde (ISS/IFFJ 1994, 4). Strukturbildungseffekte, so der Befund, sind also nicht einfach mit dem AgAG in Verbindung zu bringen, sondern ergaben sich aus dem Zusammenspiel verschiedener Faktoren und Bemühungen.

Genannt werden als zweites **fachlich-konzeptionelle Effekte**. So heben Fuchs/Kreft/Löhr (1997) mit Blick auf das AgAG vor allem die Form der Angebote hervor und sprechen im Gesamten von einem (neuen) Ansatz der „integrierten Jugendarbeit“. Konkret verstehen sie darunter die Verknüpfung unterschiedlicher Angebote über die einzelnen Methoden und Arbeitsfelder nach KJHG hinweg (Jugendarbeit, Sozialarbeit, Kulturarbeit). Sie stünden, so weiter, für eine „neue Logik der Intervention“ (dies., 23), deren Kern jedoch nicht näher erläutert wird.

Als drittes werden **profession(alisierungs)bezogene Effekte** angeführt. Hier werden vor allem die mit dem AgAG erzielten Qualifizierungseffekte hervorgehoben. Allerdings fällt dieser Befund ebenfalls gemischt aus. Im Zwischenbericht (ISS/IFFJ 1994) wird festgestellt, dass eine starke Beteiligung an Fortbildungsangeboten zu verzeichnen war (die durch 75% der in den AgAG-Projekten Tätigen wahrgenommen wurden). Angebote zur berufsbegleitenden Qualifizierung wurden jedoch nur von 10% der Fachkräfte genutzt. Dies erklärt sich nach Einschätzung der Autor*innen weniger aus mangelnder Bereitschaft als aus fehlenden Voraussetzungen und schlechten Rahmenbedingungen (dies., 3). Positiver (aber auch allgemeiner) heißt es in späteren Veröffentlichungen, dass sich im und durch das AgAG viele Mitarbeiter*innen (nebenberuflich) weiter- oder grundqualifiziert haben (Bohn 1997). Fundierter fällt dieser Befund in den Resümees des Landesprogramms aus, in denen ausdrücklich auf die entstandenen Strukturen der beruflichen Qualifizierung eingegangen wird, die im Rahmen des Programms entstanden sind.

Als viertes ist in den Resümees des AgAG von **adressatenbezogenen Effekten** die Rede. Erwähnt wird etwa, dass die jeweils adressierten Jugendlichen erreichbar waren und die Projekte insgesamt positiv bewerteten (Böhnisch 1994, 15f.). Hervorgehoben werden von Böhnisch auch milieubildende und cliquenstabilisierende Effekte der Projekte. Nicht ausgeführt wird hingegen, inwieweit es sich dabei – gerade mit Blick auf rechte Gruppen und Szenen – tatsächlich per se um positive Effekte handelt, da Ansprechbarkeit und positive Bewertung durch die Adressat*innen zunächst we-

nig über haltungsbezogene Effekte aussagen. Betrachtet man die im Programm vorherrschenden Problembeschreibungen, ist es kaum verwunderlich, dass sich über etwaige einstellungsbezogene Veränderungen, die mit der Praxis der Projekte in Verbindung stehen, keine genaueren Informationen finden. Vielmehr wird sich auf (angebliche) Ausgangsprämissen zurückgezogen, nach denen es im AgAG nicht um die Auseinandersetzung mit politischen Orientierungen und politisch motivierten Ereignissen ging. In diesem Sinne erscheint es gerade als Erfolg des AgAG, wenn politische Aspekte in den Hintergrund treten, politische Einstellungen de-thematisiert und auf genau diese Weise eine „Entstigmatisierung“ der Jugendlichen erreicht wird. Auf dieser Linie konstatiert etwa Bohn (1997), dass die Projekte vielfach erfolgreich gearbeitet haben, weil es gelungen sei, eine Ausdifferenzierung von Jugend-Szenen zu erreichen, die über das Links-Rechts-Schema hinausweist.

Starke Betonung erfahren hingegen **Befriedungseffekte**, die direkt mit AgAG-Projekten in Verbindung gebracht werden und sich sowohl auf die Adressat*innen als auch die sozialräumlichen Kontexte beziehen. Allerdings fallen auch diese Befunde keinesfalls eindeutig aus, allein schon, weil eine Differenzierung verschiedener Gewaltrichtungen und -urheberschaften nicht vorgenommen wird. Es lassen sich letztlich auch keine (Kausal-)Verbindungen zwischen dem Wirken der Projekte und einem etwaigen Gewalt-Rückgang herstellen. Im Zwischenbericht (ISS/IFFJ 1994) – der in etwa die Situation bis Ende 1993 in den Blick nimmt – wird nachvollziehbarerweise noch nicht von einer Abnahme der Gewalt gesprochen. Allerdings wird davon berichtet, dass

Konflikte mit der Polizei sowie Gewalt im direkten Umfeld der Projekte abgenommen haben. Inwiefern es sich um Effekte der Projektarbeit handelt und wie sich diese Effekte zur fortgesetzt massiven rassistischen Gewalt verhalten, wird nicht ausgeführt. Ähnlich interpretationsoffen bleiben Zahlen aus dem Jahr 1995, die im Abschlussbericht Erwähnung finden (Fuchs/Kreft/Löhr 1997). Demnach berichten 45% der Projektmitarbeiter*innen, dass die Beteiligung der Jugendlichen an Gewalt zurückgegangen ist (55% aber eben auch nicht). Schließlich bieten auch die Abschlussbetrachtungen an diesem Punkt kein vertiefendes Bild. Zwar wird ein Rückgang von Gewalt an allen Standorten konstatiert (Bohn 1997). Die Entschärfung der Situation wurde demnach oft dadurch erreicht, „dass den rivalisierenden Jugendgruppen – zunächst meist in rechte und linke Lager gespalten – jeweils eigene Räume zur Verfügung gestellt wurden“ (Bohn/Münchmeier 1997, 115). Allerdings bleibt gleichzeitig unerwähnt, dass sich rechte Gewalt ab 1995 auf einem im Vergleich zum Zeitraum 1991 bis 1994 niedrigeren Niveau einpendelte (das allerdings immer noch knapp dreimal so hoch ausfiel wie 1990), was sich in der Fläche kaum aus dem Wirken der AgAG-Projekte erklären lässt. Vielleicht auch deshalb wird neben Pazifizierung noch ein weiterer Verdienst hervorgehoben: das AgAG habe den Nachweis erbracht, dass man mit (diesen) gewaltorientierten Zielgruppen pädagogisch arbeiten kann: „Dieser Umstand sollte gewürdigt werden, denn die westliche Jugendarbeit hat sich diesem Problem zunächst häufig verweigert“ (Bohn 1997, 68). Es stellt sich allerdings die Frage, ob damit der (Erfahrungs-)Stand der westlichen Jugendarbeit adäquat wiedergegeben

ist. Genauso bleibt unbeantwortet, welcher Art das „umfangreiche“ Wissen“ (dies.) war, dass im Zuge des AgAG im Rahmen der Gewaltprävention entstanden ist und wie dieses schließlich in spätere Konzepte eingeflossen ist.

Ähnliche Resümees zu Effekten finden sich in den Materialien des Landesprogramms nicht.

Praxisbefunde aus den Programmen

Das von Seiten der Praxis gezeichnete Bild ist einerseits lückenhafter. Andererseits illustriert es sehr viel genauer, mit welchem Herausforderungen Praxis konfrontiert war und in welchen Größenordnungen realistischer Weise zu denken ist, wenn es um Wirkungen sozialarbeiterischer Praxis geht.

Insgesamt dominieren Darstellungen, die sich stark auf *strukturfördernde und vernetzende Effekte* konzentrieren, während über andere Effekte kaum Verwertbares berichtet wird (etwa IFFJ 1996b). Dichteres Material zu Sachsen liefert die Evaluation von neun der 13 sächsischen AgAG-Projekte in der Fortführungsphase (Scheu/Autrata 1996, 1997). Die Projekte werden hier unter Verweis auf die schwierigen Rahmenbedingungen insgesamt als „recht erfolgreich“ bewertet (Scheu/Otrata 1997, 27), ohne allerdings zu erläutern, was unter „Erfolg“ zu verstehen ist. Festgestellt wird, dass ein Mangel an formaler Qualifikation und Professionalität dazu geführt habe, dass in den Projekten vielfach die Gestaltung der Beziehungsebene zu den Adressat*innen im Vordergrund stand. Weil „die empathische Beziehung zu ihrer Klientel und das fast schon absolute Verstehen des jeweiligen Handelns“ (dies., 28) eine so starke

Rolle spielten, waren auf der anderen Seite Momente professioneller Distanz oft nur schwer zu erreichen.

Verschiedentlich wird in diesem Zusammenhang eine Festigung des Vertrauensverhältnisses festgestellt und als positiver Outcome vermerkt. In einer Gesamtbewertung im AgAG Informationsdienst wird dieser Beziehungsaufbau zwischen Jugendlichen und Mitarbeitenden sogar als „eine der großen Stärken des AgAG in Sachsen“ (IFFJ 1996b, 72) identifiziert, die sich im Kontext ganzheitlicher Arbeit gewaltreduzierend ausgewirkt habe. Dieses Bild findet sich bei der Betrachtung einzelner Projekte bzw. ihrer Bewertung durch die Fachkräfte allerdings nicht wieder. So berichtet beispielsweise das Team des Fanprojekts Leipzig von erheblichen Zugangsproblemen zur lokalen Hooligan-Szene, die „gewaltreduzierende Intervention“ (Scheu/Autrata 1996, 32) kaum zulässt. Eine andere Einschätzung zur Wirkung vertritt auch Glaß (2002), der am Beispiel des Projektes Mobile Jugendarbeit in Hoyerswerda weder verhaltens- noch einstellungsbezogene Veränderungen bei den Jugendlichen feststellt.

Andere verdichtete Befunde finden sich in Projektdokumentationen der Mitarbeitenden selbst. Allerdings liegen diese nur in Einzelfällen vor. Einen Sonderfall bildet in diesem Bereich die Mobile Jugendarbeit in Plauen, zu der sowohl die Sozialraumanalyse vorliegt (Diakonisches Werk 1992), als auch ein Jahresabschlussbericht aus dem Jahr 1993 (Jugendring Plauen 1993). Letzterer umfasst die kompakte Nachzeichnung des Projektjahres in seinen Facetten von der Entstehungssituation über Finanz-, Personal- und Raumfragen bis hin zur

pädagogischen Arbeit. Die Hauptaufgabe Mobiles Jugendarbeit wird darin beschrieben, „die Ausgrenzung und Stigmatisierung von jungen Menschen zu verhindern oder sie zu verringern“ (dies., 5). Inwiefern diesem Vorhaben zum Ende der Programmlaufzeit nachgekommen werden konnte, bleibt offen.

Die Dokumentation des Landesprogramms fällt dichter aus als die des Bundesprogramms. Neben einem ausführlichen Zwischenbericht (AGJF o.J.), in dem die einzelnen Projekte im ersten Jahr abgebildet werden, gibt es eine mehrteilige Abschlussdokumentation (AGJF 1995). In dieser werden Beiträge von Projektkoordination und Fachkräften zusammengeführt und durch einzelne wissenschaftliche Befunde ergänzt. Dabei entsteht eine mehrperspektivische, in Teilen recht selbstkritische Betrachtung der Bemühungen im Landesprogramm, die durch den alleinigen Fokus auf den Freistaat Sachsen feinmaschiger ausfällt als im Fall des AgAG. Während die Reflexion der Koordinierungsstelle (Gerstenberger/Pröhl 1995) den Finanzierungsrahmen sowie Probleme in der Qualifizierung und der fachlichen und wissenschaftlichen Begleitung projektübergreifend thematisiert, fließen in die Ausführungen der Mitarbeitenden (Böhme et al. 1995) konkrete Erfahrungsberichte, Praxisbeispiele und O-Töne ein. Konzeptionell wird die Übertragbarkeit von Strukturen der alten auf die neuen Bundesländer als Spannungsfeld wahrgenommen (dies., 6). Hinzu kommt der Hinweis, dass dem „Erwartungsdruck“ zur Arbeit mit „jugendlichen Skinheads bzw. rechtsorientierten gewaltbereiten Jugendlichen“ (dies., 7) nach Angaben der Fachkräfte lediglich und auch hier nur bedingt in Leipzig, Zwickau und Weißwasser entsprochen werden. In den an-

deren Fällen ist von einschlägigen Äußerungen die Rede, aber die Jugendlichen werden nicht als Rechte eingeordnet.

Subjektive Praxisrekonstruktionen

Strukturentwicklung und Professionalisierung

Diejenigen interviewten Fachkräfte, die in die Umsetzung von AgAG bzw. „Jugend und Gewalt“ involviert gewesen waren, bewerten die Programme rückblickend als die entscheidende Ermöglichungs- und Entwicklungsbedingung für die Etablierung des Handlungs- und Arbeitsfeldes im Bundesland. Voll des Lobes stellen sie die Förderung der eigenen Fachlichkeit und den Aufbau der (Mobilen) Jugendarbeit insgesamt als die zentralen Leistungen heraus.

Nachdem „diese Struktur des Arbeitens erstmal geschaffen“ waren, „mit diesen Weiterbildungen, mit der Kohle, mit den rechtlichen Sachen, Verträgen und so weiter“ (Petra), hatten die Programme „einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, dass sich das Ganze auch professionalisiert hat“ (Thomas). Jessica erlebte dies als „wirklich so angelegt und strukturell so gelenkt, dass man wirklich dort auch gespürt hat, man kann was bewegen mit bestimmten Strategien, mit bestimmten Konzepten und [...] einer bestimmten Qualifikation“. Ebenso entstanden neue übergeordnete Instanzen, die durch die chaotischen „Gründerjahre“ führten und die Fachlandschaft nachhaltig stabilisierten – mit der Etablierung vom „Landesarbeitskreis“ [gemeint ist vermutlich der LAK Mobile] so Stefan, „wurde die Jugendarbeit gegründet in Sachsen“.

Als Folgeproblem wurde hingegen wiederkehrend die Verstetigung der eige-

nen Arbeit wahrgenommen – AgAG war zwar „groß angeschoben“ (Jessica) worden, aber eben nur befristet. Die „Lösung“ bestand für die Fachkräfte vielfach darin, „in die Selbstständigkeit zu gehen“, eigene Trägervereine zu gründen und darüber „Fuß zu fassen in der kommunalen Jugendhilfe“ (Petra). Für manche blieb es dabei schwierig, eine dauerhafte und verlässliche Finanzierung zu finden: „Dass man immer mal so alle paar Jahre in so einer Endzeitstimmung gewesen ist, wo unklar war, was passiert eigentlich hinterher“ (Jessica). Dies galt umso mehr, wenn sich die jugendpolitischen Konjunkturen änderten, „wo dann ein Fokus auf andere Sachen gelegt wird in der Jugendhilfeplanung. Und man schon denkt, okay, wollen die es nicht sehen, können die es nicht sehen oder was ist?“ (Thomas)

Ebenso lassen die Rekonstruktionen der Interviewten erahnen, dass übergeordnete Erkenntnisse anscheinend kaum aus den Programmen hervorgegangen sind bzw. nach Ende der Laufzeit nicht ausreichend in die Praxis zurückvermittelt wurden, selbst nicht in Richtung derjenigen, die direkt beteiligt gewesen waren. So erinnert sich z.B. Jessica, wie ihr zur Evaluierung des Gesamtprojektes von unterschiedlichsten Akteur*innen „Löcher in den Bauch gefragt“ worden waren, aber im Nachgang hatte sie „niemals irgendwas so gelesen, wo ich gedacht habe, das ist mal im Ergebnis daraus entstanden“.

Entwicklung von Sozialräumen und jugendkultureller Vielfalt

Wie die Fachkräfte die Erträge ihrer Arbeit einschätzen, hängt u.a. davon ab, worin sie jeweils die Schwerpunkte ihres Auftrags gesehen haben. In unterschiedlichen Graden bemessen sie eine

erfolgreiche Praxis daran, inwieweit es gelungen war, Gewalt einzudämmen, rechten Orientierungen entgegenzuwirken, andere Jugendliche zu stärken oder demokratische Entwicklungen im Sozialraum zu fördern.

Erfolge bei der Sozialraumentwicklung und Jugendförderung werden dabei vielfach bejaht. Die Interviewten machen sie vor allem an sichtbaren und heute noch greifbaren Veränderungen fest. So wird bspw. von Knut hervorgehoben, dass das eigene präventive Handeln einen Anteil daran hatte, den „Stadtteil ein bisschen bunter“ und mehr „ausgewogen“ zu machen, und für Stefan war es gelungen, „da so eine Vielfalt reinzukriegen“, indem für nicht-rechte Jugendliche „ganz viele Sachen aufgemacht“ und „Treffpunkte geschaffen“ worden waren. Im Umkehrschluss schätzt er, dadurch auch einen Beitrag dazu geleistet zu haben, dass es vor Ort „keine gefestigte rechte Szene“ gibt. Jessica hingegen musste ein Erstarren der Szene erleben, aber auch sie betont den bleibenden Wert anderweitig initiiertes Jugendprojekte – „das kann fast besser nicht gehen. Also, da haben auch heute die jungen Leute noch was davon“.

Überwiegend gemischte Resultate bei den Cliques

Dazu wiederum, was bei den rechten Cliques selbst erreicht werden konnte, äußern sich die Fachkräfte nur in zwei Fällen mit klarer Tendenz: Während Thomas angibt, dass es „gut funktioniert“ hat, „Körperverletzung und solche Geschichten“ einzudämmen, musste Birgit erleben, dass es letztlich „nicht funktioniert hat, [...] richtig nah ranzukommen“ und Veränderungen auf der Einstellungsebene zu bewirken.

Überwiegend verbleiben die Interviewten weniger eindeutig und verweisen auf gemischte Resultate: Knut spricht davon, dass nur „manchen Jugendlichen Orientierung gegeben“ und dazu beigetragen werden konnte, sie „zu entradikalisieren“. Auch für Petra war es „nur bedingt gelungen“, sie „aus dieser unfassbaren Aggressivität raus zu[be]kommen“ und „ihre Biografie zu gestalten“, und zudem „bestimmte Gruppen“ innerhalb des Cliquengeflechts gänzlich „einfach nicht erreicht“ werden konnten. Jessica beobachtete zwar, wie sich „viele oder sehr viele“ Cliquenjugendliche auch durch ihr Zutun von rechten Tendenzen abgrenzten und sich „ganz normal entwickelt[en]“, zugleich war aber auch etwa „ein Viertel“ von ihnen nicht zu bremsen gewesen und weiter „in die strukturierte rechte Szene abgerutscht“, wo sie „sehr wahrscheinlich“ weiterhin aktiv sind. Ebenso zeigen die vielfach positiven Wirkungseinschätzungen von Stefan Brüche, denn letztlich sind ihm nur ein paar „Einzelfälle“ gegenwärtig, in denen es zu einer deutlichen Loslösung kam, während andere „ihre Meinung nie geändert haben“ und heute vermutlich im Fahrwasser der AfD mitschwimmen.

Längst nicht alles, was angezielt und versucht wurde, war also von Erfolg gekrönt. Simultan erlebten die Fachkräfte aber auch gelingende Interventionen, registrierten Veränderungen bei einzelnen Jugendlichen und innerhalb der Gruppendynamiken. Vor diesem Hintergrund besteht weitgehend Einigkeit, trotz gemischter Bilanzen einen positiven Beitrag geleistet zu haben. So möchte etwa Petra das eigene Zutun „auf keinen Fall überschätzen“, sie ist aber dennoch überzeugt davon, „so ein kleines Bausteinchen [...] schon dazu

bei[ge]tragen“ zu haben, das sich bei den Jugendliche etwas veränderte. Auffallend ähnlich formuliert Stefan, dass es letztlich viele „kleine Bausteinechen [waren], wo wir nochmal was wieder ins Rollen gebracht haben“. Wie sind nun diese „Bausteine“ näher zu bestimmen und inwiefern konnten sie Wirksamkeit entfalteteten – oder eben auch nicht?

Was hat mit den rechten Cliques (nicht) funktioniert?

Grundlegend für Veränderungen bei den Cliques Jugendlichen waren den Interviewten zufolge zunächst die *alltägliche Beziehungsarbeit und Interaktion*. Einigkeit besteht entsprechend dahingehend, dass eine „verlässliche“ (Thomas) bzw. „vertrauensvolle Beziehung“ (Petra) eine zentrale Voraussetzung war, um mit den Adressat*innen in einen Prozess zu kommen. Sofern Vertrauen und Einlassungsbereitschaft geben waren und es sich (noch) nicht um „überzeugte Rechte“ handelte, ließ sich feststellen, „da geht was vorwärts“ (ebd.). Gerade soziale Motivlagen ohne verfestigte politische Hintergründe, so die Wahrnehmung, boten Anknüpfungspunkte (vgl. Beauftragungen und Situations – und Adressat*innenanalyse dieses Kapitels).

Faktisch setzten aber auch soziale Dynamiken und positiv erlebte Zugehörigkeit zur Clique Schranken: „Ich denke, dass die einfach sehr in ihrer Gruppe verhaftet waren. [...] diese Peer Group war einfach wichtiger als alles andere“ (Birgit). Ebenso ließ sich durch ein direktes „Dagegenhalten“ kaum vorankommen. Wenn die Fachkräfte deutlich Position bezogen und (Gegen-)Argumente anbrachten, hatte sich in der Regel erstmal „nicht viel geändert“ (Jessica). Dennoch nahmen sie es vielfach

als bedeutsam wahr, sich als Reibungspunkte angeboten, andere Entwürfe verkörpert und alternative Sichtweisen transportiert zu haben. Am zutreffendsten wird dies vielleicht von Petra beschrieben: „Also, die haben uns jetzt nicht gesagt, oh ja, du hast recht und ab sofort, sondern man hat schon auch gemerkt, dass sich einfach Einstellungen so kleine Stückchen für Stückchen ändern konnten.“ Insofern Gespräche zu einem Einstellungswandel beitragen konnten, handelte es sich um sehr kleinteilige Prozesse, deren Wirkungen sich, wenn überhaupt, nur indirekt oder erst nachgelagert abbildeten.

Von daher war oftmals bedeutsam, dass noch weitere „Bausteine“ in den pädagogischen Prozess einfließen, was insbesondere dann von den Fachkräften als fruchtbar erlebt wurde, wenn sie den Adressat*innen neue Erfahrungen und Perspektiven nahezubringen vermochten:

Emotionales Erleben: Sofern die Haltungen der Jugendlichen auf der argumentativen bzw. Sachebene nur bedingt zugänglich waren, sah es mit der Erreichbarkeit auf der emotionalen und affektiven Ebene mitunter anders aus. Vereinzelt beschreiben die Fachkräfte alltagsnahe Prozesse, stärker noch heben sie aber hervor, wie das Aufrufen von Emotionen in außeralltäglichen Kontexten Wirkung entfalten konnte. Vorliegend waren es vor allem erlebnispädagogische Angebote und Jugendfreizeiten, bei denen solche Dynamiken sowohl zufällig entstanden (Stefan) wie auch gezielt angesteuert wurden (Petra).

Partizipation und Selbstwirksamkeit: Gerade Einrichtungskontexte und Projektumsetzungen boten vielfach gute Möglichkeiten, Jugendliche aktiv zu be-

teiligen und sie in Verantwortung zu bringen. Zwar konnte eine allzu kriterienlose Einbindung auch bestätigend auf rechte Orientierung wirken oder dazu führen, dass sie den Fachkräften „auf der Nase herumtanzten“. Sobald aber die eingeübten Selbstinszenierungen in der Gruppe unterlaufen wurden und die Jugendlichen als Einzelne konstruktive Gestaltungserfahrungen machen konnten, so die Erfahrung (etwa von Jessica), wurden sie auch offener dafür, ihre Einstellung zu überdenken und neue Perspektiven zu entwickeln.

Perspektiventwicklung und gesellschaftliche Integration: Auch die Bearbeitung individueller Problemlagen und die Entwicklung abgesicherter Lebensperspektiven waren „so kleine Ansatzpunkte“, um mit Jugendlichen „in Prozesse zu kommen“ (Petra). Wie beschwerlich bzw. erfolgreich das war, wurde unterschiedlich erlebt. Petra spricht davon, dass es „unfassbar kleinteilig und anstrengend“ war und eher nach dem Muster „einen Schritt vor, drei zurück“ verlief. Thomas hingegen galten Einzelfallhilfen als relativ resultatsicher und daher mustergültig: „sobald diese Sachen da waren, gab es tatsächlich Veränderungen. Weil, da haben sie dann auch für sich so ein, in Führungsstrichen, sozialen Status erreicht, wo sie eben nicht mehr bereit waren, den ohne Weiteres aufzugeben.“

Räume der Begegnung und Gemeinschaftsintegration: Eine weitere Variante, um vermittels neuer Erfahrungen auf Perspektivverschiebungen bei den Cliques Jugendlichen hinzuwirken, bestand schließlich darin, im Rahmen von Projekten Begegnungen „jenseits des Tellerlands“ zu initiieren oder diese sogar auf einer Alltagsebene zu verstetigen. In die-

sem Sinne hatten einige der Fachkräfte die rechten Cliques gerade auch mit eher linken bzw. alternativen Jugendlichen zusammengebracht, etwa im Rahmen umfangreicherer Freizeitangebote (Stefan) oder durch eine Öffnung und Erweiterung des rechten Jugendtreffs (Thomas).

Zentrierung und Dezentrierung als effektive Handlungslogik

Dort, wo die Interventionen der Jugendarbeit am ehesten erfolgreich waren, lässt sich im Kern eine übergreifende Handlungslogik erkennen, die aus zwei scheinbar gegenläufigen Bewegungen bestand: zunächst eine der *Zentrierung* auf die rechten Cliques hin und dann eine der *Dezentrierung*, die sich von der Bezugsgröße „Clique“ wieder löste.

Zentrierung kennzeichnete dabei die Weise, wie die Fachkräfte den Zugang zu den Adressat*innen gestalteten. Die Cliques stellten eine Art „strategischen Knotenpunkt“ dar, der mehr umfasste als eine auf sie bezogene Problemwahrnehmung und Beauftragung. Als zentrale Instanz der Peerintegration für die Jugendlichen bildeten die Cliques eine konstante und sozialräumlich greifbare Größe, an der sich mittels Streetwork gut ansetzen und in Prozesse gehen ließ: „Also, es war ja im Prinzip der große Vorteil, dass es eben doch sehr feste Cliques waren. Dass man wirklich mit Cliquesangeboten sehr gut an sie ran gekommen ist“ (Petra). Aus einem Modus kritischer Zugewandtheit heraus wurde sich den Gruppen angenähert und eine Beziehung zu ihnen aufgebaut. Dabei setzten die Fachkräfte vor allem zwei Instrumente ein. Zum einen brachten sie sich nicht nur fachlich, sondern in großem Umfang auch persönlich, mehr oder weniger als ganze Person, in die Interaktion mit den



1. Mai 1998 Gegendemo zum Naziaufmarsch am Völkerschlachtdenkmal (Foto: Harald Kirschner)

Jugendlichen ein. Zum anderen setzten sie an deren Bedarfen und Interessen an, indem sie, dem damaligen fachlichen Gesamttrend folgend, die Cliquenarbeit bzw. die Cliquen selbst an oftmals eigens für sie geschaffene Räumlichkeiten banden und darüber die Beziehungen zu ihnen intensivierten.

Wenn nun aber einerseits die Gruppendynamiken immer wieder einer Einflussnahme auf die Jugendlichen im Wege standen und andererseits betrachtet wird, wo das sozialarbeiterische Handeln tatsächlich Erfolge zu zeitigen vermochte, dann wird deutlich, dass qualitative Resultate am ehesten dann erzielt wurden, wenn der Bezugnahme auf die Cliquen eine *Dezentrierung* von ihnen folgte. Etwa die Deskription von Petra bildet ein solches Umschwenken ab: „Dass man wirklich mit Cliquenangeboten sehr gut an sie ran gekommen ist und darüber

tatsächlich eben in der Beziehungsarbeit sehr gut weiterarbeiten konnte und so Stück für Stück auch in die Einzelfalllösung.“ Hier bedeutet Dezentrierung ein *Übergang von der Gruppe zu den Einzelnen*, die Bewerkstelligung individueller Erfahrungsvollzüge rückt ins Zentrum der pädagogischen Aufmerksamkeit. Ausgehend vom vorliegenden Material zeigen sich aber auch noch zwei weitere Varianten, den Cliquenbezug zu überschreiten: zum einen durch eine *Erweiterungen und Verschiebungen des Settings*, die die Jugendlichen aus ihrer Selbstbezüglichkeit und ihre etablierten Routinen herauslösten – erlebnispädagogische Jugendfreizeiten lassen hier erneut beispielhaft grüßen; und zum anderen durch die *Abkehr von einem exklusiven Fokus* auf die Gruppen, indem sich auch anderen Adressat*innen oder einer gemeinwesenorientierten Entwicklungsperspektive zugewandt wurde.

Deutlicher Zulauf bei rechten Gruppen in Sachsen

Verfassungsschutzbericht: NPD baut führende Stellung in Szene aus

Dresden. Die Zahl der Mitglieder und Sympathisanten rechtsextremistischer Gruppierungen in Sachsen ist im vergangenen Jahr gestiegen. Wie Sachsens Innenminister Klaus Hardraht (CDU) gestern bei der Vorstellung des Landes-Verfassungsschutzberichtes in Dresden mitteilte, stieg die Zahl der Anhänger rechtsextremer Organisationen im Vergleich zu 1999 um sieben Prozent auf 31 50 an. Die NPD habe trotz der Diskussion über ein Parteienverbot ihre führende Stellung innerhalb der Szene behaupten können. Die Partei bemühe sich auch um eine Kooperation mit militanten Rechts-Extremisten. Nach Angaben des Innenministeriums wuchs die Zahl der NPD-Mitglieder in Sachsen im Vergleich zum Vorjahr um hundert auf 1100.

Dem Verfassungsschutzbericht zufolge bilden die rechtsextremen Skinheads weiter die zahlenmäßig größte Gruppe unter den militanten Rechtsextremisten. Der Trend zur Bildung von so genannten Kameradschaften, Gruppen mit fünf bis 20 Mitgliedern, habe sich verstärkt. Ende des vergangenen Jahres habe es mindestens 25 Gruppen mit etwa

400 Mitgliedern gegeben. Die größte Gruppe, die Skinheads Sächsische Schweiz (SSS), wurde im April diesen Jahres durch das Innenministerium verboten.

Auch die Zahl der Straftaten mit einem rechtsextremistischen Hintergrund stieg Hardraht zufolge deutlich an. Nach Angaben des Ministers wurden 1551 Taten und damit 20 Prozent mehr als im Jahr zuvor ermittelt. Der Anstieg gehe ausschließlich auf eine größere Zahl von Propagandadelikten zurück. Während es im Jahr 1999 insgesamt 1058 Delikte gab, waren es im vergangenen Jahr 1274.

Die Zahl der Gewalttaten ging um 28 Prozent auf 62 zurück. Rückläufig war auch die Zahl linksextremistischer Straftaten. Nach Angaben des Ministeriums wurden im vorigen Jahr 176 Taten registriert, im Vergleich zu 201 ein Jahr zuvor. Im Jahr 2000 wurden demnach 31 Gewalttaten mit linksextremem Hintergrund verübt. Die politisch motivierte Ausländerkriminalität lag mit sieben Fällen deutlich unter dem Niveau der Vorjahre. 1998 hatten die Behörden 33 Fälle registriert und 1999 noch 20. (afp)

FP
13.06.01

Freie Presse vom 13. Juni 2001

Weitere Einflussfaktoren auf das sozialarbeiterische Handeln

Bei der Einordnung der Resultate sind aber auch solche Faktoren zu berücksichtigen, die das Engagement der Jugendarbeit gerahmt haben. Dabei lassen sich sowohl Einflüsse identifizieren, die in Hinblick auf die Wirkungsabsichten hinderlich waren, wie auch solche, die sie befördert haben.

Ein erstes wesentliches Hemmnis war eine *fehlende Einlassungsbereitschaft* seitens der Jugendlichen. Sie war nach Wahrnehmung der Fachkräfte besonders häufig ausschlaggebend dafür, dass die Adressat*innen nicht wirklich erreicht und entsprechend auch nicht von ihren rechten Haltungen (oder zumindest von ihrer Gewaltakzeptanz) wegbewegt werden konnten. Die nä-

here Betrachtung zeigt, dass dies nicht nur an einer gefestigten Weltsicht oder Organisierung liegen, sondern auch die soziale Einbindung in die Cliques sowie deren Dynamiken und die damit verbundenen Erlebensqualitäten einer Erreichbarkeit entgegenstehen konnten. Im Ergebnis erlebte die Praxis sich oftmals als darauf zurückgeworfen, lediglich Angebote machen zu können, die von den Jugendlichen angenommen – oder eben zurückgewiesen wurden.

Wiederholt war es auch das *Gewaltpotenzial der Jugendlichen*, das Grenzen setzte, gerade wenn es nicht nur Bearbeitungsgegenstand war, sondern die Fachkräfte auch direkt betraf. Sie durchlebten bedrohliche Szenarien und es kam zu tätlichen Übergriffen. Diese waren emotional belastend, schränkten

die Handlungsmöglichkeiten ein und führten zu Rückzügen, individuell wie auch im sozialarbeiterischen Engagement. Zudem setzten sich die Probleme häufig auf einer übergeordneten Ebene fort, wenn die *Akteurskonstellationen und Kräfteverhältnisse im Sozialraum* „ungünstig“ waren. Gerade eine *Stärke der rechten Szene* auf der einen Seite sowie Tendenzen zur *Entpolitisierung und Rechtsoffenheit* auf der anderen Seite konnten den sozialarbeiterischen Wirkungsabsichten entgegenstehen oder sie sogar aktiv untergraben.

Positiv ist hingegen hervorzuheben, dass es mitunter aber auch *wirkmächtige Akteur*innen* aus Verwaltung und Politik (Stefan, Knut), aus kirchlichen Kreisen (ebenfalls Stefan) oder aus der Wirtschaft (Jessica, Thomas) gab, die die Fachkräfte etwa bei der Realisierung von Jugendräumen und -projekten unterstützten. Zugleich waren diese Bereitschaften weit davon entfernt, ein breiteres (zivil-)gesellschaftliches Bündnis „gegen rechts“ abzubilden. Was aber von eigenständiger Bedeutung sein konnte, war das Vorhandensein einer *antifaschistisch engagierten Jugend*. Dort, wo sie stark war, gab es auch eine nicht-rechte Pluralität an Jugendkulturen. Mitunter war auch einem links-alternativen Milieu mit zu verdanken, dass die rechte Gewalt zurückgedrängt wurde. So erlebte bspw. Stefan, dass diese Spektren in Sachen Gegenwehr nicht grade zimperlich waren und die rechten Cliques zumindest im innerstädtischen Gebiet „nicht so richtig angekommen [sind]“ gegen sie.

Ebenso konnte ein Rückgang rechter Gewalt mit einem *wachsenden Repressionsdruck* im Zusammenhang stehen. Während die rechten Cliques zu Beginn des Jahrzehnts nahezu ungehindert

agierten, zog allmählich der staatliche Zugriff an und schlug sich in einer konsequenteren Strafverfolgung nieder. Zumindest Zurückhaltung war die Folge. Mit *fortschreitender Adoleszenz* wandelten sich schließlich auch Lebensperspektiven und Cliquesstrukturen lösten sich auf. Solche Entwicklungen kamen der Jugendarbeit entgegen. Sie wohnen ihnen bei, konnten sie aufgreifen und fördern.

Zwischenfazit

Die vorangegangene Darstellung zeigt, dass sich durch die Berücksichtigung verschiedener Materialien ein weitaus dichteres Bild der Lage zeichnen lässt, als durch die Analyse einzelner Datensorten für sich genommen, wie etwa offiziellen Dokumenten und Berichten oder Erinnerungen beteiligter Fachkräfte. Das komplexe, oft widersprüchliche Verhältnis zwischen Konzepten (und Aufträgen) auf der einen und Realitäten (und Auftragsaneignungen) auf der anderen Seite zeigt sich erst, wenn man diese Materialien nebeneinanderlegt. Dabei wird deutlich: Weder die in der Regel sehr positiven offiziellen Bilanzierungen der beiden Programme – in denen meist struktur-bildende Effekte in den Vordergrund gerückt wurden –, noch pauschale Kritiken – die die „Entpolitisierung“ der Problemlage herausstellten – treffen den Kern. Die Sache ist komplizierter, als es bis heute bestehende Deutungskontroversen teilweise nahelegen. Ausgehend von unserem Material lassen sich an dieser Stelle fünf zentrale Befunde formulieren³⁰:

#1 Der Mythos der fehlenden Professionalität

Zwangsläufig konnte eine fachliche Fundierung und Professionalisierung der Praxis im Handlungsfeld erst allmählich

stattfinden. Dennoch ist es verkürzt, eine mangelnde Professionalität der praktisch Handelnden als das eigentliche Problem auszumachen. Gerade in der Anfangsphase gab es verbreitet Handlungsunsicherheiten und die eklatanten Fehlschläge sind dokumentiert. Vielerorts kam es aber auch gar nicht so weit oder die Entwicklungen waren andere. Die Fachkräfte durchliefen oft relativ rasche Lernprozesse, durch die sich der Umgang mit den Adressat*innen ausdifferenzierte, wenngleich er stets ein Balanceakt blieb. Zugleich darf nicht ausgeblendet werden, dass eingebrachte Konzepte und Deutungsmuster von „Professionellen“ stammten, nämlich von Personen, die zumeist aus fachlichen Erfahrungszusammenhängen des Westens kamen und damit mindestens genauso stark für Fehldeutungen und Misserfolge (aber auch positive Effekte) verantwortlich waren.

#2 Effekte politischer Verflachung

Politik und politische Themen spielten in der Praxis und der direkten Arbeit mit jungen Menschen eine wichtige Rolle. Ihre Bedeutung war offensichtlich auch größer, als Darstellungen auf der Programmebene es nahelegen. Allerdings wurden durch Programmkonzeptionen zugleich bestimmte Lesarten und Fokussierungen ins Feld transportiert, die einen entpolitisierenden Charakter besaßen: Erstens wurde die Problemlage auf Aspekte der „Desintegration“ (Jugendlicher) verkürzt, zweitens erfolgte eine geradezu programmatische Ignoranz gegenüber den politischen Positionierungen Jugendlicher, drittens erfolgte die Schwerpunktsetzung pauschal auf Gewalt während die Besonderheiten und die Massivität rechter Gewalt ausgeblendet wurden.

Dieses Deutungsmuster wurde keinesfalls überall in der Praxis angenommen,

es besaß aber dennoch eine spezifische Wirkungskraft, der sich die Praxis kaum entziehen konnte. Konkrete Folgen lassen sich an verschiedenen Punkten erkennen: den politischen Orientierungen der Jugendlichen wurde kaum tiefergehende Beachtung geschenkt, genauso blieb die Frage unterbelichtet, woher ihre Haltungen stammten und auf welche weitergehenden gesellschaftlichen und politischen Bedingungen sie verwiesen. Zugleich spielten Betroffenenperspektiven kaum eine Rolle. Ebenso ließ die hohe Sichtbarkeit (bzw. Sichtbarmachung) männlicher Jugendlicher nur bedingt Platz, Konzepte etwa für die Arbeit mit Mädchen zu entwickeln. Damit wird im Gesamtbild deutlich, dass das Problem nicht einfach nur in einer simplen Entpolitisierung bestand, sondern in einer insgesamt zu flach angelegten politischen Deutung der gesellschaftlichen Gesamtsituation.

#3: „Akzeptanz“ in der Praxis: zwischen Leitlinie und Pragmatismus

Mit dem Ende des AgAG waren „akzeptierende“ Ansätze diskreditiert, zugleich aber auch alle anderen Herangehensweisen, in denen nicht ein ausdrücklicher Distanzierungsauftrag im Mittelpunkt stand, der auch politische Einstellungen umfasste. Die Typik der hier beschriebenen Programme und Projekte bestand darin, dass sie auf ambivalente Weise mit dem Gedanken der Akzeptanz verbunden waren. Auf der Verlautbarungsebene der Programme wurden Bezüge zu „akzeptierenden“ Ansätzen ausdrücklich vermieden und stattdessen die Idee der Verhaltensänderung als Auftrag ins Zentrum gerückt. Auf der Praxisebene hingegen war Akzeptanz von Beginn an als Chiffre präsent und verankerte sich dann auch als praktische Leitlinie. Auf der einen Seite zeigt sich dabei, dass

Verschärfte Strafen kein Mittel gegen Jugendgewalt

Gewerkschaft der Polizei: Politik muß soziale Ursachen der Kriminalität bekämpfen

Von unserem Redaktionsmitglied Samira Sachse

Im vorigen Jahr ging erstmals seit der Wende die Zahl der Straftaten in Sachsen leicht zurück. Außerdem lag in nahezu allen Bereichen die Aufklärungsquote höher als im Vorjahr. Die unbestritten positive Bilanz jedoch wird getrübt durch die wachsende Gewaltbereitschaft unter Kindern und Jugendlichen. „Eine besorgniserregende Entwicklung“, kommentierte gestern Volker Groschupf, Vorsitzender des Landesverbandes der Gewerkschaft der Polizei (GdP), anlässlich der 6. GdP-Tagung zur Verbrechensbekämpfung, die heute in Bad Lausick stattfindet.

Die statistischen Zahlen für 1996 sprechen eine klare Sprache: So haben die 14- bis unter 18jährigen einen Anteil an der Gesamtbevölkerung von 5,4 Prozent, der Anteil der Tatverdächtigen aus dieser Altersgruppe hingegen rangierte bei 15,4 Prozent. Dabei hat ein Teil der jungen Leute bereits eine beachtliche kriminelle Karriere gemacht. So sind zwischen drei und fünf Prozent der Täter für ein Drittel bis maximal die Hälfte aller Vergehen verantwortlich. Die Zeitungen sind beispielsweise voll von Berichten über jugendliche Autoknackerbanden,

deren Mitglieder es schon zu einem nahezu perfekten Umgang mit Tür- und Zündschlössern aller Art gebracht haben. Bei den Jugendlichen wie auch den Kindern (unter 14 Jahren) dominieren ganz deutlich Eigentumsdelikte. Oftmals sind regelrecht organisierte Trupps von Langfingern in den Kaufhallen und auf der Straße unterwegs. Besonders „beliebt“ sind zudem Sachbeschädigungen, Diebstähle unter erschwerten Umständen und Körperverletzungen.

Trotzdem hält Groschupf im Unterschied zu Justizminister Steffen Heitmann (CDU) „überhaupt nichts“ von einer Verschärfung des Jugendstrafrechts. Mit einer Herabsetzung der Strafmündigkeit und härteren Strafen für jugendliche Täter, die in Justizkreisen diskutiert werden, könne man das Problem nicht in den Griff bekommen. „Es gibt keine Gesetzesdefizite, sondern Vollzugsdefizite“, so der Gewerkschaftschef.

In erster Linie sei jedoch die Politik gefordert, Ursachen für die wachsende Kriminalität unter den Heranwachsenden zu bekämpfen, betonte Groschupf im Gespräch mit der „Freien Presse“. So förderten undifferenzierte Sparmaßnahmen in Arbeitsmarkt-, Sozial- und Jugendpolitik geradezu die Krimina-

lität. Wachsende Jugendarmut und der Verlust sozialer Bindungen seien wesentliche Ursachen für die derzeitige Entwicklung.

„Zwischenmenschliche Beziehungen haben oft den Charakter der Unverbindlichkeit angenommen, und das Gefühl, füreinander dazusein, wurde durch Egoismus ersetzt“, klagt der Chef des GdP-Landesverbandes. Gerade die Gleichgültigkeit und die Anonymität aber führten zu einem Schwinden wichtiger Kontrollmechanismen. Das geringe Risiko, vom Freund oder Nachbarn entdeckt und angezeigt zu werden, ermuntere gerade junge Menschen zu kriminellem Handeln.

Nach Einschätzung der Polizeigewerkschaft muß vor allem die vorbeugende Arbeit gemeinsam mit Kommunalpolitikern, Lehrern und Unternehmen ausgebaut werden. Gleichermaßen ließen sich Straftaten insgesamt besser bekämpfen, wenn die Polizisten von der immensen Bürokratie entlastet würden. Groschupf: „Von einem Acht-Stunden-Dienst verbringt ein Vollzugsbediensteter im Durchschnitt fünf Stunden mit Schreibarbeiten.“ Die im Herbst 1996 erlassene Vorschrift zur vereinfachten Bearbeitung von Straftaten werde in Sachsen bisher nur selten umgesetzt.

Freie Presse vom 3. Juni 1997

sich die Praxis offenbar eigensinnig an Programmkonzeptionen vorbei orientierte und auf Ansätze zurückgriff, die im weiter gefassten Fachkontext zirkulierten und gut geeignet erschienen, sich der wahrgenommenen Herausforderungen anzunehmen. Auf der anderen Seite wird aber auch deutlich, dass es dabei nicht zu systematischen, sondern oft eher stichwortartigen Adaptionen kam. Zum Teil entsprach der Akzeptanzgedanke auch schlicht der Einsicht, dass anders kein Arbeiten mit entsprechenden Adressat*innenkreisen möglich gewesen wäre. Im Zusammenspiel mit der „entstigmatisierenden“ Kontur insbesondere des AgAG entstand daraus vielfach eine Vorstellung von Akzeptanz, die die bereits benannten Entpolitisierungseffekte bestärkte. Diese Dynamik dürfte im Wesentlichen noch dadurch befördert

worden sein, dass Reflexionsräume der Praxis an vielen Standorten nicht in ausreichendem Umfang vorhanden waren.

#4: Bedeutung einer politischen Haltung

Die Befunde zeigen, dass Begriffe wie „fachliches Handeln“ und Professionalität nur einen Teil dessen abbilden, was für eine gelingende Praxis nötig war und ist. In den Mittelpunkt rückte idealerweise zunächst eine menschenrechtsorientierte Haltung, die es ermöglichte, Werturteile über die Situation abzugeben und in der Arbeit mit den Adressat*innen Zugewandtheit und Grenzen auszutarieren. Diese Prozesse begleiteten die Praxis durchgehend. Es zeigt sich aber auch, dass eine menschenrechtsorientierte Haltung angesichts der Neuartigkeit der Situation, angesichts der großen Um-

Anti-Gewalt-Programme sollen fortgeführt werden

Bisher 140 Projekte mit 10 000 Jugendlichen

Dresden (dpa). Die im Rahmen des Aktionsprogramms gegen Aggression und Gewalt begonnenen Projekte in den neuen Bundesländern sollen in den kommenden Jahren fortgeführt werden. Die Finanzierung sei derzeit jedoch noch nicht geklärt, sagte die Referatsleiterin Jugendhilfe des sächsischen Sozialministeriums, Gisela Ulrich, am Donnerstag vor Journalisten in Dresden. Das Aktionsprogramm war am 1. Januar 1992 nach einer Initiative des Bundesministeriums für Frauen und Jugend begonnen worden und sollte vorerst drei Jahre lang gefördert werden.

Die bisherige Arbeit an 140 Projekten in den neuen Bundesländern hat der wissenschaftliche Berater des Aktionsprogramms, Lothar Böhnisch von der TU Dresden, als Erfolg bewertet. Seit Beginn des Modellprogrammes seien etwa 10 000 Jugendliche einbezogen worden. Die „regionalen Brennpunkte“ in den neuen Bundesländern waren Ende 1991 festgelegt worden.

Kritisch äußerte sich Böhnisch zur Rolle der Medien. Durch „spektakuläre Be-

richterstattung“ würden Projektleiter vielfach verunsichert. Den Vorwurf, die Programme förderten den Extremismus der Jugendlichen durch „Distanzlosigkeit“ wies Böhnisch zurück. Mit Blick auf die Finanzierung der Projekte über das Jahr 1994 hinaus sagte Frau Ulrich, sowohl Länder als auch Kommunen sollten danach weitere Mittel bereitstellen. In Sachsen solle die Bereitstellung von Geldern in die Haushaltsplanung aufgenommen werden.

Eine entsprechende Zusage aus dem Sozialministerium des Freistaates liege bereits vor. Das Bundesministerium wolle auch nach 1994 „einen gewissen Anteil“ der Kosten tragen.

Frau Ulrich forderte die Mitarbeiter an den Projekten auf, intensive Kontakte zu den Behörden aufzubauen. Die Zusammenarbeit der Jugendhilfen mit Polizei, Staatsanwaltschaft, Ordnungs- und Wohnungsämtern sei für den langfristigen Erfolg der Projekte unerlässlich. Es gehe darum Strukturen zu schaffen, „Brennpunktarbeit“ helfe den Jugendlichen nur kurzfristig.

Sächs. Zeitg.
4.3.94

brüche und massiven Gewalt nicht hinreichend war. Es bedurfte vielmehr einer politischen Haltung bzw. hätte dieser bedurft. Inwieweit eine solche ins Spiel gebracht wurde oder sich entwickelte, hing wesentlich von einzelnen Personen und ihren Persönlichkeiten sowie, rahmend, von den lokalräumlichen Bedingungen ab. Diese Bedingungen waren oft prekär. Der erwähnten schwach organisierten Fachpraxis standen Erwartungen gegenüber, die Probleme ordnungspolitisch zu lösen. Auch wenn diese Aufträge selten so angenommen wurden, fehlte in der Regel eine inhaltliche und strukturelle Basis, sie auch politisch zurückzuweisen (oder überhaupt zum Gegenstand einer Fachdebatte zu machen).

#5 Grenzen pädagogischer Handlungs- und Wirkmacht

Die Befriedungs- und Integrationserwartung gerade des AgAG zielte in besonderer Weise auf einen bestimmten Typus

ab: den jugendkulturell geprägten (rechten) „Gewaltjugendlichen“. Neben staatlicher Repression und gesellschaftlicher Ächtung sollte ihm auch mit sozialpädagogischen Integrationsofferten begegnet werden. Konzeptionell enthielt das Programm das Grundmuster einer widersprüchlichen Doppelbewegung: Einerseits wurde die Rechtsextremismus-Thematik zwar gesehen, aber ausschließlich auf Jugendliche bezogen. Andererseits wurde deren Gewalt in guten Teilen entpolitisiert. In diesem Rahmen wurden hohe, auch unrealistische Erwartungen an die Jugendarbeit formuliert. Die Überschätzung des Machbaren machte dabei zuweilen auch vor der Praxis nicht Halt und konnte nur zu Überforderung führen, da Jugendarbeit für sich genommen gar nicht in der Lage war (und ist), derart umfassende Veränderungen bei Adressat*innen und in Sozialräumen zu erreichen. Sie kann dies allenfalls im Verbund bewirken (und

auch hier immer nur bis zu einem gewissen Punkt) – genau solche Verbände existierten jedoch nicht. Insofern bietet sich ein insgesamt ambivalentes Bild: Während die Projekte selbst oft mit Aufbruchsstimmung und der Lust am Ausprobieren assoziiert waren, trafen sie zugleich auf widrige Rahmenbedingungen und stießen praktisch wie politisch an Grenzen. Zwar konnten hier und dort Integrations- und Befriedungseffekte erzielt werden, zeitgleich zum Wirken der Programme und Projekte vollzog sich aber auch eine Konsolidierung rechter Szenen und Lebenswelten.

24 Es handelt sich hier um die stark konzentrierte Zusammenführung von zwei jeweils deutlich detailreicheren Berichtsteilen. Diese können abgerufen werden unter: <https://www.mj-sachsen.de/ReMoDe/praxisforschung/>

25 Siehe hierzu u.a. Olk/Bertram 1994; Kress 1997. So wurde zwischen 1992 und 1993 mit dem „Jugendpolitischen Programm des Bundes für den Aus- und Aufbau freier Träger der Jugendhilfe in den neuen Bundesländern“ (AFT-Programm) gezielt Strukturaufbau be-

trieben. Die Fördersummen von 50 Millionen DM (1992) und 25 Millionen DM (1993) zzgl. projektbezogener Zusatzmittel (1992 in Höhe von 20 Millionen DM) sind im Vergleich zum AgAG relativ hoch, was dessen Bedeutung im Gesamtzusammenhang des Strukturaufbaus durchaus relativiert. Sie fallen jedoch niedrig aus, wenn man bedenkt, dass sie sich etwa in 1992 auf insgesamt 6.500 Initiativen verteilten.

26 Die Namen der Interviewten sowie weitere Angaben, die Rückschlüsse auf Personen und Orte zulassen, wurden anonymisiert.

27 Diese Formulierung findet sich – allerdings ohne Quellenangabe – bei Buderus (1998).

28 Die Rolle von Verwaltungen und Fachämtern in der Konzeption, Ausrichtung und Umsetzung von Angeboten wird insgesamt nur am Rande thematisiert. Auch dadurch gerät in der Diskussion aus dem Blick, dass an den Problem-beschreibungen und den daraus resultierenden Umsetzungen keinesfalls allein die Fachpraxis beteiligt war.

29 Eine dem Bundesprogramm vergleichbare Fachberatung oder -Begleitung wurde von den Fachkräften zwar eingefordert, fand im Landesprogramm aber – trotz punktueller Beratung durch die LAG Baden-Württemberg – bis zuletzt nicht statt (Gerstenberger/Pröhl 1995,6-10).

30 Diese Bilanzierung bleibt dicht am empirischen Material und belässt es so auch in seinem zeit-historischen Kontext. Eine weitergehende fachliche und gesellschaftspolitische Einordnung und Diskussion der Befunde, die Herstellung von Gegenwartsbezügen und die Entwicklung von Handlungsempfehlungen finden sich in den Kapiteln 7 und 8.



Bandfestival setzt Zeichen gegen Gewalt

150 Besucher bei Open-Air-Konzert in Neukirchen

NEUKIRCHEN (AM). Das sechste Open-Air-Festival christlicher Bands am Wochenende im Pfarrpark Neukirchen war ein Erfolg. Allein zum Konzert am Samstagabend kamen mehr als 150 vorwiegend jugendliche Zuhörer und Zuhörerinnen, mit etwa 400 Teilnehmern an den zwei Tagen rechneten die Veranstalter insgesamt.

Besondere Aktualität hatte das Motto „Miteinander leben - Musik gegen Gewalt“ der diesjährigen Veranstaltung durch die Ereignisse der vergangenen Woche in Solingen bekommen. „Es geht nicht so sehr darum, uns mit Leuten auseinanderzusetzen, die Gewalt provozieren“, erklärte Wolfgang Tost, Organisator und Landessingwart der evangelischen Landeskirche. „Es soll vielmehr Prävention betrieben und gezeigt werden, daß Musik auch ein Mittel ist, um seine Kreativität umzusetzen, Emotionen herauszulassen und aggressionsfreier zu leben.“ Christliche Musik habe diese Botschaften aber nicht erst seit heute oder gestern vermittelt.

Auf der Bühne des Pfarrparks angetreten waren neun Bands und Musiker aus der Region. Thomas Schäfer wartete am Sonnabend zum

Auftakt mit elektronischer Musik auf, bis in die Nacht spielten „Phoenix“ aus Annaberg, „To Life“ aus Hartenstein, die Schneeberger Band „Feel-Seitig“, und „Straight Line“, die das Konzert mit dem Sessiontitel „Wahre Liebe“ zum Thema Ausländerfeindlichkeit beendeten. Mit einem Gospelgottesdienst mit „Signpost“ wurde das in Sachsen und Sachsen-Anhalt einzige christliche Bandfestival am gestrigen Tag fortgesetzt. Später folgten „Hautnah“, „Goha“ und „Andy&Frank“.

Für die Musiker hatte das Wochenende allerdings bereits am Freitag begonnen, als Sozialarbeiter Harald Lämmel von seinen Erfahrungen mit dem Problem Gewalt unter Jugendlichen berichtet und ein entsprechendes Seminar geleitet hatte. „Das hat den Bands einen sagenhaften Einstieg gegeben“, so Wolfgang Tost. Wichtig ist ihm auch der Kontakt zwischen den Bands, „die sich kaum sehen, und meist zu gleicher Zeit an unterschiedlichen Orten auftreten“. „Deshalb sind Kennenlernen und Austausch um so notwendiger.“ Wegen besserer technischer Möglichkeiten habe das Festival in diesem Jahr außerdem wesentlich professioneller gestaltet werden können.

FP 7.6.93

Tatverdächtige ermittelt

(GT). Die Chemnitzer Kripo ermittelte sieben junge Männer zwischen 19 und 36 Jahren, die am 29. April auf einem Parkplatz im Heckergebiet drei tschechische Bürger körperlich mißhandelt hatten. Ein 19jähriger Tatverdächtiger befindet sich bereits in Untersuchungshaft. Der Haftbefehl gegen einen der 20jährigen wurde nach Angaben der Polizei gegen Auflagen außer Vollzug gesetzt. Beide Jugendliche werden der rechtsradikalen Szene zugeordnet.

Weitere Brandanschläge gegen türkische Mitbürger

Mutter mit fünf Kindern entkam knapp dem Feuer - Zahlreiche Demonstrationen

HAMBURG (dpa). Trotz des Entsetzens über die Morde von Solingen und zahlreicher Demonstrationen gegen Fremdenhaß haben am Wochenende erneut Unbekannte Brandanschläge auf türkische Mitbürger verübt. Bei einer zentralen Kundgebung in Solingen kam es am Samstag zu schweren Krawallen, als sich verfeindete türkische Gruppen bekämpften. Dabei wurden 36 Polizisten und 35 Demonstranten verletzt sowie 31 Personen festgenommen.

In Hattingen an der Ruhr konnte sich eine türkische Frau mit ihren fünf Kindern in der Nacht zum Samstag mit knapper Not aus dem brennenden Haus retten. Die Familie entkam durch das Schlafzimmerfenster. Ein unbekannter Täter hatte das Feuer an Vorhängen und an Schränken gelegt. Die Wohnung brannte aus. In der selben Nacht brannte ein

türkisches Restaurant in Konstanz aus. Auch hier vermutet die Polizei einen Anschlag. Der Schaden wird auf eine halbe Million Mark geschätzt. Nur geringer Sachschaden entstand am Samstag bei einem Brandanschlag auf ein türkisches Geschäft in Sandhausen bei Heidelberg. Verletzt wurde niemand. Inzwischen hat Generalbundesanwalt Alexander von Stahl bestätigt, daß es sich bei den vier mutmaßlichen Tätern in Solingen, um die bereits verhafteten vier Männer handelt.

Die SPD-Opposition will angesichts der neuen Brandanschläge eine Bundestagsdebatte über Rechtsradikalismus und Fremdenhaß noch vor der Sommerpause. Parteisprecherin Cornelia Sonntag sagte gestern in Bonn, die Deutschen dürften sich nicht an die Meldungen über Angriffe auf Ausländer gewöhnen.

Einen Kontrast zu den Gewalttaten bildeten die vielen friedlichen Kundgebungen gegen Fremdenhaß mit mehr als 40.000 Menschen. In Hattingen kamen 1200 Menschen zum Schweigemarsch.

Arbeitsminister Norbert Blüm (CDU) forderte auf der Bundestagung der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft in Chemnitz gestern „eine Gegenwelle der Ausländerfreundlichkeit gegen die Welle von Haß und Ausländerfeindlichkeit“. Der türkische Staatspräsident Süleyman Demirel warnte im „Spiegel“ davor, den Brandanschlag von Solingen zu einem Fanal hochzustilisieren, das die Türkei und Deutschland auseinanderbringe. Innenminister Seitzers (CDU) prüft weitere Verbote rechtsradikaler Organisationen in Deutschland.

Seiten Politik und Hintergrund

7 Befunde im Forschungsprojekt: Versuch einer Bilanzierung

Anschließend an die empirischen Befunde werden im Folgenden bilanzierende Überlegungen vorgestellt. Im Verlauf dieser Forschung stellten wir den Fachkräften in Werkstätten die Ergebnisse der empirischen Aufarbeitung thesenhaft (entlang der strukturierenden Schwerpunktthemen des Kapitel 6) vor und diskutierten gemeinsam. Diese Rückmeldungen flossen in folgendes Kapitel mit ein. Erfahrungen des Kulturbüro Sachsen e.V., aus ihrer Weiterbildung „Keine Schlussstriche – Jugendarbeit nach dem NSU“, in welcher ebenso „damalige“ Praxis für „heute“ aufgearbeitet und mit Fachkräften erörtert wurde, finden sich in der → **Box S.96**).

Folgende Darstellungen orientieren sich also sowohl an den Befunden der vorangegangenen Kapitel als auch an ersten Reflexionen der Gegenwart und versuchen diese Erkenntnisse mit Perspektive auf Handlungserfordernisse für die aktuelle Praxis der (Mobilen) Jugendarbeit – in einer anderen gesellschaftlichen und fachlichen Situation – mit rechtsorientierten Jugendlichen und in völkisch-nationalistischen Dynamiken zu formulieren.

Die vorliegende Forschung sieht sich, in der Professionsverantwortung stehend, eigene Geschichte aufzuarbeiten, aus Praxis und Reflexion zu lernen. Gleichzeitig hat sie den Anspruch, Wissen der unterschiedlichen Beteiligten mit ihren gelingenden aber auch problematischen Erfahrungen fruchtbar zu machen. Die

Resümees zur Arbeit mit rechtsextremen Jugendlichen im Rahmen der Programme AgAG und dem sächsischen Programm „Jugend und Gewalt“ fallen dabei je nach Perspektive unterschiedlich aus bzw. fokussieren unterschiedliche Schwerpunkte. Beispielhaft kann hier verwiesen werden auf die Betonung eines gelungenen Strukturaufbaus aus Expert*innensicht, die Perspektive der beteiligten Fachkräfte auf die enormen Herausforderungen des Alltags mit einer schwierigen Adressat*innengruppe oder das Konstatieren eines politischen wie auch professionellen Versagens aus Sicht der Kritiker*innen der Arbeit.

In der Bilanzierung werden nicht alle Ebenen dieses politischen und fachlichen Diskurses erneut aufgegriffen. Wir orientieren uns an den Schwerpunktthemen des vorangehenden Kapitels streifen dabei die programmatischen Zielsetzungen, ohne diese in jedem Punkt detailliert evaluieren zu können.

Beauftragung und Umgang damit

Aus den Zielsetzungen der Programme leiteten sich Beauftragungen für alle Arbeitsfelder der Jugendarbeit ab, die auf Demobilisierung eskalierender neonazistischer Gewalt aber auch politischer Konflikte insgesamt, integrative Ein- und Anbindung sowie auf Verhaltensänderung orientierten. Gegen Gewalt bzw. gegen Extremismus gaben damit eine ordnungspolitische Rahmung und Färbung vor, die sich auf Ebene der

„Keine Schlussstriche“ – und wie weiter?

Erfahrungen aus der Bildungsarbeit mit Fachkräften

Seit 2020 bietet die Fachstelle Jugendhilfe des Kulturbüro Sachsen e.V. – die Weiterbildung „Keine Schlussstriche – Jugendarbeit nach dem NSU“ an. Unabhängig vom Format erreichen wir dabei in erster Linie Fachkräfte der freien und öffentlichen Jugendhilfe.

Inhaltlich schlagen wir einen großen Bogen: von der Jugendarbeit mit „rechten“ Jugendlichen in der Transformationsgesellschaft der 90er Jahre bis hin zu rassismuskritischer Jugendarbeit in der Migrationsgesellschaft der Gegenwart. Denn wir sind der Überzeugung, dass eine notwendige Konsequenz aus der Aufarbeitung des NSU-Komplexes, die konsequente Verankerung rassismuskritischer Perspektiven in allen Bereichen der Gesellschaft sein muss. Das bedeutet für uns in erster Linie, das Wissen von migrantischen/Rassismus-erfahrenen Expert*innen anzuerkennen und migrantische Selbstorganisationen in ihrer Arbeit zu stärken. Kolleg*innen, die bisher an unseren Workshops teilgenommen haben, gingen diesen inhaltlichen Bogen mit uns gemeinsam. Unserer Forderung nach Rassismuskritik und Migrationssensibilität in der Kinder- und Jugendarbeit begegneten sie in aller Regel mit Offenheit und Neugier. Gleichzeitig zeigen manche Teilnehmer*innen großes Interesse an Täter*innenperspektiven auf den NSU-Komplex. Immer wieder gibt es detaillierte Nachfragen zu den Protagonist*innen des NSU und ihren Netzwerken in Sachsen.

Beim Vergleich der Mobilen und Offenen Jugendarbeit der Transformationsgesellschaft mit ihren heutigen Arbeitsfeldern reflektieren die Teilnehmer*innen sowohl Unterschiede als auch Kontinuitäten. Viele Jugendarbeiter*innen äußern die Überzeugung: „Sowas kann uns nicht mehr passieren!“ Auf Grund der starken Professionalisierung des Feldes, die seit den 90er Jahren stattgefunden hat, haben die meisten Jugendarbeiter*innen heute eine fundierte Ausbildung. Die Räume für Weiterbildung, Reflexion und Supervision, die den Kolleg*innen in der Transformationsgesellschaft nicht durchgängig zur Verfügung standen, fordern heutige Fachkräfte zumeist selbstbewusst ein. Diese Räume sollten als Momente der Selbstentlastung und für die Schärfung des Blicks auf die Herausforderungen der Gegenwart zugleich genutzt werden. Denn in unserem Austausch zeigt sich, dass manche Probleme auch nach dem Ende der Transformationsgesellschaft fortbestehen. Ordnungspolitische Anforderungen an Jugendarbeit beispielsweise begegnen Fachkräften noch immer. Wenn die Interessen von Vorgesetzten und Fördermittelgeber*innen im Widerspruch stehen mit fachlichen Grundsätzen der Profession, befinden sich auch die Jugendarbeiter*innen des 21. Jahrhunderts in einem schwierigen Dilemma.

Problemdefinition, in Adressat*innenbeschreibungen, in der Suche von geeigneten Standorten sowie an die Arbeit gerichteten Erwartungen niederschlugen. Damit verbunden waren Vorstellungen einer aktivistischen Präventions- und Interventionsstruktur, oft benannt als „soziale Feuerwehrfunktion“ der Arbeit unter gleichzeitig als überwältigend erlebten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Diese Beauftragungen schlugen bis auf Praxis durch – zumindest musste sich dazu verhalten werden. Wenn auch ordnungspolitische Aufträge maßgebend waren, so ist rückblickend davon auszugehen, dass damals eine gewisse Auftragsdiffusion wahrgenommen wurde: Berater*innen, Gemeinwesen und kommunale Verantwortliche sowie nicht zuletzt die Interessen und Verhaltensweisen der Jugendlichen sowie intrinsische Motive der Fachkräfte selbst weiteten diese aus.

Bereits in den 1990er Jahren rückten Fachkräfte und Projektverantwortliche von den aufgeführten Beauftragungen unter dem Eindruck ihrer Erfahrungen und Handlungsräume in der Arbeit vor Ort ab oder formulierten diese um. Eigensinn und wachsendes fachliches Selbstbewusstsein führte vor dem Hintergrund dessen, welche konkreten Bedingungen vor Ort vorgefunden wurden, zu kritischen Auseinandersetzungen mit Erwartungshaltungen sowie einer verstärkten Sozialraumorientierung und Netzwerkbildung.

In der Gegenwart finden sich ordnungspolitische Aufträge insbesondere aus dem institutionellen Gefüge aber auch dem Gemeinwesen heraus. Zudem bestehen Abhängigkeiten von Förderlogiken weiterhin. Jugendarbeit ist heute vielleicht noch stärker kommunal beauf-

tragt und, nicht nur fiskalisch motivierte Zugriffe und pazifizierende Beauftragungen, sondern auch gezielte politische Eingriffe nehmen in Krisenzeiten, wie während den flüchtlingsfeindlichen Mobilisierungen 2015 ff. sowie in Folge des Einzugs der AfD in Stadträte und Kreistage, zu. Darüber hinaus sehen sich die fachlich und formell ausdifferenzierten Regelstrukturen der Jugendarbeit aber einer vielfältig ausgerichteten Programmlandschaft von Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung und „Extremismusbekämpfung“ sowie den Einflüssen einer kritischen Zivilgesellschaft gegenüber.³¹

Eine Vielfalt zwischen „offiziellen“ und anderen Aufträgen findet sich auch heute. Mit diesen wird vor dem Hintergrund eines professionalisierten und durch Fachlichkeit grundierten „Standings“ in aller Regel deutlich selbstbewusster umgegangen. Die Beauftragung ist zudem besser abgesichert über gesetzliche Grundlagen, Fachstandards und über ein breiter geteiltes Grundverständnis der Arbeit im Netzwerk der Praktiker*innen und ihrer verbandlichen und qualifizierenden Strukturen bis hin in die Gesellschaft. Das bietet zumindest die Möglichkeit, problematische Beauftragungen und lineare Wirkungsansprüche und Erwartungen zurückzuweisen, in der Umsetzung abzuändern oder selbstbewusst in der Praxis anders zu interpretieren.

Situations- und Adressat*innenanalyse

Die Beauftragungen der 1990er Jahre spiegelten sich in der Beschreibung der Adressat*innen. Diese sollten vorrangig mittels sozial-integrativer Angebote in die Gesellschaft zurückgeholt werden. Deren politische und ideologische Orientierungen wurden vor allem als

Kompensationsstrategien und damit entpolitisiert verstanden und somit der Fokus verkürzt auf Gewalt und deviantes Verhalten gelegt. Die unterschiedlichen Ebenen von Programm, über Konzepte bis hinein in die Praxis waren sich in der Beschreibung von „Wendejugendlichen“ weitgehend einig, jedoch verkannten, – vereinseitigten, verkürzten, vereinfachten – sie die Adressat*innen darin. Vor allem zwei Punkte blieben in der Analyse unterbelichtet: Der Neonazismus der Jugendlichen wurde als Folge der Desintegration und Orientierungslosigkeit gedeutet, als ein fluides, jugendkulturelles und cliquendynamisches Phänomen. Damit gerieten sowohl die sich verfestigenden und verfestigten rechten Haltungen der neonazistischen Jugendcliquen aus dem Blick, ebenso wie die Frage deren (ost- und westdeutscher) Entstehung, Ursache, Einbettung und Tradierung. Eine für das spezifische Arbeitsfeld vergleichsweise geringe Qualifizierung der Fachkräfte, aus westdeutschen (fachlichen und sozialen) Kontexten stammende Erfahrungen jenseits solcher gesellschaftlichen Transformations- und Modernisierungsverwerfungen (siehe Kapitel 3), sowie zu oft ausgebliebene, konkrete (ideologie- und macht-) kritische Analysen der Adressat*innen, deren Lebenswelten und Sozialräume konnten diese Leerstellen nicht ausfüllen.

Was in die Analysen nicht einfluss, wie beispielsweise Fakten zu ideologischem Eigensinn, zu Genderaspekten, zur Bedeutung der Gruppe und der Gewalt oder zu sozialintegrativen Momenten in rassistisch geprägten Gemeinwesen, konnte auch in der Praxisumsetzung nur schwer berücksichtigt werden. Der Theorie-Praxis-Transfer erwies sich vor dem Hintergrund der besonderen Problemlagen vor Ort nur punktuell als gelingend, es gab

durchaus sozialkritisch geleitete Herangehensweisen. Eine durchweg informierte, kritische Analyse der Jugendlichen im Verbund mit anderen sozialen und politischen Akteur*innen im Gemeinwesen hätte hier andere Realitäten und Perspektiven zeichnen können – als die auf Einlösung eines Reintegrationsversprechens in demokratische (bundesdeutsch vorgestellte) Kontexte. Stattdessen waren sie mit Realitäten einer mit sich selbst beschäftigten, konsternierten und verunsicherten Gemeinschaft konfrontiert, die kaum demokratische Deutungen und Angebote machen konnte. Es gab keine Zivilgesellschaft im heutigen Begriff.

Die heutigen Beschreibungen der Adressat*innen in der direkten Praxis ergeben sich weniger aus Programmbeschreibungen. Eher sind dies Resultate sich gleichzeitig teilweise widersprechender, potentiell aber auch ergänzender, Einschätzungen unterschiedlicher (professioneller) Akteur*innen. Fachkräften steht weiteres Wissen zur Einordnung und Analyse, in Teilen auch eigenes biografisches Wissen aus den sog. „Baseballschlägerjahren“, zur Verfügung. Die Möglichkeiten einer kritischen Analyse der Adressat*innen unter Hinzuziehung unterschiedlicher persönlicher, fachlicher und gesellschaftlicher Wissensbestände stellen sich heute erweitert dar. Die Vergesellschaftungsmodi der Peergroups haben sich deutlich verändert. Aktuelle Rückmeldungen verweisen auf fluide, heterogene, kleinteilige und anlassbezogene Gesellungen statt einer festen „rechten“ Clique sowie den hohen Einfluss von Onlinemedien (oder konkreter: Influencer*innen), so dass vergleichbare Sozialisationsmomente heute fraglich sind. In Rechnung zu stellen sind gegenwärtig ebenfalls stärkere Einflüsse sozialer Abgrenzungen, virtuelle, hybride

Lebenswelten sowie eine stärkere, auch zeitliche Differenzierung der Jugendphase, was von Teilen der Fachkräfte als Bedeutungsverlust der Jugendarbeit erlebt wird.

Davon sind extrem rechte Jugendphänomene nicht ausgeschlossen. Sie haben sich, zerstreuter und differenzierter, ins Alltägliche jugendkultureller Performance verlagert und zeichnen sich höchst selten als geschlossene, rechts-extreme Jugendclique ab. Damit ist der Jugendarbeit ein, analog zu den 1990er Jahren, eng zu definierender Zugang zu-meist abhandengekommen.

Praxisumsetzung

Die Praxis der 90er Jahre stellte sich mehr als „learning by doing“ und schrittweises Wachstum der Aufgabenbereiche und weniger als gezielt konzeptgeleitete Arbeit dar. Schwerpunktsetzungen fanden sich in gruppenbezogenen Maßnahmen zur systemischen oder gesellschaftlichen „Integration“. Daraus resultierende Probleme und der ausprobierende Umgang damit, öffnete neue Perspektiven und Felder. Der im Kontext der 1990er Jahre diskutierte akzeptierende Ansatz war dabei in der Praxis vielfach mehr schlagwortartiger als konzeptioneller Natur, kennzeichnete – verteidigend – eine sozialpädagogische Grundhaltung, weniger strategisches methodisches Handeln oder einer auf Demokratiebildung angelegten Prozessgestaltung.

Der programmatisch angelegte Strukturaufbau strebte die Einrichtung offener Jugendräume an, welche gleichzeitig ein (naheliegendes) „Mittel zum Zweck“ waren, um hierüber Zugang zu den rechten Cliques in der Praxis zu erhalten. Teilweise folgten sie der These,

selbstverantwortete Räume wirkten demokratisch reintegrierend und stärkten zivilgesellschaftliche Identifikationen. Rückblickend stellten sich diese Veräumlichungen jedoch als besonders problematisch dar, da sich hier rechte (männliche) Räume (re)produzierten, bis hin zu Unterstützung für neonazistische Strukturen. Berechtigt sind sie ein Hauptkritikpunkt an der Umsetzung des AgAG. Damalige Fachkräfte kannten solche Beispiele des Scheiterns und in den eigenen Räumen ging es immer um die Aushandlung und Durchsetzung von Grenzen, ohne dass dabei klar war, wann genau der Moment „rechter“ Raumnahmen erreicht wurde und welche konkreten fachlichen und politischen Grundsätze und Begründungen für Grenzsetzungen herangezogen werden konnten.

Diese Erfahrungen mit rechten Raumnahmen sind den heutigen Fachkräften präsent und werden in Fachdebatten transparent diskutiert. Offen zugelassene Raumeignungen sind mittlerweile Ausnahmen. Mobile Jugendarbeit bietet heute die eigenen Räume zeitweise zur offenen Nutzung an, um Freizeit zu gestalten und/oder das Beratungsangebot der Fachkräfte zu nutzen. Im ländlichen Raum werden hauptsächlich selbstverwaltete Räume durch Mobile Jugendarbeit aufgesucht und begleitet, in Quantität und Qualität abhängig von den Bedarfen der Jugendlichen und den strukturellen Kapazitäten der Teams. Vor allem in selbstverwalteten Strukturen im ländlichen Raum entwickeln sich immer wieder Grenz- und Streitfälle von Raumeignungen.

Eine wesentliche Perspektive, die sich als *erster* Fluchtpunkt aus der Arbeit mit den rechten Cliques heraus entwickelte, war die Einzelarbeit. Hier wurden trotz vor-

dergründiger sozialintegrativer Anstrengungen die besten Chancen gesehen, Verhaltensänderungen und den Abbau von bestimmten Haltungen zu erreichen. In der konkreten Beziehungsgestaltung, hat auch der Akzeptanzbegriff seinen Niederschlag gefunden und es kamen (und kommen) beständige Positionierungen und Aushandlungen zum Tragen. In der Diskussion mit heutigen Fachkräften gewannen wir den Eindruck, dass hier der Schwerpunkt des Versuchs von Einstellungsänderungen gesehen wird.

Eine aktuelle Herausforderung besteht weiter darin, diese Einzelarbeit stärker mit pädagogischen und politischen Bemühungen um Adressat*innen und deren Lebenswelten im Gemeinwesen, insbesondere mit Blick auf eine Förderung von Emanzipation und Demokratie, zu verbinden. Dazu zählt auch, wie Aspekte der Einzelarbeit, Reflexion von Bemühungen und Erfolgen und der daraus abgeleitete Bedarf nach Interventionen ins Team, in andere Aufgabenbereiche und in Netzwerke transferiert werden können.

Der sich schon damals abzeichnende Sozialraumbezug, mit der Arbeit im Gemeinwesen als gewissermaßen *zweitem* Fluchtpunkt, sieht sich heute bestenfalls mit einer vielfältigeren unterstützenden Akteurslandschaft vernetzt als das in den 1990er Jahren der Fall war. Damit kann es gelingen, den Blick auf die Adressat*innen und die eigene Praxis, auf Stimmungen im Gemeinwesen und daraus abzuleitende Erfordernisse abzustimmen und sich darin als demokratischer Akteur zu positionieren. Jugendarbeit bringt ihr fachliches Wissen mit umfassenden spezifischen Einblicken, Kenntnissen und Fähigkeiten der Lebenswelt der Jugendlichen in das Gemeinwesen und relevante Gremien ein. Die Chance besteht somit

darin, dass sich (Mobile) Jugendarbeit als Akteurin innerhalb eines multidirektionalen Handlungsgeflechts begreift. Hierzu sind die Voraussetzungen mitunter weiterhin prekär, aber letztlich doch deutlich besser, als sie es gerade zu Beginn der 1990er Jahre waren. Wichtig ist es, dabei alle vier Säulen Mobiler Jugendarbeit bewusst zur Geltung zu bringen. Entlang des lokalen, sozialen Settings können professionelle Räume als pädagogische Prozesslandschaften mit der Intention gestärkt bzw. fokussiert werden, Momente demokratischer Bildung zu initiieren und individuelle, alltägliche Bildungs- und Emanzipationsprozesse auch konfrontativ zu begleiten und abzusichern.

Resultate und Wirkungseinschätzungen

In der Diskussion um „die akzeptierende Jugendarbeit“ der 1990er Jahre spielen vor allem solche Effekte eine Rolle, die in einer Begünstigung bis zur Unterstützung der rechten Szene gesehen wurden. Unsere aktuellen Befunde verweisen darüber hinaus jedoch auf ganz unterschiedliche Resultate, auf strukturbildenden, fachlich-konzeptionellen, professionalisierungsbezogenen, adressat*innenbezogenen Ebenen. Wichtig ist festzuhalten, dass sich insbesondere bei angestrebten Haltungs- und Verhaltensänderungen kaum kausale Zusammenhänge zum Wirken der Projekte herstellen lassen, im positiven wie negativen Sinne.

Positive Resultate ließen sich bei Entwicklung von Fachlichkeit und Struktur sowie Vernetzungsaufbau (Einrichtungen und Träger, Sozialraumentwicklung und Jugendförderung, Qualifizierungen, landesweite Strukturen) nachzeichnen. Neben nach wie vor bestehenden Lücken

in der (Mobilen) Jugendarbeitslandschaft stellen sich die Ergebnisse des zurückliegenden Strukturaufbaus mitunter als vakant dar. Nach politischem Missfallen und Haushaltslagen können die Angebote der Jugendarbeit immer wieder in Frage gestellt oder mit Schwierigkeiten konfrontiert werden. Die rechtliche Verortung des Arbeitsfeldes, im Anspruch demokratischer Bildung und zivilgesellschaftlicher Sicherung als kommunale Aufgabe, ist nicht allein vor dem Hintergrund aktueller, politischer Dynamiken als unzureichend zu betrachten.

Wenn die befragten Praktiker*innen von damals auf kleine „Bausteine“ in gelingenden Prozessen der Neuorientierung der Jugendlichen verwiesen, so gelangen diese am ehesten über die Eröffnung neuer Erfahrungsräume als zentrales pädagogisches Moment. Das galt in den Beschreibungen rückblickend für einzelne Jugendliche. Für die Cliques als zentralen Gegenstand fielen die Resultate tendenziell negativ aus, da häufig Gruppendynamiken im Weg standen. Insgesamt wurden kaum Einstellungsänderungen berichtet, was vor dem Hintergrund der lokalen Umfeldbedingungen in Teilen utopisch zu sein schien. Umorientierungen ergaben sich eher mit fortschreitender Adoleszenz, einem Wandel von Lebensperspektiven und damit einhergehend der Auflösung von Cliquesstrukturen. Hierbei hatten womöglich die fortschreitenden, gesellschaftlichen Modernisierungsdynamiken und veränderten Anforderungen an die jungen Menschen weitreichendere Wirkung gehabt, als um Intervention bemühte Fachkräfte.

Als hinderlich dafür erwiesen sich insbesondere die fehlende Einlassungsbereitschaft der Jugendlichen, deren hohes

Gewaltpotenzial sowie die Einschränkung oder Untergrabung sozialpädagogischer Handlungsspielräume.

Die Begrenzung der Handlungsspielräume der Fachkräfte entstand entweder durch eine starke neonazistische Szene und/oder durch Tendenzen zur Entpolitisierung, das Leugnen oder Relativieren bis hin zur klammheimlichen Billigung rechter Vorfälle auf politisch-administrativer Ebene. Auf der anderen Seite gab es auch damals wirkmächtige Akteur*innen die unterstützten und teilweise eine antifaschistisch engagierte Szene, die Kritik herantrug und Reflexionen beförderte sowie gleichzeitig Ausdruck einer nicht-rechten Vielfalt an Jugendkulturen war. Die demokratischen Potenziale dieser Akteur*innen wurden von den Fachkräften teilweise zu wenig in Betracht gezogen und strategisch eingebunden. Die Einbeziehung einer antifaschistisch engagierten Szene kann vor allem für eine erweiterte Einschätzung lokaler Dynamiken hilfreich sein, aber auch zur Gestaltung gemeinsamer Aktivitäten in den eigenen professionellen oder darüber hinausgehenden Räumen führen.

Die Sondierung unterschiedlicher Faktoren verdeutlicht, dass „Erfolg“ und „Misserfolg“ nicht allein darauf zurückgeführt werden konnten, ob eine „gute“ oder „schlechte“ jugendarbeiterische Praxis vorlag. Tatsächlich waren die Voraussetzungen, auf die die Jugendarbeit Anfang der 1990er traf, vielfach ungünstig. Neben den mit der Umbruchsituation verbundenen, sozialen und ökonomischen Verwerfungen insgesamt fand sie häufig ein rechtsoffenes oder „rechtsblindes“ Klima vor, während in den Sozialräumen kaum Strukturen vorhanden waren, die ihre Bestrebungen

gestützt hätten. Aber ebenso konnten sich Verhältnisse wandeln, so dass neue Chancen entstanden und sich Gelegenheiten auftaten. Unter dem Strich zeigt sich also, dass „Wirkung“ stets auf dem Zusammenspiel einer Vielzahl von Faktoren beruhte und entsprechend gesellschaftlich und sozialräumlich kontextualisiert war.

Drei Markierungen

Grundsätzlich müssen damit Erwartungen an und Möglichkeiten von Jugendarbeit unter je spezifischen Rahmenbedingungen, (über)mächtigen Einflussfaktoren und das politische Klima bestimmende Kräfteverhältnisse im Sozialraum einbezogen werden. Einlassungsbereitschaft und Freiwilligkeit im offenen Arbeitsfeld standen und stehen darüber hinaus im Kontrast zu (ordnungspolitischer) Beauftragung, zur Einhegung und Anpassung aber auch zu einem reformulierten Präventionsdiskurs mit dem Anspruch, sich von einer rechten Orientierung abzuwenden und eine demokratische Entwicklung zu begleiten.

Fragen nach Wirkungen und Ergebnissen müssen – und das ist schon ein Allgemeinplatz – den gesamten Zusammenhang von kritischen Problemanalysen, inkl. widerstreitender Interessenlagen und Machtgefügen, über realistischen Aufträge bis zu den Bedürfnissen der Jugendlichen selbst berücksichtigen. Insgesamt wurde also (zu) viel erwartet. Berechtigt wurde insbesondere der Fokus auf rechte Jugendliche und das Ausblenden politischer Dimensionen kritisiert, womit Jugendarbeit in Teilen einer Formierung der rechten Szene zuarbeitete, dieser zumindest nicht als Bollwerk entgegentrat.

Darüber hinaus möchten wir abschließend auf drei Punkte hinweisen (welche gleichzeitig nicht nur Jugendarbeit betreffen):

Als *erste* markante Leerstelle, nicht nur in unserer Forschung, zeichnet sich die fehlende oder entstellte Betroffenenperspektive ab. Die Perspektiven und Erfahrungen von Migrant*innen und Vertragsarbeiter*innen sowie People of Colour wurden ausgeblendet oder unsichtbar gemacht. Linke, alternative und antifaschistische Jugendliche wurden vorrangig als Teil des (Jugend- und/oder Gewalt-) Problems adressiert. Diese Wahrnehmungen finden sich in dieser Eindeutigkeit heute nicht mehr unter Fachkräften und deutlich weniger auch unter Verantwortungsträger*innen.

Eine *zweite* gewichtige Leerstelle, die sich rückblickend sowohl in Programm, Konzept als auch Praxisebene offenbarte, ist eine Geschlechterperspektive, also ein Einbezug von Aspekten vergeschlechtlicher Orientierungen und Dynamiken. Trotz einzelner Versuche von Mädchenarbeit oder dezidiert Mädchen adressierender Angebote wurden Mädchen/junge Frauen in den Berichten nicht oder kaum benannt, somit vielfach übersehen und damit einhergehend ihre Rolle unterschätzt und ausgeblendet. So richtete sich die Praxis ganz überwiegend oder ausschließlich an männliche Jugendliche und junge Erwachsene und blieb geschlechtlich unmarkiert. Es fand keine Jungenarbeit im heutigen Sinne oder eine kritische Praxis zu Männlichkeit statt, damit konnte die Relevanz von Männlichkeitsthemen, (Hetero)Sexismus und Abwertungsdynamiken nicht im Geschlechterkontext erfasst und einbezogen werden. Binnendynamiken innerhalb der Cliquen und mögliche Themen/Inte-

ressen der Cliquesmitglieder im Prozess der Adoleszenz oder sich verändernder Geschlechterverhältnisse blieben damit unbeachtet.

Aktuelle Diskussionen zeigen, dass es nunmehr kritischere Perspektiven auf Männlichkeit und geschlechtsbezogene Abwertungen und Ausgrenzungen gibt, wenn auch noch stärker ausformuliert werden müsste, was das für die Praxis bedeuten kann. Auch heute finden sich noch Vorstellungen einer Instrumentalisierung von Mädchen zur Pazifizierung und deren Übersehen als politische Subjekte.

Als *drittes* möchten wir auf Bedeutungsverschiebungen des „Politischen“ in der Arbeit hinweisen, ohne deren Tragweite ausformulieren zu können. Die Fachkräfte resümieren in der Rückschau Lust und Möglichkeiten zu gestalten, sich einmischen zu können und zu wollen. Dieses selbstbewusste Setzen und Suchen des Politischen scheint im Zuge und zugunsten ansonsten wünschenswerter Professionalisierungsprozesse und institutioneller Strukturentwicklung zunehmend in den Hintergrund zu treten. Zudem wäre zu prüfen, wie sich Verständnisse des Politischen im Zeitgeist von den frühen 1990er Jahren bis heute verändert haben. Reimer-Gordinskaya (2015) zeigt beispielsweise, dass (damalige) sozialkritische Zugänge, später mehr oder weniger durch ideologie- bzw. einstellungskritische abgelöst wurden. Mit den Veränderungen der Analyseraster verschieben sich die Verständnisse von Gesellschaft, deren Macht- und Herrschaftsverhältnissen sowie damit einhergehend auch die Wahrnehmung der Adressat*innen (s.o.) und der konzeptionellen Ansatzpunkte pädagogischer Arbeit einschließlich ihrer „politischen Momente“.

In der Gesamtschau stehen die Erfahrungen der Fachkräfte und deren Aufarbeitung positiv zu Buche. Trotz mancher Fehler sind sie ein relevanter und wesentlicher Bestandteil des Professionalisierungsprozesses und einer konflikthaften Fachdebatte, die parallel und überschneidend mit gesellschaftlichen Diskussionen geführt wurde und wird. Seit zahlreichen Jahren fokussiert sich beispielsweise die kommunale Demokratieentwicklung weg von Täter*innen hin zu den Betroffenen rechter Gewalt, spezifische geschlechterreflektierende Präventions- und Interventionsansätze sind in der praktischen Erprobung. Bereits Ende der 90er Jahre mündete diese fachliche Debatte in erste Fachstandards für Mobile Jugendarbeit in Sachsen³², die für das Arbeitsfeld grundlegende Kriterien formulierte und Grenzen der eigenen Handlungsmöglichkeiten absteckte, wengleich dezidierte Aussagen zu Rechtsextremismus darin fehlten.

31 Dass auch in heutigen Bundesprogrammen vor allem drei Aufträge für Bildungsarbeit – „Extremismus“-Bekämpfung, Prävention und Sicherheit – und damit ein pädagogisch-ordnungspolitischer Präventionsansatz etabliert sind, darauf weist Julika Bürgin (2021) hin.

32 Fachliche Standards Mobile Jugendarbeit/Strassensozialarbeit, erarbeitet durch den Landesarbeitskreis Mobile Jugendarbeit e.V., 1997 <https://www.mja-sachsen.de/wp-content/uploads/2021/04/Landesarbeitskreis-Mobile-Jugendarbeit-Sachsen-e.V.-Hg.-1997-Fachliche-Standards-Mobile-Jugendarbeit.pdf> (30.10.2022)

8 Handlungsempfehlungen³³ für die Jugendarbeit im Kontext Rechtsextremismus

Die Frage nach den Schlüsselaspekten einer (wirksamen) sozialpädagogischen Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen lässt sich nicht isoliert und ebenso wenig abschließend beantworten. Hierüber geben sowohl die Erfahrungsberichte und Analysen aus den 90er Jahren, als auch die Gespräche und Werkstätten mit Praktiker*innen der Mobilien Jugendarbeit 2022 eindrucksvoll Auskunft. Vielmehr muss die Frage nach dem „Ob?“ und dem „Wie?“ einer Zusammenarbeit ebenso wie das Verständnis von Wirksamkeit im Prozess verhandelt und im Feld gesetzlicher Anforderungen, sozialräumlicher Realitäten, lokaler Akteur*innen, fachlicher und ethischer Selbstverständnisse, vorhandener Ressourcen und dem Grad der Politisierung, bzw. der Einbindung in „rechte“ Strukturen der Adressat*innen bewertet werden. In diesen Abwägungsprozessen ist es daher prinzipiell legitim, sich für oder auch gegen eine Arbeit mit diesen Adressat*innen zu entscheiden. In den professionellen Reflexionen wird dabei Bezug genommen auf sozialräumliche und lebensweltliche Realitäten, das Agieren und die Offenheit potenzieller Adressat*innen sowie die professionelle und materielle Aufstellung der Fachkräfte vor Ort. Weitere Indikatoren sind die kommunalen Kräfteverhältnisse, Unterstützungsstrukturen sowie verhandelte jugendpolitischen Aufträgen.

Im Vorfeld einer solchen bewussten Entscheidung steht eine Analyse des Sozialraumes sowie den vor Ort befindlichen jungen Menschen. Im Ergebnis sollte eine möglichst belastbare Einschätzung darüber vorliegen, welche Dynamiken und Schwerpunkte den Sozialraum charakterisieren, wie junge Menschen ihre Alltagswelt mitgestalten können, wie die agierenden Jugendlichen wahrgenommen und eingeschätzt werden, wie sie sich selbst einschätzen und auf Basis welcher Kriterien diese Zuordnungen überhaupt vorgenommen wurden. Erst auf dieser Grundlage können sich die verantwortlichen Fachkräfte in einem professionellen Abwägungsprozess (unter Einbeziehung der Positionen relevanter Dritter) darüber verständigen, wer Adressat*in der Arbeit wird. Dies erfordert eine entsprechend spezifische Ausrichtung von Konzepten, Räumen und Angeboten sowie die Justierung und ggf. Erweiterung des sozialpädagogischen Handlungsrepertoires – und unter Umständen die Abwendung von anderen. Für diesen Prozess der Analyse und konzeptionellen Planung wird innerhalb der Handlungsempfehlungen ein methodischer Vorschlag für eine *fokussierte Gemeinwesenerkundung* unterbreitet (siehe Anhang).

Voranzustellen ist, dass sich in den vergangenen mehr als 25 Jahren nicht nur grundsätzlich die gesellschaftlichen Realitäten, sozialen Reproduktionsräu-

me und jugendlichen Lebenswelten und in deren Folge die sozialwissenschaftlichen Instrumentarien und Paradigmen zur Einordnung verändert haben. Parallel hierzu hat die Jugendarbeit in Sachsen einen enormen Entwicklungs-, Qualifizierungs-, Stabilisierungs- und Selbstversicherungsprozess durchlaufen, obgleich dieser regional differenziert zu bewerten ist. Nur ein Aspekt: rechtsorientierte Jugendliche sind jugendkulturell nicht mehr durchgehend wie in den 1990ern sichtbar und nehmen auch Jugendarbeit nicht mehr vergleichbar aktiv in Anspruch. Völkische, demokratiefeindliche und menschenfeindliche Haltungen junger Menschen sind enorm ausdifferenziert, finden sich weniger in der abweichenden, ge-

walttätigen Clique, als vielmehr quer durch unterschiedliche (subkulturelle) Lebenswelten. (Mobile) Jugendarbeit stellt für Teile der Szene und vor allem für organisierte Jugendliche und junge Erwachsene kein Angebot dar, welches lebensweltlich in Besitz genommen werden will. Häufig wird sich Kontaktangeboten vollständig entzogen. Dagegen sind Fachkräfte mit pauschalisierenden Ablehnungshaltungen und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit als fester Bestandteil einer durch Jugendliche gelebten und inszenierten „Normalität“ konfrontiert, die ihren Ursprung in der erlebten sozialräumlichen Alltagsrealität und nicht zuletzt in der Elterngeneration, der „Generation Hoyerswerda“ (Kleffner/Spangenberg 2016) haben.



Naziaufmarsch 1. Mai 1998 Leipzig Völkerschlachtdenkmal (Foto: Harald Kirschner)

Für die Jugendarbeit geht damit die Perspektive einer Re-Integration und Überwindung abweichenden Verhaltens verloren. „In der Hauptsache muss sie sich als eine Praxis verstehen, die demokratisches Miteinander gestaltet und erlebbar macht, welches zuweilen in Widerspruch mit den demokratischen Selbstbeschreibungen vor Ort treten kann (und muss)“ (Schuhmacher/Zimmermann 2021: 58).

Die Anforderungen an das Arbeitsfeld werden sich weiter ausdifferenzieren. Dabei resultieren die pädagogischen Herausforderungen in der Arbeit mit rechtsorientierten³⁴ jungen Menschen nicht zuletzt aus einer strukturellen Formierung einer radikal rechten Strategie sowie einer zunehmenden Flucht ins Autoritäre (Decker/Brähler 2018), die (nicht nur) die westlichen Demokratien erfasst hat und in deren Folge krisenbeschleunigt eine Hinwendung zu autoritär-antiliberalen Positionen von beachtlichen Teilen der Bevölkerung stattfindet. In diesen Prozessen erreichen regressiv Positionen der wehrhaften Männlichkeit, des Antifeminismus, des Sozialdarwinismus und nicht zuletzt des völkischen Nationalismus im Gewand von populistischen, verschwörungstheoretischen und antisemitischen Narrativen ungeahnte Popularität und verbinden sich popkulturell mit dem Lifestyle (nicht nur) junger Menschen. Diese Weltansichten und Interpretationen sozialer Realität durchdringen bereits jetzt die Lebenswelten junger Menschen digital, sowie in den Nachbarschaften und forcieren ideologische Positionierungen. (Mobile) Jugendarbeit kann im Kontakt mit dem Einzelnen, mit der Gruppe und als Akteur*in im Gemeinwesen den Unterschied machen.

A

(fach-)politische Wirksamkeit vor Ort

A.1 Jugendarbeit ist und bleibt in der fachlichen Verpflichtung, sich aktiv in jugendrelevante Gremien wie auch informelle Netzwerke einzubringen. Anknüpfend an die spezifische Situation vor Ort sensibilisiert sie hierbei für die lebensweltlichen Realitäten junger Menschen, vertritt deren Bedarfe, erweitert die Perspektiven der Mitglieder, und aktiviert und stabilisiert Unterstützer*innen. Jugendarbeit ist in der Verantwortung aktiv an der Schaffung jugendpolitischer Mehrheiten mitzuwirken und benötigte Ressourcen zu generieren.

A.2 Sozialräumliche und lokalpolitische Wirksamkeit entwickelt sich durch das Vertreten spezifischer professionsgestützter Perspektiven der Fachkräfte auf junge Menschen und deren Bedürfnisse. So werden Deutungen von und über Jugendliche vor Ort umfassend ergänzt. Insbesondere auch in der Diskussion zu rechtsorientierten Jugendlichen, die lokal auffällig sind und entsprechend problematisiert werden, darf sich die Jugendarbeit in ihrer Expertise verantwortlich zeigen für eine Differenzierung und Schärfung der Phänomene sowie eine jugendfokussierte Wahrnehmung. In die Auseinandersetzung und Willensbildung³⁵ sollten benötigte Bedingungen für eine Bearbeitung von Herausforderungen und die Markierung von Handlungsoptionen und -grenzen einfließen.

A.3 Die Bedeutung professioneller Netzwerke für die Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen muss erneut herausgestellt und ganzheitlich eingefordert werden, wenn sie auch in der konkreten Ausgestaltung der Praxis vor Ort häufig Standard ist. Ganzheitlich in dem Sinne, dass Jugendarbeit als Akteurin im Gemeinwesen³⁶ die eigenen Erkenntnisprozesse im Netzwerk so organisiert und reflektiert, dass Analysen multiperspektivisch erstellt, diskutiert und Aktivitäten arbeitsfeldübergreifend abgeleitet werden. Professionelle Netzwerke sind Räume der Bestärkung und Vergewisserung und gleichzeitig der fachlich und politisch fokussierten Kritik und Qualitätsentwicklung. Hierfür ist es unabdingbar, dass die lokalen wie auch überregionalen Fachnetzwerke Schlüsselmomente und -prozesse im Phänomenbereich im eigenen Handlungsfeld über die eingehende Beschäftigung mit konkreten Fällen identifizieren, das heißt konkret werden und detailliert

sozialpädagogisches Handeln der gemeinsamen Reflexion zur Verfügung stellen. Hier können Engführungen der eigenen Arbeit erkannt, übersehene Adressat*innen identifiziert und Interventionen reflektiert werden.

A.4 In einer das Gemeinwesen aktivierenden Praxis in Anlehnung an Konzepte des *community organizing*³⁷ werden Adressat*innen und Jugendarbeiter*innen zu Teilen der lokalen Öffentlichkeit und stellen sich für Aktivitäten und Kritik zur Verfügung. Vor allem geht es hier um die Öffnung von Prozessen sowie die gezielte Erweiterung um andere Akteure der lokalen Bevölkerung und der organisierten Zivilgesellschaft. So können Potenziale entstehen, da sich fixierte Bilder und Vorstellungen wechselseitig verändern und neuen Realitätsaspekten Platz einräumen. Das Handeln von Gemeinwesenakteur*innen kann sukzessiv stärker aufeinander abgestimmt werden und politische Konfliktlinien (um die Nutzung von Räumen, zwischen Gruppen und zu Entwicklungen vor Ort) werden markant, öffentlich und damit letztlich im Gemeinwesen bearbeitbar. Für diese Öffentlichkeit, d.h. „ins Licht stellen“ von Machtverhältnissen und Konfliktlinien, tragen auch die Fachkräfte und deren Netzwerke Verantwortung.

B Professionalität und Qualitäten

B.1 Die Analyse lebensweltlicher Realitäten und Muster ist oft vernachlässigter Standard und Grundbedingung für eine strategische und wirkungsorientierte Ausrichtung der eigenen, sozialpädagogischen Praxis. So gilt es die konkrete Übersetzung gesellschaftlicher Phänomene (z.B. völkischen Nationalismus bzw. autoritärer Nationalradikalismus) und alltagsweltlicher Wirksamkeiten (z.B. Diskurse über den „Großen Austausch“ oder Diskriminierung im Gemeinwesen) aktiv nachzuvollziehen. Dies reflektierend sind Fachkräfte angehalten, sich eine konsistente Haltung³⁸ zu erarbeiten, diese wechselseitig im Team transparent zu machen und professionelle Differenzen anzuerkennen, zu nutzen und damit produktiv in den Diskurs zu bringen. Erst im vorläufigen Ergebnis dieser Klarlegung können die Teams eine geteilte Perspektive auf den Gegenstand der Arbeit entwickeln, Handlungsoptionen (wie auch -grenzen) bestimmen und mit vorhandenen Ressourcen (im Netzwerk) abgleichen. Dieser Vergewisse-

rungsprozess als Analyseschleife von „sozialer Realität – Auftrag – Haltung – Team – Aktion“ ist kontinuierlicher, aber keinesfalls ständiger Auftrag und wird gleichwertig durch Pragmatismus, Intuition und Versuch ergänzt, jedoch keinesfalls ersetzt. Zudem prüfen Fachkräfte kritisch, inwiefern Dynamiken und Phänomene in ihren Grundzügen und Wirkungsweisen tatsächlich neu oder bereits in differenzierten Expertisen zugänglich sind.

B.2 Qualitätsentwicklungsprozesse sowie die Reflexion und Bewertung von Analyseergebnissen werden gezielt durch gegensätzliche oder doch zumindest versetzte Perspektiven angereichert, um Engführungen zu vermeiden. Dies kann sowohl durch professionelle Begleitung wie Supervision oder Coaching, durch temporäre Reflexionsrollen im Team (Kritiker*in), als auch durch die Einbeziehung von Außenpartner*innen³⁹ gelingen. Damit können bisher wenig beachtete Aspekte bewusst gemacht und Adressat*innen entdeckt werden, die sich von den Angeboten nicht angesprochen (oder von anderen Nutzer*innen bedroht) fühlen und zu neuen (Arbeits-)Hypothesen gelangt werden. Insofern wird zu einem professionellen Handeln geraten werden, welches durch bewusste Vereinbarungen und öffnende Verfahren Irritationen nicht nur zulässt, sondern aktiv provoziert und nutzbar macht. Dies setzt eine selbstbewusste Reflexivität und Fähigkeit zur Veränderung eigener Perspektiven bei den jeweiligen Fachkräften voraus.

B.3 In Abgrenzung zur Realität des Arbeitsfelds in den 90er Jahren sind die geleisteten Professionalisierungsbestrebungen⁴⁰ der vergangenen Jahrzehnte als wertvolle Ressource und Bedingung für eine wirksame Jugendarbeit anzuerkennen. Für die konkrete Praxis vor Ort sei ergänzend auf zwei, an die vorhergehenden Ausführungen anknüpfende Aspekte, hingewiesen. Die sozialpädagogische Beziehungsarbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen und die dazu passenden Interventionen erfordern ein hohes Maß an konzeptioneller und strategischer Planung und Reflexion, die aufgrund begrenzter Ressourcen nicht durchgängig geleistet werden (können). Jugendarbeit mit diesem Kreis von Adressat*innen kann sich keinesfalls auf ein vorbehaltloses Öffnen von Räumen und das Formulieren von Freizeit-Angeboten beschränken.

Sie ist aufgefordert, menschenfeindliche Positionen aktiv in deren Lebensweltbezügen aufzugreifen und gezielt zu bearbeiten ohne sich in moralisierenden Diskursen, Positionierungen oder Grenzsetzungen zu verfangen. Dafür braucht es gesonderte Zeiten, dafür braucht es strukturierte Räume und damit zumeist zusätzliche Ressourcen. Und hierfür, und dies soll die zweite Anmerkung sein, ist der Rückhalt und die Solidarität eines sich seiner Rolle bewussten Trägers der Jugendhilfe⁴¹ dringend nötig, um sozialräumliche Konflikte miteinander standhalten und in demokratischen Netzwerken positiv auflösen zu können.

B.4 Fachliche wie reflexive Begleitung erwies sich – dort wo sie ausreichend genutzt werden konnte – aus den Erfahrungen der Praktiker*innen in den 90er Jahren als wertvoll. Trotz der intensiven Professionalisierungsschübe der letzten Jahrzehnte ist es in Sachsen nicht durchgängig Standard, dass seitens des öffentlichen Trägers entsprechende Instrumente eingefordert, für notwendig erachtet, vorgehalten oder zumindest finanziert werden. Insbesondere in Regionen, in denen die Strukturen der Jugendarbeit ohnehin schmal aufgestellt und jenseits der Mittelzentren häufig über Ein-Person-Projekte realisiert werden, ist eine fachliche Anbindung an Arbeitskreise, Netzwerke und kontinuierlicher Beratung dringend notwendig. Hier erfahren die Fachkräfte Rückhalt und Bestärkung. Außerdem kann Reflexion und Abgleich erfolgen. Die Träger von Angeboten sind aufgefordert, Fortbildungen und Qualitätsprozesse von ihren Mitarbeiter*innen und gegenüber dem öffentlichen Träger gleichsam zu fördern wie auch zu fordern. Wo dies nicht allein aus Regelstrukturen und der Basisförderung geleistet werden kann, sind flankierende Entwicklungsprogramme vorzuhalten.

B.5 Die Untersuchung zeigt auf, dass die Fachkräfte vielfach improvisieren mussten und sich hierfür auf das stützten, was sie „von Haus aus“ mitbrachten. Besonders in belastenden, krisenhaften Situationen, die eine ungesicherte Fachlichkeit herausforderten, griffen persönliche Sozialisierungserfahrungen, individuelle Alltagskompetenzen geschlechtsspezifischen Zuschnitts oder biographische Erziehungs- und Sanktionsvorstellungen, um Kontrolle zurück zu gewinnen. Diese zunächst unwillkürlich und ad-

hoc vollzogenen und später verstetigten Reproduktion stereotyper Handlungsmuster wurden professionell i.d.R. nicht in Frage gestellt oder in Relation zur jeweiligen Konzeption gebracht. Insofern besteht das dringende Erfordernis, biografische Erfahrungen sowie die persönliche Wahrnehmung und Verwicklungen zu reflektieren und zu erkennen. Das ist professionell nur über die Reflexion der eigenen Handlungsmuster, Grenzmomente und Motivationen zu leisten. Dies ist zwingend stetig und routiniert in der Praxis umzusetzen. Es ist notwendig, einen professionellen Habitus auszubilden, der (selbst-)reflexiv dazu befähigt, die individuellen Ressourcen bewusst und gezielt in den pädagogischen Prozess einzubringen oder dies anlassbezogen ebenso bewusst zu unterlassen und stattdessen andere Ressourcen zu nutzen oder Rollen zu aktivieren.

B.6 Eine zentrale Schlüsselstelle für die pädagogische Arbeit in den Projekten der Jugendarbeit ist die Auftragsklärung und die Zurückweisung bzw. Re-Formulierung ordnungspolitischer Beauftragungen, überzogener Erwartungen oder instrumenteller Situations- und Problemanalysen. Für die Teams und Träger ergibt sich hieraus das Erfordernis, die konzeptionellen Grundlagen in jugendpolitischen Diskursen aktiv einzubringen, diese zu verteidigen sowie das Mandat und die Grenze sozialpädagogischer Arbeit im Kontext von „Rechtsextremismus“ zu verdeutlichen.

C

strategische Planung und Entwicklung

C.1 Für die Qualifizierung der Konzepte empfiehlt sich eine wiederkehrende Befassung mit Entwicklungen im Sozialraum, mit den Adressat*innen sowie jugendliche Lebenswelten. Hierbei müssen die verschiedenen Jugendgruppen in den Blick genommen und Prioritäten gesetzt werden. Daraus folgend ist das Konzept entsprechend zu formulieren und entsprechend zu agieren. Ein denkbarer methodischer Ablaufplan wird als *fokussierte Gemeinwesen erkundung* (siehe Anhang) in dieser Broschüre vorgeschlagen. Grundsätzlich soll die Sensibilität für wirksames und strukturiertes methodisches Handeln basierend auf Planung und Reflexion gefordert werden und entsprechendes Handeln als konstant geltender Auftrag an die Fachkräfte formuliert werden.

C.2 Die Träger von Angeboten der Jugendarbeit stehen in einer besonderen Verantwortung als Arbeitgeber*in, als Interessenvertreter*in und als Qualitätsinstanz. Vor allem kleine Strukturen, aber auch größere Träger sind mit diesen Mandaten und den hiermit korrespondierenden Anforderungen besonders gefragt. Daher müssen möglichst frühzeitig Qualitätsprozesse entwickelt, implementiert und nachgeschärft werden, um eine sichere Rahmung zu etablieren. Es braucht verlässliche Vereinbarungen, um Belastungsgrenzen zu markieren und fachliche Grenzgänge abzusichern. Obgleich die arbeitspraktische Umsetzung den Fachkräften zu zuordnen ist, liegt die Verantwortung bei den jeweiligen Trägern und deren Leitungspersonen. Insofern muss ein funktionaler und alle beteiligten stärkender Mix zwischen Strukturen⁴², Prozessen⁴³ und externer Begleitung⁴⁴ entwickelt, konzeptionell verknüpft und kontinuierlich eingefordert werden. Diese Rückendeckung seitens der Träger ist unerlässlich.

C.3 Durch die öffentlichen Träger sind o.g. Verfahren einzufordern und deren Umsetzung zu fördern. Das mitunter achselzuckende zur Kenntnis nehmen von qualitativen Missständen, grenzwertig unterfinanzierten Arbeitsrealitäten und mangelnde Kompetenz und Sensibilität seitens der Angestellten der Jugendämter passt nicht zur Gesamtverantwortung. Die Untersuchung sowie die Praxiswerkstätten verweisen deutlich auf Potenziale, die durch eine fachliche Koordination, Steuerung und Beteiligung der Fachkräfte als eigentliche Feld-Expert*innen seitens des öffentlichen Trägers erzielt werden können:

- Koordination an den Punkten, wo regionale, jugend- und fachpolitische Herausforderungen in Netzwerken und Gremien zu verstehen und mit professionellen Aufträgen zu versehen sind;
- Anleitung in den Fragen leisten, wo die Tragfähigkeit und Qualität lokaler Lösungen und Umgänge Anlass für Diskussion und Veränderung bieten sowie
- Beteiligung immer da ermöglichen, wo sich Prozesse in der Analyse, der Bewertung, der Informationssammlung befinden – und natürlich stets dort, wo es demokratisch geboten, fachlich ergänzend, gesetzlich gefordert und pragmatisch möglich erscheint.

Die Professionalisierung im Handlungsfeld lebt davon, dass Fachkräfte praktisch werden und dabei intendiertes wie nicht-intendiertes Handeln in ihren professionellen Kontexten regelmäßig – auch im vertraulichen Setting mit Kolleg*innen – bilanzieren. Der Wunsch nach einer jederzeit fehlerfreien Praxis zeugt, bei aller anzuerkennenden Wertgrundlage, von unrealistischen Vorstellungen. Eine fortgesetzte Suchbewegung lebt von fehlerfreundlichen, Lust machenden und zum Experimentieren einladenden Herangehensweisen, die sich durch stetige Reflexionen von Situationen und (unterlassenen) Interventionen qualifiziert.

Die folgenden Ausführungen orientieren sich an den vier Methoden der Mobilien Jugendarbeit/Streetwork und müssen entsprechend für andere Handlungsfelder der Jugendarbeit angepasst gedacht werden.

D.1 Einzelarbeit (individuelle Angebote)

Grundlage der Arbeit sind belastbare Beziehungen, welche entwickelt werden müssen. Aus diesen heraus können Adressat*innen konfrontiert, irritiert und Diskrepanzen in Haltungen und dem eigenen Verhalten wie auch in anderen Erzählungen aufgezeigt und genutzt werden. In den Interaktionen werden Sinn und die Funktion der Haltungen und des entsprechenden Verhaltens ergründet. So wird eine Balance zwischen Diskussion, Empathie, Irritation, Grenzziehung und Stehenlassen angestrebt. Entlang von Bedürfnissen kann zu Werten und Normen gearbeitet werden, um Gemeinsames wie auch Widersprüchliches aufzuzeigen und Ist-Soll Abgleiche anzuregen. Eigene Werte werden so überhaupt erst explizierbar. Dabei sind:

- Methoden der motivierenden Gesprächsführung zu nutzen, um rechtsorientierte Adressat*innen in der Aufdeckung und Bewertung eigener Haltungen und Verhaltensweisen (kritisch) zu reflektieren. Diskrepanzen und Ambivalenzen wertschätzend zu begleiten und Impulse zu Veränderungen bewusst zu initiieren;
- konzeptionelle Zeiträume für lebensweltorientierte individuelle Begleitung der jungen Menschen einzuplanen, um deren Herausforderungen fachlich zu bearbeiten und

parallel sowie situativ als role model oder politische Bildner*in aktiv zu werden;

- Veränderungen im Bereich von „rechten“ Haltungen und Verhaltensweisen sind kleinschrittig zu denken. Entsprechende Motivationen sind zu bestärken, durch Anerkennung und Reflexion positiver Entwicklungen, als auch durch die positive Umdeutung negativ erlebter Situationen.
- einzelne Jugendliche (oder interessierte Kleingruppen) als Adressat*innen für politische Bildung und lokalhistorische Spurensuche aufzuschließen, um Prozesse der Identitätssuche und Zugehörigkeit zu unterstützen und situativ demokratisch aufzuladen.

D.2 Gruppen- und Projektarbeit (differenz- und heterogenitätsstärkende, cliquen- und szenebegogene Angebote)

Relevant scheint uns, Jugendgruppen bzw. Cliques in ihrer Heterogenität zu verstehen, darin die einzelnen Personen wahr- und ernstnehmen sowie geschlechtliche und politische Inszenierungen zu dechiffrieren. Sozialpädagogische Unterstützung wie auch Intervention wird demnach entlang von Differenzen und Gruppendynamik geplant. Die Jugendgruppe bildet ein diskursives Gegenüber, welches als Anknüpfungspunkt und lokalräumliche Akteur*in aktiv ins Gemeinwesen zu involvieren und mit ihren Rollen und (un)beabsichtigten Wirkungen zu konfrontieren ist. Als Adressat*in von Angeboten der politischen und sozialen Bildung (über gemeinsame Aktivitäten wie auch eingelagert in alltägliche Situationen und Begegnungen) können der Gruppe neue Erfahrungsräume eröffnet werden. Diese reichen von

- konzeptgeleitet (selbst-)organisierten Freizeiten, in denen bewusst Begegnungen, Konfrontationen und Lernchancen eingelagert sind, die fachlich begleitet und reflektiert werden können und bei denen es die Ressourcen ermöglichen, anlassbezogen in spezifischer Form auf die Gruppe/ eine Teilgruppe einzuwirken (denkbar sind hier Besuche spezifischer Orte, erlebnispädagogische Gruppenaktivitäten, Fahrten mit anderen Jugendgruppen und internationaler Jugendaustausch),
- thematisch fokussierten Gruppenangeboten wie Geschichtswerkstätten (z.B. zur Befassung mit den 1990er „Baseballschlägerjah-

ren“, Fluchterfahrungen, gesellschaftlichen Krisen),

- bis zur Gruppenbegleitung im Alltag, das Initiieren und begleiten demokratischer Erfahrungen. Insbesondere die explizite Markierung und Thematisierung von menschen- und demokratiefeindlichen Positionen und Diskriminierungen, bzw. Betroffenheiten auch innerhalb der Gruppen ist unabdingbar.

D.3 Aufsuchende Arbeit

Die Adressat*innen werden regelmäßig und gezielt in den Sozialräumen aufgesucht. Zugrunde liegt dabei ein erweiterter Raumbegriff aus öffentlichen und halböffentlichen Räumen, digitalen und Handlungs- sowie Entfaltungsspielräumen. Die augenscheinlichen und interpretierten Inszenierungen und Haltungen werden wahrgenommen, sowohl im direkten Kontakt, als auch indirekt über Aufkleber, Graffiti, Postings, Kenntnisse über lokale Rivalitäten etc. Sinnzusammenhänge und Zuschreibungen von Jugendlichen als Expert*innen ihrer Lebenswelt sollten in gemeinsamen Sozialraumbegehungen erfahren werden. Die eigene Positionierung wird stets verdeutlicht und falls nötig kann in Widerspruch gegangen werden. Außerdem wirkt die aufsuchende Arbeit vernetzend und es können Informationen an Adressat*innen bzw. im Sozialraum weitergegeben werden. Bewusst werden unterschiedliche Adressat*innen aufgesucht und transparent die eigene Rolle, Beauftragungen und Interessen deutlich gemacht:

- mit potenziell oder akut betroffenen Gruppen und nicht-involvierten Jugendlichen deren spezifische Wahrnehmung und Ausdeutung von Jugendkulturen, Sozialraum und dessen Dynamik ergründen sowie perspektivisch gemeinsame Aktivitäten denkbar machen,
- Aufsuchen von rechtsorientierten, in Dominanzdynamiken verhaftete Gruppen, mit denen bis dato kein strukturiertes Zusammenarbeiten möglich schien, und hier in Gesprächen über den Alltag zu Einschätzungen zu gelangen und den Beziehungsaufbau zu suchen. Grundlage dafür sind die in A-C formulierten professionellen Handlungsmaximen und -grenzen.

D.4 Arbeit im Gemeinwesen

Grundlage gelingender Arbeit im Gemeinwesen im Rahmen der Jugendarbeit sind Bekanntheit und Erkennbarkeit als Akteur*in, der*die demokratische Räume mitgestaltet und mit Bewohner*innen offen ins Gespräch kommt. Alltagsbelastungen und Krisendeutungen müssen zur Sprache kommen dürfen. In (formalen) Gremien und Netzwerken ebenso wie in Alltagsgesprächen werden die Rolle und sozialpädagogischen Aufträge proaktiv beschrieben, vereinfachende Zuschreibungen zurückgewiesen sowie Grenzen und Möglichkeitsräume formuliert. Möglichkeitsräume sind:

- Formate zur Aufarbeitung lokaler Geschichte(n) und Ereignisse initiieren und begleiten, die im Kontext zu Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit sowie deren spezifischer Erscheinungsform im Sozialraum stehen;
- im Austausch mit anderen Akteur*innen des Gemeinwesens den Fokus auf junge Menschen und deren Bedarfe zu richten. Jene die bisher nicht erreicht werden (können)⁴⁵, um das Bild von deren Lebenssituation zu vervollständigen ohne die Grenzen von jungen Menschen, die nicht erreicht werden wollen, zu verletzen;
- Aktiv für die Erschließung und Nutzung von Räumen und Settings zur Sichtbarmachung von Solidarität gegenüber unterschiedlichen Adressat*innen einzutreten;
- in der Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen eine strategische Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Verbündeten sowie deutungsmächtigen Einzelakteur*innen⁴⁶ suchen
- sowie Alltagserfahrungen der Adressat*innen und ihrer Milieus zum Ausgangspunkt für eine deutliche Positionierung zu direkt wirksamen Problemlagen, Krisenauswirkungen und Krisen auslösende Faktoren nehmen, bei gleichzeitiger Positionierung gegen völkisch-demokratiefeindliche Lösungen.

Fazit

Generell soll ausgehend von den Befunden eine Praxis empfohlen werden, die den Kontakt der Jugendarbeit und den sich hierüber eröffnenden Raum innerhalb der Lebenswelt rechtsorientierter Jugendlicher als prinzipiell demokratisch anschlussfähig offeriert und damit unter Umständen als Erfahrung begreift, „die anders ist“. Jugendarbeit konstituiert eigene Realitäten mit spezifischen Anregungen, Irritationen, Modellen und Grenzen, die gesehen, wertgeschätzt und angenommen werden können.

Aber genau in dieser Anschlussfähigkeit liegt die professionelle Zumutung, da hierüber deutlich wird, dass in unterschiedlichen sozialräumlichen Kontexten diverse Praxen nicht nur angezeigt, sondern auch notwendig sind, um Wirksamkeit zu entfalten. Der fachliche Diskurs innerhalb der Profession sollte damit weniger Ressource auf die Frage nach dem Ob sowie der Befestigung stabiler Abgrenzungen verwenden, sondern vielmehr solidarisch die differenzierten Praxen anerkennen und begleiten. Jungen Menschen wird ein Beziehungsangebot unterbreitet. Dies ist zu reflektieren und kritisch die Gefahr der Auflösung von Fachlichkeit am Übergang zur Beliebigkeit zu problematisieren und zu verhindern.

Eine konkrete Grenzziehung wird in der Praxis häufig dort verlaufen, wo Adressat*innen das Wesen und die Form der sozialpädagogischen Beziehung sowie des professionell geöffneten Raums ablehnen bzw. gezielt unterlaufen und es ihnen gelingt, ausgrenzende und völkische Normalität gegen demokratische Angebote durchzusetzen. Sie wird dort wahrnehmbar, wo diskriminierende

Handlungen oder gewalttätige Übergriffe auf andere Gruppen so nachhaltig reproduziert werden, dass gemeinsame und sich auf diese Handlungen und Orientierungen beziehende Ziele nicht mehr ausgehandelt bzw. realistisch absehbar nicht erreicht werden können.

Die Aufmerksamkeit professioneller Netzwerke und Fachkräfte vor Ort sollte sich darauf richten, das Arbeitsfeld und die Praxis so zu gestalten, dass Jugendarbeit in ihrer Reichweite einen Anteil leisten kann, den Entstehungs- und Begünstigungsbedingungen rechter „Zustände“ sowie konkreten Mobilisierungen und Manifestationen entgegenzuwirken.

33 In der Formulierung der Anregungen für die Praxis orientieren wir uns eng an den Ergebnissen des Forschungsmaterials und vermeiden ein breites, materialfernes Referieren aktueller fachlicher Positionen und Vorschläge. Klar ist dennoch, dass die Empfehlungen von der öffentlichen Diskussion im Weiteren sowie der Fachdiskussion im Engeren, die in den vergangenen 25 Jahren intensiv geführt wurden, beeinflusst wurden.

34 alternativ auch chauvinistischen, völkischen, antisemitischen, misogynen, ..., Jugendlichen

35 Im Sinne einer kommunalpolitischen Antwort (bei Anlässen) bzw. Planung (regelmäßige Jugendinfrastruktur/-hilfe).



Leipzig-Grünau Wohnkomplex 4 1982 (Foto: Harald Kirschner)

36 bzw. im Fall der Offenen Kinder- und Jugendarbeit für das Gemeinwesen relevante Angebote unterbreitend.

37 Kernaufgabe von Organisationsarbeit ist der Aufbau öffentlicher, konstruktiver und tragfähiger Beziehungen zwischen den Bewohner*innen in einem Sozialraum, die Thematisierung von Machtverhältnissen und die Stärkung der Fähigkeit zum kollektiven Handeln.

38 Im Sinne von zusammenhängend, formulierbar, professionell fundiert und in Fachdiskursen einzubringend.

39 z.B. durch die Einbindung von Berichten und Wahrnehmungen potenziell Betroffener oder nicht-involvierter, junger Menschen aber auch spezifischer Beratungsstrukturen

40 Fachkräftegebot; Fachstandards für Mobile Jugendarbeit; Dach-/Fachverbände; Qualifizierungsangebote usw.

41 als konkreter Arbeitgeber wie auch als öffentlicher Träger in der Gebietskörperschaft

42 von Verfahren des Projekt- und Qualitätsmanagements bis hin zu Mitarbeitergesprächen

43 von kollegialer Fallberatung über Dienstberatung bis hin zu Zeitbudgets für Reflexion

44 von Fachberatung über Supervision bis hin zur Mitwirkung in Netzwerken und Arbeitskreisen

45 Bspw. marginalisierte Jugendliche, sich aktiv entziehende Jugendliche, etc.

46 im lokalen Kontext sichtbare und hörbare Personen, die in der Rahmung der konkreten Arbeit mit der Adressat*innengruppe (Wohnungsgesellschaft) oder für diese selbst (Fußballprofi) von Bedeutung sind



9 Quellen

AGJF [Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Sachsen] (Hrsg.) (1995): Das war's ... war's das? Dokumentation zum Modellprojekt „Mobile Jugendarbeit“ der Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Sachsen e.V. im Rahmen des Programms „Jugend und Gewalt“ im Freistaat Sachsen, Teil I-IV. Chemnitz.

AGJF [Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Sachsen] (o.J.): Mobile Jugendarbeit in Sachsen. Zum Streetworkprojekt der AGJF. Chemnitz.

BAG LJÄ [Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter und überörtlichen Erziehungsbehörden] (1990a): Überlegungen zur Neuorientierung der politischen Jugendbildung in der Jugendarbeit. Beschluß in der 68. Arbeitstagung vom 25. bis 27.4.1990 in Hamburg.

Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Berlin: Suhrkamp.

Begrich, David (2019): From Hero to Zero. In: der Freitag (29.10.2019), Online: <https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/from-hero-to-zero>

Begrich, David (2022): Das '89-Narrativ im Spannungsfeld von Protest und politischer Indienstnahme. In: Leistner, Alexander/Wohlrab-Sahr (Hg.): Das umstrittene Erbe von 1989. Zur Gegenwart eines Gesellschaftszusammenbruchs. Wien; Köln: Böhlau.

Behn, Sabine (1995): Mädchenarbeit und geschlechtsspezifische Arbeit im Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt (AgAG) In: Engel, Monika/Barbara Menke (Hg.): Weibliche Lebenswelten – gewaltlos? Analysen und Praxisbeiträge für die Mädchen- und Frauenarbeit im Bereich Rechtsextremismus, Rassismus, Gewalt. Münster: Agenda, 163–170.

Bendiek, Lisa/Starosta, Danilo (2021): „Im Jugendclub gab es nur Glatzen“. Rechte Subkulturen, Jugendarbeit und Gewalt im Chemnitzer Fritz-Heckert-Gebiet von 1993 bis 2000. Forschungsbericht, Online: <https://www.mja-sachsen.de/wp-content/uploads/2021/12/Bendiek-Starosta-2021-Im-Jugendclub-gab-es-nur.pdf> (13.10.2022)

Bertram, Hans/Kollmorgen, Raj (2001): Die Transformation Ostdeutschlands. Berichte zum sozialen und politischen Wandel in den neuen Bundesländern. Wiesbaden: VS.

Bittner, Regina (1998): Kolonien des Eigensinns – Ethnographie einer ostdeutschen Industrieregion. Frankfurt a. M., New York: Campus.

BMFSFJ [Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend] (Hg.) (1994): Neunter Jugendbericht. Bericht über die Situation der Kinder und Jugendlichen und die Entwicklung der Jugendhilfe in den neuen Bundesländern. Berlin.

BMFJ [Bundesministerium für Frauen und Jugend] (1990): 8. Jugendbericht. Bonn: Deutsches Jugendinstitut.

Böhme, K./Günnel, C./Haustein, K./Henke, U./Hetzl, S./Klämbt, C./Kunze, K./Neubert, E./Oertel, K./Schubert, O./Wilde, J./Wartenberg, H./Zschuckelt, K. (1995): Teil I. Aus Sicht der Sozialarbeiter/innen. In: AGJF Sachsen (Hg.): Das war's ... war's das? Dokumentation zum Modellprojekt „Mobile Jugendarbeit“ der Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Sachsen e.V. im Rahmen des Programms „Jugend und Gewalt“ im Freistaat Sachsen, Teil I (3–13). Chemnitz.

Bohn, Irina (1997): Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt. Ein vorläufiges Fazit über Praxis und Erfolge eines Sonderprogramms. In: Qs, Materialien zur Qualitätssicherung in der Kinder- und Jugendhilfe, 11: Evaluation der sozialpädagogischen Praxis, 61–71.

Bohn, Irina (2000): Erfahrungen aus dem Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt & Diskussion zum Beitrag von Irina Bohn. In: Projekt: Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – Jugendpolitische und pädagogische Herausforderungen (Hg.): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – Aufgaben und Grenzen der Kinder- und Jugendhilfe. Dokumentation zum Hearing des DJI und des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend am 13. Januar 2000 in Berlin. Leipzig 2000, 87–97.

Bohn, Irina/Münchmeier, Richard (1997): Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt (AgAG): Dokumentation des Modellprojektes (AgAG). Band 1. Münster: Votum.

Böhnisch, Lothar (1994): Jugendstudie der wissenschaftlichen Begleitung des AgAG-Programms. Dresden: Institut für Sozialpädagogik und Sozialarbeit der Technischen Universität Dresden.

Böhnisch, Lothar (1995): Die Dimensionen und Aspekte der Projektentwicklung – Ein Bericht zur Gesamtentwicklung und gesellschaftlichen Dimension des Modellprojektes Mobile Jugendarbeit der AGJF. In: Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Sachsen (Hg.): Das war's ... war's das?

Böhnisch, Lothar/Löhr, Dieter (1994): Umdenken statt Projektion – Zu den Rahmenbedingungen der Projektarbeit im Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt (AgAG). In: ISS/IFFJ (Hg.): Zwei Jahre AgAG: Erfahrungen aus der praktischen Arbeit mit gewaltbereiten Jugendlichen. 2. Zwischenbericht zum AgAG. Berichte + Materialien, 4, 13–18.

Bohnsack, Ralf/Loos, Peter/Schäffer, Burkhard/Städtler, Klaus/Wild, Wild (1995): Die Suche nach Gemeinsamkeit und die Gewalt der Gruppe. Hooligans, Musikgruppen und andere Jugendcliquen. Wiesbaden: Springer.

Bommes, Michael/Scherr, Albert (1992): Rechts- extremismus. Ein Angebot für ganz gewöhnliche Jugendliche. In: Mansel, Jürgen (Hg.): Reaktionen Jugendlicher auf gesellschaftliche Bedrohungen. Weinheim, München: Juventa.

Bremen, Bernd (1995): Projekte gegen Ausländerfeindlichkeit und Gewalt – eine kritische Bilanz. In: deutsche jugend, 43(11), 475–482.

Bundesregierung (1993): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe der PDS/Linke Liste. 12.5.1993.

Bürgin, Julika (2021): Extremismusprävention als polizeiliche Ordnung. Zur Politik der Demokratiebildung. Verlag Beltz Juventa. Online: <https://opus4.kobv.de/opus4-h-da/frontdoor/deliver/index/docId/257/file/Extremismuspraeventional-polizeilicheOrdnung.pdf> (06.10.2022)

Decker, Oliver/Brähler, Elmar (2018, Hg.): Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Psychosozial-Verlag, Online: https://www.boell.de/sites/default/files/leipziger_autoritarismus-studie_2018_-_flucht_ins_autoritaere_.pdf (21.10.22).

Deininger, Dieter (1993): Einrichtungen der Jugendhilfe in den neuen Ländern und Berlin-Ost 1991. In: Wirtschaft und Statistik, 45(4), 292–300.

Diakonisches Werk [Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche Deutschlands] (Hg.) (1992): Situationsanalyse der Stadt Plauen. Erster Bericht zur Situation der Kinder und Jugendlichen in der Stadt Plauen. Stuttgart.

Dierbach, Stefan (2010): Jung – rechts – unpolitisch? Die Ausblendung des Politischen im Diskurs über Rechte Gewalt. Bielefeld: transcript.

Dudek, Peter (1990): Antifaschismus. Von einer politischen Kampfformel zum erziehungstheoretischen Grundbegriff? In: Zeitschrift für Pädagogik, 36(3), 353–370.

Fuchs, Jürgen/Kreft, Dieter/Löhr, Rolf-Peter (1997): Vorwort. In: Bohn, Irina/Münchmeier, Richard (1997): Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt (AgAG): Dokumentation des Modellprojektes (AgAG). Band 1. Münster: Votum, 11–25.

Funk, Heide (1995): Wenn Mädchenarbeit zur Selbstverständlichkeit wird – Mädchenarbeit in den Projekten der Mobilen Jugendarbeit. In: Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Sachsen (Hg.): Das war's ... war's das? Dokumentation zum Modellprojekt „Mobile Jugendarbeit“ der Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Sachsen e.V. im Rahmen des Programms „Jugend und Gewalt“ im Freistaat Sachsen, Teil III (29–36). Chemnitz.

Gerstenberger, Silvia/Pröhl, Steffen (1995): Teil II. Aus Sicht der Koordinierung des Gesamtprojektes. In: Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Sachsen (Hg.): Das war's ... war's das? Dokumentation zum Modellprojekt „Mobile Jugendarbeit“ der Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Sachsen e.V. im Rahmen des Programms „Jugend und Gewalt“ im Freistaat Sachsen, Teil II. Chemnitz, 5–14.

Glaß, Christian (2002): Politische Bildung am Ende? Exemplarische Erfahrungen aus drei Maßnahmen der Jugendsozialarbeit/Jugendberufshilfe in Ostdeutschland. Hamburg: Dr. Kovac.

Hafeneger, Beno (1989): Pädagogik gegen Rechts – Zur Geschichte der pädagogischen Reaktionsmuster gegen den Rechtsextremismus. In: Paul, Gerhard (Hg.): Hitlers Schatten verblasst. Die Normalisierung des Rechtsextremismus. Berlin: Dietz, 195–219.

Hartmann, Greta (2022): „Wir '89er“. Geschichtspolitische Aneignungen der Erinnerung und alltagsweltliche Resonanzen. In: Leistner, Alexander/Wohlrab-Sahr (Hg.): Das umstrittene Erbe von 1989. Zur Gegenwart eines Gesellschaftszusammenbruchs. Wien; Köln: Böhlau.

Heim, Gunda/Krafeld, Franz Josef (1992): Akzeptierende Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen. Bremen: Steintor.

Held, Josef et al. (1992): >>Du musst so handeln, dass du Gewinn machst... <<. Wohlstands-Chauvinismus jugendlicher Arbeitnehmer. In: deutsche Jugend, 40 (1992). S. 482–494.

IFFJ (Hg.) (1996a): Jugendarbeit live und in action. Gewaltprävention in den Ländern. AGAG Informationsdienst, 2, Berlin.

IFFJ (Hg.) (1996b): Projekte im Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt. AgAG Informationsdienst, 1, Berlin.

ISS [Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik] (1992): Erklärung, 30. September 1992.

ISS/IFFJ (Hg.) (1994): Zwei Jahre AgAG: Erfahrungen aus der praktischen Arbeit mit gewaltbereiten Jugendlichen. 2. Zwischenbericht zum AgAG. Berichte + Materialien, 4.

Jander, Martin/Kahane, Anetta/Poutrus, Patrice/Heitzer, Enrico (2021, Hg.): Nach Auschwitz: Schwieriges Erbe DDR. 2. erw. Aufl. Wochenschau Verlag.

Jugendring Plauen (1993): Jahresbericht 1993. Projekt Mobile Jugendarbeit in Plauen. Plauen

Kahane, Anetta (1999): Die reine Lehre ist die reine Leere – zur Kritik der akzeptierenden Sozialarbeit. In: Bulletin I/1999. Link: <https://we.ri-seup.net/assets/145824/ZDK%20Keine-Akzeptanz-von-Intoleranz2.pdf>, abgerufen 18.05.20

Kleffner, Heike/Spangenberg, Anna (Hg.) (2016): Generation Hoyerswerda. Das Netzwerk militanter Neonazis in Brandenburg. Berlin: be.bra.

Klink, Manfred (1992): Maßnahmenkatalog zur Bekämpfung fremdenfeindlicher Kriminalität. In: Die Polizei, 11, 272–276.

Klose, Andreas (1995): Mobile Jugendarbeit/Streetwork – Einige Entwicklungen und Perspektiven eines innovativen Arbeitsansatzes (nicht nur in den neuen Bundesländern). In: AGJF Sachsen (Hg.): Das war's ... war's das? Dokumentation zum Modellprojekt „Mobile Jugendarbeit“ der Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Sachsen e.V. im Rahmen des Programms „Jugend und Gewalt“ im Freistaat Sachsen, Teil III (17–28). Chemnitz.

Kollmorgen, Raj (2005): Ostdeutschland. Beobachtungen einer Übergangs- und Teilgesellschaft. Wiesbaden: VS.

Köpping, Petra (2019): Integriert doch erst mal uns! Ch. Links Verlag.

Kowalczyk, Ilko-Sascha/Ebert, Frank/Kulick, Holger (2021, Hrsg.): (Ost)Deutschlands Weg 80 Studien zur Lage des Landes. Schriftenreihe der bpb Bd. 10676, Berlin/Bonn.

Krafeld, Franz Josef (1992a): Akzeptierende Jugendarbeit mit rechten Jugendcliquen. Bremen: Steintor.

Krafeld, Franz Josef (1992b): Cliquenorientierte Jugendarbeit. Grundlagen und Handlungsansätze. Weinheim, München: Juventa.

Kress, Dietmar (1997): Zum Aufbau der Jugendhilfe und Jugendarbeit in den neuen Bundesländern. Eine soziologische Analyse ausgewählter Beispiele. Opladen: Leske + Budrich.

Kulturbüro Sachsen e.V. (o.J.): Interviews der Geschichtenwerkstatt mit Zeitzeug*innen

Kulturbüro Sachsen e.V. (2022): Sachsen rechts unten. Dresden.

Kunstreich, Timm (1993): „Gewalt“ und die Entwertung jugendlicher Lebensformen in Ostdeutschland. In: Otto, Hans-Uwe/Merten, Roland (Hg.): Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland. Jugend im gesellschaftlichen Umbruch. Bonn: bpb, 285–293.

LAK Mobile Jugendarbeit Sachsen e.V. (2020): Fachstandards für Mobile Jugendarbeit/Streetwork in Sachsen. Chemnitz. Online: <https://www.mja-sachsen.de/wp-content/uploads/2021/01/Fachstandards-LAK-MJA-A5-Web1.pdf> (02.11.22)

Leibrecht, Rudolf (1990): >>... da baut sich ja in uns ein Haß auf...<<. Zur subjektiven Funktionalität von Rassismus und Ethnozentrismus bei abhängig beschäftigten Jugendlichen. Berlin: Argument.

Leistner, Alexander (2022): Bis hierher und wie weiter? Zur Vergangenheit und Zukunft der asymmetrisch verflochtenen Transformation (Ost-)Deutschlands. In: Leistner, Alexander/Wohlrab-Sahr (2022): Das umstrittene Erbe von 1989. Zur Gegenwart eines Gesellschaftszusammenbruchs. Wien, Köln: Böhlau.

Leistner, Alexander/Wohlrab-Sahr (2022): Das umstrittene Erbe von 1989. Zur Gegenwart eines Gesellschaftszusammenbruchs. Wien; Köln: Böhlau.

Lühmann, Michael (2021): Rassismus und die extreme Rechte in „Ostdeutschland“. In: Kowalczyk et al. (Hrsg.): (Ost)Deutschlands Weg 80 Studien zur Lage des Landes. Schriftenreihe der bpb Bd. 10676, Berlin/Bonn, S. 727–741.

Mau, Steffen (2019): Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft. Berlin: Suhrkamp.

Merkel, Angela (1992): Brief an Franz Josef Krafeld.

Möller, Kurt u.a. (2021): Erfahrungsräume öffnen - Demokratie gestalten. Die KISSeS-Strategie in der Praxis. Esslingen.

Möller, Kurt u.a. (2016): „Die kann ich nicht ab!“ - Ablehnung, Diskriminierung und Gewalt bei Jugendlichen in der (Post-)Migrationsgesellschaft. Wiesbaden.

Müller, Margrit (1990): Jugendfreizeit in der DDR. In: Burkart, Günter (Hg.): Sozialisation im Sozialismus. Lebensbedingungen in der DDR im Umbruch. In: Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie, 1. Beiheft, 70–76.

Nolde, Kai (2021): Die Anfänge der (mobilen) Jugendarbeit mit rechten Cliques in Sachsen. Praxiserfahrungen aus einem hereinbrechenden Jahrzehnt. Forschungsbericht, Online: <https://www.mja-sachsen.de/wp-content/uploads/2021/12/Nolde-2021-Die-Anfaenge-der-mobilen-Jugendarbeit.pdf> (13.10.2022)

Olk, Thomas/Bertram, Kerstin (1994): Jugendhilfe in Ostdeutschland vor und nach der Wende. In: Krüger, Heinz-Hermann/Marotzki, Winfried (Hg.): Pädagogik und Erziehungsalltag in der DDR. Zwischen Systemvorgaben und Pluralität. Opladen: Leske + Budrich, 321–349.

Otto, Hans-Uwe/Merten, Roland (Hg.) (1993): Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland. Jugend im gesellschaftlichen Umbruch. Opladen: Leske + Budrich.

Raisch, Peter (1994): Die Soko "Rex" im Freistaat Sachsen. In: Deutsches Polizeiblatt, 1, 15–20.

Rehberg, Karl-Siegbert (2022): Expertokratisch-rationale und empörungsgesteuert-autoritäre Entpolitisierung als Zeitgeist. Szenen aus einem Transformationsprozess. In: Leistner, Alexander/Wohlrab-Sahr (2022): Das umstrittene Erbe von 1989. Zur Gegenwart eines Gesellschaftszusammenbruchs. Wien, Köln: Böhlau.

Reimer, Katrin (2013): Rechte Ideologie und soziale Frage. In: Burschel, F. et al. (Hg.): Der Sommer ist vorbei... Vom „Aufstand der Anständigen“ zur „Extremismus-Klausel“. Beiträge zu 13 Jahren „Bundesprogramme gegen rechts“. Münster: edition assemblage, S. 29–50.

Rommelpacher, Birgit (1991): Rechtsextreme als Opfer der Risikogesellschaft. Zur Täterentlastung in den Sozialwissenschaften. In: 1999, 6(2), 75–87.

Sächsischer Landtag (2018): Protokolle des sächsischen NSU-Untersuchungsausschuss

Scherr, Albert (1993): Möglichkeiten und Grenzen der Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen. In: Otto, Hans-Uwe/Merten, Roland (1993): Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland. Jugend im gesellschaftlichen Umbruch. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Scheu, Bringfriede/Autrata, Otger (1996): Evaluation der sächsischen AgAG-Projekte – Abschlußbericht, Stuttgart: Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland.

Scheu, Bringfriede/Autrata, Otger (1997): Subjektbezogene Evaluation eines Bundesmodells in Sachsen. In: Qs, Materialien zur Qualitätssicherung in der Kinder- und Jugendhilfe, 11: Evaluation der sozialpädagogischen Praxis, 21–31.

Schuhmacher, Nils/Zimmermann, Gillian (2021): „Großversuch“ im Schatten der Gewalt. Erfahrungen im „Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt“ sowie in weiteren Ansätzen der Arbeit mit rechts(extrem) orientierten Jugendlichen in Sachsen bis Ende der 1990er Jahre. Forschungsbericht, Online: <https://www.mja-sachsen.de/wp-content/uploads/2021/12/Schuhmacher-Zimmermann-2021-Grossversuch-im-Schatten-der-Gewalt.pdf> (13.10.2022)

Simon, Titus (2013b): Offene Kinder- und Jugendarbeit in den neuen Bundesländern. In: Deinet, Ulrich/Sturzenhecker, Benedikt (Hg.): Handbuch Offene Kinder- und Jugendarbeit. Wiesbaden: VS, 549–557.

Specht, Walter (Hg.) (1992): Sozialraum Hoyerswerda. Sozialpädagogische Feldanalyse zur Vorbereitung eines gemeinwesenorientierten Jugendarbeits- und Jugendberatungsprojektes. Stuttgart: Verlagswerk der Diakonie GmbH.

Thiele, Gisela (1995): Projektbiographie „Mobile Jugendarbeit e.V.“ Weißwasser. In: AGJF Sachsen (Hg.): Das war's ... war's das? Dokumentation zum Modellprojekt „Mobile Jugendarbeit“ der Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Sachsen e.V. im Rahmen des Programms „Jugend und Gewalt“ im Freistaat Sachsen, Teil III (37–53). Chemnitz.

Thole, Werner/Pothmann, Jens/Lindner, Werner (2022): Die Kinder- und Jugendarbeit. Einführung in ein Arbeitsfeld der sozialpädagogischen Bildung. Weinheim, Basel: Beltz

Weber, Ilona (1999): Chancen und Grenzen des „akzeptierenden Ansatzes“ in der Jugendarbeit. In: Bulletin I/1999. Link: <https://we.riseup.net/assets/145824/ZDK%20Keine-Akzeptanz-von-Intoleranz2.pdf>, abgerufen 18.05.20

Wowtscherk, Christoph (2014): Was wird, wenn die Zeitbombe hochgeht?: Eine sozialgeschichtliche Analyse der fremdenfeindlichen Ausschreitungen in Hoyerswerda im September 1991. Göttingen: V & R unipress.



Anhang 1: Fokussierte Gemeinwesenerkundung im Kontext Rechtsextremismus

In den Fachstandards für Mobile Jugendarbeit/Streetwork in Sachsen werden folgende Ziele für das Arbeitsfeld festgeschrieben: „*Mobile Jugendarbeit/Streetwork sind ein dauerhaftes, belastbares und verlässliches Kontakt- und Beziehungsangebot, um das Recht junger Menschen auf Förderung ihrer Entwicklung zu gewährleisten. Sie bieten ihnen lebensweltorientierte Begleitung an, die ihre Teilhabe an der Gesellschaft fördert, soziale Benachteiligungen abbaut und nachhaltig Lebensbedingungen verbessert. Somit verhindern oder verringern sie Stigmatisierung und Ausgrenzungserfahrungen junger Menschen.*“ (LAK Mobile Jugendarbeit Sachsen e.V. 2020, S. 6 f.)

Konkret werden für eine Zielbestimmung in der Praxis die drei Interventionsebenen individuelle Lebenssituation, spezifische Situationen von Cliquen und Gruppen sowie strukturelle Lebensbedingungen benannt (ebd., S. 7) und zur Konkretisierung von Zielstellungen und Perspektiven der Praxis vor Ort eine aktuelle Sozialraumanalyse als Qualitätsstandard festgeschrieben (ebd., S. 8).

Der folgende Vorschlag zu einer *fokussierten Gemeinwesenerkundung* versteht sich als mögliche Ergänzung für die Sozialraumanalysen der Projekte der Mobilien Jugendarbeit, wenn sie sich in ihrer Praxis dezidiert demokratischer Bildung und dem Abbau von Ablehnungshaltungen (vgl. Möller et al. 2016) widmen und vor Ort durch völkisch-nationalistische Dynamiken und Adressat*innenkonstellationen herausgefordert sind.

Zielstellung

Das Ziel der *fokussierten Gemeinwesenerkundung* ist die Erarbeitung differenzierter Perspektiven auf die Realitäten und Dynamiken des Sozialraums. Die konkreten Lebenswirklichkeiten und Bedürfnisstrukturen der Adressat*innen⁴⁷ werden themenfokussiert betrachtet und daraus handlungsleitende Aspekte und Dimensionen priorisiert. Im Ergebnis werden adäquate und strategisch verknüpfte Interventionen in den Sozialraum erarbeitet und das eigene Wirken anhand der vier Methoden der Mobilien Jugendarbeit reflektiert.

Reflexionsraum eröffnen

In Einstimmung auf die anstehende Annäherung ans Feld könnte sich das jeweilige Team beispielhaft mit den folgenden Fragestellungen auseinandersetzen: In der gesamten Erkundung empfehlen wir, im Sinne der Reflexion und Perspek-

- Wie häufig und in welcher Form sind wir mit den entsprechenden Phänomenen in der Praxis konfrontiert?
- Welche Relevanz schreiben wir diesen Dynamiken und konkreten Ereignissen zu und warum?
- Bis wohin setzen wir in der pädagogischen Auseinandersetzung mit Neonazismus und antidemokratischen Haltungen auf Integration entsprechender

Adressat*innen auf allen (welchen) Ebenen unserer Praxis?

- Wie gelingt es uns mit Perspektive auf potenziell betroffene Adressat*innen Schutzräume zu realisieren?
- Was sind die individuellen Eintragungen in den professionellen Habitus, was ist die Teamperspektive zu: Grenzen der eigenen Arbeit, zu Akzeptanz und Betroffenenperspektive?
- Was verstehe ich/verstehen wir unter einer professionellen, demokratischen Haltung?
- Sind unsere individuellen Erfahrungen im Team zur Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen in Narrative der Wirksamkeit oder des Misserfolgs eingewoben? Was heißt das für unsere gemeinsame Praxis?

tiverweiterung mit externen Kolleg*innen zusammen zu arbeiten sowie gezielt individuelle Haltungen für die Diskussion und einen Abgleich im Team methodisch aufzuschließen.

Professionelle Haltung als Rahmen der Praxis

Die Ausgestaltung des Auftrags in Auseinandersetzung mit rechtsorientierten Konstellationen von Adressat*innen zu gehen, macht es erforderlich, sich im Team über die eigenen, professionellen und politischen Haltungen auseinander zu setzen. Dabei sei an dieser Stelle auf einige grundlegende Dimensionen demokratiegestaltender Professionalität verwiesen:

- 1 *Relationierung* u.a. um sich als Fachkraft mit seinen persönlichen wie professionellen Anteilen in der Arbeitsbeziehung bewusst in Relation zu den Erfahrungen der Adressat*innen zu bringen
- 2 *Reflexivität* als Kompetenz und Vorgehensweise, das eigene Wissen, Können und die eigene Haltung sowie deren Einsatz kontinuierlich auf ihre Angemessenheit und ihre Auswirkungen hin zu überprüfen
- 3 *Demokratische Haltung* als dezidiert politische Haltung, die auf die Regelungen, Verfahrensweisen und weitere substantielle Bestandteile (teil) öffentlicher Belange gerichtet ist, hierzu Position bezieht und sich bei Gefährdungen und Infragestellungen demokratischer Standards und Vermittlungen, Normen und Werte (z.B. über Klassismus, Heterosexismus, Rassismus oder Antisemitismus) involviert, sowie dabei Demokratie als etwas stets Unabgeschlossenes begreift
- 4 *Ethos der Gleichwürdigkeit* mit Blick auf den Anspruch auf denselben Respekt vor der Würde und persönlichen Integrität aller Beteiligten, welcher sich konkretisiert auf der Beziehungsebene gegenüber Adressat*innen, in der Begegnung in wechselseitiger Anerkennung, in der parteilichen Zugewandtheit wie auch Grenzziehungen und professioneller Distanz.
- 5 *Professionelle Habitus(re)produktion* als Ausbildung von Wahrnehmungs-, Denk-, Urteils- und Handlungsmustern in denen die gerade genannten Qualitätsmodi ad hoc zur Geltung gebracht werden, wird konstant aktualisiert und den Gegebenheiten angepasst (vgl. Möller et al. 2021)

Gemeinwesenerkundung

Die *fokussierte Gemeinwesenerkundung* enthält die folgenden Schritte und lässt sich als analytisch-evaluatorischer Zirkel für die eigene Praxis verstehen.



1. Säulen Mobiler Jugendarbeit

Ausgangsbasis der Erkundung bilden die vier konzeptionellen Säulen Mobiler Jugendarbeit und eine Analyse der Fachkräfte zur Gewichtung und strategischen Verzahnung der bisherigen Interventionen ihrer alltäglichen Praxis. Der erste Schritt umfasst daher eine Bestandsaufnahme und Würdigung sozialpädagogisch relevanter Tätigkeiten im Projekt. Hier empfiehlt es sich, bereits zurückliegende Aktivitäten des Teams und Interventionen im Sozialraum gemeinsam zu reflektieren, einzuordnen und Hypothesen zu den Gelingens- wie Fehlschlagbedingungen austauschen.

Einzelarbeit	Gruppen- und Projektarbeit	Aufsuchende Arbeit	Arbeit im Gemeinwesen
1)...	1)...	1)...	1)...

2. Dimensionen und Ausprägungen der Handlungsherausforderung im Sozialraum

Der hier folgende Schritt nimmt Ebenen, Dimensionen, Realitätsaspekte im Alltag des Gemeinwesens in den Blick, welche im Gefüge völkisch-nationalistischer Dynamiken vor Ort relevante Faktoren für die Praxis mit Adressat*innen und im Gemeinwesen darstellen (können). Die Sammlung jener Aspekte umfasst quantitative Daten und Ausprägungen wie auch qualitative Bezüge, Kontexte und Narrationen. In der folgenden Tabelle sind Vorschläge zusammengetragen, die als erste Anregung zu verstehen und jeweils durch die konkret handelnden Fachkräfte/Teams zu ergänzen sind. Eine bewusste Einbeziehung der Perspektiven junger Menschen vervollständigt das Bild. Zielstellung ist eine umfangreiche, wenngleich nicht abschließende, Samm-

lung von wirkmächtigen Faktoren zu erarbeiten und dabei auch „neue“, d.h. bislang wenig fokussierte, Aspekte bewusst in den Blick und die Analyse aufzunehmen.

Quantitative Ebenen

→ Durchschnittsalter

Wie ist die Altersstruktur im Freizeitumfeld/am zentralen Freizeitort der Jugendclique und welche Interessen haben die Menschen hier?

→ Migrationsgesellschaftliche Aspekte

Wie viele geflüchtete, junge Menschen verbringen ihren Schulalltag oder ihre Freizeit im Sozialraum?

→ Netzwerke/Akteur*innen

Zu welchen zivilgesellschaftlichen Strukturen haben ausgewählte Adressat*innen Kontakt?

Qualitative Bezüge

→ Konstellationen der Adressat*innen

Welche Heterogenitätsaspekte weisen adressierte Gruppenbezüge an welchen Orten im Quartier auf?

→ Alltagserfahrungen

Worüber erfahren junge Menschen im Quartier Integrität und sozialen Sinn im lokalen Gemeinwesen/in ihren Peer-Bezügen?

→ (lokalistische) Identitätsdichte

Welche „Wir“-Konstruktionen sind kennzeichnend für das lokale Gemeinwesen? Welche sind gezeichnet für (Teile der) Adressat*innengruppe?

→ Solidaritätslinien

Wo erfahren (junge) Menschen in ihrem lokalen Alltag informell und öffentlich wenig sichtbar Solidarität?

Im weiteren Vorgehen sind die gesammelten Aspekte daraufhin zu bewerten, inwiefern eine Betrachtung für den gesamten Sozialraum und/oder für spezifische Adressat*innen relevant sind. Dabei geht es vor allem darum, Unterschiede in den Repräsentationen und Alltagserleben zwischen Adressat*innen und anderen Akteur*innen des Sozialraums im Allgemeinen sowie zwischen einzelnen Adressat*innengruppen aufzugreifen und zu diskutieren. Hieran präzisieren sich mögliche Aufträge und Interventionsmöglichkeiten. So wäre bspw. in einem Sozialraum mit höherem Haushaltseinkommen und Bildungsgrad, aus dem konkrete Adressat*innengruppen signifikant herausfallen, das integrative Moment im pädagogischen Handeln möglicherweise von anderer Qualität, als in einem Sozialraum, in dem die Adressat*innen in ihrem niedrigerem sozio-ökonomischen Status weitgehend deckungsgleich sind, mit der dortigen für sie als lebensweltrelevant erachteten Bevölkerung. Auch in dieser Arbeitsphase ist eine Öffnung des Prozesses für eine Beteiligung und Einbeziehung junger Menschen nicht nur möglich, sondern angezeigt.

3. Spezifische Relevanz der jeweiligen Ebenen für den Arbeitsauftrag des Projekts

Im dritten Schritt der Erkundung sind die Fachkräfte im Projekt angehalten, aus den zusammengetragenen Dimensionen und Ausprägungen von Analyseebenen des Sozialraums für ihre lokale Erkundung zentrale Aspekte zu fokussieren. Die Eingrenzung macht sich erstens an den für die Erkundung zur Verfügung stehenden Ressourcen im Team, zweitens an den inhaltlichen Erwartungen zur Ergiebigkeit der

„Was sind die zentralen Dimensionen, um die Dynamiken des Sozialraums sowie das Agieren der rechtsorientierten Adressat*innen zu verstehen? Welche Dimensionen stehen uns sozialpädagogisch als Interventionsräume oder Interventionsthemen zur Verfügung? Welche Einschätzungen sind in lokalen und regionalen Netzwerken zu thematisieren und als Themen der Gemeinwesenarbeit zu setzen?“

jeweiligen Punkte und drittens an einer notwendigen Einführung im Sinne der Entwicklung einer späteren Handlungsstrategie fest, in welcher die erhobenen Aspekte für die Praxis handhabbar bleiben müssen.

Zu den fokussierten Aspekten ist das Team des Projekts nun angehalten, passende, praxistaugliche, handlungs- und strategieleitende Fragen, die ihnen in der Auseinandersetzung mit völkisch-nationalistischen Dynamiken und Konstellationen von Adressat*innen weiterhelfen, zu finden.

Um einen Eindruck zu gewinnen, sollen die folgenden Beispiele das Vorgehen illustrieren.

4. Maßnahmen und Wege der ergänzenden Informationsgewinnung

Nach der gemeinsamen Erfassung relevanter Fragestellungen besteht der nächste Schritt der Erkundung darin, Möglichkeiten der Informationsgewinnung zu erörtern und diese Informationen praktisch einzuholen. Dabei steht vor allem für die qualitativen Aspekte im Vordergrund, wie diese methodisch, möglichst auch kontrastierend eingeholt werden können. Das strukturierte Vorgehen an dieser Stelle ist gleichzeitig bereits Teil demokratiebezogener, fachlicher Interaktion und Intervention vor Ort. Hier ergeben sich breite Schnittmengen in Szenarien der Jugendbeteiligung. Grundlegend geht es darum: Was wollen wir wissen? Wo bekommen wir die Information? Wie bekommen wir diese?

Quantitative Ebenen		
Was?	Wo?	Wie?
Migrationsgesellschaftliche Aspekte: <i>Wie viele geflüchtete, junge Menschen verbringen ihren Schulalltag oder ihre Freizeit im Quartier?</i>		
Qualitative Bezüge		
Was?	Wo?	Wie?
Solidaritätslinien: <i>Wo erfahren (junge) Menschen in ihrem lokalen Alltag informell und öffentlich wenig sichtbar Solidarität?</i>		

5. Sozialpädagogische Interventionsmöglichkeiten

Nach der erfolgten Erfassung und Bilanzierung der erforderlichen Informationen, im Zusammenspiel mit eingehenden Kontakten zu Adressat*innen, Partner*innen usw. sind diese nun zu systematisieren. Dabei kommt es bei den situativen Aspekten auf quantitativer Ebene und bei den Ausprägungen qualitativer Art vor allem darauf an, ob und in welchem Bezug der jeweilige Aspekt als relevant und potenziell handlungsleitend für die Praxis eingeschätzt wird. Außerdem wird betrachtet inwiefern eine hierauf orientierte, wirksame Praxis realistisch formuliert und vorgetragen werden kann. Dabei geht es in der Folge nicht zentral um kausale, v.a. präventive Wirkungserwartungen. Der Hinweis zielt im Kern darauf, dass Mobile Jugendarbeit bspw. wenig zur ökonomischen Leistung und Unternehmensinfrastruktur der jeweiligen Region beitragen kann und dass die Ausstattung mit Ressourcen in den Projekten der Mobilien Jugendarbeit nicht durchgängig den fachlichen Anforderungen genügt, ergo Prioritäten gesetzt werden müssen.

Je nachdem, welche Aspekte für relevant erachtet werden, trägt das Team nun Vorschläge für Interventionen zur demokratischen Bildung und Demokratiegestaltung zusammen, welche konkrete Ziele für bestimmte Gruppen der Adressat*innen umfassen.

Quantitative Ebenen			
Was?	Situation	Relevanter Aspekt für die Praxis	Interventionsvorschlag
Migrationsgesellschaftliche Aspekte: <i>Wie viele geflüchtete, junge Menschen verbringen ihren Schulalltag oder ihre Freizeit im Quartier?</i>	<i>Migrationsgesellschaftliche Normalität für Schüler*innen/Sozialräumlich keine Kontakte</i>	<i>Schulische Konfliktlinien überformen Lebenswelt der Adressat*innen – pauschalisierte Ablehnungshaltung</i>	Ziel mit Blick auf die Adressat*innen: <i>Kontaktfläche erweitern, Realitäten besprechen und reflektieren, ggf. Aktivitäten anschieben</i>
Qualitative Bezüge			
Was?	Ausprägung	Relevanter Aspekt für die Praxis	Interventionsvorschlag
Solidaritätslinien: <i>Wo erfahren (junge) Menschen in ihrem lokalen Alltag informell und öffentlich wenig sichtbar Solidarität?</i>	Park mit Spielplatz im Sozialraum: <i>Hohe verbale, teils körperliche Konfliktdichte zwischen Nutzer*innengruppen</i>	Involvierung der Adressat*innengruppe: <i>Adressat*innen sind Konfliktbeteiligte – Zusammenarbeit ggf. gefährdet – Perspektiven und Kontexte wie Beteiligte unklar</i>	Ziel mit Blick auf die Adressat*innen: <i>Konflikte reflektieren, Perspektiven erweitern, Konfliktmaß reduzieren, gemeinsame Gruppenaktivität initiieren</i>

6. Konzeptioneller Transfer in die Säulen Mobiler Jugendarbeit

Der abschließende Schritt der *fokussierten Gemeinwesenerkundung* besteht in einer systematischen und fortlaufenden Erfassung und Auswertung von absolvierten wie geplanten Interventionen und deren Übertragung in das bestehende Handlungskonzept entlang der vier Säulen Mobiler Jugendarbeit.

Dieser Schritt ermöglicht eine individuelle und kollektive Reflexion, inwiefern die bisher erörterten Interventionen systematisch mit anderen Maßnahmen im bestehenden Handlungskonzept verzahnt werden können, an welchen Stellen möglicherweise „Häufungen“ in einzelnen Säulen auftreten, inwiefern diese fachlich begründbar sind und wo ggf. geplante Interventionen in einer Säule strategisch durch parallele Interventionen in einer anderen Säule zu ergänzen wären. Außerdem ermöglicht diese Aufstellung über eine Zuordnung der jeweils handelnden Fachkräfte einen Blick auf Routinen und Praxen, die für die Teamreflexion hilfreich und ergiebig wären, so bspw. um Gendersaspekte und Rollenmodelle ins Gespräch zu bringen.

Einzelarbeit	Gruppen- und Projektarbeit	Aufsuchende Arbeit	Arbeit im Gemeinwesen
Interventionsvorschlag			
		Interventionsvorschlag	
	Interventionsvorschlag	Interventionsvorschlag	
			Interventionsvorschlag
	Interventionsvorschlag		

47 das Erkundungsinstrument ist in seiner Grundstruktur universell einsetzbar, jedoch hier vor allem entlang der skizzierten Beispiele und Vorschläge entlang der Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen beschrieben

Anhang 2: Projekte mit engeren Bezügen zu rechts(extrem) orientierten Jugendlichen in den 1990er Jahren in Sachsen

AgAG⁴⁸

Chemnitz, Mobile Jugendarbeit Sonnenberg/Bernsdorf. Zunächst in Trägerschaft der Stadt, im Anschluss an das Programm Übergabe an die Stadtmission Chemnitz.⁵⁰ Die angetroffenen Cliquen werden in beiden Einsatzgebieten unter anderem als gewaltbereit und ‚fremdenfeindlich‘ charakterisiert. Im Projektverlauf wurde in Sonnenberg eine zusätzliche Clique von Schüler*innen betreut, bei der eine „Gefahr des Abgleitens in politisch extreme Milieus“ (IFFJ 1996b, 73) konstatiert wurde (siehe auch Krafeld/Möller/Müller 1993, 126).

Chemnitz, Mobile Jugendarbeit Heckert-Gebiet. Zunächst in Trägerschaft der Stadt, noch im Programmzeitraum Übergabe an die Jugendberufshilfe Chemnitz. Im Rahmen des Projektes fand Arbeit mit „gewalt- und kriminalitätsaffinen“ Jugendlichen statt, die als häufig rechtsorientiert beschrieben werden und zum Teil mit „gewalttätige[m] Hool-Verhalten“ (Scheu/Autrata 1996, 50) auffallen.

Dresden, Mobile Jugendarbeit der Stadtmission Dresden. Umfasste den offenen Jugendtreff ‚Schlagloch‘ und den ‚Proberaumkeller‘. Erreicht wurden unter anderem „ausgegrenzte Jugendliche, die als ‚gewalttätig‘, ‚kriminell‘ oder ‚radikal‘ eingestuft werden“ (IFFJ 1996b, 77).

Dresden, Jugendtreff Toepler-Park.

In Trägerschaft der Stadt, unter diesem Namen liegen keine Informationen vor. Der Abgleich mit den Projektlisten der Landesministerien legt jedoch nahe, dass das Projekt nach Übergabe an die SJD – die Falken unter dem Namen Seitensprung geführt wurde (vgl. Sächsisches Staatsministerium für Soziales, Gesundheit und Familie 1997a; Sächsisches Staatsministerium für Kultus 1995). Hier verkehrten und engagierten sich unter anderem zwei (außerhalb des Treffs rivalisierende) Gruppen, von denen eine als „rechtsorientierte Gruppierung gewaltbereiter Jugendlicher“ (IFFJ 1996b, 75) beschrieben wird.

Landesprogramm „Jugend und Gewalt“⁴⁹

Leipzig, Mobile Jugendarbeit Leipzig/Grünau. Durch eine funktionierende Zusammenarbeit mit dem Leipziger Jugendamt konnte in Grünau Kontakt zu einer Gruppe von Jugendlichen geknüpft werden „die in gewaltbereite, rechtsorientierte Klientel einzuordnen sind“ (AGJF o.J.: 6). Im Rahmen des Projektes wird mit ihnen zusammen das Jugendfreizeitzentrum im Schönauer Park geschaffen (siehe auch AGJF o.J., 10f.; Böhme et al. 1995, 6).

Weißwasser, Mobile Jugendarbeit.

Die Klientel des Projektes bestand zu Beginn im Kern aus einer Gruppe rechter Skinheads, die sich die dem Projekt zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten selbst ausbauten. Durch den anfänglichen Fokus der Arbeit mit dieser „Kerngruppe“ wurden ihre Räumlichkeiten bald als „Glatzenclub“ (Thiele 1995, 44) verhandelt (siehe dazu auch AGJF o.J. 17, 22).

Zwickau, Zwickau-Eckersbach (E5).

Das Projekt startete 1993. Durch die Vorarbeit eines Streetworkes über eine AB-Maßnahme konnte aber schon vorher Kontakt zur „gewaltbereiten, rechtsorientierten, kriminell gefährdeten und desintegrierten“ (AGJF o.J., 50) Jugendlichen aufgebaut werden, deren Zahl im Arbeitsgebiet die Fachkräfte auf 150–200 aus dem „harten Kern der rechten Szene“ (dies., 51) einschätzen.

Dresden, Fan-Projekt.

In Trägerschaft des Fan-Projekts des 1. FC Dynamo Dresden e.V. ‚Zielgruppe‘: Mitglieder der 90 verschiedenen Fanclubs mit rund 1000 aktiven Fans ab 13 Jahren. ‚Vom Fanclub selbst wird die Hälfte aller Dynamo-Fans prinzipiell als gewaltbereit angesehen‘ (Scheu/Autrata 1996, 26), zu politischen Einstellungen und Haltungen erfolgen keine näheren Ausführungen.

Dresden, Projekt Abbau von Gewalt zwischen verschiedenen Nationalitäten in Dresden.

Träger Ausländerrat Dresden e.V., auch unter der Bezeichnung *Come Together* firmierend. Gearbeitet wurde präventiv mit Kindern und Jugendlichen im Kontext von Schulprojekten und Freizeiten, mit Eltern und Multiplikator*innen sowie mit ‚gewaltbereite[n] Jugendliche[n] in Jugendclubs‘ (IFFJ 1996b, 74).

Görlitz, Mobile Jugendarbeit.

In Trägerschaft der Stadt. Nach Vahsen et al. (1994) entsteht in diesem Rahmen eine Begegnungsstätte für ‚rechte‘ und ‚linke‘ Jugendliche, die allerdings von der rechten Szene dominiert und vom sächsischen Sozialministerium unter der Bezeichnung Begegnungshaus Kränzelstraße geführt wird (Sächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Familie 1997a). Arbeit mit ‚rechtsorientierten‘ Jugendlichen und ihrem Umfeld.

Görlitz, Sozialdiakonische offene Jugendarbeit.

Das auf verschiedene Standorte verteilte Projekt wird auch unter der Bezeichnung *Teekeller* geführt. Dieser stellte einen Teilbereich der sozialdiakonischen Arbeit in Görlitz dar. Ein Teil der ansonsten sehr diversen Jugendlichen wird als ‚auffällig‘ oder ‚gewaltbereit‘ eingeordnet, zudem werden ‚Jugendliche, mit radikal extremistischen Ansätzen‘ (IFFJ 1996b, 80) als Nutzer*innen genannt (siehe auch Scheu/Autrata 1996, 46–49).

Hoyerswerda, Mobile Jugendarbeit.

Als Zusammenschluss von neun öffentlichen (Stadt und Landkreis) und freien Trägern, fungierte die Gesellschaft für Mobile Jugendarbeit e.V. als Träger des Projektes. Dort konzentrierte man sich zunächst auf Jugendliche mit rechter Szenezugehörigkeit sowie im Projektverlauf auf ‚gewaltbereite, auffällige als auch Jugendliche, die akut gefährdet sind, in Randgruppen abzugleiten‘ (MJA Hoyerswerda 1995).

Leipzig, Fußball-Fan-Projekt.

Träger: Leipziger Sportjugend e.V. Im Rahmen des AgAG-Programms adressiert das Fan-Projekt 70 Fanclubs mit geschätzten 2000 jugendlichen Fans vom VfB Leipzig und dem SC Sachsen. Zu beiden Vereinen wird eine wachsende Hooligan-Szene berichtet, wobei die Fans des VfB als „auffälliger“ beschrieben werden (siehe auch IFFJ 1996b, 80f.; Scheu/Autrata 1996, 30-33).

Plauen, Mobile Jugendarbeit.

Träger: Jugendring Plauen e.V. Die Klientel wird „im Schwerpunkt als gewaltaffin“ (Scheu/Autrata 1996, 56) beschrieben (siehe dazu auch Jugendring Plauen 1993).

Zittau, Gewaltprävention in Zittau.

Zu Programmbeginn wird das Unabhängige Institut für Friedens- und Konfliktforschung (UIFK) mit der „Gestaltung eines Netzwerks für zielorientierte Arbeit mit extremen, gewaltbereiten und -anwendenden Jugendlichen zur Gewaltminimierung im Raum Zittau/Ostsachsen“ (Scheu/Autrata 1996, 40) beauftragt. Innerhalb der Projektlaufzeit geht daraus der Verein für Konfliktpädagogik (KPZ) hervor. Verein etablierte sich als „Träger und Anlaufstelle für rechtsorientierte Jugendliche“ (dies.) mit gesteigertem Organisationsgrad und Szenevernetzung, insbesondere in den „Nationalen Jugendbloc“. Als Zielgruppe werden allerdings nicht nur diese angegeben, sondern „extreme, zu Gewalt bereite oder Gewalt anwendende Jugendliche der unterschiedlichen Richtungen“ (IFFJ 1996b, 82).

48 In zwölf Projekten wurde nach den vorliegenden Materialien über den Gesamtzeitraum oder zwischenzeitlich im Projektverlauf, hauptsächlich oder neben anderen, mit rechts(extrem) orientierten Jugendlichen gearbeitet. Bei den restlichen sechs Projekten ist eine Arbeit mit diesen keineswegs ausgeschlossen. Sie lässt sich nur aus der Befundlage nicht unmittelbar ableiten

49 Zu den vier übrigen Projekten liegen Angaben über Berührungspunkte mit „rechts orientierten“ Jugendlichen vor, wie auch im Bundesprogramm kann eine tatsächliche Arbeit mit ihnen aber nicht unmittelbar aus dem Material abgeleitet werden.

50 Zur Trägerschaft gehen aus den verschiedenen Quellen teils widersprüchliche Angaben hervor.



Landesarbeitskreis
Mobile Jugendarbeit
Sachsen e.V.



Fachstandards für Mobile Jugendarbeit/ Streetwork in Sachsen

Fachstandards für Mobile Jugendarbeit/Streetwork in Sachsen

→ www.is.gd/fachstandards

**Handlungsempfehlung für
Fachkräfte der Mobilen
Jugendarbeit/Streetwork,
die mit Pauschalisierenden
Ablehnungskonstruktionen
konfrontiert
werden**



Eine Handlungsempfehlung des Projektes Tra Ra des
Landesarbeitskreises Mobile Jugendarbeit Sachsen e. V.

Handlungsempfehlung für Fachkräfte der Mobilen Jugendarbeit/Streetwork, die mit Pauschalisierenden Ablehnungskonstruktionen konfrontiert werden

→ www.is.gd/handlungsempfehlung

**„Wir haben gedacht, Wir müssten die Welt retten“
Jugendarbeit mit „rechtsorientierten Jugendlichen“ –
(k)ein Blick auf die 1990er Jahre.**

